

NACHRÜSTUNG ODER MODERNISIERUNG ?
DIE WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSION
UM DIE
KONTINENTALSTRATEGISCHEN NUKLEARWAFFEN
IN EUROPA
1979 - 1983

von der Universität Oldenburg, Fachbereich-3 Sozialwissenschaften
zur Erlangung des Grades eines
Dr. rer. pol.

genehmigte Dissertation von
Peter Seidel
geb. am 07.09.1956
in Nordenham

Referent: Prof. Dr. Wolfgang Rudzio

Koreferenten: Prof. Dr. Helmut Freiwald
Dr. Wolfgang Pfeiler

Tag der Disputation:
4. Februar 1986

NACHRÜSTUNG ODER MODERNISIERUNG ?
DIE WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSION
UM DIE
KONTINENTALSTRATEGISCHEN NUKLEARWAFFEN
IN EUROPA
1979 - 1983

von der Universität Oldenburg, Fachbereich-3 Sozialwissenschaften
zur Erlangung des Grades eines
Dr. rer. pol.

genehmigte Dissertation von
Peter Seidel
geb. am 07.09.1956
in Nordenham

Referent: Prof. Dr. Wolfgang Rudzio

Koreferenten: Prof. Dr. Helmut Freiwald
Dr. Wolfgang Pfeiler

Tag der Disputation:
4. Februar 1986

Inhaltsverzeichnis

<u>Einführung</u>	4
1. Zur Problemrelevanz des Themas	5
a) Begriffsdiskussion der zentralen Begriffe	19
2. Erkenntnisziel und Fragestellung	29
3. Zur Methode	32
 I.: <u>Grundlagen und Voraussetzungen der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß</u>	42
1. <u>Wissenschaftstheoretische Ansätze für die Beurteilung sicherheitspolitischer Maßnahmen in der Bundesrepublik</u>	42
a) <u>Sicherheitspolitische Forschung und Friedensforschung in der Bundesrepublik; Zwei Denkschulen?</u>	44
2. <u>Die außen- und sicherheitspolitischen Faktoren in der Diskussion</u>	59
a) <u>"Entspannung" und "friedliche Koexistenz": Das Dilemma unterschiedlicher Zielvorgaben in Ost und West</u>	59
b) <u>Der SALT-Prozeß und seine Auswirkungen auf die Sicherheit der westeuropäischen NATO-Staaten</u>	66
c) <u>Der Faktor Militärstrategie: Die NATO-Doktrin der "flexiblen Erwiderng"</u>	72
d) <u>Technologische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf Rüstung und Rüstungssteuerung</u>	80
 II. <u>Die wissenschaftliche Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO</u>	85
1. <u>Der Auftakt zur Diskussion</u>	86

a) <u>Die Genesis des Doppelbeschlusses</u>	87
b) <u>Der Doppelbeschuß und seine offizielle Begründung</u>	90
c) <u>Der Doppelbeschuß in der Kritik</u>	93
2. <u>Exkurs: Zur Problematik militärischer Kräftevergleiche</u>	96
3. <u>Die wissenschaftliche Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO von 1979 bis 1983</u>	104
a) <u>Die Diskussion um das quantitative Kräfteverhältnis</u>	105
b) <u>Die Diskussion um die neuen kontinental-strategischen Systeme</u>	141
ba) <u>Die Einschätzung der Dislozierung von SS-20 und "Backfire"-Bombern: Modernisierung oder Aufrüstung?</u>	142
bb) <u>Die Einschätzung der geplanten Einführung von Pershing II-XR und landgestützten Marschflugkörpern: Nachrüstung oder Modernisierung?</u>	158
c) <u>Die Diskussion um die Bedeutung neuer US-LRTNF in Europa für die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung: Die Frage der nuklearen Optionen</u>	173
d) <u>Die neuen NATO-LRTNF und die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie der NATO (Kopplung/Abkopplung)</u>	177
e) <u>Die Diskussion um die Stationierungsart: Eine Frage der Beurteilung nuklearer Optionen oder der Prämissen der Abschreckungsstrategie?</u>	211

<u>Fazit</u>	246
1. <u>Zur Diskussion um das Kräfteverhältnis in Europa</u>	246
2. <u>Zur Diskussion um die neuen kontinental- strategischen Systeme</u>	249
3. <u>Zur Diskussion um die Bedeutung der neuen Waffensysteme für die NATO-Strategie</u>	251
<u>Literaturverzeichnis</u>	265
1. <u>Dokumente und amtliche Darstellungen</u>	265
2. <u>Monographien, Sammelwerke und Lexika</u>	269
3. <u>Aufsätze und Artikel</u>	277
<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	287

Einführung

"Es darf auf keinen Fall zu einer Wiederholung der Diskussion nach Art und psychologischer Auswirkung kommen, wie wir das bei der Neutronenwaffe erlebt haben"¹, formulierte Bundesaußenminister Genscher warnend auf der NATO-Frühjahrstagung der Außenminister im Mai 1979 in Den Haag, sieben Monate vor der Verabschiedung eines Kommuniqués, das dann als der Doppelbeschluß der NATO oder auch als NATO-Nachrüstungsbeschluß bekannt werden sollte. Der Minister, der in seiner Rede die "qualitativ neue Bedrohung durch /die neuen sowjetischen Mittelstreckenwaffen, Verf. 7 SS-20 und Backfire"² erläuterte, hat es nicht verhindern können. Nach der Verabschiedung des Kommuniqués auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister am 12. Dezember 1979 in Brüssel kam es bald zu einer immer stärker anschwellenden Protestwelle gegen dieses Vorhaben der NATO, und dies vor allem in der neben den Niederlanden davon am stärksten betroffenen Bundesrepublik Deutschland.

Was war geschehen? In Brüssel hatte die NATO beschlossen, ihr Mittelstreckenpotenzial durch eine Stationierung US-amerikanischer bodengestützter Waffensysteme in Europa zu modernisieren, und dies unter Berufung auf die fortlaufende Stationierung vergleichbarer Mittelstreckensysteme auf sowjetischer Seite. Gleichzeitig hatte die NATO in ihrem Kommuniqué ihre Bereitschaft zu Rüstungskontrollverhandlungen bekräftigt und in diesem Zusammenhang betont, sie werde ihren konkreten Bedarf an Mittelstreckensystemen "im Licht konkreter Verhandlungsergeb-

1 Genscher, Hans-Dietrich, Rede auf der NATO-Frühjahrstagung der Außenminister vom 30. und 31. Mai 1979 in Den Haag; Wortlaut der Rede in: Die Welt, 7. Juli 1979

2 Ebenda

nisse"¹ prüfen. Dies war ein Novum, denn bisher hatte es in der Geschichte der Ost-West-Beziehungen eine derartige gleichzeitige Kopplung eines Rüstungsprogramms mit einem Rüstungskontrollangebot nicht gegeben. Neu war auch die innenpolitische Kontroverse, die im Zusammenhang mit der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses entstand, hatte sich doch die bundesdeutsche Öffentlichkeit bisher bei der Diskussion genuin sicherheitspolitischer Entscheidungen weitgehend uninteressiert gezeigt².

Die Entscheidung Präsident Carters, die Neutronenwaffe nicht in der Bundesrepublik zu stationieren, war denn auch nicht an öffentlichen Protesten gescheitert, sondern vor allem an inneramerikanischen Problemen. Im Gefolge der innenpolitischen Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluß kam es dann zur Bildung einer sich als "Friedensbewegung" verstehenden Protestbewegung gegen die geplante Stationierung amerikanischer, atomar bestückter Mittelstreckenraketen in West-Europa und in der Bundesrepublik.

1. Zur Problemrelevanz des Themas

Die Gründe für dieses in der Geschichte der Bundesrepublik neuartige Phänomen einer erstmals wirklich bedeutenden "Friedensbewegung" liegen allerdings tiefer. Dies wurde auch in der öffentlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß nicht verkannt. Denn: "Diese scheinbar idyllische

1 Kommuniqué über eine Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts in Brüssel am 12. Dezember 1979, Zit. nach: Europa-Archiv (im folgenden EA genannt), 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 35

2 Vgl. Potyka, Christian, Die vernachlässigte Öffentlichkeit. Zur Diskussion militärpolitischer-strategischer Fragen in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der Presse, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef-Erpel, 3. Aufl. 1981, S. 527 - 543

Epoche der nuklear abgesicherten Entspannung endete spätestens mit der Geiselnahme in Teheran und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Kriegsfurcht ging um; sie mischte sich mit den Sorgen vor einer Wirtschaftskrise und den Zukunftsängsten der Jugend. Dazu gesellten sich der Überdruß an Friedensdeklamationen und endlosen Abrüstungsgesprächen, eine zunehmende Abneigung gegen den Wehrdienst, ein schärferes Bewußtsein für den Umweltschutz und damit auch für den Bevölkerungsschutz, schließlich die Erkenntnis unter der Neuen Linken, daß es mit dem menscheitsbeglückenden Sozialismus noch gut Weile haben werde und daß man sich doch wohl zuerst der Friedenssicherung zuwenden müsse"¹, wie Karl-Heinz Janßen anmerkte.

Die von Janßen angeführten Beweggründe der Protestbewegung sind sicherlich wichtige Faktoren für die Entstehung der Protestbewegung. Sie sind allerdings nicht die alleinigen Ursachen für das Aufkommen dieser in sich so heterogenen Bewegung, die nach der Stationierung der Raketen an Bedeutung verlor bzw. zerfiel, einer Bewegung, in der sich ökologische wie religiös motivierte Gruppierungen mit linken Gruppen einschließlich der DKP in einem Aktionsbündnis mehr oder weniger eng zusammengeschlossen hatten. Entscheidend für das Zustandekommen dieser Bewegung war auch nicht die zu Beginn des Jahres 1980 über und von kommunistischen Parteien und Vorfeldorganisationen entfachte breite propagandistische Aktion, die die NATO wegen ihres Doppelbeschlusses als friedensgefährdend, die sowjetische Politik hingegen in typischer schwarz-weiß Manie als ausschließlich friedliebend und defensiv darstellte.

Da sich die wenigsten innen- und außenpolitischen Entwicklungen sozusagen sprunghaft von heute auf morgen ereignen, gilt es tiefer zu blicken. Hans-Josef Legrand

¹ Janßen, Karl-Heinz, Aufstand für den Frieden. Das Fernziel ist die waffenlose Welt, in: Die Zeit, 29. Mai 1981

hat in seiner Arbeit über die Friedensbewegungen sechs Faktoren ermittelt, die seiner Beurteilung nach für das Aufkommen der Protestbewegung gegen den NATO-Beschluß entscheidend waren, Determinanten also, als deren Entstehungszeitraum er zu Recht die siebziger Jahre angibt: Die Wirkungen der Friedensforschung, die innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition, den Vertrauensverlust vieler in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten Politik, die Herausbildung eines "postmaterialistischen Bewußtseins", die damit zusammenhängende Rolle der Ökologiebewegung und ein wie er formuliert "allgemeines Protestverhalten der Jugend um 1980/81".¹

Die derzeitige Diskussion um das Aufkommen der Protestbewegung gegen den NATO-Beschluß soll und kann an dieser Stelle nicht vertieft werden. Festgehalten soll an dieser Stelle jedoch, daß auch die Friedensforschung in der Bundesrepublik als ein möglicher Faktor für das Entstehen dieser Bewegung genannt wird. Soviel jedenfalls steht fest: Unverkennbar stieg nach der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses das öffentliche Interesse an den Grundlagen und Bedingungen westlicher und bundesrepublikanischer Sicherheit beträchtlich. Dieses gewachsene Interesse wird belegt durch die gewachsene Zahl von Publikationen zum Thema Sicherheit und NATO-Doppelbeschluß.² Alternative Sicherheitsvorstellungen erlebten eine Hochkonjunktur, insbesondere in den Reihen der Protestbewegung, in der sich Vertreter eines neuen Pazifismus fanden, die einen Frieden ohne Waffen, ohne Rüstung und Militärpotentiale nicht nur für wünschbar, sondern auch als reale Möglichkeit betrachteten. Die öffentliche Diskussion wurde darüber in zunehmendem Maße immer grundsätzlicher.

1 Legrand, Hans-Josef, Friedensbewegungen in der Bundesrepublik. Entstehung, Programmatik, Aktionen, Bonn 1984, S.45

2 Vgl. "Bücher über den Frieden", hrsg. von Rüdiger Schlaga, Frankfurt 1982

Sind die neuen Waffen eine Bedrohung des Friedens, so wurde plötzlich gefragt, bieten Verhandlungen einen Ausweg, oder müssen mehr Waffen her, um ein aus dem Lot geratenes Gleichgewicht wieder herzustellen. Diese und viele andere Fragen sind im Verlauf der öffentlichen Diskussion immer wieder und in der Regel kontrovers diskutiert und debattiert worden. Im Rahmen dieser oft als "Friedensdiskussion" apostrophierten Debatte sind auch die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Studien über den Frieden und die Militärpotentiale in West und Ost veröffentlicht worden. An dieser Diskussion haben sich Friedensforscher und Strategiekritiker in herausragendem Maße beteiligt. Ohne diese Wissenschaftler hätte es diese öffentliche Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß so nicht gegeben.¹ Friedensforschung und Strategiekritik wurden in der Bundesrepublik zum wichtigen Fundus all derer, die sich - aus welchen Gründen auch immer - an der öffentlichen Kontroverse um den Doppelbeschluß beteiligten.

Nicht jeder Friedensforscher fühlte sich der "Friedensbewegung" direkt verpflichtet, nicht jeder Strategiekritiker war ein entschiedener Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses. Der Friedensforscher Dieter S. Lutz hat nicht zu Unrecht die These aufgestellt, daß "kaum ein Themenbereich (...) zu Beginn der 80er Jahre so wenig einer wissenschaftlichen, d.h. auf größtmögliche Objektivität bedachten Untersuchung zugänglich [w]äre, Verf.² wie die Nachrüstungsentscheidung vom 12. Dezember 1979".² Im Verlauf der öffentlichen Diskussion zeigte sich eine gewisse Symbiose von Friedensbewegung und Friedensforschung. Dies gilt vor allem für die Richtung von Friedensforschung, die in der Wissenschaft als die "kritische Friedensforschung" bekannt ist. Und dies kam auch nicht von ungefähr: Dieter Senghaas, einer der wichtigsten Vertreter "kritischer Friedensforschung" in der Bundesrepublik, hatte bereits 1972 erläutert: "Kritische

1 Vgl. dazu Lutz, Dieter S., Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß, Reinbek 1981, S.48/49

2 Ebenda, S.9

Friedens- und Konfliktforschung ist aktiv an der massenwirksamen Vermittlung ihrer Forschungsethik interessiert. Ihre Theorie, Praxeologie und Praxis müssen sich deshalb ständig gegenseitig motivieren und vorantreiben."¹ Neun Jahre später, im Jahre 1981 und angesichts der laufenden öffentlichen Auseinandersetzungen um den Doppelbeschluß äußerte der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer seine Auffassung, daß "ohne politisch relevante Friedensbewegung weder die Friedenspolitik noch die Friedensforschung eine Wirkungschance"² hätten. Anhänger der Protestbewegung haben sich immer wieder in ähnlicher Weise geäußert. Sie hoben dann etwa den "großen Verdienst kritischer Friedensforschung" bei der "Mobilisierung der Massen" hervor und begrüßten den "seit langem ebenso fundierten wie mahnenden Beitrag", den diese Friedens- und Konfliktforschung geleistet hätte.³ Auch in der wissenschaftlichen Diskussion um den Doppelbeschluß ging es allerdings nicht jedem Friedensforscher darum, "vorfindbare militärische und sicherheitspolitische Dogmen aufzubrechen", wie Lutz formulierte.⁴

Die Ursache für das besondere Selbstverständnis in der Friedensforschung - insbesondere in der "kritischen Friedensforschung"-ist ein Prozeß, der die Politischen Wissenschaften erfaßte, und der zu einem teilweisen Paradigmenwechsel führte, also zu einem Wechsel jenes "vortheoretischen Erklärungsschema(s) oder -modell(s), das vom erkenntnisleitenden Interesse des Wissenschaftlers geprägt wird und darüber

1 Senghaas, Dieter, Editorisches Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt/Main 1972, S. 19

2 Zitat in: Janßen, Aufstand ..., a.a.O.

3 Zitate aus Leserbriefen in: Die Zeit, Leserbriefe, 6. November 1981

4 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 9

bestimmt, welche Aspekte des zu untersuchenden Realitätsausschnitts er für wichtig hält und welche er ignoriert, nach welchem Kategorienschema er seine Informationen einordnet und bewertet".¹

Dieser Prozeß innerhalb der Politischen Wissenschaften begann "mit dem Abklingen des Kalten Krieges"² in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Reinhard Mutz hebt hervor: "Bis in die 60er Jahre ist die Internationale Politik ganz überwiegend die Wissenschaft des Ost-West-Konflikts und seiner Aspekte. Systemwettstreit, Macht, Nationalinteresse sind ihre bevorzugten Erklärungsmuster. Zeitlich zusammenfallend mit dem Aufschwung der Disziplin in der Bundesrepublik greift eine Umstrukturierung des sachlichen und des methodischen Erkenntnisinteresses Platz. Das Verhältnis von Herrschaft und Abhängigkeit, von Industrialisierung und Unterentwicklung, von Wohlfahrt und Mangel in und zwischen den Gesellschaften der Erde rückt in den Vordergrund. Damit einher geht die Abkehr von machtheoretischen und strategischen und die Hinwendung zu ökonomischen und soziostrukturellen Orientierungen der Analyse."³

Diese Abkehr von machtheoretischen und strategischen und die Hinwendung zu ökonomischen und soziostrukturellen Fragestellungen in weiten Teilen der Politischen Wissenschaften (und damit vom klassischen "Primat der Außenpolitik") ist ein wichtiger Grund für die Entstehung der Friedensforschung in der Bundesrepublik.

1 Stratmann, K.-Peter, vom Autismus kritischer Friedensforschung. Zur Kritik der Kritik, in: Funke, Manfred (Hrsg.), Friedensforschung-Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn 1978, S. 399

2 Meyers, Reinhard, Die Lehre von den internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick, Düsseldorf 1977, S. 127

3 Mutz, Reinhard, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD. Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München/Wien 1978, S. 7

Ein zweiter Grund, der zumindest terminologische Auswirkungen auf die sich herausbildende Friedensforschung haben sollte, sei hier erwähnt. Wolfgang Bergsdorf hat darauf aufmerksam gemacht und den Zusammenhang von Politik und Sprache ins Licht gehoben: "Es war mehr als ein semantischer Kunstgriff, als die erste Regierung Brandt sich daran machte, das alte und wertneutrale Wort 'Außenpolitik' weitgehend auf den amtlichen Sprachgebrauch zu beschränken und es in der regierungsamtlichen Propaganda durch den emotionalen und nicht steigerungsfähigen Begriff 'Friedenspolitik' zu ersetzen."¹

Denn, so Bergsdorf weiter, "die in der Sprache mitfließenden Wertungen begründen nicht zuletzt ihre Handlungsdimension und machen die Sprache nicht nur für die Kultur, sondern auch für die Politik zu einem Medium, dessen Bedeutung über ihre Verständigungsfunktion weit hinaus geht. Sprache als Gegenstand der Politik und die Sprache der Politik sind zwei unmittelbar zusammenhängende Betrachtungsweisen des Fragenkomplexes Sprache und Politik. In beiden Betrachtungsweisen verfolgen Menschengruppen mit verwaltungsmäßigen und sprachlichen Mitteln das Ziel, Verhaltensweisen von Menschen zu beeinflussen, praktiziertes Verhalten zu bestärken oder es durch neue Verhaltensmaßstäbe zu verändern und abzulösen".² Mutz hat deshalb hervorgehoben: "Während bis dahin /bis zur Regierungsbildung der sozial-liberalen Koalition 1969, Verf. 7 Entspannungspolitik als ein Aktionsbereich der Außenpolitik angesehen wurde, der den bündnispolitischen und militärischen Sicherheitsvorkehrungen deutlich nachgeordnet war, galten von nun an im amtlichen Sprachgebrauch Abbau der Konfrontation und Erhaltung ausreichender Verteidigungsfähigkeit als die beiden Seiten ein- und derselben Sicherheitspolitik."³ Hierbei handelte es sich allerdings um keine singuläre Entscheidung der deutschen Regie-

1 Bergsdorf, Wolfgang, Politik und Sprache, München/Wien 1978, S. 107

2 Ebenda, S. 49

3 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 120

rung, sondern um eine Veränderung im amtlichen Sprachgebrauch der NATO, die im sogenannten Harmel-Bericht von 1967 ihren augenfälligsten Ausdruck fand.

Jede Bundesregierung hat bisher mit mehr oder weniger Erfolg versucht, Begriffe konnotativ für sich zu besetzen und politisch zu verwerten, in dem uns interessierenden Fall die sozial-liberale Bundesregierung den Begriff "Friedenspolitik". Diese Propaganda blieb nicht ohne Bedeutung für die politische Kultur der Bundesrepublik. Sie war immer dann erfolgreich, wenn sie dem jeweiligen Zeitgeist der Epoche gemäß war. Rolf Zundel vermerkte 1985, nach der öffentlichen Diskussion um den Doppelbeschuß, zu Recht: "In der Bundesrepublik gibt es zwei große Felder für Kampagnen: Das außenpolitische wird mit den Begriffen Sicherheit, Freiheit (Union) und Frieden, Verständigung (SPD), das wirtschafts- und sozialpolitische mit den Begriffen Wirtschaftswachstum (CDU) und soziale Sicherheit (SPD) von den großen Parteien besetzt. Dabei handelt es sich nicht um ein Entweder-Oder, sondern vermutlich um komplementäre, sich ergänzende Positionen, aber die Akzente werden von den Parteien verschieden gesetzt. Die Fronten lassen sich (und so geschieht es, wenn vom Gegner die Rede ist), auch weniger freundlich beschreiben, etwa so: mangelnde Friedensfähigkeit, Kalte Krieger, Raketenpartei (die CDU im Blick der SPD) oder (die SPD im Blick der CDU) Neutralismus auch und vor allem der Werte, Verharmlosung der Sowjetunion, neuerdings Antiamerikanismus."¹ Daß Begriffspolitik nicht nur

1 Zundel, Rolf, Moralist in der Schlammschlacht, in:
Die Zeit, 24. Mai 1985

eine Folge politischer und/oder wissenschaftlicher Veränderungen sein kann, sondern selbst wiederum Auswirkungen auf Wissenschaft haben kann, zeigt nicht zuletzt die Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung am 31. Dezember 1983 nach der Regierungsübernahme der christlich-liberalen Koalition, "nachdem", wie der Geschäftsführer der DGFK, Karlheinz Koppe, feststellte, "offenkundig geworden ist, daß der politische Konsens über die Notwendigkeit einer solchen Förderungseinrichtung nicht mehr vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht mehr herstellbar ist".¹

Wichtige Ursachen dafür hat m. E. der liberale Publizist Gerd Bucerius genannt: "Sicher (...) es gelang, die Meinung der Nation für die Nachrüstung zu gewinnen. Allerdings bedurfte es dazu des Glücksfalls Helmut Schmidt. Hätte er nicht sein Nervensystem in diesem Streit riskiert und sich (mit wenigen Getreuen) gegen seine Partei gestellt, wäre Kohl (...) bei der Nachrüstung auf der Strecke geblieben."² Zur Bedeutung der Friedensforschung in diesem Zusammenhang führt er dann weiter aus: "Ich gebe zu, daß die 'Friedensforschung' - eben weil sie Macht und nationales Eigeninteresse nicht berücksichtigen wollte - erfolglos war."³ Auch wenn man, was die Bedeutung der Friedensforschung betrifft, nicht so weit geht wie Bucerius, und ohne dies hier näher vertiefen zu wollen, sei an dieser Stelle jedenfalls festgehalten, daß die Rolle, die die Friedensforschung in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß spielen konnte eine längere Vorgeschichte und tiefere Ursachen hatte, ebenso wie die Protestbewegung, die nach dem Doppelbeschluß entstand.

1 Koppe, Karlheinz, Im politischen Spannungsfeld gescheitert - Zur Lage der Friedensforschung und der DGFK, in: DGFK Jahrbuch 1982/83. Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld, Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Baden-Baden 1983, S. 609

2 Bucerius, Gerd, Sind wir Deutsche heute zu zahm?, in: Die Zeit, 4. April 1985

3 Ebenda

Auch wenn die Diskussion um den Doppelbeschluß heute weitgehend abgeschlossen ist (sofern sie nicht durch die mögliche Realisierung des SDI-Projekts wieder auf die Tagesordnung gerät), und obwohl die Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß scheiterte, die Ursachen, die zur ihrer Entstehung führten, sie sind - in welchem Ausmaß auch immer - erhalten geblieben. Die politischen und wissenschaftlichen Potentiale sind geblieben. Es ist nicht auszuschließen, daß sie wieder aktiv werden können, unter veränderten Bedingungen, aber in ähnlicher Konfiguration, wie dies bei der öffentlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß der Fall war. Wenn aber "das entscheidende Kriterium für die Auswahl eines Forschungsgegenstandes die Problemrelevanz"¹ darstellt, dann liegt es durchaus im Interesse politikwissenschaftlicher Arbeit, sich mit einer Diskussion wie der um den NATO-Doppelbeschluß zu beschäftigen, einer Diskussion, die erhebliche Auswirkungen gerade auf die bundesdeutsche Politik hatte, die eine Nichtdurchführung des Beschlusses als nicht unmöglich erscheinen lassen konnten. Warum der Autor dieser Arbeit sich dabei auf die Diskussion der Wissenschaftler um den NATO-Doppelbeschluß beschränkt, hat zwei Gründe.

Der erste Grund liegt in der Bedeutung von Wissenschaft für politische Entscheidungen generell, der zweite in der speziellen Bedeutung der sicherheitspolitischen wissenschaftlichen Forschung für die Beurteilung des NATO-Doppelbeschlusses.

1. Die Notwendigkeit, Fakten von Fiktionen zu trennen und plausible Argumente von leichtfertigen Verkürzungen zu unterscheiden, sind in der öffentlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß immer wieder an der Komplexität von Außen- und Sicherheitspolitik gerade in unserer heutigen Zeit gescheitert. Denn gerade die Komplexität von Außen-

¹ Alemann, Ulrich von und Erhard Forndran, Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Stuttgart 1974, S. 73

und Sicherheitspolitik hat in unserer jüngsten Vergangenheit "aufgrund der internen Fundamentalbemokratisierung und infolge der externen globalen Verflechtung der Staaten und der Gesellschaften noch eine weitere Steigerung erfahren"¹, wie Werner Link deutlich macht. Wichtige Hinweise auf die Bedingungen, unter denen sich deshalb Außen- und Sicherheitspolitik heute vollziehen, haben Helga Haftendorn u. a. mit ihrer Feststellung einer "verwalteten Außenpolitik" gegeben. Diese These von der verwalteten Außenpolitik besagt nichts anderes, als daß sich heutzutage die politische Führung eines Staates, in der Bundesrepublik also Bundeskanzler, Kabinett und Minister, "nur noch mit einer Auswahl von politischen Entscheidungen - in der Regel mit internationalen, innenpolitischen oder interministeriellen Krisenentscheidungen - befaßt, während die Ministerialbürokratie und ihre counterparts in internationalen Stäben und Sekretariaten zu den eigentlichen außenpolitischen Akteuren werden".² Dies gilt nach Haftendorn u. a. vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, die von ihrer internationalen Verflechtung, dem Einfluß bürokratischer Strukturen und einem damit verbundenen Legitimationsdefizit ihrer Außenpolitik bestimmt werde.³

Notwendigkeiten für eine solche "verwaltete" Außen- und Sicherheitspolitik sind heute sicher nicht ganz von der Hand zu weisen, ihre Auswirkungen auf die sowieso schon eingeschränkte Teilhabe von Parlament und Parteien an der Formulierung und Kontrolle regierungsamtlicher Außen- und Sicherheitspolitik, die auf diese Weise vergrößerten Einflußmöglichkeiten von als Experten benötigten Lobbyisten und natürlich die Auswirkungen auf das Verständnis der Öffentlich-

1 Link, Werner, Eine gewisse Distanz ist erforderlich. Die Bedeutung der Forschung und die Schwierigkeiten der Vermittlung, in: Das Parlament, 1. Oktober 1977

2 Haftendorn, Helga u. a., Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Verwaltete Außenpolitik, Sicherheits- und Entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978, S. 7

3 Ebenda, S. 7/8

keit bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen sind nicht zu unterschätzen. Bei Entscheidungen wie dem NATO-Doppelbeschluß kommt das Problem hinzu, daß es sich hier um eine gemeinsame Entscheidung der der NATO angehörenden Staaten handelt, und zwar insofern, als auf diese Weise die Komplexität größer wird. Helga Haftendorn macht deshalb darauf aufmerksam: "Wird die parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle schon durch die zunehmende Komplexität der sicherheitspolitischen Problematik erschwert, so wird diese dann nahezu unmöglich, wenn die Entscheidungen nicht mehr national getroffen werden, sondern sich in bilateralen Absprachen oder in supranationalen Gremien vollziehen."¹ Eine derartige Außen- und Sicherheitspolitik wird sich mehr oder weniger auch auf den Konsens von Wählern und Gewählten auswirken, wie gerade die Entstehung der zahlenmäßig starken, hochmotivierten und innenpolitisch wirksamen Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß beispielhaft gezeigt hat.

Grundsätzlich gilt heute, daß die Bedeutung von Wissenschaft und damit auch von politischer Wissenschaft und Politikberatung für die Politik zugenommen hat. Im Verlauf der von Link genannten Veränderungen und unter den Bedingungen, denen die Entscheidungsabläufe heutiger Außen- und Sicherheitspolitik unterliegen, kam es deshalb auch in der Bundesrepublik zum Aufbau von Einrichtungen wissenschaftlicher Politikanalyse und Politikberatung.²

Derartige Einrichtungen wurden in aller Regel zu dem Zweck gegründet, um mit Hilfe wissenschaftlicher Methodik konkrete politische Fragestellungen aufzuarbeiten und damit der politischen Führung Entscheidungshilfen an die Hand zu geben³, denn entscheiden will und muß die politische Führung

1 Haftendorn, Helga, Das Außen- und sicherheitspolitische Entscheidungssystem der Bundesrepublik Deutschland, in: aus politik und zeitgeschichte, B 43/83, S. 14

2 Vgl. dazu Reichel, Peter, Institute und Förderungsorganisationen der Friedens- und Konfliktforschung, in: Funke, Friedensforschung ..., a.a.O., S. 447 - 462

3 Vgl. Link, Eine gewisse Distanz ..., a.a.O.

letztendlich ja immer noch selbst. In der Regel sind es zunächst jedoch wissenschaftliche Abteilungen der Ministerialbürokratie und andere sogenannte "Wissenschaftliche Dienste", die Ausarbeitungen erstellen, die dann in politische Empfehlungen aufbereitet werden. Bei der Beurteilung von Ausarbeitungen dieser wissenschaftlichen Dienste, so etwa auch bei denen etwa des Deutschen Bundestages, ist allerdings zu berücksichtigen, daß sie nach Inhalt und Form bereits vom Informationsbedürfnis des Auftraggebers sowie von der in der Regel knapp bemessenen Bearbeitungszeit bestimmt werden. Welcher Gebrauch von diesen Arbeiten gemacht wird, steht dann im Ermessen des Auftraggebers, und ist abhängig auch von dessen Interessen, die eben vor allem politischer Natur sind.

Das Interesse der Bundesregierung an wissenschaftlicher Politikberatung hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie 1981, also zur Zeit der öffentlichen Diskussion um den Doppelbeschluß, in einer Stellungnahme zur Friedens- und Konfliktforschung so formuliert: "Die in letzter Zeit schärfer gewordenen internationalen und innergesellschaftlichen Spannungen machen es erforderlich, der Wissenschaft ausreichende Möglichkeiten zu geben, Ursachen solcher Krisen zu analysieren und Lösungsvorschläge in die politische Diskussion einzubringen" sowie "für die politische Praxis wichtige Anregungen zu geben".¹

Die Bedeutung der Wissenschaft für Politikgestaltung in unserer Zeit wird demnach sowohl von Wissenschaftlern wie von Politikern gesehen.²

1 Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), BMFT-Mitteilungen, Nr. 10/1981, S. 123

2 Vgl. dazu auch Koppe, DGfK Jahrbuch 1982/83 ..., a.a.O., S. 611, der betont, "daß besonders auf den Gebieten der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik ein wachsender Bedarf an wissenschaftlicher Politikberatung besteht. Zum anderen ist die Frage, wie der Frieden auf der Welt gesichert werden könne, während der letzten Jahre in breiten Kreisen des öffentlichen Lebens (...) auf ein zunehmendes Interesse gestoßen."

Diese Bedeutung der Wissenschaft ist unbestritten, doch ihr Einfluß auf Politik ist letztendlich nicht zu quantifizieren oder genau zu qualifizieren; sicher ist nur, daß es ihn gibt und das er zugenommen hat.

Diese Arbeit beschäftigt sich daher direkt mit der Argumentation der Wissenschaftler zum NATO-Doppelbeschluß, in der begründeten Annahme, daß ihre Stellungnahmen, in welcher Form, auf welchen Wegen und in welchem Ausmaß auch immer, in die Argumentation der Politiker und auch der Protestbewegung eingeflossen sind, ihre Entscheidungen mitbestimmt oder geprägt bzw. präjudiziert haben.

2. Was den zweiten Grund für die Beschränkung auf die Diskussion der Wissenschaftler abgibt, die Bedeutung sicherheitspolitischer Forschung für die Beurteilung des Doppelbeschlusses, ist etwas weiter auszuholen. Für deren Beurteilung ist es notwendig, sich mit der offiziellen Begründung zu beschäftigen, welche die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsstaaten der Rüstungskomponente ihres Beschlusses im Kommuniqué vom 12. Dezember 1979 gaben.

"Ein Modernisierungsbeschluß", heißt es dort, sei "erforderlich, um den Abschreckungs- und Verteidigungsbedürfnissen der NATO gerecht zu werden, um in glaubwürdiger Weise auf die einseitigen TNF-Dislozierungen der Sowjetunion zu reagieren und um das Fundament für ernsthafte Verhandlungen über TNF zu schaffen / Hervorhebung d. d. Verf. 7 ".¹

Die Schlüsselworte der öffentlichen wie der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß wurden mit dieser Begründung vorgegeben. Abschreckung, Verteidigung, Glaubwürdigkeit. Dies sind wie zu zeigen sein wird, politische Begriffe mit wissenschaftlichem Unterbau bzw. aus der Wissenschaft übernommene und politisierte Begriffe. Ihre Definition wird daher notwendig.

1 Kommuniqué über eine Sondersitzung ..., a.a.O., S. D 37

a) Begriffsdiskussion der zentralen Begriffe

Zunächst zum Begriff "Abschreckung". Immer wieder findet sich in den Dokumenten der NATO neben den Erfordernissen von "Entspannung" und "Verteidigung" die Aussage, "daß stabile Abschreckungsfähigkeit und Eskalationskontrolle notwendig sind"¹ und daß man die "Abschreckungskraft der NATO"² durch entsprechende Potentiale verbessern könne. Auch in der wissenschaftlichen vornehmlich in der US-amerikanischen Literatur, die zur Doktrinentwicklung der NATO vornehmlich beigetragen hat, nehmen Abschreckungskonzeptionen einen dominierenden Platz ein. "Abschreckung" ist im Nuklearzeitalter der zentrale Begriff der Sicherheitspolitik zumindest auf seiten der NATO geworden. Was also ist Abschreckung, was versteht man in der wissenschaftlichen Literatur darunter?

Abschreckung ist zunächst einmal, wie Klaus-Dieter Schwarz und William R. Van Cleave hervorheben, "ein politisches Prinzip und erst daraus abgeleitet ein militärstrategisches Prinzip".³ Beginnen wir also bei der Politik.

Wie wenig aussagekräftig der Begriff "Friedenspolitik" ist, wurde deutlich bei Definitionsversuchen maßgeblicher Politiker. So sprach etwa Bundesaußenminister Genscher für die FDP im April 1979, in der Vorbereitungsphase des NATO-Doppelbeschlusses also, von der "Definition unserer Sicherheitspolitik als Friedenspolitik".⁴

Im alltäglichen Sprachgebrauch und damit auch in der öffentlichen Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO wurden Begriffe wie Verteidigungspolitik, Militärpolitik und Sicherheitspolitik häufig sy-

1 Empfehlungen und Entschlüsse der Nordatlantischen Versammlung auf ihrer 25. Tagung in Ottawa vom 22. bis zum 27. Oktober 1979. Empfehlung Nr. 70 über europagebundene Nuklearstreitkräfte, Zit. nach: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 26

2 Kommuniqué über die 26. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag am 13. und 14. November 1979, Zit. nach: EA, 25. Jg., 1980, H. 2, S. D 29

3 Schwarz, Klaus-Dieter, und William R. Van Cleave, Die Theorie der Abschreckung, in: Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 131

4 Genscher, Hans-Dietrich, Unsere Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik!, in: Verheugen, Günter (Hrsg.), Das Wichtigste ist der Frieden, Baden-Baden 1980, S. 33

onym verwandt (und damit Unterschiede außerachtgelassen bzw. Argumentationsebenen vermischt). Immer wieder ging man davon aus, daß diese Begriffe mehr oder weniger das Gleiche meinen: die militärischen Vorkehrungen eines Staates zum Schutz seines Territoriums und seiner Bürger gegen Bedrohung und Gewaltanwendung durch andere Staaten. Diese Auffassung basiert auf der Vorstellung vom souveränen Staat, der, allein oder im Bündnis mit anderen Staaten, über den Willen und über die notwendigen Mittel verfügt, um im Falle eines Krieges mit Aussicht auf Erfolg einem Angreifer die Verwirklichung seiner Ziele unmöglich zu machen. Die Richtigkeit dieser Annahme ist heute, im Nuklearzeitalter, in Frage zu stellen. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Rolle, die der Verteidigung und damit der militärischen Macht zuerkannt werden muß. Denn für die Sicherheit moderner Staaten sind gerade heute nicht nur militärische Mittel wichtig, sind gerade auch ökonomische, ideologische, soziologische, ökologische, humanitäre und sozialpsychologische Problemkomplexe wichtiger geworden.¹

Militärische Mittel allein können gerade heute nicht mehr die Unabhängigkeit eines Staates sichern. Selbst eine Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit führt heutenicht unbedingt zu mehr Sicherheit, sie kann u.U. das Gegenteil bewirken.

Forndran ist zuzustimmen, wenn er betont, daß heute "mindestens drei Gründe" das alte Ziel von der Unverwundbarkeit von Nationalstaaten entscheidend einschränken: "Militärisch ist eine Unverwundbarkeit kaum noch zu erreichen, politisch und wirtschaftlich ist sie bei der wachsenden Interdependenz kaum noch ein attraktives Ziel, denn Lebensstandard ist gerade durch die Aufgabe von wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen eher zu sichern."²

Neben der gestiegenen internationalen Verflechtung der Staaten und den daraus resultierenden Abhängigkeiten auf poli-

1 Fondran, Erhard, Ist Rüstungskontrolle noch relevant? - Rüstungskontrolle als Instrument der Sicherheitspolitik, in: Forndran, Erhard und Paul F. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979, S. 4

2 Ebenda, S. 4

tischem, ökonomischen und innergesellschaftlichem Bereich gilt es vor allem die Existenz der Kernwaffen zu berücksichtigen. Das Vorhandensein einsatzfähiger Kernwaffen hat zu einer "Verschärfung der Krieg-Frieden-Problematik"¹ geführt, die das heutige Ausmaß an Interdependenz zwischen den Staaten ermöglichte und viele, aber eben nicht alle überkommenen, einst als Grundprinzipien von Krieg und Politik geltende Aussagen überholt hat.

Denn von dem Augenblick an, da sowohl die UdSSR wie die USA über nuklear bestückte Raketen verfügten und spätestens seit dem nuklearen Patt², hatte der berühmte Clausewitz-Satz vom Krieg als der "Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel"³ zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR und den von ihnen geführten Bündnissen NATO und Warschauer Pakt an Gültigkeit verloren. Das Gedanken-
gut von Clausewitz spielt jedoch gerade im militär-strategischen Denken in der UDSSR nach wie vor eine relativ zur NATO-Strategie große Rolle, die noch auf die Lenin'sche Clausewitz-Rezeption zurückgeht.⁴

1 Schubert, Klaus von, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 - 1977, Teil I, Bonn 1977, S. 15

2 Vgl. dazu Kissinger, Henry A., Kernwaffen und Auswärtige Politik, München/Wien 1974, S. 93 und S. 106 - 111

3 Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, (gekürzte Tb.-Ausgb.), Leck/Schleswig 1978, S. 216

4 Auf westlicher Seite geht Alois Friedel allerdings nicht nur davon aus, daß "selbst unter den Bedingungen der nuklearen Strategie, der hochdifferenzierten industriellen Massengesellschaft und total veränderter politischer Strukturen (...) Clausewitz auch heute noch der Klassiker der Theorie und Philosophie des Krieges" ist, sondern daß er auch aus der Interpretation der napoleonischen Feldzüge und früherer Kriege "zeitlos gültige Theorien über Krieg und Politik abgeleitet" hat. Friedel, Alois, Carl von Clausewitz und die Auswirkungen seiner Theorie vom Kriege. Gedanken zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages am 1. Juni 1980, in: aus politik und zeitgeschichte (im folgenden apuzg genannt), B 22/80, S. 34. Friedel spricht geradezu von einer "Clausewitz-Renaissance (...) während der siebziger Jahre" unseres Jahrhunderts. Friedel, ebenda, S. 34, Anm. 1 sowie S. 44/45

Eine Diskussion über Begriffe wie Verteidigungspolitik, Militärpolitik und Sicherheitspolitik hat unmittelbare politische Auswirkungen. Da Gewalt unter den heutigen veränderten Bedingungen zwischen den Bündnissen - und d. h. vor allem in Europa - kein Mittel mehr sein soll und darf, bestehende Konflikte auszutragen, da zur Herstellung und Erhaltung von Sicherheit mehr nötig ist als nur die Aufrechterhaltung eines Militärpotentials, ist auch Sicherheitspolitik mehr als nur die "klassische" Verteidigungspolitik. "In der Verteidigungspolitik geht es vor allem um die Bereitstellung und Entfaltung der Mittel, Aufwendungen und Maßnahmen, die eine Gesellschaft benötigt, um ihre Sicherheit gegen Bedrohung von außen zu gewährleisten. Ihr Ziel ist die militärische Friedenssicherung, ihre Maßnahmen erstrecken sich auf die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts", wie Klaus-Dieter Schwarz darlegt.¹ Verteidigungspolitik stellt somit nur einen Teilbereich von Sicherheitspolitik dar, ihr Ziel ist vor allem die militärische Sicherung des Friedens. Die im Vergleich zu früheren Zeiten immense Ausweitung des für das Herstellen von Sicherheit Notwendigen führte in der Theorie zu dem weiter gefaßten Verständnis des Begriffs "Sicherheitspolitik".

Sicherheitspolitik hat danach "über Friedenssicherung hinaus (...) die friedensgestaltende Aufgabe, die Bedrohungen und Konfliktpotentiale zu vermindern und die kooperativen Elemente im internationalen System zu vermehren".² Für die NATO hieß dies im Dezember 1979, nicht einfach eine neue Rüstungsentscheidung zu treffen, sondern erstmals in der Geschichte des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West ihre Rüstungsentscheidung durch ein gleichzeitiges Verhandlungs-

1 Schwarz, Klaus-Dieter, Vorwort und Einführung, in: ders., Sicherheitspolitik a.a.O., keine Seitenzählung

2 Schwarz, Hans-Peter, Grundgegebenheiten und Konzepte westdeutscher Sicherheitspolitik, in: ders. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 479

angebot zu relativieren, mit all den politischen Problemen, die ihr daraus dann entstehen sollten.

Sicherheitspolitik ist mit Verteidigungspolitik nicht gleichzusetzen, auch wenn sie angesichts der fortdauernden und offenbar wieder größer werdenden Bedeutung militärischer Mittel nach wie vor vor allem als "äußere Sicherheitspolitik"¹ praktiziert wird, wie von Seiten der Friedensforschung kritisch vermerkt wird. Klaus von Schubert definiert Sicherheitspolitik demnach auch als "die Gesamtheit der politischen Ziele, Strategien und Instrumente, die der Kriegsverhinderung bei Wahrung der Fähigkeit zur politischen Selbstbestimmung dienen".² Im Verteidigungsministerium der Bundesrepublik wird Sicherheitspolitik denn auch enger definiert. Schwarz bemerkt dazu: "So ist etwa die Betrachtungsweise der Verteidigungsweißbücher der Bundesregierung wegen ihres vom Gleichgewichtsprinzip geprägten Argumentationsrahmens eben verteidigungspolitisch - und nicht sicherheitspolitisch."³ Daran zeigt sich, daß der Wert militärischer Mittel von den für Sicherheitspolitik Verantwortlichen auch im Nuklearzeitalter immer noch als vorrangig angesehen wird. Schwarz weist denn auch zu Recht darauf hin, daß sich eine solche Betrachtungsweise "zwangsläufig aus der Aufgabenstruktur einer auf Abschreckung, Verteidigung und Krisenbewältigung orientierten Politik ergibt".⁴

Friedensforscher wie Dieter S. Lutz bezeichnen diese Auffassung von Sicherheitspolitik deshalb als "militärische" und "herkömmliche Sicherheitspolitik"⁵, und damit als überholt.

1 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 13

2 Schubert, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 16. Vgl. auch Schwarz, Hans-Peter, Grundgegebenheiten ..., a.a.O., S. 479

3 Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., keine Seitenzählung

4 Ebenda

5 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 15

Bei einem engeren Sicherheitsverständnis wird sich das Streben nach Sicherheit also hauptsächlich darauf konzentrieren, militärische Sicherheit, und damit auch Gleichgewicht, zu erhalten. Bei einem weit gefaßten Verständnis von Sicherheitspolitik, wie es in der Friedensforschung üblich ist, werden die Schwerpunkte anders gesetzt. So beispielsweise von Lutz, der davon ausgeht, daß Sicherheit nicht länger definiert werden dürfe als die "bloße Negation ihres Gegenteils, der Unsicherheit, sondern positiv als beginnender Prozeß in Richtung auf stabile und partnerschaftliche zwischenstaatliche Beziehungen bzw. Lebensbedingungen, unter denen gewaltfreier Konfliktaustrag und Kooperation zu verbindlichen Normen werden".¹ Man braucht nicht an gewisse politische Vorstellungen von Sicherheitspartnerschaft zwischen antagonistischen Systemen zu denken, um zu erkennen, daß mit einem solchen Verständnis von Sicherheitspolitik bereits die Prioritäten anders gesetzt werden, Prioritäten, die dann dazu führen können, auch aktuelle sicherheitspolitische Entscheidungen wie beispielsweise den NATO-Doppelbeschluß in einem anderen Licht zu sehen.

Sicherheitspolitik ist ein dynamischer Prozeß, ein Prozeß, "in dem Sicherheit immer wieder neu definiert, angepaßt und hergestellt werden muß".² Wie dies geschehen soll, darüber kann es zu unterschiedlichen Meinungen kommen, weil Sicherheit zwar definiert werden kann, dadurch aber noch lange nicht "meßbar" geworden ist, genauso wenig wie etwa "Macht" oder "Gleichgewicht". Der Keim für den Dissens ist damit immanent vorgegeben. Denn so wie Sicherheitspolitik ein dynamischer Prozeß ist, sind auch Militärpotentiale und -strategien dynamischen Veränderungen unterworfen.

Da Krieg ein "Spezialfall" innerhalb des vielfältigen Spektrums menschlicher Konflikte ist, ergibt sich die besondere Schwierigkeit, ihn auszuschließen bzw. ihn zu verhindern. Die Gefährlichkeit eines Krieges im Zeitalter der nuklearen

1 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 14

2 Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., keine Seitenzählung

Massenvernichtungsmittel begründet aber um so stärker die Notwendigkeit, einen Krieg zwischen den Bündnissen in Europa zu verhindern. Das Mittel dazu auf seiten der NATO ist die Abschreckungsstrategie: Ein politisches Mittel, dessen sich die Sicherheitspolitik bedient, um Sicherheit zu gewährleisten.

Abschreckung ist aber auch ein militär-strategisches Prinzip. Deshalb zunächst zum Begriff Strategie. "Strategie muß aufgefaßt werden als die Ebene der kombinierten außenpolitischen und militärischen Grundsatzentscheidungen, als politische Auftragserteilung an die Militärs."¹ Das Primat der Politik wird hier von Helmut Schmidt nachdrücklich hervorgehoben. Strategische Entscheidungen sollen somit von der Politik getroffen werden. Dies gilt auch für den Fall einer Änderung oder gar eines Wechsels der Militärstrategie.

In der Definition des Begriffs "Militärstrategie" folgen wir dem Wiener Institut für strategische Grundlagenforschung an der Verteidigungsakademie, das feststellte: "Die Teilstrategie 'Militärstrategie' ist (...) der Gebrauch der Streitkräfte in politisch sinnvoller Weise zum Zweck und Ziel der Gesamtstrategie."² Zu Recht wird hier hervorgehoben, daß Militärstrategie nur ein Teilbereich einer sicherheitspolitischen Gesamtstrategie sein darf.

Abschreckungsstrategie als Militärstrategie beruht auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Strategieforschung vornehmlich in den USA und dort hauptsächlich im akademischen Bereich. Was also versteht man unter "Abschreckung" als Militärstrategie?

Entscheidend ist hierbei nicht das Macht- oder Abschreckungspotential als solches, sondern der Einfluß, den dieses Potential auf das Denken und damit auf das Verhalten der Gegenseite ausübt, oder, wie Glenn Snyder, einer der Väter der

1 Schmidt, Helmut, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1961, S. 14

2 Die Grundlagenforschung, Institut für strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie (Hrsg.). Wien, Februar 1979, S. 12

modernen Abschreckungstheorie es ausdrückte: "Abschreckung bedeutet im wesentlichen, den Gegner von einer militärischen Aktion abzuhalten, indem man die Kosten und Risiken größer macht als den erwarteten Gewinn."¹

Die Bedeutung, die militärische Aktionen im Verteidigungsfall nach diesem Abschreckungskonzept haben, hat die NATO für sich so formuliert, daß sie "im Interesse der Abschreckung (...) eine angemessene Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten muß".² Abschreckung und Verteidigung gelten ihr zusammen als "wesentliche(r) Beitrag zur militärischen Stabilität und zur Sicherheit des Westens".³

Abschreckung und Verteidigung gehören nach Auffassung der NATO demnach untrennbar zusammen, "die militärischen Kräfte der NATO sind daher für Abschreckung und Verteidigung strukturell und konzeptionell eng miteinander verkoppelt", wie es das Weißbuch 1979 der sozialliberalen Bundesregierung formuliert.⁴

Nach Snyder wird die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs, d. h. die Entscheidung des Gegners, vom Friedens- in den Kriegszustand einzutreten, von vier Überlegungen bestimmt: "(1.) Seine Bewertung der eigenen Kriegsziele, (2.) die Kosten, die er als Folge der verschiedenen Gegenreaktionen erwarten muß, (3.) die Wahrscheinlichkeit verschiedener Reaktionen, inklusive 'no response', (4.) die Wahrscheinlichkeit, das Ziel bei

1 Snyder zitiert nach Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 132

2 Kommuniqué über die Ministertagung der Euro-Gruppe in der NATO in Brüssel am 10. Dezember 1979, Zit. nach: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 31

3 Kommuniqué über eine Sondersitzung ..., a.a.O., S. D 35

4 Weißbuch 1979. Zur Sicherheit des Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Bonn 1979, S. 124
Bei der Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den auf diesem Denken basierenden Doppelbeschluß geht es um das Problem der Verteidigung durch Streitkräfte. Ohne deshalb etwas über den Wert alternativer Verteidigungskonzepte aussagen zu wollen, die auf dem Verzicht auf Streitkräfte beruhen - wie etwa die sogenannte "gewaltfreie Verteidigung"

jeder möglichen Reaktion zu erreichen."¹ Das Hauptproblem stellt dabei "die Glaubwürdigkeit der angedrohten Gegenreaktion, die sich aus der Kosten/Nutzen-Einschätzung des Angegriffenen ergibt", dar.² Dies ist deshalb ein Hauptproblem der Abschreckungsstrategie, weil im heutigen System wechselseitiger Abschreckung "die Fähigkeit zur Abschreckung mit dem Prinzip der Glaubwürdigkeit schwierig zu vereinbaren ist".³ Ein Hauptproblem, das unter dem Begriff "Selbstabschreckung" in der Diskussion um den Doppelbeschluß eine herausragende Rolle spielen sollte und das unter dem Schlagwort "Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter" bekannt wurde.

Um Glaubwürdigkeit von Abschreckung dennoch zu erreichen, bedient man sich in der Militärpolitik dann bestimmter "militärstrategischer Methoden",⁴ ohne damit dem Dilemma grundsätzlich entrinnen zu können. Soviel zur Begriffsdefinition von "Abschreckung", "Verteidigung" und "Sicherheitspolitik".

Was die wissenschaftliche Beschäftigung mit "Abschreckung" betrifft, so gibt es heutzutage eine Fülle von Abschreckungstheorien, deren Konzepte sich nach Schwarz/Van Cleave durch die "jeweils zugrundeliegenden Erkenntnisinteressen unterscheiden" lassen.⁵ Beide unterscheiden dabei in der Hauptsache drei Konzepte, mit denen sie die Fülle der Abschreckungstheorien nach bestimmten Kriterien ordnen.

Um das breite Feld der wissenschaftlichen Beurteilungen des NATO-Doppelbeschlusses beurteilen zu können, ist es angesichts der Dominanz der amerikanischen Strategiediskussion erforderlich, dieses Spektrum der wichtigsten wissenschaftlichen "Denkschulen" kurz vorzustellen.

oder die sogenannte "soziale Verteidigung": Sie sind dem Abschreckungsdenken bewußt diametral entgegengesetzt und können somit nicht der Beurteilung eines auf diesem Denken beruhenden Beschlusses dienen.

1 Snyder zitiert nach Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 133

2 Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 133

3 Ebenda, S. 133

4 Ebenda, S. 134

5 Ebenda, S. 135

Die erste Art von Abschreckungstheorien begreift sich nach Schwarz/Van Cleave als eine Handlungswissenschaft für die (sicherheitspolitische) Praxis des atomaren Zeitalters und ist bemüht, dafür Konzepte und Verfahren zu entwickeln, die sowohl der Abschreckung des Gegners dienen als auch eine gewisse Stabilität versprechen, ohne gleich eine nicht beabsichtigte Herausforderung dazustellen.¹

Die zweite Richtung nimmt nach Schwarz/Van Cleave die formale Logik der Abschreckung als heuristisches Modell, um an ihm den Abstand zwischen dem angenommenen und dem tatsächlichen Abschreckungsverhalten zu messen. Aus dem festgestellten Unterschied gewinnt diese empirische Abschreckungsforschung ihre Fragestellungen, Hypothesen und Prognosen, die sie wiederum an der Realität überprüft.²

An dieser Überprüfung beteiligte sich in der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß in der Bundesrepublik auch die Friedensforschung.

Die dritte Richtung beurteilen Schwarz/Van Cleave wie folgt: "Die Kritik der Abschreckungspolitik hat aus der Perspektive eines dritten wissenschaftstheoretischen Ansatzes heraus die sogenannte kritische Friedensforschung thematisiert. Sie ist in starkem Maße der historisch-dialektischen Theorie verpflichtet (...). Das Erkenntnisziel dieser Abschreckungsforschung deckt sich mit ihrer emanzipatorischen Absicht, die Abschreckungspolitik durch die Kritik ihrer Praxis zu überwinden. (...) Ihre Kritik sieht durch Aufweis der Widersprüche ihr Ziel darin, die bevorzugten Alternativen der Abschreckung, also Entspannung und Abrüstung, ins Bewußtsein zu heben und so in die Realität zu transformieren [7] Hervorhebung d. d. Verf. 7."³

An dieser Stelle soll nur festgehalten werden, daß Schwarz/Van Cleave als dritte Richtung nicht die Friedensforschung allgemein, sondern nur die speziell "kritische Friedensforschung" benennen.

1 Ebenda, S. 135

2 Ebenda, S.136/137

3 Ebenda, S. 139

2. Erkenntnisziel und Fragestellung

Als wichtigstes Mittel zur Kennzeichnung der verschiedenen Standpunkte in der Strategieforschung dienen Schwarz/Van Cleave bestimmte Kernpunkte und Kernfragen, die für die Beurteilung der bundesdeutschen wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß grundlegend sind.

Aus diesem Grunde fragen Schwarz/Van Cleave, wie die Wissenschaftler 1. die Aufgabe und den Nutzen nuklearer Waffen beurteilen, ob sie eine rationale oder notwendige Verwendung von Kernwaffen für möglich halten, und wenn ja welche?¹ Sie fragen 2. wie groß nach Meinung der Wissenschaftler die Wahrscheinlichkeit eines künftigen Atomkrieges ist und in welcher Form er sich ihrer Meinung abspielen würde?² Ferner fragen sie 3. danach was - explizit oder implizit - als höchste Gefahr oder als hauptsächliches Ziel der Abschreckungstheorie besonders betont wird, ob die Wissenschaftler beispielsweise die Existenz nuklearen Waffen, das anhaltende Wett-rüsten, das Machtstreben der Sowjets oder des Kommunismus an sich als die Hauptgefahr betrachten, ob es das wichtigste Ziel für sie ist, die Welt von Kernwaffen zu befreien, das Wett-rüsten aufzuhalten, Übergriffe auf konkrete nationale Interessen zu verhindern oder gar die kommunistische Gefahr zu beseitigen.³

Als wichtigsten Punkt beurteilen Schwarz/Van Cleave Punkt 1: "Dieser Punkt scheint das wichtigste Merkmal zu sein, um zwischen den einzelnen Standpunkten hinsichtlich atomarer Streitkräfte und Strategien zu unterscheiden, insbesondere, weil er andere Fragen einschließt, die das Erkennen der Standpunkte und die genaue Klärung ermöglichen; wie z. B.:

1 Ebenda, S. 139

2 Ebenda, S. 139

3 Ebenda, S. 140

- (1) Unterscheiden sich Kernwaffen in qualitativer Hinsicht von konventionellen Waffen oder sind sie im wesentlichen nur eine wirksamere Bündelung von Zerstörungsenergie?
 - (2) Lassen sich verschiedene Arten von Kernwaffen nach ihrer Verwendung für verschiedene Zwecke unterscheiden?
 - (3) Sollte der Schwerpunkt der Verteidigungspolitik auf der Abrüstung, der Rüstungskontrolle oder der Aufrüstung liegen und in welchem Ausmaß jeweils?
 - (4) Wenn Kernwaffen zur Abschreckung nützlich sind, für welche Typen der Abschreckung (z. B. eines Angriffs auf die USA, auf Europa oder auf weiter entfernt liegende Gebiete) und für welche Abschreckungsstrategie sollte man sich entscheiden?
- ° (5) Wieviel atomare Streitmacht ist genug?"¹

Mit Hilfe dieser Kernfragen gelingt es Schwarz/Van Cleave, die von ihnen vorgestellten drei Arten bzw. Richtungen von Abschreckungsforschung wissenschaftlich sinnvoll zu untersuchen und zu differenzieren. Da die US-amerikanische Strategische Forschung im wissenschaftlichen Bereich maßgebend ist, und damit auch im politischen Bereich der Doktrinentwicklung und -formulierung der NATO, werden diese Kernfragen auch der Analyse der Diskussion der Wissenschaftler in der Bundesrepublik zu Grunde gelegt.

Unter Anlehnung an diesen Ansatz von Schwarz/Van Cleave soll in dieser Arbeit anhand bestimmter Kernfragen versucht werden, eine differenzierende Untersuchung der bundesdeutschen wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß zu leisten.

Da es sich bei dem NATO-Doppelbeschluß um einen militärstrategischen Beschluß handelt (der mit einem Rüstungskontrollangebot verbunden wurde), ergibt sich auf diese Weise die Möglichkeit, die wissenschaftlichen Beiträge zur Bedeutung dieses militärstrategischen Beschlusses am Maßstab dessen zu messen, was die wissenschaftliche Untersuchung der ab-

¹ Ebenda, S. 139-

schreckungstheoretischen Grundlagen, Bedingungen und Probleme bisher an grundsätzlichen wissenschaftlichen Bewertungskriterien gewonnen hat. Verkürzungen in der Argumentation um den Doppelbeschluß, Simplifizierungen und Verzerrungen können auf diese Weise sichtbar gemacht werden.

In Anlehnung an Alemann/Frondran wird dabei davon ausgegangen, "daß Wissenschaft eine systematische Tätigkeit ist, die generelle Aussagen über die Wirklichkeit mit Hilfe von Hypothesen, Theorien und anderen Mitteln zu machen sucht".¹

Das Erkenntnisziel dieser Arbeit ist analytisch-deskriptiv und erklärungsorientiert. Erklärungsorientiert insofern, als daß in dieser Arbeit versucht wird, die militärstrategische Bedeutung der Entscheidung der NATO vom 12. Dezember 1979 zu beurteilen.

Folgende konkrete Fragestellungen wurden formuliert. Sie gelten nicht als Gliederungsprinzip dieses Buches.

1. Wie beurteilen die verschiedenen Wissenschaftler das quantitative Kräfteverhältnis zwischen Ost und West?
2. Wie wird die Dislozierung von sowjetischen Mittelstreckensystemen beurteilt?
3. Wie wird die damals noch nicht vollzogene, aber beabsichtigte Einführung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Westeuropa beurteilt?
4. Wie beurteilen die Wissenschaftler die Auswirkungen der neuen Mittelstreckensysteme auf die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie?
5. Wie glaubhaft erscheint Ihnen überhaupt die Abschreckungsfähigkeit der NATO-Strategie?
6. Wie beurteilen die bundesdeutschen Wissenschaftler die Landstationierung US-amerikanischer Systeme in Europa?
7. Wie beurteilen die Wissenschaftler das Problem einer Abkopplung europäischer Sicherheit von der amerikanischen angesichts der Rüstungsentscheidung der NATO?

1 Alemann/Frondran, Methodik der Politikwissenschaft ..., a.a.O., S. 39

Die Fragen 1 - 3 sind ihrer Bedeutung nach militär- bzw. verteidigungspolitischer Natur. Der Schwerpunkt dieser Arbeit beruht auf der Beantwortung der Fragen 4 - 7 und liegt damit im abschreckungstheoretischen, militärstrategischen und bindnispolitischen Bereich von Sicherheitspolitik. Der rüstungspolitische Teil des NATO-Doppelbeschlusses wird durch diese Arbeit nicht abgedeckt.

3. Zur Methode

Um dem Erkenntnisziel dieser Arbeit gerecht zu werden, war es zunächst notwendig, die (westlichen) Auffassungen von Sicherheitspolitik und Abschreckung in ihren entscheidenden und wesentlichen Aspekten vorzustellen. Dies ist im vorangegangenen Teil dieser Einleitung geschehen. Nur vor diesem Hintergrund der unterschiedlichen Akzentuierungen innerhalb von Wissenschaft kann erst deutlich werden, wie die Wissenschaftler die militärstrategische Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses beurteilen. Um nun die Einleitung nicht über Gebühr auszudehnen, wird die Erörterung der wissenschaftstheoretischen Ansätze und Prämissen bundesdeutscher sicherheitspolitischer Forschung in einem gesonderten Teil dieser Arbeit vorgenommen.¹

Das Material, das für die Analyse der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Sicherheit und ihrer Bedingungen im Kontext des NATO-Beschlusses herangezogen werden konnte, bestand aus bundesdeutschen Publikationen, die sich mit Sicherheitspolitik und mit Abschreckung befaßt haben, mit wissenschaftlichen Arbeiten, die zum Teil bereits vor der Verabschiedung des Doppelbeschlusses publiziert wurden. Es wurde dabei von der Annahme ausgegangen, daß diese Literatur insgesamt das notwendige Maß an Verlässlichkeit für die Beurteilung der Diskussion um den Doppelbeschluß aufweist.

Für den Untersuchungszeitraum, also für die Zeit vom Dezember 1979, dem Zeitpunkt der Verabschiedung des NATO-Be-

¹ Vgl. dazu in dieser Arbeit den I. Teil, Kap. 1.

schlusses, bis zum November 1983, dem Monat, in dem die UdSSR die Verhandlungen in Genf über die Beschränkung kontinentalstrategischer Waffen abbrach¹, stand die Frage im Vordergrund, welches Material und welche Methoden am ehesten Erfolg bei der Analyse und Beurteilung der wissenschaftlichen Beiträge zum NATO-Beschluß versprechen würden.

Vom Erkenntnisziel und von den Fragestellungen her hätte es nahegelegen, auch die zugänglichen militärwissenschaftlichen Publikationen und Äußerungen von Militärs (z.B. in der "Wehrwissenschaftlichen Rundschau") mit heranzuziehen. Dies wurde jedoch nicht getan, da ihre Ausführungen (z. B. in der "Europäischen Wehrkunde") stark von ihren Funktionen für die Truppe bestimmt sein mußten.

Erfolgversprechender erschien es, die bundesdeutsche wissenschaftliche Literatur in wissenschaftlichen Zeitschriften und Monographien als Datenbasis zu benutzen, und vom Erkenntnisziel her inhaltsanalytisch zu untersuchen.

Diese Arbeit beschränkt sich demzufolge auf die Diskussion der Wissenschaftler, die diese im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß in der Bundesrepublik führten. Aus diesem Grunde wurden wissenschaftliche Zeitschriften, Monographien und Forschungsberichte herangezogen.

Wenig erfolgversprechend für die Beantwortung der Fragestellung erschien eine quantitative Aussagenanalyse.²

Im angegebenen Untersuchungszeitraum wurden mittels qualitativer Aussagenanalyse vor allem folgende wissenschaftlichen Zeitschriften ausgewertet:

1 Dies war am 23. November 1983 der Fall. Vgl. dazu, EA, 38. Jg., 1983, H. 24, S. Z 228. Erst "Ende Dezember" 1983 waren die ersten NATO-LRTNF einsatzbereit. Vgl. dazu, EA, 39. Jg., 1984, H. 4., S. D 84.

2 Vgl. Pfeiler, Wolfgang, Die Strategische Doktrin der Abschreckung als politisches Problem. Eine empirische Untersuchung zum sowjetischen Verständnis der NATO-Konzeptionen (Habil.-Schrift), Bonn, Juni 1981, S. 34

- Europa-Archiv (EA)
- Aus Politik und Zeitgeschichte (apuzg)
- Beiträge zur Konfliktforschung (Beiträge)
- Politische Vierteljahresschrift (PVS)
- Osteuropa (OE)
- Frankfurter Hefte (FH)
- Aussenpolitik (AP)

sowie die Forschungsberichte, und Sonderveröffentlichungen, soweit sie öffentlich zugänglich waren, folgender Institutionen:

- Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen bei München
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BOIS), Köln
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hamburg
- Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, (MPI), Starnberg bei München (bis zum Sommer 1980)

In diesen Institutionen arbeiten vor allem folgende Wissenschaftler auf sicherheitspolitischem Gebiet:

- HSFK: Gert Krell, Dieter Senghaas, Peter Schlotter, Ernst-Otto Czempel, Hans Günter Brauch, Stephan Tiedtke
- SWP: K.-Peter Stratmann, Uwe Nerlich, René Herrmann, Wolfgang Heisenberg (bis 1979)
- BOIS: Gerhard Wettig
- IFSH: Dieter S. Lutz, Wolf Graf von Baudissin
- MPI: Carl Friedrich von Weizsäcker, Horst Afheldt, Alfred Mechttersheimer

Ferner beteiligten sich an der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 folgende Wissenschaftler, die nicht diesen genannten Institutionen zugeordnet werden:

- Christoph Bertram, Lothar Ruehl, Erhard Forndran, Erwin Müller, Klaus von Schubert, Volker Rittberger, Hans Rattinger, Ulrich Albrecht, u. a.

Bei der Auswahl der empirischen Basis wurde von folgenden Überlegungen ausgegangen: Ausgehend von der Unterscheidung Ferdinand Müller-Rommels zwischen Beratergruppen und Be-

ratungsformen in der sozialwissenschaftlichen Politikberatung¹ sind fünf Beratergruppen sozialwissenschaftlicher Politikberatung zu unterscheiden:

1. Beiräte, Kommissionen, Sachverständigenausschüsse
2. staatliche, ressorteigene Forschungsinstitute
3. kommerzielle Forschungsinstitutionen
 - a) staatlich geförderte Institute
 - b) private Institute
4. Universitätseinrichtungen
5. individuelle Sozialwissenschaftler²

Im Rahmen dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden können und sollen Beiräte, Kommissionen und Sachverständigenausschüsse, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil ihre Arbeitspapiere vertraulicher Natur und damit nicht öffentlich zugänglich sind. Dies gilt auch für die Arbeitspapiere der gemeinsamen Beratergruppen von Wissenschaftlern und Politikern in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGfAP), die allerdings das für die Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 berücksichtigte Europa-Archiv herausgibt. Staatliche Forschungsinstitute wie die Bundesanstalt für internationale und ostwissenschaftliche Studien und die Stiftung Wissenschaft und Politik wurden hingegen ebenso berücksichtigt wie staatlich geförderte Institute wie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Berücksichtigt wurden ferner an Universitätseinrichtungen erstellte wissenschaftliche Arbeiten.

Um auch "individuelle Wissenschaftler" berücksichtigen zu können, wurde für die Abgrenzung des Untersuchungsbereiches ein positioneller Ansatz gewählt.

D. h., das jeder, der in den oben aufgeführten Zeitschriften und bei den genannten Forschungsinstitutionen publiziert hat,

1 Müller-Rommel, Ferdinand, Sozialwissenschaftliche Politikberatung. Probleme und Perspektiven, in: apuzg, B 25/84, S. 29
2 Ebenda, S. 29

berücksichtigt wird, auch wenn er nicht bei diesen Institutionen angestellt ist und soweit er nicht politischer oder militärischer Verantwortungsträger ist, da man sich vergegenwärtigen muß, daß die von ihnen veröffentlichten Beiträge immer auch politische bzw. militärische Komponenten beinhalten werden. D. h., der Untersuchungsbereich in dieser Analyse der Diskussion der Wissenschaftler beschränkt sich auf den, wenn man so will, "etablierten" Wissenschaftsbetrieb, denn eben dieser wird für wissenschaftliche Politikberatung in der Regel herangezogen.

Die "Blätter für deutsche und internationale Politik" wurden in den Katalog der in dieser Arbeit zu berücksichtigenden wissenschaftlichen Zeitschriften nicht aufgenommen. Diese Zeitschrift erscheint im Pahl-Rugenstein Verlag, der, laut Flechtheim u. a. "führend ist, Verf. in - weitestgehend - DKP-konformer Theorieproduktion in wissenschaftlichem Gewande"¹ und das für den Verlag gesagte "sinngemäß auch für die 'Blätter für deutsche und internationale Politik' gilt, Verf. in".²

Der Pahl-Rugenstein Verlag gehört zur "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger", die "mit ihren periodischen Schriften und der sonstigen Literatur alle 'Kampffelder' der DKP, ihrer Nebenorganisationen und der von ihr beeinflussten Organisationen"³ abdecken. Zu den Autoren des Pahl-Rugenstein-Verlages "zählen überwiegend Kommunisten und Funktionäre kommunistisch beeinflusster Organisationen".⁴

1 Flechtheim, Ossip K., Wolfgang Rudzio, Fritz Vilmar und Manfred Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt/Main 1980, S. 267

2 Ebenda, S. 267

3 Verfassungsschutzbericht 1982, Der Bundesminister des Inneren (Hrsg.), Bonn, April 1983, S. 68

4 Ebenda, S. 68

Der Grund dafür, eben diese Autoren nicht zu berücksichtigen - soweit sie nicht unter die oben genannte Ausnahme fallen -, liegt darin, daß mit dieser Arbeit versucht werden soll, die militärstrategische Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses zu analysieren, weshalb die wissenschaftliche Diskussion als das im Vergleich zur öffentlichen Diskussion geeignetere Mittel angesehen wird, dieses Ziel zu erreichen, und daß deshalb Autoren, die ein systememanent geprägtes Wissenschaftsverständnis vertreten wie der Kreis der angesprochenen Autoren, ausgegrenzt werden muß. Entscheidend ist, daß die vorrangig politische Motivation dieser Wissenschaftler dies nicht fördern kann.¹

Denn ihrem Wissenschaftsverständnis liegt die ideologisch begründete Prämisse zugrunde, daß Wissenschaft ihrem Wesen und ihrer Verantwortung für die Menschen nur gerecht werde, "wenn sie sich auf die revolutionärste Klasse des 20. Jahrhunderts, die Arbeiterklasse, stützt und sich von ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus, leiten läßt"², und daß "die vorrangige Aufgabe der Wissenschaft (...) darin / besteht, Verf. 7, den Sozialismus zu stärken".³ Eben diese politische Funktion des marxistisch-leninistischen Wissenschaftsverständnisses soll dann den "Anspruch der Wissenschaft auf objektive Wahrheit"⁴ ihrer Ansicht nach gewährleisten.

Nach kritisch-rationalem Wissenschaftsverständnis handelt es sich bei diesem Verständnis von "Wissenschaft" aber nicht mehr um Wissenschaft, die falsifizierbar sein muß, sondern

1 Aus ähnlichen Gründen wurden ja auch keine Beiträge von Politikern und Militärs berücksichtigt, auch wenn sie häufig eine wissenschaftliche Ausbildung erfahren haben bzw. Experten sind, da auch sie eben vorrangig politische und/oder militärische Aufgaben zu erfüllen haben. D. h. nicht, daß diese mit den kommunistisch vorgeprägten Wissenschaftlern auf eine Stufe zu stellen sind.

2 Klaus, Georg, und Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1975, Bd. 2, S. 1313

3 Ebenda, S. 1313. Vgl. dazu auch Wetter, Gustav A., Sowjetideologie heute, Frankfurt/Main 1972, Bd. 1, S. 254 - 256 und S. 268 - 273

4 Klaus/Buhr, Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 1312

um Ideologie. Ideologische Beiträge sollen aber ebenso wie vornehmlich politische oder militärische Beiträge in der Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß nicht berücksichtigt werden. Sie fallen damit aus dem Untersuchungsbereich heraus. Inwieweit die berücksichtigten Beiträge den wissenschaftlichen Anforderungen genügen, soll und muß ihre Analyse ergeben. Denn: "Nicht zu übersehen ist bei einem Teil dieser Forscher ihre Bereitwilligkeit, mit marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern zusammenzuarbeiten, um die weitere Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Zusammenleben der Völker zu unterstützen und dafür neue Wege zu eröffnen."¹ Um eben diese Wissenschaftler auszugrenzen, wurde versucht, dies formal durch die Nichtberücksichtigung der "Blätter für deutsche und internationale Politik" zu erreichen. Eine Ausnahme muß es gemäß dem positionellen Ansatz allerdings geben: Beiträge in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" wurden berücksichtigt, wenn sie von den Personen stammen, die dem oben abgegrenzten Kreis der Wissenschaftler zugerechnet werden müssen, wie beispielsweise Dieter S. Lutz.

Diese Arbeit beschränkt sich auf die Analyse der Forschungsbeiträge von Friedensforschung, kritischer Friedensforschung und sicherheitspolitischer Forschung. Durch die Verwendung des positionellen Ansatzes können auch Beiträge berücksichtigt werden, die der oben abgegrenzte Kreis von Wissenschaftlern in nicht-wissenschaftlichen Zeitschriften und in Zeitungen wie etwa der "Zeit" oder der "Frankfurter Rundschau" veröffentlichte. Die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen dieser Ansätze werden im folgenden Kapitel vorgestellt, da der Umfang der Einleitung sonst über Gebühr ausgedehnt worden wäre.

An dieser Stelle noch ein Wort bezüglich des Stellenwerts der wissenschaftlichen Beiträge zum Doppelbeschluß. Wissenschaftliche Analysen können nicht mehr sein als Beiträge, die die

1 Heyden, Günter, Friedensforschung, in: Klaus/Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, a.a.O., S. 434

Wissenschaftler in die Diskussion einbringen, und die selbst wiederum einer kritischen Prüfung unterworfen werden müssen. Werner Link hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Hypothesencharakter wissenschaftlicher Empfehlungen betont werden muß. Dies ist der entscheidende Unterschied zum marxistisch-leninistischen Wissenschaftsverständnis.

Link betont den Hypothesencharakter wissenschaftlicher Arbeiten, "um zu verhindern, daß die Diskussion mit dem Verweis auf 'die Wissenschaft' abgebrochen, statt gefördert wird".¹

Dies gilt vor allem deswegen, weil gerade die politikberatende Forschung sozusagen an der "Nahtstelle" zwischen Wissenschaft und Politik liegt. Der Hypothesencharakter wissenschaftlicher Aussagen bringt es eben mit sich, daß sich aus ihnen "nur mittelbar Formen des Handelns ableiten lassen, Verf. 7".² Denn, so Friedrichs weiter, "es handelt sich um deskriptive Aussagen, nicht um präskriptive. Die Transformation einer deskriptiven Aussage in eine präskriptive bedarf logisch eines weiteren Elements, einer normativen Prämisse, die selbst Teil einer Präferenzhierarchie ist".³ Er macht deshalb zu Recht darauf aufmerksam: "Die normative Konsequenz mag sein, bestimmte Handlungsalternativen auszuschließen; aber eine Entscheidung über die 'richtige' Alternative ist damit nicht gegeben."⁴

Für diese Arbeit bedeutet dies zweierlei. Einerseits wurde die bestimmte Handlungsalternative "marxistisch-leninistische Wissenschaft" aus der Reihe der zu untersuchenden wissenschaftlichen Arbeiten ausgeschieden, da diese den Anspruch auf objektive Wahrheit erhebt, was zur Vermengung deskriptiver, explikativer und präskriptiver Aussagen führt und diese Vermengung eben "unvermeidlich einen Verlust an

1 Link, Eine gewisse Distanz ..., a.a.O.

2 Friedrichs, Jürgen, Methoden empirischer Sozialforschung, Reinbek 1977, S. 44/45

3 Ebenda, S. 44/45

4 Ebenda, S. 45

kritisch-reflektiver Distanz des analysierenden Wissenschaftlers zu seinem Gegenstand zur Folge hat".¹

Andererseits hieß dies, daß angesichts der Bedeutung, die politische und psychologische Faktoren in der Abschreckungstheorie und in der Militärstrategie -normativer Faktoren also - haben, auch für den Stellenwert unterschiedlicher Aussagen zum NATO-Doppelbeschuß gilt, daß über die "richtige" Handlungsempfehlung berechnete unterschiedliche Auffassungen entstehen konnten. Derartige Unterschiede sind eben auch das Ergebnis unterschiedlich gesetzter normativer und möglicherweise auch politischer Prämissen.²

Es wird dabei nicht immer möglich sein, die Werte und Annahmen, die dem Standort eines Wissenschaftlers zugrunde liegen, deutlich zu kennzeichnen oder die normativen von den deskriptiven Komponenten eines Standpunktes klar zu trennen. Zu erwarten ist eher, daß dies die Ausnahme bleiben muß. Van Cleave/Schwarz weisen jedoch zu Recht darauf hin, daß dies kein Nachteil sein muß, "da die Struktur einer Nukleardebatte von den jeweiligen Ansichten gekennzeichnet ist, die sich aus der Wechselbeziehung zwischen Werten und Analyse ergeben".³ Im Unterschied zum marxistisch-leninistischen Wissenschaftsverständnis mit seinem bewußt parteilichen Objektivitätsverständnis kann dies keinen generellen Ideologieverdacht begründen. Schwarz/Van Cleave ist jedenfalls zuzustimmen, daß, wie sie betonen, wenn eine Antwort darauf nicht völlig eindeutig sein könne, eine Unterscheidung der normativen und deskriptiven Komponenten im wissenschaftlichen Meinungsspektrum nicht nötig sei⁴, zumal die

1 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 117. Dies soll nicht heißen, daß etwa in den wissenschaftlichen Abteilungen der Zentralsekretariate marxistisch-leninistischer Parteien in den Warschauer Paktstaaten, bzw. in Instituten wie etwa dem "Amerika-Institut" in der UdSSR keine wissenschaftliche Erfassung von Realität möglich sei.

2 Vgl. dazu in dieser Arbeit den I. Teil, Kap. 1.

3 Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 140

4 Ebenda, S. 140

verschiedenen Konzepte nicht immer duetlich gegeneinander abzugrenzen sind. Sie überschneiden sich und gehen häufig ineinander über. Einige Wissenschaftler können häufig ebenso gut zwei verschiedenen "Denkschulen" zugeordnet werden. Diese Arbeit ist deshalb auch daran interessiert, bestimmte Ansichten auch innerhalb einer "Denkschule" hervorzuheben, als Personen in bestimmte Klassen einzuteilen. Dabei ist es wichtig, nicht nur Unterschiede hervorzuheben, sondern auch auf Gemeinsamkeiten ähnlicher und benachbarter Auffassungen aufmerksam zu machen. Sollte es möglich sein, Gemeinsamkeiten, oder Übereinstimmungen trotz unterschiedlicher Prämissen herauszufinden, so wäre damit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur substantielles über den NATO-Beschluß ausgesagt, sondern möglicherweise auch über die Qualität der von den Wissenschaftlern bevorzugten Ansätze und damit über die Diskussion der Wissenschaftler über den Beschluß der NATO angesichts der öffentlichen innenpolitischen Kontroverse um diese Rüstungsentscheidung der NATO.

I. Grundlage und Voraussetzungen der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß

Die wissenschaftliche Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß in der Bundesrepublik Deutschland wurde von zwei Bedingungen geprägt. Zunächst einmal durch den außen- und sicherheitspolitischen Charakter des NATO-Beschlusses, der auf der Entscheidungs- und Handlungsebene der internationalen Politik getroffen wurde, und mit dem die NATO das Ziel verfolgte, die Beziehungen zwischen ihr und dem Warschauer Pakt zu verändern. Zum zweiten wurde sie geprägt durch die wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen der verschiedenen Forschungsrichtungen, die sich in der Bundesrepublik mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und der Militärstrategie wissenschaftlich befassen.

Bei diesen beiden Bedingungen handelt es sich um die entscheidenden Grundlagen und Voraussetzungen der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß in der Bundesrepublik Deutschland, die deshalb vorgestellt werden müssen. Da es sich bei dieser Arbeit um die Beschäftigung mit der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß handelt, beginnen wir mit der Erörterung der wissenschaftstheoretischen Ansätze in der sicherheitspolitischen und Friedens-Forschung in der Bundesrepublik, um uns dann den außen- und sicherheitspolitischen, einschließlich der militärstrategischen und technologischen Faktoren zuzuwenden, die für das Verständnis des NATO-Beschlusses notwendig sind.

1. Wissenschaftstheoretische Ansätze für die Beurteilung sicherheitspolitischer Maßnahmen in der Bundesrepublik

In politikwissenschaftlichen Aussagen finden sich auch normative Elemente, die es ermöglichen, aus deskriptiven Aussagen präskriptive Aussagen abzuleiten. Die Bedeutung eines theoretischen Ansatzes ergibt sich aber nun nicht aus den ihm voranstehenden normativen Elementen oder Prämissen, sondern allein aus der Bewährung an der Wirklichkeit. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß "wertende Stellungnahmen (...) nicht überprüft, sondern nur mit einer identi-

schen oder abweichenden Stellungnahme beantwortet werden / können, Verf. 7".¹ Dies ist allerdings leichter gesagt als getan. Denn normative Elemente oder Prämissen als Teil eines vortheorietischen Erklärungsmodells haben eine besondere Eigenschaft, wie sowohl Friedensforscher als auch sicherheitspolitische Forscher wissen: "Der Denkrahm oder das Paradigma des Denkens lenkt den Denkprozeß", bekennt der Friedensforscher Ulrich Albrecht.² Dies wird auch von sicherheitspolitischer Forschung so gesehen. So erklärt etwa K.-Peter Stratmann: "Das jeweils gewählte Paradigma ist von entscheidender Bedeutung dafür, wie Realität wissenschaftlich erklärt wird."³

Albrecht wie Stratmann ziehen daraus auch die gleichen theoretischen Schlüsse. Albrecht: "Paradigmen sind fundamental, tief verwurzelt, und es bedarf einer besonderen Übung, um die Struktur des eigenen Intellekts zu erkennen. Anstrengungen, deren Prämissen offenzulegen, wird gewöhnlich Widerstand geleistet, weil sie so eng mit den eigenen Grundinteressen verbunden sind und weil man fürchtet, daß das gesamte Denkgebäude wie ein Satz Dominosteine zusammenfällt, wenn diese Prämissen erst einmal in Frage gestellt werden."⁴ In ähnlicher Weise beurteilt Stratmann unter Bezug auf Thomas Kuhn dieses Problem: Stratmann: "Die meisten Phänomene sind auf der Grundlage unterschiedlicher Paradigmen auf recht unterschiedliche Weise - und jeweils plausibel - zu begreifen und zu erklären. Daraus folgt als wichtige Aufgabe wissenschaftlicher Tätigkeit, über das jeweils zugrunde gelegte Paradigma Rechenschaft zu legen und seine Bevorzugung gegenüber ge-

1 Lehmbuch, Gerhard, Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967, S. 40

2 Zitiert nach Stratmann, Vom Autismus ..., a.a.O., S. 397

3 Ebenda, S. 399

4 Zitiert nach Stratmann, ebenda, S. 397

bräuchlichen oder vorstellbaren konkurrierenden Paradigmen zu begründen [Hervorhebung i. Text, Verf. 7."¹

Aufgrund dieser Problematik wird in folgenden von den wissenschaftlichen Ansätzen zugrundeliegenden und frei gewählten Prämissen und Paradigmen bei Friedensforschern und sicherheitspolitischen Forschern die Rede sein. Dabei ist von Bedeutung, wie diese die Wahl ihrer Prämissen und Paradigmen begründen. Entscheidend ist jedoch, und dies muß in der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 berücksichtigt werden, wie stark diese Prämissen und Paradigmen den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß prägten und inwieweit sie die Beurteilung des Beschlusses bedingten. Denn nicht per se ist die "Zielsetzung der Vater der Bewertung".²

a) Sicherheitspolitische Forschung und Friedensforschung in der Bundesrepublik: Zwei Denkschulen?

Zunächst zur Friedensforschung. Da es "die Wissenschaft" nicht gibt, kann es auch nicht "die Friedensforschung" geben. Auch innerhalb von "Friedensforschung" gibt es die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Ansätze, ist "das Spektrum der Fragestellungen, methodischen Ansätze und Erkenntnisinteressen inzwischen weit aufgefächert".³ Unterschiedliche vorthoretische Erklärungsmodelle mit ihren verschiedenen Paradigmen und Prämissen, oder, wie Mutz formuliert, die "politiktheoretischen Bezugssysteme"⁴ sind die Ursache. "Statt von 'politiktheoretischen Bezugssystemen' ließe sich auch vereinfachend von 'politischen Loyalitäten' sprechen, denn eine Loyalitätsentscheidung geht in jedem Fall der Wahl des Bezugssystems voraus".⁵ Meyers fordert denn auch,

1 Ebenda, S. 399. Vgl. Wettig, Gerhard, Die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion, in: apuzg, B 35/83, S. 20

2 Stratmann, Vom Autismus ..., a.a.O., S. 415

3 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 124

4 Ebenda, S. 127

5 Ebenda, S. 127

"die Vorstellung von der Friedensforschung als eines einen-Bandes aller um die Erhaltung des Weltfriedens - welchen Weltfriedens? - Besorgten in das Reich der Fabel zu verbannen".¹ Meyers zieht daraus den Schluß: "Zugleich legt diese Überlegung nahe, die Probleme und Ergebnisse der Friedensforschung nicht nur nach - notwendigerweise formal bleibenden, die verschiedenen inhaltlichen Positionen der unterschiedlichen Wissenschaftsauffassungen nicht überbrückenden - wissenschaftlichen Kriterien, sondern vor allem anhand ihrer politischen Implikationen zu beurteilen."² Und in der Regel werden die Hauptströmungen innerhalb von Friedensforschung denn auch "unter Rekurs auf ihre politischen [- Herv. i. Text, Verf.] Grundprämissen"³ unterschieden.

Aus heuristischen Gründen gehen wir im folgenden daher zunächst auf die verschiedenen Unterteilungsversuche ein, die vornehmlich auf politischen Unterscheidungskriterien beruhen, bevor dann in Anlehnung an den Versuch von Mutz, zusätzliche Kriterien für die Beurteilung der verschiedenen Strömungen in der Friedensforschung zu erarbeiten⁴, daran gegangen wird, die Hauptströmungen innerhalb der Friedensforschung herauszuarbeiten.

In der wissenschaftlichen Literatur werden in der Regel drei Hauptströmungen von Friedensforschung unterschieden: 1. Manfred Funke unterscheidet die "sogenannte traditionelle Friedensforschung", die "kritische Friedensforschung"⁵ sowie die "revolutionäre Friedensforschung".⁶ Reinhard Meyers spricht von der "systemerhaltenden (konservativen) Friedensforschung", der "systemverändernden (emanzipatorischen) Friedensforschung" und von der "systemüberwindenden (revolutio-

1 Meyers, Die Lehre ..., a.a.O., S. 131

2 Ebenda, S. 131

3 Ebenda, S. 147

4 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 127 - 133

5 Funke, Einleitung. Tatbestand Gewalt - Lernziel Frieden, in: ders., Friedensforschung ..., a.a.O., S. 15

6 Ebenda, S. 16

nären) Friedensforschung".¹ Reinhard Mutz unterscheidet die "traditionelle oder assoziative Friedensforschung", die "sicherheitspolitische(n) und strategische(n) Studien und Analysen internationaler Beziehungen aus der Perspektive des nationalen Interesses" sowie die "kritische oder dissoziative Friedensforschung"², innerhalb derer er die "revolutionäre Konfliktforschung" und die "kritische Friedensforschung" unterscheidet.³

Im Vergleich zu der von Funke und Meyers aufgestellten Dreiteilung von "Friedensforschung" beinhaltet die Dreiteilung bei Mutz bereits einen wesentlichen Fortschritt, denn Mutz trennt bereits nicht mehr so scharf zwischen revolutionärer und kritischer Friedensforschung.

Kritische Friedensforscher wie z. B. Dieter Senghaas sprechen hingegen dichotomisch von der "herkömmlichen Friedens- und Konfliktforschung"⁴, die sie als die "frühe Friedensforschung"⁵ bezeichnen auf der einen, und von "kritischer Friedens- und Konfliktforschung" ⁶ auf der anderen Seite.

Wie man den angeführten bisherigen Versuchen, die Hauptströmungen von Friedensforschung herauszuarbeiten, entnehmen kann, besteht innerhalb der Politischen Wissenschaften kein Konsens über die Anzahl und die Beurteilung der wissenschaftlichen Ansätze, die unter der schwammigen Überschrift "Friedensforschung" subsumiert werden. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch aufgrund der Unterschiede bei der terminologischen Benennung dieser Strömungen.

1 Meyers, Die Lehre ..., a.a.O., S. 147

2 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 132

3 Ebenda, S. 128

4 Senghaas, Editorisches Vorwort, in: ders., Kritische Friedensforschung, a.a.O., S. 7

5 Ebenda, S. 9

6 Ebenda, S. 11

So versteht etwa Mutz "trationeller Friedensforschung" bereits etwas völlig anderes als Funke, der auch die sicherheitspolitischen und strategischen Studien zur traditionellen Friedensforschung zählt, während Mutz darunter - ähnlich wie Meyers - die alte idealistische Lehre von den Internationalen Beziehungen versteht.¹ Dies kann nicht überraschen, denn bei einer vor allem auf politischen Prämissen beruhenden Differenzierung dessen, was Friedensforschung sein soll, wird es naturgemäß auch selbst wiederum politische Prämissen geben, die die eine oder die andere Unterteilung nahelegen. Dies ist wissenschaftlich gesehen höchst unbefriedigend. Und dies nicht nur, weil derartige Unterteilungen, wie Meyers zu Recht bemerkt, "recht zugespitzter Natur" sind und "in der Überbetonung mancher Grundzüge der verschiedenen Positionen davon ab l-sehen, Verf. 7, daß diese realiter nie ganz unvermischt auftreten"², sondern vor allem deswegen, weil damit keine Klarheit darüber entstehen kann, welche grundsätzlichen Unterschiede innerhalb von Friedensforschung die wissenschaftliche Diskussion um die Einschätzung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979 erst ermöglichen sollten.

Die vorliegenden Unterteilungen liegen auf einer Ebene, die sie für die Beurteilung der wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen der verschiedenen wissenschaftlichen Beiträge zur Diskussion um den NATO-Beschluß nicht gerade brauchbar macht. Mutz weist denn auch auf eine zusätzliche Bedeutung vortheorietischer Bezugssysteme für die Einteilung der Hauptströmungen von Friedensforschung hin: "Deren Unvereinbarkeit wird behauptet oder doch stillschweigend unterstellt. Ob die Annahme zutrifft, ist näherer Prüfung wert."³ Dies ist in der Tat richtig, und dies gilt auch für

1 Vgl. Meyers, Die Lehre ..., a.a.O., S. 122 und Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 132 und 128

2 Meyers, Die Lehre ..., a.a.O., S. 147

3 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 127

diese Arbeit. Denn was für den einen Forscher traditionell ist, ist für den anderen systemerhaltend oder konservativ und eine Reihe von ihnen monopolisiert sogar "Kritikfähigkeit" für ihren wissenschaftlichen Ansatz. Die verschiedenen Versuche, Hauptströmungen von Friedensforschung herauszuarbeiten, sind in starkem Maße oft nur etikettierender Natur. Zuzustimmen ist aus diesem Grunde Herman Schmid, der dafür plädierte, es sei "nicht sehr sinnvoll, das Etikett 'Friedensforschung' überhaupt noch beizubehalten".¹ und dies insbesondere, da es viele Wissenschaftler gibt, die, "obwohl sie nach eigenem Selbstverständnis durchaus Friedensforschung betreiben, diesen Terminus weitgehend ihren Kritikern überlassen [] haben, Verf. []".² Bei diesem Kreis von Wissenschaftlern handelt es sich insbesondere um diejenigen, die nach ihrem Eigenverständnis "strategische Studien" betreiben.

2. An diesem Punkt der Arbeit wird es deshalb um so notwendiger, Klarheit über die Hauptströmungen von "Friedensforschung" zu gewinnen. Diese Unterteilung von Friedensforschung sollte es ermöglichen, ihre wissenschaftlichen Ansätze, die sie für die Beurteilung des NATO-Beschlusses verwenden, einzuschätzen. Sie muß sich demnach mehr an ihren politischen und damit an ihren theoretischen Vorstellungen über die Aufgabe, die ihr jeweiliger wissenschaftlicher Ansatz erfüllen soll, orientieren. Aus diesem Grunde wollen wir an dieser Stelle der Arbeit zunächst noch dichotomisch wie Senghaas von zwei Forschungsrichtungen sprechen, von der "sicherheitspolitisch systemimmanenten Forschung" und von der "sicherheitspolitisch transzendentalen Forschung", wobei unter System das Geflecht und die Bedingungen internationaler Politik verstanden werden. Hochtrabend könnte man in diesem Zusammenhang von "der" Realität sprechen. Es versteht sich,

1 Schmid, Herman, Friedensforschung und Politik, in: Senghaas, Kritische Friedensforschung, a.a.O., S. 52

2 Mahn Dieter, Friedensforschung, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), Handbuch Internationale Politik, Opladen 1980, S. 128

daß es sich bei dieser Unterteilung nur um ein Grobraster handeln kann, daß sich dann bei der Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß bewähren muß. Bei dem System, um das es in diesem Zusammenhang geht, handelt es sich um das derzeitige System gegenseitiger Abschreckung als Mittel zur Herstellung und Erhaltung von Sicherheit.¹

Da Sicherheit - wie schon häufig betont - ein dynamischer Prozeß ist, muß dieses System immer wieder einer sich verändernden Umgebung angepaßt werden, soll es weiterhin funktionieren, und nicht an größer werdenden, möglicherweise auch strukturellen und immanenten Widersprüchen scheitern. Dies erscheint als eine notwendige Bedingung für ihr Funktionieren. Da es zu dem bestehenden, auf Abschreckungsdenken basierenden sicherheitspolitischen System derzeit keine Alternative gibt, müssen wissenschaftliche Aussagen - auch zum NATO-Beschluß - eben im Rahmen der Prämissen dieses geltenden Systems beurteilt werden. Vor diesem Hintergrund sollte es prinzipiell möglich sein, Empfehlungen von Wissenschaftlern für die Bewältigung eines Systemproblems als funktional oder disfunktional zu beurteilen.²

Der Konsens von Wissenschaft und damit auch von Friedensforschung über den Wert des derzeitigen politischen Sicherheitssystems ist allerdings längst nicht mehr vorhanden. "Kritische Friedensforscher" distanzieren sich von "herkömmlicher Sicherheitspolitik".³ Der Grund für diese Distanzierung liegt in ihrem politischen Anspruch, über "punktuelle Korrekturen am weltpolitischen Status quo, über das gewöhnliche Abbiegen von Krisenverläufen, über das bloße Kontrollieren von Schwelbränden" hinauszuweisen, Verf. [7] und (...) nach den Ursachen konkreten Unfriedens, d. h. nach den gesellschaftlichen,

1 Zu berücksichtigen ist dabei, "daß es einen verbindlichen Systembegriff nicht gibt" in den Sozialwissenschaften. So Schmieg, Günter, Systemanalyse, in: Görlitz, Axel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, Reinbek 1973, Bd. 2, S. 444

2 Mayntz, Renate, Strukturell-funktionale Theorie, in: Bernsdorf, Wilhelm (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Frankfurt/Main 1976, Bd. 3, S. 838

3 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 15

bis hin zum Krieg dynamisierbaren Voraussetzungen"¹, zu fragen. Sogenannter "herkömmlicher Friedensforschung" macht diese "kritische Friedensforschung" deshalb den Vorwurf, diese betreibe lediglich Analysen, die zwar die Handhabung von Konflikten, nicht jedoch deren Abschaffung zum Ziel habe und auf diese Weise im Dienst des Rüstungswettlaufes stehe.² Sie wirft ihr deshalb vor, "Formen der Konfliktaktivierung /- Herv. i. Text, Verf. 7 "³ zu vernachlässigen, die nach Ansicht kritischer Friedensforschung durch "Strategien der Konfliktlösung"⁴ ergänzt werden sollen.

Die Abschaffung von Konflikten durch innergesellschaftliche Konfliktaktivierung und gleichzeitig durch Strategien der Konfliktlösung in der internationalen Politik ist somit das Ziel kritischer Friedensforschung. Ihr Selbstverständnis formulierten kritische Friedensforscher in einer "Erklärung zur Friedensforschung"⁴ in der Evangelischen Akademie Berlin-Wannsee bereits 1971 unter Rekurs auf historische Friedensbewegungen: "Die historische Friedensbewegung und die moderne Friedensforschung sind in Opposition zu Regierungen entstanden, die von sich behaupteten, Friedenspolitik zu betreiben, und dabei nach dem Satz 'Willst Du den Frieden, rüste zum Krieg' Kriegsstrukturen perpetuierten."⁵ Aus einem historischen Trauma heraus und vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Ambivalenz atomarer Vernichtungswaffen findet kritische Friedensforschung ihr Selbstverständnis, weshalb sie dann auch "herkömmliche Sicherheitspolitik" ablehnt. Diese Ablehnung erstreckt sich auch auf die Rüstungs- und Militär-

1 Funke, Einleitung ..., in: ders., Friedensforschung ..., a.a.O., S. 15

2 Vgl. dazu Senghaas, Editorisches Vorwort, in: ders., Kritische Friedensforschung, a.a.O., S. 8 und Meyers, Die Lehre ..., a.a.O., S. 128

3 Senghaas, Editorisches Vorwort, a.a.O., S. 9

4 Erklärung zur Friedensforschung, in: Senghaas, Kritische Friedensforschung, a.a.O., S. 416 - 419

5 Ebenda, S. 416

potentiale, die nach Ansicht der kritischen Friedensforschung eine, wenn nicht die entscheidende Ursache abgeben für die "Perpetuierung von Kriesstrukturen" und damit zusammenhängend für "internationale Rüstungsdynamik".¹

Senghaas hat diese Vorstellung in unterschiedlicher Weise begründet. Noch 1970 formulierte Senghaas entschieden seine Auffassung einer ausschließlich innergesellschaftlich bedingten Rüstungsdynamik: "Abschreckungspolitik läßt sich heute nur noch als autistisch kennzeichnen. Die Rüstungskomplexe in Ost und West sind zwar lose aufeinander bezogen, doch ihr wirkliches Wachstum wird heute hier und dort autonom in den jeweiligen Abschreckungsgesellschaften bestimmt."² 1981, während der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979, hat Senghaas seine frühere, entschiedener Aussage offensichtlich relativiert: "Auch heute noch erscheint mir die relative [] Herv. i. Text!, Verf. [] Eigendynamik internationaler Rüstung für die Fortdauer dieses Konflikts [] gemeint ist der Ost-West-Konflikt, Verf. [] von entscheidender Bedeutung zu sein. Natürlich erzeugt diese Eigendynamik nicht den Konflikt; vielmehr erzeugt der zugrunde liegende Konflikt Rüstungsdynamik, die freilich ein Eigengewicht gewinnt und immer wieder dem Abschreckungssystem immanente politische und/oder militärtechnologisch vermittelte Krisen hervorruft."³

Neben der unterschiedlichen Beurteilung der Ursachen von Rüstung gibt es innerhalb der kritischen Friedensforschung

1 Senghaas, Dieter, Einleitung zur Neuauflage 1981, in: ders., Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt/Main 1981, S. 9

2 Senghaas, Dieter, Abschreckungspolitik oder Abrüstungspolitik, in: ders., Krieg und Frieden - Wie lösen wir in Zukunft die politischen Konflikte?, München 1970, S. 129, zitiert nach Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 135/136. Vgl. dazu auch Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 138

3 Senghaas, Einleitung zur Neuauflage 1981, a.a.O., S. 16

unterschiedliche Auffassungen bei der Frage, wie diese so von ihr verstandene Realität verändert werden soll. In der oben angeführten "Erklärung zur Friedensforschung" hieß es dazu: "In der Diskussion über geeignete Methoden von Gewalt-situationen wurde in der kritischen Friedensforschung /⁻ Herv. durch den Verfasser, Verf. 7 eine grundsätzliche Problematik sichtbar. Eine Konzeption geht von der Hypothese aus, daß sich personale und strukturelle Gewalt überwinden läßt, indem durch gewaltfreie Aktionen Macht von unten entwickelt wird. Die andere Konzeption lehnt eine instrumentell verstandene Gegen-gewalt nicht grundsätzlich ab; sie geht von der Hypothese aus, daß unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen politische Systeme es sozial diskriminierten Gruppen unmöglich machen, anders als in gewaltsamer Selbstäußerung ihre Interessen zu artikulieren und politisch durchzusetzen."¹ Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß kritische Friedensforscher offensichtlich bereits 1971 die "revolutionäre Friedensforschung" in die "kritische Friedensforschung" einbezogen.

In Abgrenzung zu "herkömmlicher Friedensforschung" heißt es dann weiter: "Während die herkömmliche Friedensforschung sich bisher der Diskussion des hier angesprochenen Problems (...) entzogen hat, wird es in der kritischen Friedensforschung als ein sowohl wissenschaftliches wie praktisches Problem mit allen Konsequenzen gesehen und offen zur Diskussion gestellt."² Deutlich wird, daß eine generelle Unterscheidung von "kritischer" und "revolutionärer" Friedensforschung problematisch ist. Die von Meyers neben der Benennung der systemerhaltenden oder konservativen Friedensforschung vorgenommene Unterscheidung zwischen systemveränderter und emanzipatorischer Friedensforschung einerseits und systemüberwindender oder revolutionärer Friedensforschung spart somit zu Recht den Begriff "kritische Friedensforschung" aus und verwendet ihn in diesem Zusammenhang nicht. Denn "kritische Friedensforschung"

1 Erklärung zur Friedensforschung, a.a.O., S. 417/418

2 Ebenda, S. 418

beinhaltet eben sowohl systemverändernde wie systemüberwindende Komponenten. Seine Unterteilung vollzieht Meyers denn auch aufgrund der von den Wissenschaftlern selbst bevorzugten Mittel der Veränderung des Systems. Zu Recht. Denn wenn das vorgegebene System von Sicherheitspolitik durch Abschreckung grundsätzlich abgelehnt wird, dann handelt es sich hier lediglich um taktische Unterschiede.

Die Ursache dafür in dem von der "neuen Friedensforschung"¹ verwandten "differenzierten Gewalt- und Friedensbegriff"², in dem sich der potentiell aggressive Charakter kritischer Friedensforschung zeigt. Denn, so Senghaas: "Erweisen sich politische Systeme als unfähig, diesen neuen Interessen /- innenpolitischer Bewegungen, Verf. -/ entgegenzukommen - was ohne gesellschaftliche Veränderungen nicht möglich ist -, dann setzt gewöhnlich politische Frustration bei denjenigen ein, die als Diskriminierte mit gewaltlosen /- Herv. i. Text, Verf. -/ Mitteln Veränderungen herbeizuführen versuchten. Eine Radikalisierung ihrer politischen Strategie wird unausweichlich - eine Radikalisierung, die bis zur Anwendung von Gewalt führen kann. Solche Gewalt ist in vorgegebenen Rechtsstrukturen immer illegal; sie als schlechterdings illegitim zu bezeichnen ist jedoch kurzsichtig und läßt jede Einsicht in historische und gesellschaftliche Prozesse vermissen."³

Senghaas weiter, "nicht böser Wille (...) auch nicht eingeborene Aggressivität verleitet Menschen in derartigen /- Herv. i. Text!, Verf. -/ Kollektiven zu Gewalthandlungen, sondern die Verkrustung und die Versteinerung von politischen Systemen, die, Machtkartellen ähnlich, sich gegen neue Ansprüche

1 Senghaas, Dieter, Friedensforschung - Theoretische Fragestellungen und praktische Probleme, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung. Friedensforschung und politische Praxis, Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (Hrsg.), Gütersloh 1972, Bd. II, S. 15

2 Ebenda, S. 15

3 Ebenda, S. 17/18

bisher diskriminierter Sozialschichten abschließen. Ihre Lernunfähigkeit, ihr Mangel an Lernbereitschaft auf allen Ebenen, ihre Neigung zu unflexibler Machtbehauptung im Unterschied zu kollektiven und geschichtsmächtigen innovativen Lernreaktionen, die allerdings nicht ohne gesellschaftliche Veränderungen möglich wären, provoziert Gewalt und läßt die von solchen wenig lernbereiten Eliten verfolgte 'Friedenspolitik' als Pazifizierungsstrategie erscheinen."¹

Kritische Friedensforschung soll sich demnach "vielfältiger Friedensstrategien"² bedienen, denn "Direktstrategien oder direkte Angriffsstrategien sind in vielen Zusammenhängen sicher die einzigen richtigen und sinnvollen; in anderen können sie sich als konterproduktiv erweisen, und eine Umwegstrategie, die einen bestimmten Problembereich einzukreisen und zu isolieren versucht oder einen Sachverhalt durch den praktischen Aufbau alternativer Bedürfnisse und Strukturen einfach austrocknet, könnte in der Praxis vielleicht effektiver sein".³

Den Schluß, den wir für unsere Arbeit aus dem von Senghaas Dargelegten ziehen wollen, ist, daß es nicht sinnvoll sein kann, zwischen "kritischer" Friedensforschung und "revolutionärer" Friedensforschung zu unterscheiden. Das oben angesprochene Grobraster, die dichotomische Gegenüberstellung von "sicherheitspolitisch systemimmanenter Forschung" und "sicherheitspolitisch transzendentaler Forschung" wäre jedoch genauso undifferenziert wie die Gegenüberstellung von "herkömmlicher" und "kritischer" Friedensforschung. Sie wäre mit ähnlichen, die wissenschaftliche Realität verzerrenden Eigenschaften ausgestattet. Stattdessen wird die von Schwarz/Van Cleave und ähnlich auch von Mutz benutzte dreiteilige Typologie benutzt, die einen Bezug zu den verschiedenen Ab-

1 Ebenda, S. 18

2 Ebenda, S. 18

3 Ebenda, S. 20

schreckungstheorien ermöglicht.¹ Auf diese Weise unterscheiden wir 1. diejenige Wissenschaftsrichtung, die sich als Handlungswissenschaft darum bemüht, Konzepte und Verfahren zu entwickeln, um Abschreckung und damit Sicherheit zu ermöglichen, 2. die empirische Abschreckungsforschung, die den Abstand zwischen dem von der Handlungswissenschaft angenommenen und dem tatsächlichen Abschreckungsverhalten und dessen Bedingungen untersucht und 3. der kritischen Friedensforschung, die, so Mutz, "das am wenigsten homogene Wissenschaftskonzept"² darstellt und dessen "Hauptmerkmal (...) ein wesentlich erweiterter Gewaltbegriff"³ ist, und die die "Abschreckungspolitik durch die Kritik ihrer Praxis"⁴ überwinden will. Wenn diese Einteilung zu Recht besteht, muß es auch in der wissenschaftlichen Diskussion Gruppen entschiedener Befürworter, Gruppen, die sich empirisch mit dem Abstand zwischen Theorie und Praxis beschäftigen und Gruppen geben, die den Beschluß entschieden ablehnen.

Auf die Verwendung der Allgemeinbegriffe "Friedensforschung" und "Friedensforscher" zur Kennzeichnung von wissenschaftlichen Einstellungen und Personen wird daher weitestgehend verzichtet. Zunächst jedoch noch eine Erläuterung der beiden ersten wissenschaftlichen Richtungen, die von der "kritischen Friedensforschung" pauschal als "herkömmliche" Wissenschaft bezeichnet werden.

Die Forschungen dieser Richtungen werden auch als "sicherheitspolitische und strategische Studien und Analysen"⁵ oder als "strategische Studien"⁶ bezeichnet. Wette differen-

1 Vgl. Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 135 - 139 und Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 132

2 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 132

3 Ebenda, S. 132

4 Schwarz/Van Cleave, Die Theorie ..., a.a.O., S. 138

5 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 132

6 Wette, Wolfram, Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation, in: apuzg, B 7/74, S. 12

ziert die "traditionelle Friedensforschung" als "die Richtung der Strategischen Studien, der auch die Theoretiker des Abschreckungssystems zuzurechnen sind und der die Vertreter der Arms-Control-Schule zumindest nahestehen"¹, eine Richtung, die "auch als konventionelle Konfliktforschung oder als Konfliktkontroll-Forschung bezeichnet 7 wird, Verf. 7 ".²

Das Ziel der beiden genannten Forschungsrichtungen läßt sich verkürzt so beschreiben: "Unter dem Eindruck der nuklearen Bewaffnung und der unmittelbaren Notwendigkeit, eine nukleare Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten zu verhindern, galten die politische und ein Großteil der wissenschaftlichen Priorität der vergangenen Jahre jedoch nicht einer Veränderung des Systems souveräner Staaten 7 im Gegensatz zur kritischen Friedensforschung, Verf. 7 sondern der Regulierung dieser Macht, des 'management of force' innerhalb des existierenden Systems."³ Und dies eben aus der Erkenntnis heraus, daß "die Austragung von Konflikten als ein konstitutives Element menschlicher Existenzbedingungen"⁴ anzusehen ist und Wissenschaft - gerade auch auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik - "nicht das völlig unrealistische Ziel einer Abschaffung aller politischen Konflikte anstreben 7 kann, Verf. 7 "⁵.

Probleme wie Gleichgewicht, militärische Potentiale und Militärstrategie sowie von Rüstung überhaupt erhalten bei den drei genannten Forschungsrichtungen einen jeweils unterschiedlichen Stellenwert, was sich auch auf die Beurteilung des NATO-Beschlusses, insbesondere seiner Rüstungskomponente,

1 Ebenda, S. 12

2 Ebenda, S. 12

3 Mahnke, Friedensforschung, a.a.O., S. 129

4 Meyers, Die Lehre ..., a.a.O., S. 141

5 Ebenda, S. 140

auswirken mußte. Entscheidende Kriterien einer Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschuß sind deshalb Fragestellung, Wissenschaftlichkeit und Ergebnis der verschiedenen Beiträge.¹ Es ist dabei davon auszugehen, daß diese Beiträge in unterschiedlichem Ausmaß mehr sein können als nur die thematische Konkretisierung unterschiedlicher vortheoretischer Erklärungsmuster und Paradigmen. Aus diesem Grunde ist auch der Forderung von Senghaas ausdrücklich zuzustimmen, der betonte, daß "der Erfolg der Friedens- und Konfliktforschung allein nach ihren wissenschaftlichen Leistungen, also an den erarbeiteten Forschungsergebnissen, bemessen werden sollte".² Es bleibt somit zu untersuchen, ob "kritische" Friedensforscher in ihren Analysen, so Senghaas, "die politische und soziale Wirklichkeit differenzierter erfaßt haben als frühere Studien oder auch als die militärstrategischen Studien"³, die, wie er meint, "diese Wirklichkeit ja maßgeblich mitgeprägt und verschleiert haben".⁴

Die entscheidenden Kennzeichen der kritischen Friedensforschung sind also nicht primär neue Ziele oder Methoden wissenschaftlicher Forschung, vorrangig ist die Kritik am bestehenden System und das politische Ziel, dieses System zu verändern und durch ein anderes zu ersetzen. Hier sei abschließend auf die Fragwürdigkeit hingewiesen, ob derartige Vorhaben wissenschaftlich gelöst werden können und auch dürfen, oder ob sie politisch, und d. h. dann auf demokratisch vorgegebenen Wegen verwirklicht werden müßten. Denn wissenschaftliche Leistungen sind, wie der ehemalige Geschäftsführer der DGFK, Koppe, hervorgehoben hat, "eine Sache, die Vermittlung solcher Leistungen in die politische und gesellschaftliche Praxis eine andere. Sie hängt eng mit der politischen Bewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse zusammen", zumal "selbst gesicherte Erkenntnisse von Fakten und Daten

1 Mahnke, Friedensforschung, a.a.O., S. 133

2 Senghaas, Editorisches Vorwort, a.a.O., S. 18

3 Ebenda, S. 12

4 Ebenda, S. 12

höchst unterschiedliche, ja widersprüchliche Bewertungen und Deutungen zu lassen, Verf. 7".¹

Ein großer Teil derjenigen Wissenschaftler, die sich mit sicherheitspolitischen und strategischen Analysen der oben beschriebenen Arten befassen, steht "kritischer" Friedensforschung aus diesem Grunde jedenfalls äußerst kritisch gegenüber. Man wirft ihr vor, einer Rationalisierung von Vorurteilen aufgrund der Verdrängung ihnen entgegenstehender Tatbestände nachzugehen, so beispielsweise Stratmann in seiner berühmten Polemik gegen die "kritische" Friedensforschung.² Dies soll hier nur vermerkt werden, auch um zu verstehen, warum bereits vor der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Beschluß der Eindruck entstand, "als bestünden verschiedene Debattier- und Zitierzirkel nebeneinander. Sie sprechen über dieselben Gegenstände derselben Erscheinungswelt in teilweise demselben Vokabular, aber sie kommunizieren fast ausschließlich unter den eigenen Mitgliedern und nehmen sich gegenseitig, wenn überhaupt, nur unter polemischen Vorzeichen wahr".³

Ob sich daran angesichts der öffentlichen Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluß etwas geändert hat, oder ob hier alles beim alten geblieben ist, wird die Analyse der wissenschaftlichen Diskussion zeigen.

1 Koppe, Karlheinz, Zur Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) und der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: DGFK Jahrbuch 1979/80. Zur Entspannungspolitik in Europa, Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Baden-Baden 1980, S. 896

2 Stratmann, Vom Autismus ..., a.a.O., S. 403

3 Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 127

2. Die außen- und sicherheitspolitischen Faktoren in der Diskussion

Im folgenden soll auf die wesentlichen Konfliktpotentiale im Ost-West-Konflikt eingegangen werden, die für das Verständnis europäischer Sicherheit und damit auch für die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß wichtige Faktoren sind. Ohne die Berücksichtigung dieser Konfliktpotentiale und Probleme würden die Krise der Entspannung, der Rüstungskontrollpolitik und der westlichen Sicherheitspolitik rudimentär und unverständlich bleiben. Wesentliche Problemfelder sind in diesem Zusammenhang die Unterschiedlichkeit von "Entspannung" und "friedlicher Koexistenz", der SALT-Prozeß mit seinen Auswirkungen auf die westeuropäische Sicherheit und Sicherheitspolitik, die Bedeutung der Militärstrategie der NATO und nicht zuletzt die technologischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Militärpotentiale.

a) "Entspannung" und "friedliche Koexistenz": Das Dilemma unterschiedlicher Zielvorgaben in Ost und West

Nach westlichem Verständnis gilt "Entspannung" häufig als ein Zustand des Ost-West-Verhältnisses, der "militärische Bedrohung zunehmend ausschließt und daher zumindest in sicherheitspolitischer Hinsicht auf wechselseitige Annäherung hinausläuft. Diese Ansicht findet freilich weder im sowjetkommunistischen Selbstbild noch in den Realitäten der Ost-West-Beziehungen eine Stütze".¹ Das westliche Konzept von Entspannung und das östliche von der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten sind aber nicht gleich, denn sie sind Ausdruck teilweise unterschiedlicher Ziele und Interessenlagen, die immer wieder zu Interessenkollisionen führen. In ihrem Weißbuch 1979 hat die sozial-liberale Bundesregierung ihre Vorstellung von Entspannung formuliert. Darin

¹ Wettig, Gerhard, Die sicherheitspolitische Debatte in Europa, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln September 1981, S. 1

wird die Verbindung von Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft im Rahmen der Atlantischen Allianz und auf der Grundlage des Harmel-Berichtes von 1967 hervorgehoben. Dieses Konzept, so das Weißbuch 1979, bestimme die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland: Entspannungsbereitschaft auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit.¹

In diesem Zusammenhang verstand die sozial-liberale Bundesregierung die von ihr verfolgte Entspannungspolitik als eine "realistische und langfristig angelegte Politik der Vermin- derung und Beherrschung der Konfliktmöglichkeiten zwischen Ost und West unter den spezifischen Bedingungen des Ost- West-Verhältnisses".² Zu diesen Bedingungen gehörten nach Auffassung der Bundesregierung "die fortbestehenden Gegen- sätze von Wertvorstellungen, die ebenfalls fortbestehende grundsätzliche Verschiedenheit der politischen und gesell- schaftlichen Systeme sowie wesentliche politische Interessen- unterschiede, die vor dem Hintergrund der vorhandenen Macht- und Militärpotentiale zu sehen sind".³ Deshalb, so die so- zial-liberale Bundesregierung, sei "Entspannungspolitik ihrem Wesen nach Politik auf Gegenseitigkeit. Sie geht von der von allen Beteiligten bejahten Grundannahme aus, daß die vorhandenen Unterschiede und Gegensätze zwischen West und Ost dem gemeinsamen Interesse an der Erhaltung und Sicherung des Friedens und einer darauf gerichteten Zusammenarbeit nicht entgegenstehen".⁴

Dies gelte, so die sozial-liberale Bundesregierung in ihrem Weißbuch weiter, vor allem für die Regelung praktischer Pro- bleme, wie der Abkommen der Bundesrepublik mit der UdSSR, Polen, der DDR und der CSSR, das Viermächteabkommen über Berlin und die KSZE-Schlußakte. Dabei macht sie allerdings

1 Weißbuch 1979 ..., a.a.O., S. 42

2 Ebenda, S. 42

3 Ebenda, S. 42

4 Ebenda, S. 42

deutlich, daß dabei Grundsatzfragen der Bundesrepublik offen geblieben seien: "So hat sich die Bundesrepublik Deutschland insbesondere in der deutschen Frage ihren Standpunkt ausdrücklich vorbehalten."¹

Entspannung wurde von der sozial-liberalen Koalition somit als Prozeß der Spannungsverminderung verstanden, der den Ost-West-Konflikt zwar nicht aufheben sollte, der ihn aber in seiner Gefährlichkeit herabzusetzen versuchte.

Ein eigenes Kapitel zum Thema "Entspannung" taucht im Weißbuch 1983 der christlich-liberalen Koalition im Gegensatz zum Weißbuch 1979 nicht mehr auf. Statt dessen werden im Weißbuch 1983 Begriffe wie "wirkliche Entspannung"² und "entspanntere Beziehungen"³ benutzt, die die Skepsis der neuen Regierung gegenüber dem Begriff "Entspannung" auch terminologisch verdeutlichen sollen. Die Erklärung dafür wird gleich mitgeliefert. Unter dem Eindruck, daß das West-Ost-Verhältnis Rückschritte erlitten habe, wird "wirkliche Entspannung" so definiert: "Eine wirkliche Entspannung zwischen Ost und West setzt die Achtung der Menschenrechte, die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit aller Staaten und die Einhaltung der Regeln des Völkerrechts voraus. Wirkliche Entspannung bedarf des Vertrauens. Pressionen gegenüber Polen und die Besetzung Afghanistans widersprechen diesen Notwendigkeiten."⁴

Der Begriff "wirkliche Entspannung" ist nicht nur terminologisch nicht identisch mit dem von der sozial-liberalen Koalition benutzten Spannungsbegriff, er ist auch politisierter. Die Verwendung des neuen Begriffs wird von der christlich-liberalen Koalition im Oktober 1983, in dem das Weißbuch veröffentlicht wurde, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Stationierung der ersten US-Mittelstreckenraketen vom Typ "Pershing II-XR" unter Bezug auf den Adres-

1 Ebenda, S. 42

2 Weißbuch 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Bonn 1983, S. 8

3 Ebenda, S. 15

4 Ebenda, S. 8

saten näher erläutert: "Der Versuch, entspanntere Beziehungen zur Sowjetunion zu entwickeln kann nur auf der Grundlage eines stabilen militärischen Gleichgewichts erfolgen. Denn die von der Sowjetunion betonte historische Gesetzmäßigkeit der revolutionären Überwindung anderer Gesellschaftssysteme in Verbindung mit den fortgesetzten sowjetischen Versuchen, den Einfluß in der Welt auszudehnen, und dem Ausbau ihrer Rüstung über den reinen Verteidigungsbedarf hinaus sind die Ursachen für die reale Bedrohung, der sich der Westen gegenüber sieht."¹

Die christlich-liberale Bundesregierung betont damit stärker den antagonistischen Charakter des Ost-West-Verhältnisses als ihre Vorgängerin im Weißbuch 1979. Christoph Bertram hat darauf verwiesen, daß die "theoretische sowjetische Fähigkeit zum konventionellen und nuklearen Überraschungsangriff (...) eine schwere Belastung für geregeltes Nebeneinander, Entspannung, modus vivendi und wie die Formeln alle heißen, die friedliche Existenz bei antagonistischen Interessen umschreiben [] sei, Verf. []".²

Im Vergleich zu den offiziellen, westlichen Interpretationen der Zielvorstellungen von Entspannungspolitik sind die östlichen Zielvorstellungen dem christlich-liberalen Verständnis näher als dem der sozial-liberalen Bundesregierung, denn dort spricht man zwar auch von Entspannung, aber im Kontext von "friedlicher Koexistenz".

So definiert etwa Günter Heyden in dem in der DDR herausgegebenen Philosophischen Wörterbuch von Klaus/Buhr "friedliche Koexistenz" zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten als spezifische Erscheinungsform des Klassenkampfes auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet. Dies ist nicht das Gleiche wie Entspannungspolitik nach westlichem Verständnis, denn, so Heyden, "der Klassen-

1 Ebenda, S. 15

2 Bertram, Christoph, Regionale Ungleichgewichte und ihre Auswirkungen auf Entspannung und Abrüstung: Europa, in: Kohl, Helmut (Hrsg.), Der neue Realismus. Außenpolitik nach Iran und Afghanistan, Düsseldorf 1980, S. 109

widerspruch zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse [er- scheint auch, Verf.] auf neuer, auf zwischenstaatlicher und internationaler Ebene. Aus dem Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz folgt, daß der Sozialismus ohne Krieg über den Kapitalismus zu triumphieren vermag. Hier- aus erwachsen den sozialistischen Staaten zwei historische Aufgaben: 1. den Frieden gegen den Imperialismus zu ver- teidigen, der sich mit der friedlichen Koexistenz nicht ab- finden will, 2. den Kampf des internationalen Proletariats zur Beseitigung des Imperialismus und den Sieg der sozialis- tischen Revolution in den einzelnen Ländern zu unterstützen, d. h. eine spezielle Strategie und Taktik des Kampfes gegen den Imperialismus zu entwickeln, die über die internationa- len Beziehungen auf zwischenstaatlicher, internationaler Ebene wirksam wird. Die Politik, die diesen beiden objekti- ven Erfordernissen gerecht wird, ist die Politik der fried- lichen Koexistenz".¹

Nach diesem offiziellen Selbstverständnis wird die Politik der friedlichen Koexistenz von östlicher Seite als spezifi- sche Form des Klassenkampfes im Rahmen des möglichen defi- niert. Der Wert des Friedens wird nach diesem Verständnis friedlicher Koexistenz zwischen Ost und West vor allem "an- gesichts des Standes der Waffentechnik"² betont, da offi- ziell das erklärte Ziel weiterhin der Triumph über das andersartige System geblieben ist.

1 Heyden, Günter, Friedliche Koexistenz, in: Klaus, Georg und Manfred Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1975, S. 435. Vgl. dazu auch Royen, Christoph, Die sowjetische Koexistenz gegenüber Westeuropa. Voraussetzun- gen, Ziele, Dilemmata, Baden-Baden 1978 und Schulz, Eber- hard, Ergebnisse und Schlußfolgerungen, in: Füllenbach, Josef und Eberhard Schulz (Hrsg.), Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi, Mün- chen/Wien 1980, S. 357 - 365 sowie Kaltefleiter, Werner, Der systemische Konflikt in den internationalen Beziehun- gen der Gegenwart, in: apuzg, B 41/82 und dort insbeson- dere das Kapitel "Die Inkompatibilität von Entspannung und friedlicher Koexistenz", S. 28/29

2 Heyden, Friedliche Koexistenz, a.a.O., S. 436

Daß dieses offizielle östliche Selbstverständnis im Westen nicht einfach nur als veralteter ideologischer Ballast einer vergangenen Epoche rezipiert wird, zeigt beispielsweise auch die Äußerung Horst Haases (SPD-MdB) aus dem Jahre 1984, In der er auf die Folgen dieses östlichen Verständnisses von friedlicher Koexistenz hinwies: "Die sowjetische Politik wird nach wie vor von den ideologischen Grundlagen des Kommunismus bestimmt. Diese Politik wirkt ihrerseits auf die Militärpolitik, die den Rahmen für die Militärstrategie der sowjetischen Streitkräfte abgibt.(...) Der behauptete defensive Charakter der sowjetischen Militärdoktrin ist tatsächlich eine Verschleierung und Schutzbehauptung. Vielmehr geht es um die Schwächung des Feindes bei Vermeidung einer militärischen Konfrontation mit der NATO und damit aber auch um eine weitere Verschiebung der Korrelation der Kräfte zugunsten der Sowjetunion.(...) Die Sowjetunion benutzt also ihr militärisches Potential zur Rückendeckung für ihren politischen Expansionismus, und zwar auch in Richtung Westeuropa."¹

Friedliche Koexistenz dient als umfassende theoretische Absicherung und ideologische Legitimierung östlicher "Entspannungs"-Politik. Friedliche Koexistenz vereinigt sowohl kooperative als auch konfrontative Elemente.

Vorstellungen über Ziele und Mittel der Politik zwischen Ost und West in der Epoche der Entspannungspolitik sind erklärmaßen zumindest teilweise prinzipiell unterschiedlich definiert, vor allem, was die Bedeutung militärischer Mittel betrifft. Unterschiedlich war erst recht die Politik, die auf der Grundlage dieser Zielvorstellungen verfolgt wurde. Das Ausmaß der Unterschiede konnte dabei von Fall zu Fall und von Bereich zu Bereich jeweils unterschiedlich groß sein, aber auch von Präsident zu Präsident.

¹ Haase, Horst, Internationale Sicherheitspolitik und die Strategiediskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 9, S. 280

Diese Unterschiede zwischen "Entspannung" und "friedlicher Koexistenz" wurden und werden vor allem in der westlichen Öffentlichkeit häufig nicht so verstanden. Hoffnungen, die Sowjetunion zu einer grundlegenden Änderung ihrer Außenpolitik und ihrer Haltung gegenüber dem Westen bewegen zu können, standen dahinter, stellten sich jedoch inzwischen als überzogen heraus. Lüders wies 1981 allerdings zu Recht darauf hin, daß "die heute vielzitierte Unteilbarkeit der Entspannung ein westlicher Slogan"¹ sei, diese Unterteilbarkeit aber niemals von Breschnew zugesichert oder global anerkannt worden sei: "Eine generell oder stillschweigend vereinbarte Entspannungspolitik für die ganze Erde hat es nicht gegeben."² Die Unteilbarkeit von Entspannung ist eine westliche Forderung, die von der Sowjetunion nicht akzeptiert wird, und aus ideologischen Gründen als Vormacht des "sozialistischen Lagers" auch nicht akzeptiert werden kann. Dies hätte denn auch dem sowjetischen Konzept friedlicher Koexistenz widersprochen. Wichtig ist aber, und das gilt in diesem Zusammenhang auch heute noch, daß man offenbar, wie Lüders betont, "trotz beiderseitigem Mißtrauen in Washington und Moskau begriffen hatte: Im atomaren Zeitalter gibt es keine Alternative zur Koexistenz".³ Pfeiler hat allerdings zu Recht eingeschränkt: "Im Rahmen der friedlichen Koexistenz (gegenüber NATO, Japan, aber auch VR China) gilt die absolute Priorität der Kriegsverhütungspolitik: Der Nuklearkrieg kann kein sinnvolles Mittel der Politik zwischen Nuklearmächten sein. Da aber auch ein konventioneller Krieg mit größter Wahrscheinlichkeit zum Nuklearkrieg eskaliert, scheidet auch ein konventioneller Krieg als Instrument sowjetischer Politik in diesem Bereich der Außenpolitik aus. Das

1 Lüders, Carl H., Ideologie und Machtdenken in der sowjetischen Außenpolitik, in: apuzg, B 37/81, S. 21

2 Lüders, Ideologie ..., a.a.O., S. 21. Vgl. auch Woyke, Wichard, Von der "Politik der Entspannung" zur "wirklichen Entspannung", in: apuzg, B 41/82, S. 31 - 46

3 Lüders, Ideologie ..., a.a.O., S. 22

nukleare /⁻ Herv. i. Text, Verf. 7 Potential der UdSSR dient diesem Ziel der Kriegsverhütung zwischen den Blöcken, soll aber zugleich auch sicherstellen, daß ein Krieg aus den anderen beiden Bereichen der Außenpolitik /⁻ Pfeiler nennt hier den "sozialistischen Internationalismus" und die "Hilfeleistung an Befreiungsbewegungen und Unterstützung unabhängig gewordener Länder gegenüber dem Imperialismus", Verf. 7 nicht in den der friedlichen Koexistenz überspringt."¹

Dies bedeutet konkret, daß unterhalb der Ebene des Verbots kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken in Europa die Austragung von Konflikten weltweit möglich ist. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen außerhalb des militärischen Machtbereichs bis hin zu direkten konventionellen militärischen Aktionen kann somit weltweit nicht ausgeschlossen werden.

°

b) Der SALT-Prozeß und seine Auswirkungen auf die Sicherheit der westeuropäischen NATO-Staaten

Am 18. Juni 1979 unterzeichneten der amerikanische Präsident Carter und der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, in Wien das zweite Abkommen über die Begrenzung der strategischen Waffen, genannt SALT II.

Der SALT II-Vertrag mit seinen Bestimmungen für die globalstrategische Rüstung ist bis heute vom amerikanischen Senat nicht ratifiziert worden. Bereits nach dem ersten Senatshearings im Jahre 1979 war deutlich geworden, daß die Chancen Carters, die für die Ratifizierung des SALT II-Vertrages durch den Senat benötigte Zweidrittelmehrheit zu erlangen, nicht sehr groß waren. Damals bereits lag ein Scheitern von SALT II im Bereich des Möglichen.²

1 Pfeiler, Wolfgang, Thesen zur sowjetischen Militärdoktrin (Manuskript), Bonn, Oktober 1981, S. 1/2

2 Vgl. Bomsdorf, Falk, Zur Senatsdebatte über SALT-II in den USA, in: apuzg, B 37/79, S. 27 - 33

Nach der sowjetischen Besetzung Afghanistans konnte Carter dann die notwendige Mehrheit im Senat endgültig nicht mehr erlangen. Die Ratifizierung wurde ausgesetzt. Die Regierung Carter sprach damals jedoch die Erwartung aus, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, wenngleich der Vertrag formell nicht von den USA ratifiziert worden sei, sich solcher Handlungen enthalten würden, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages stehen. Auch die Reagan-Administration erklärte sich bereit, nichts zu unternehmen, was dem SALT II-Vertrag die Grundlage entziehen würde.¹ Da die Sowjetunion ebenfalls weitestgehend zu einer solchen Politik bereit war, stellen die Bestimmungen des SALT II-Vertrages auch heute noch für die Entwicklung ost-westlicher Sicherheitspolitik "entscheidende Grundlagen"² dar. Alfred Mechttersheimer sprach 1980 gar davon, es gebe "Anzeichen dafür, daß die neue Mittelstrecken-Diskussion ohne die SALT-Politik überhaupt nicht entstanden wäre".³ Die Gründe dafür liegen im Vertragswerk.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß stellt sich deshalb die Frage, ob und inwieweit der SALT II-Vertrag, und dabei sowohl die im SALT II-Abkommen vereinbarte Parität bei den interkontinental strategischen Waffen wie auch die Bestimmungen über die Mittelstreckensysteme, die Sicherheit der westeuropäischen Bündnispartner der USA beeinflußt hat. Diese Frage sollte gerade in der Diskus-

1 Auswärtiges Amt (Hrsg.), Es geht um unsere Sicherheit. Bündnis-Verteidigung - Rüstungskontrolle, Coburg Mai 1981, S. 52

2 Forndran, Erhard, SALT II und die internationale Sicherheit, in: Gegenwartskunde, 1980, H. 1, S. 49. Blackaby schränkt allerdings ein: "Obwohl die Vereinigten Staaten die Ratifizierung des Vertrages abgelehnt haben, beginnen die Verhandlungen im Sinne des SALT II-Vertrages, indem sie als auch die Sowjetunion ihre Absicht erklären, gegenwärtig nicht dem Ziel und dem Zweck des Vertrages zuwiderlaufend zu handeln. Werden jedoch nicht bald weitere Übereinkommen ausgehandelt, ist es zweifelhaft, ob diese beiderseitige Übereinkunft noch lange Bestand hat." So Blackaby, Frank, SIPRI-Jahrbuch 1983, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 3/1983, S. 13

3 Mechttersheimer, Alfred, "Modernisierung" gegen Sicherheit. Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik Deutschland, in: Studiengruppe Militärpolitik. Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage, Reinbek 1980, S. 63

sion über die Einführung kontinentalstrategischer Systeme immer wieder und kontrovers debattiert werden. In dieser Arbeit wird der Begriff "kontinentalstrategisch" für diese Mittelstreckensysteme benutzt, nicht der Begriff "eurostrategisch", da Westeuropa im Ost-West-Konflikt den "dritten strategischen Ort" abgibt.¹ Der Begriff "kontinentalstrategisch" bringt dies besser zum Ausdruck als der Begriff "eurostrategisch", der eine semi-strategische Bedeutung nahelegen kann.

Schon zu Beginn der SALT I-Verhandlungen hatte die sowjetische Seite darauf gedrängt, nicht allein global-strategische Nuklearsysteme in einen Vertrag einzubeziehen. Das Kräfteverhältnis, so die Sowjets, sei strikt bilateral zwischen der UdSSR und den USA zu fassen, und deshalb müßten auch die Kernwaffenträger einbezogen werden, welche die UdSSR von europäischen NATO-Gebiet und von See her bedrohten. "Dies hieß im Klartext, daß die global- und die kontinentalstrategischen Systeme des Westens gegen die global-strategischen Träger der Sowjetunion aufgerechnet werden sollten. Für die eurostrategischen Nuklearpotentiale der UdSSR wäre demnach kein Gegengewicht auf westlicher Seite vorgesehen gewesen, weil sie keinen Bedrohungsfaktor im bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhältnis darstellten."² Die Amerikaner ließen sich jedoch auf Drängen ihrer europäischen Bündnispartner, die an einer solchen Regelung kein Interesse haben konnten, nicht auf einen derartigen Handel ein, und so wurden die sogenannten "vorne stationierten Systeme" (FBS) der NATO weder bei SALT I noch bei SALT II

1 Czempiel, Ernst-Otto, Die Macht am Rhein. Versuchungen und Verweisungen deutscher Außenpolitik, in: Frankfurter Hefte, 8/1981, S. 19

2 Wettig, Gerhard, Die Sowjetunion und die eurostrategische Problematik, in: Politische Vierteljahresschrift, 21. Jg., 1980, H. 4, S. 348. Vgl. dazu auch Wettig, Gerhard, Die Auseinandersetzungen um die euro-strategische Nachrüstung der NATO, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Juli 1981, S. 7 - 12

mitgezählt.¹ Für die Nichteinbeziehung dieser "Forward Based Systems", die in der Diskussion um den Doppelbeschluß insbesondere bei der Diskussion des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West eine erhebliche Rolle spielen sollten, mußten die Amerikaner allerdings an derer Stelle Konzessionen machen, und zwar bei den dem NATO-Oberkommando (Saceur) unterstellten strategischen amerikanischen Atom-U-Booten der Poseidon-Klasse mit ihren insgesamt ca. 400 nuklearen Sprengköpfen.

Diese U-Boot-gestützten Raketen waren der NATO auf das Drängen der europäischen Verbündeten hin als Ausgleich für die aus Westeuropa gegen Ende der 60er Jahre - nach Beendigung der Kuba-Krise - zurückgezogenen Raketensysteme mittlerer Reichweite assigniert worden.² Sie wurden jetzt in die Begrenzungen des SALT II-Vertrages, durch den erstmals in der Geschichte des Ost-West-Konflikts eine globalstrategische Parität zwischen den USA und der UdSSR vereinbart wurde, mit einbezogen, und damit Teil des den Amerikanern vertraglich zugestandenen Gesamtplafonds ihrer strategischen Nuklearsysteme. Demgegenüber wurde der sowjetische schwere Bomber vom Typ "Backfire" nicht in das der UdSSR zugestandene Potenzial einbezogen, obwohl er aufgrund seiner Reichweite interkontinental eingesetzt werden könnte.

Infolge der in SALT II vereinbarten zahlenmäßigen Parität³ bei den interkontinentalen Abschreckungspotentialen der beiden Supermächte stieg nun die Bedeutung der im Vertrag nicht erfaßten "kontinentalstrategischen" Waffensysteme, deren Stationierung von der Sowjetunion nun verstärkt betrieben werden konnte. Hierin liegt die "Vertragslücke" und

1 Zur sog. "Nichtumgehungsklausel" vgl. Ruehl, Lothar, Die Begrenzung der strategischen Rüstung: SALT, in: Forndran/Friedrich, Rüstungskontrolle ..., a.a.O., S. 187 sowie ders., SALT-Verhandlung und Problematik der Begrenzung strategischer Rüstungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, in: Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 255 - 285 sowie ders., Das SALT-II-Abkommen und die europäischen Interessen, in: EA, 34. Jg., 1979, H. 15, S. 461-472

2 Wettig, Die Auseinandersetzungen ..., a.a.O., S. 10

3 Das Vertragswerk von SALT II ist abgedruckt in: EA, 34. Jg., 1979, H. 15, S. D 368 - D 400

und damit der entscheidende Nachteil des bilateralen SALT II-Vertrages für die Westeuropäer, eine Vertragslücke, die die sowjetische Mittelstreckenrüstung ohne Bruch der Vertragsbestimmungen ermöglichte, und die dann auch von der UdSSR konsequent genutzt wurde. Die technologische Weiterentwicklung der Nuklearpotentiale, die durch SALT II ohnehin nicht begrenzt werden konnte, spielte dabei eine wichtige Rolle. Als die europäischen NATO-Staaten sich gegen die Einbeziehung der vorne stationierten Nuklearsysteme gewandt hatten, war das sowjetische Mittelstreckenpotential veraltet. Es konnte zudem von dem damals noch überlegenen amerikanischen strategischen Potential abgedeckt werden.¹ Nur: In der Zwischenzeit näherten sich die Sowjets im strategischen Bereich der globalstrategischen Parität mit den Amerikanern, und zum zweiten gab die technologische Entwicklung den Nuklearmächten die Möglichkeit, ihr Raketenpotential, einschließlich des kontinentalstrategischen, einschneidend zu verbessern.

Die Sowjets begannen, ihr Mittelstreckenpotential zu modernisieren und zu auszubauen. Ihre neuen und modernen Waffensysteme wurden in der Öffentlichkeit, da sie eben vom SALT II-Vertrag nicht erfaßt werden und auch nicht zu den konventionellen Waffen zählen, als "Grauzonenwaffen"² bekannt. Die Bedeutung dieser neuen sowjetischen Waffen hat Ruehl hervorgehoben: "Solche Waffen wären im Verhältnis zum zentralen Kräftemaß zwar nur marginal, eben 'semi-strategisch', aber in einem kontinentalen Regionalmaßstab Europa, Mittelost oder Ostasien für die dort drohenden Konflikte strategisch", erklärte er 1979.³ Zu diesen Waffensystemen werden häufig auch Mehrzwecksysteme gezählt, die sowohl konventionell wie nuklear ausgerüstet werden können, wie z. B. der sowjetische Backfire-Bomber und die amerikanische F-111.

1 Ruehl, Die Begrenzung ..., a.a.O., S. 189

2 Raven, Wolfram von, Gefahr aus der Grauen Zone. Umrüstung und Nachrüstung der Kernwaffen, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 1/1979, S. 27 - 45

3 Ruehl, Die Begrenzung ..., a.a.O., S. 186

Die europäischen Verbündeten der USA beobachteten mit wachsender Besorgnis den Ausbau der modernen sowjetischen Mittelstreckenkapazität und wollten die Möglichkeiten offen halten, diesem zu begegnen, da sie die Gefahr einer sicherheitspolitischen Abkoppelung vom strategischen Potential der USA angesichts des wachsenden sowjetischen strategischen Potentials befürchteten.

Gerade in Europa war deshalb auch die im Protokoll zu SALT II getroffene Übereinkunft umstritten, nach der die USA auf die Verwendung von Marschflugkörpern mit einer Reichweite von mehr als 600 Kilometern bis zum 31. Dezember 1981 verzichteten, während entsprechende Vereinbarungen für sowjetische Waffensysteme wie die SS-20 fehlten.¹ Denn "auch nachdem das Protokoll außer Kraft getreten sein wird, bleibt das Objekt 'Marschflugkörper' doch vom Vertrag definitorisch erfaßt".² Denn der UdSSR mußte dies aus ihrer Sicht die Chance bieten, die Amerikaner prinzipiell festzulegen und sie damit an der Nutzung ihrer modernen Marschflugkörper-Technologie zumindest in einem gewissen Umfang zu behindern.³

Die Modernisierung der Pershing-Rakete und damit der Bau von ballistischen Mittelstreckenraketen durch die NATO ist durch SALT II jedoch nicht eingeschränkt worden, ebenso wenig wie die sowjetische Rüstung im Bereich der ballistischen Mittel- und Kurzstreckenraketen. Mitte 1979 äußerte Ruehl die Ansicht: "Da die Disparität mit fortgesetzter SS-20-Dislozierung im Mittelstreckenbereich anwächst, muß die Schlußfolgerung in der Betrachtung von SALT II lauten, daß dieses Abkommen Europa zwar überwölbt, ihm aber kein

1 Vgl. das Protokoll zum Vertrag, a.a.O., S. D 389 - D 391. Siehe auch Corterier, Peter, SALT-II und die deutschen Sicherheitsinteressen, in: Europäische Wehrkunde, 28. Jg., 1979, H. 10, S. 487 - 489 und Joffe, Josef, Vertrag gegen den Untergang. Wie atomare Vernichtungswaffen kontrolliert werden sollen, in: Die Zeit, 18. Mai 1979

2 Ruehl, Das SALT-II-Abkommen ..., a.a.O., S. 471

3 Forndran, SALT II ..., a.a.O., S. 53

Plus an Sicherheit unter dem globalen Paritätsplafond zu-
gewachsen läßt".¹ Wettig weist zu Recht darauf hin, daß zu-
sammen mit den unzureichenden qualitativen Beschränkungen
die Höhe des vereinbarten globalstrategischen Rüstungs-
niveaus dafür Sorge, "daß die Parität nicht mit Stabilität"
einhergehe, denn "SALT II schließt keineswegs aus, daß sich
ein überraschender Erstschlag künftig vorteilhaft für den
Initiator auswirken könnte (so relativ der dadurch erzielte
Gewinn auch sein mag)".² Relativ sind diese Vorteile aller-
dings deswegen, weil es sich hierbei lediglich theoretisch
um Vorteile in einem nicht akzeptablen Atomkrieg handelt.

Forndran hebt allerdings einschränkend hervor, "daß das
SALT Abkommen die Europa betreffende Abschreckungspolitik
nicht entscheidend determiniert. Die Schwächen westeuropä-
ischer Verteidigungsfähigkeit in Europa sind nicht die Fol-
gen des SALT Abkommens".³ Auf die Probleme der Abschreckung
durch Verteidigungsfähigkeit in Europa hob denn auch Ruehl
ab, als er die Notwendigkeit des Doppelbeschlusses erklärte:
"Die strategischen Zwänge lagen längst offen zutage. Die
Bedrohung durch die SS-20 hatte sie nur dramatisiert und aktu-
alisiert."⁴

c) Der Faktor Militärstrategie: Die NATO-Doktrin der "flexiblen Erwiderung"

Der Doppelbeschluß und seine Verabschiedung können nicht
isoliert von den Militärstrategien, und d. h. insbesondere
von der NATO-Strategie der "flexiblen Reaktion" untersucht
werden. Der Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 steht

1 Ruehl, Das SALT-II-Abkommen ..., a.a.O., S. 472

2 Wettig, Gerhard, Entspannung und Sicherheit. Konzeptionelle Überlegungen an einer kritischen Wegemarke, in: apuzg, B 11/80, S. 28

3 Forndran, SALT II ..., a.a.O., S. 53/54

4 Ruehl, Lothar, Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 4, S. 105

in unauflösbarem Zusammenhang mit den Vorstellungen darüber, wie eine Aggression am glaubhaftesten abgeschreckt werden kann, welche Mittel dafür notwendig sind, wie und mit welcher Zielsetzung die vorhandenen und die neu anzuschaffenden militärischen Mittel einschließlich der atomaren im Falle eines Versagens der Abschreckung eingesetzt werden können bzw. sollen, und ob diese Mittel ihrer Zielsetzung entsprechend überhaupt eingesetzt werden können bzw. sollen.

An dieser Stelle kann nun nicht die amerikanische¹ oder die sowjetische² Militärstrategie detailliert dargestellt werden, und auch eine detailliertere Diskussion über die Theorien der Abschreckung ist hier nicht möglich. Statt dessen sollen kurz die wichtigsten Bestimmungen der derzeit gültigen Militärstrategie der NATO erläutert werden, denn diesen Bestimmungen müssen die neuen LRTNF der NATO entsprechen, sollen sie nicht dysfunktional sein, und nach ihren Bestimmungen würden die NATO-Systeme gegebenenfalls auch eingesetzt werden. Die sowjetische Perspektive bleibt damit ausgeklammert.³

Die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion soll - so das Weißbuch 1979 - durch Abschreckung Kriege verhüten. Voraussetzung dafür ist danach die Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung. Das Risiko eines Angriffs soll dabei für jeden Aggressor unkalkulierbar sein.⁴

1 Vgl. hierzu Schwarz, Klaus-Dieter, Amerikanische Militärstrategie 1945 - 1978. Eine Analyse zum außen- und innenpolitischen Problem strategischer Politik, in: ders., Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 345 - 372 sowie den Jahresbericht des US-Verteidigungsministers Harold Brown vom 29. Januar 1980 (Auszüge) und sein Schreiben an die Verteidigungsminister anderer NATO-Mitgliedsstaaten vom 8. August 1980 zur Erläuterung der amerikanischen Nuklearstrategie, abgedruckt in: EA, 35. Jg., 1980, H. 16, S. D 446 - D 476

2 Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, Sowjetische Militärstrategie 1945 - 1978, in: ders., Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 373 - 396

3 Vgl. dazu Pfeiler, Die Strategische Doktrin ..., a.a.O., S. 304 - 341

4 Weißbuch 1979 ..., a.a.O., S. 123

Die NATO, die die Einheit von Abschreckung, Verteidigung und Entspannung vertritt, hat deshalb im Rahmen ihrer Strategie drei militärische Reaktionsarten vorbereitet, die je nach Lage nacheinander oder gleichzeitig ausgeführt werden sollen: Die Direktverteidigung, die vorbedachte Eskalation und die allgemeine nukleare Reaktion:

"Erstens: Die Direktverteidigung soll dem Aggressor verwehren, sein Ziel zu erreichen, und zwar auf der Stufe des militärischen Konflikts, die der Angreifer gewählt hat. Entweder scheitert damit die Aggression, oder der Aggressor wird mit der Gefahr der Eskalation konfrontiert. Die NATO schließt den Einsatz nuklearer Waffen nicht aus.

Zweitens: Die Vorbedachte Eskalation soll einen Angriff dadurch abwehren, daß die Qualität des Abwehrkampfes durch den Einsatz nuklearer Waffen verändert oder der Konflikt räumlich ausgedehnt wird. Dem Angreifer soll durch den politisch kontrollierten selektiven Einsatz nuklearer Waffen deutlich gemacht werden, daß Erfolgchance und Risiko für ihn nicht mehr in einem tragbaren Verhältnis stehen. Außerdem kann der Angreifer auch dort getroffen werden, wo er besonders verwundbar ist, oder mit Mitteln, die denen des Angreifers überlegen sind.

Drittens: Die Allgemeine Nukleare Reaktion richtet sich vor allem gegen das strategische Potential des Angreifers und bedeutet den Einsatz der nuklear-strategischen Waffen der Allianz. Seine Androhung ist das stärkste Abschreckungsmittel, seine Anwendung die stärkste militärische Reaktion der NATO."¹

Diesen Reaktionsarten ordnet die NATO die nuklear-strategischen Waffensysteme, die nuklearen Kräfte in und für Europa sowie die konventionellen Streitkräfte zu. Sie bilden zusammen die sogenannte "Triade"² (nicht zu verwechseln mit der Triade der US-amerikanischen ICBM, SLBM und SAC!), und sollen einander in ihrer Wirkung ergänzen, sich aber nach geltender Strategie

1 Weißbuch 1979 ..., a.a.O., S. 123

2 Ebenda, S. 123

gegenseitig nicht ersetzen können. Die Abschreckungswirkung dieser Triade soll dadurch gewährleistet werden, daß der Einsatz jedes Elements für sich genommen glaubwürdig ist und daß gleichzeitig alle drei Elemente miteinander verbunden sind. Ein solches Kontinuum der Abschreckung soll es der NATO erlauben, stufenlos eskalieren zu können, ohne daß ein Angreifer abschätzen kann, wann und mit welchen Mitteln die NATO auf einen Angriff reagieren will. Dies aber, so das Weißbuch 1979, soll das Risiko für einen Angreifer unkalkulierbar machen.¹

Abschreckung und damit Sicherheit will die NATO durch Verteidigungsfähigkeit und Vergeltungsfähigkeit aufrechterhalten. Das Hauptproblem dieser Strategie wie jeder Abschreckungsstrategie bisher liegt dabei in der Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung, d. h. in diesem Fall in der Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit der Androhung und des Einsatzes von Kernwaffen angesichts nuklearstrategischer Parität. Zweifel an dieser Strategie müssen sich dann auch auf die Beurteilung der Bedeutung der neuen kontinentalstrategischen Waffensysteme der USA in Europa und ihren Abschreckungswert bestimmend auswirken. Eine wissenschaftliche Diskussion darüber kann somit auch eine Diskussion über den Sinn und die Glaubwürdigkeit dieser NATO-Strategie werden. Sie müßte dann allerdings unter Bezugnahme auf diese NATO-Strategie und auf der Grundlage unterschiedlicher Interpretationen dieser Strategie geführt werden.

In diesem Zusammenhang muß deshalb auf die zwei verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten der Wissenschaft mit der NATO-Strategie aufmerksam gemacht werden: Die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion kann als "Kriegsführungsstrategie", aber auch als "Eskalationsstrategie" interpretiert werden.

¹ Ebenda, S. 123/124. Vgl. dazu auch das Weißbuch 1983 ..., a.a.O., S. 148 - 150

Bei dieser Unterscheidung handelt es sich allerdings sozusagen um eine idealtypische, eine theoretische Trennung zusammengehörender Komponenten der Abschreckungsstrategie.

Während bei der ersten Interpretation die Fähigkeit zur wirksamen Kriegsführung und Verteidigung in den Vordergrund gerückt wird und damit als ausschlaggebend dafür angesehen wird, daß der Gegner auf die Aggression verzichtet ("Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten"), beruht die Interpretation der Abschreckungsstrategie als Eskalationsstrategie auf der Betonung einer gesicherten Fähigkeit zu nuklearer Eskalation und Vergeltung ("Abschreckung durch Vergeltung", "Abschreckung durch Bestrafung").¹

Um allerdings die Eskalation eines ausgebrochenen Krieges bishin zum allgemeinen Atomkrieg begrenzen zu können, wird in der Abschreckungstheorie und -politik die Notwendigkeit einer Kontrolle der Eskalation betont, die es ermöglichen soll, "durch geschickten Einsatz der Waffensysteme die militärischen Zielsetzungen des Gegners und seine Erfolgsaussichten zu durchkreuzen ('denial'), aber auch unverhältnismäßige Bestrafungs- und Vergeltungsaktionen ('indiscriminate punishment', 'retaliation') zu vermeiden", und dies in der Annahme, "daß eine geschickte Inszenierung eines abgestuft eingesetzten Nuklearpotentials nicht nur Eskalationskontrolle, sondern auch eine Eskalationsdominanz, d. h. eine erfolgreiche Beendigung kriegerischer Auseinandersetzungen nach eigenen Bedingungen und zu eigenen Gunsten ermöglicht, was voraussetzt, daß sich weitere Handlungsoptionen der Gegenseite durchkreuzen lassen"², und dies eben durch einen

¹ So etwa Rattinger, Hans, Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollrezepte. Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß, in: apuzg, B 28/81, S. 25. Rattinger bezieht sich dabei auf die Unterscheidung von "deterrence by denial" und "deterrence by punishment" durch Glenn Snyder.

² So Senghaas, Dieter, Rückblick und Ausblick auf Abschreckungspolitik, in: apuzg, B 38/83, S. 33

selektiven und vor allem flexiblen Einsatz der militärischen Mittel. Dies führt nun zum Begriff der sogenannten "begrenzten nuklearen Optionen". Wer die Notwendigkeit von Abschreckung durch die Verweigerung von Erfolgsaussichten herausstellt, wird die Bedeutung der begrenzten nuklearen Optionen betonen, so etwa Lothar Ruehl 1980, als er hervorhob: "Die bequeme Zeit der gedanklichen Unverbindlichkeit, da jedermann eine listige Unterscheidung zwischen 'Abschreckung' und 'Kampfführung' machen und damit das eigentliche Problem der nuklearen Optionen auf dem Kriegsschauplatz eskamotieren konnte, indem er den Mythos von der 'kampflosen Abschreckung' verherrlichte, ist in Europa zu Ende."¹

Wer die Abschreckung aufgrund von nuklearer Eskalation und Vergeltung hervorhebt, wird wie Senghaas die "von den Prämissen einer Vergeltungsabsicht nicht ableitbaren Renaissance von Konzeptionen wie militärisches Gleichgewicht, Überlegenheit oder Unterlegenheit"² kritisieren. Senghaas formuliert zumindest zweideutig, wenn er dies als "Kriegsführungs-Abschreckung"³ betitelt, und von einem "Entwicklungstrend von der Vernichtungs-Abschreckung zur Kriegsführungs-Abschreckung"⁴ spricht und von der "schrittweisen Ausdifferenzierung der nuklearen Kriegsführungs-Optionen"⁵ in der strategischen Diskussion.

Festzuhalten bleibt jedoch: Abgesehen von terminologischen und wertenden Unterschieden liegen Ruehl und Senghaas gar nicht soweit auseinander, was die Beurteilung der strategischen Entwicklung angeht, und dies, obwohl Strategiekritiker und kritische Friedensforschung von unterschiedlichen Prä-

1 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 109. Vgl. dazu auch Mechttersheimer, Alfred, Hat SALT III noch eine Chance?, in: apuzg, B 41/80, S. 21

2 Senghaas, Rückblick und Ausblick ..., a.a.O., S. 34

3 Ebenda, S. 34

4 Ebenda, S. 36

5 Ebenda, S. 33

missen ausgehen. Dies verweist darauf, daß die Diskussion um die Rüstungsentscheidung der NATO im Doppelbeschluß darum gehen kann, ob Abschreckung und damit Kriesverhütung besser durch eine sogenannte "Kriegsführungsstrategie" oder durch eine sogenannte "Vergeltungsstrategie" erfolgen soll. Mit anderen Worten, hier kann es um Akzentuierungen, aber möglicherweise auch um Glaubensfragen gehen.

Linn und Lapins haben deshalb zu Recht darauf verwiesen: "Das Signum vieler sicherheitspolitischer Datendiskussionen in unserer Zeit um die Denkfigur der Abschreckung ist die Verengung auf den Aspekt der Kriegsführungsfähigkeit im Sinne der 'intra-war-deterrence' zu Lasten einer fundierten Thematisierung einer Abschreckungsdoktrin als vornehmlich politische Aufgabe. Diese Tatsache führt zu dem fatalen Phänomen, daß sich Strategieexperten und 'kritische' Friedensforscher in der Streitfrage um die potentielle Erfolgsaussicht militärischer Handlungen im Kriegsfall verhakht haben. Wobei die erstgenannte Gruppe sich zumeist aus Anhängern einer 'deterrence by denial' zusammensetzt und aufgrund kontinuierlicher dynamischer sowjetischer Rüstung permanent 'Abschreckungslücken' diagnostiziert, während ihre Antipoden mit Blickrichtung auf die wahrscheinlichen Kriegsfolgen prinzipiell ein Abschreckungsdenken als 'Lemmingsyndrom' klassifizieren und konsequenterweise polemisieren."¹

Senghaas räumt allerdings ein, daß die "Prinzipien für begrenzte Nuklearooptionen und begrenzte Nuklearoperationen nicht ein Ergebnis nur der allerneuesten nuklearstrategischen Diskussion sind, sondern schon in den sicherheitspolitischen Debatten der fünfziger und sechziger Jahre eine zentrale Rolle spielten".² Inwieweit die damals vorhandenen nuklearen Mittel geeignet waren, die ihnen durch die Militär-

1 Lapins, Wulf-W. und Gottfried Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs zwischen Nato und Warschauer Pakt, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 2/1983, S. 113

2 Senghaas, Rückblick und Ausblick ..., a.a.O., S. 33

doktrin bzw. -strategie aufgetragene zentrale Rolle auch glaubwürdig erfüllen zu können, war und ist eine Frage, die eben nur im Zusammenhang mit den jeweiligen Waffensystemen und mit dem Kräfteverhältnis zwischen Ost und West beantwortet werden kann. Dies gilt auch für die Diskussion um die kontinentalstrategischen Systeme neuester Art. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beurteilung der weiterentwickelten Optionen für die Abschreckung wie für den Einsatz nuklearer Waffensysteme in der Abschreckungstheorie wie in der Sicherheitspolitik unterschiedlich ist, und daß keine der beiden wissenschaftlichen Erklärungsversuche für sich genommen völlig überzeugen kann. Die unterschiedlichen Betrachtungsweisen wirken sich nun aber umgekehrt wieder auf die Beurteilung der Bedeutung der neuen kontinentalstrategischen Systeme, vor allem der NATO-LRTNF, in der wissenschaftlichen Diskussion aus.¹

Je nachdem, welcher der beiden angeführten (idealtypischen) Interpretationsarten der NATO-Strategie der Vorzug gegeben wird, kann man zu unterschiedlichen Lagebeurteilungen, Rüstungsentscheidungen und Rüstungskontrollkonzeptionen gelangen. Unterschiedliche Interpretationen der Strategie der flexiblen Erwidern sind zudem auch deshalb möglich, weil es "keine einheitliche Auslegung der Militärstrategie der NATO gibt"² und auch nicht geben kann, da diese Unterschiede auch Ausdruck teilweise unterschiedlicher Interessen bei den Westeuropäern und den Amerikanern sind, die im Bündnis und damit auch in der Militärdoktrin der NATO auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden mußten/sollten.

Dies hat ferner zur Folge, daß unterschiedliche Strategieinterpretationen in der Wissenschaft auch zu unterschiedlichen

1 Zur Logik der "flexible response" und ihrer "nuklearen Optionen" vgl. Krell, Gert, Plädoyer für Rüstungskontrolle. Zur Kontroverse um die "Nachrüstung", Forschungsberichte aus der HESSISCHEN STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG, Frankfurt/Main, September 1981, S. 77 - 81

2 Rattinger, Strategieinterpretationen ..., a.a.O., S. 22

Lagebeurteilungen und zu unterschiedlichen Beurteilungen der Abschreckungswirkung, dem einzukalkulierenden Einsatz und der Anschaffung der neuen Waffen führen können. Hinzu kommen die genannten grundsätzlichen Unterschiede innerhalb der sich mit Sicherheitspolitik beschäftigenden Wissenschaft, auch hinsichtlich unterschiedlicher politischer Zielvorstellungen der Wissenschaftler von Sicherheitspolitik. Da sich die Militärstrategie der NATO in welchem Ausmaß auch immer auch an den strategischen Grundsätzen und vor allem den militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes orientiert, ergibt sich zusätzlich das Problem, wie dessen Militärstrategie, Fähigkeiten und Optionen perzipiert und beurteilt werden.

Hinzu kommt ein weiterer, wenn man so will "externer Faktor". Durch die technologische Entwicklung ergeben sich auch Auswirkungen auf Militärpotentiale und -strategien und damit auch Auswirkungen auf die NATO-Strategie. Schon die Ablösung der Strategie der "massiven Vergeltung" hat gezeigt, daß Strategien von den Veränderungen der ihnen zur Verfügung stehenden Militärpotentiale nicht unberührt bleiben.

d) Technologische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf Rüstung und Rüstungssteuerung

Die Entwicklung neuer Waffensysteme wurde auch im SALT II-Vertrag ausdrücklich gestattet. Von Abrüstung kann daher angesichts der "lediglich" quantitativen Begrenzung der Militärpotentiale bisher nicht die Rede sein, sondern nur von Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle oder Rüstungssteuerung. Verhandlungen über Maßnahmen kooperativer Rüstungskontrolle und Rüstungssteuerung können aber nur dann erfolgreich sein, wenn es gelänge, die technologische Entwicklung auf den verschiedenen Ebenen in die Rüstungssteuerung mit einzubeziehen.¹ Dies erfordert, gerade die qualitative Dynamik auch

¹ Müller, Martin, Die Theorie der kooperativen Rüstungssteuerung in: Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 163; vgl. auch Senghaas, Dieter, Volker Rittberger und Burkhard Luber, MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?, in: Funke, Friedensforschung ..., a.a.O., S. 273

bei der Rüstung, die technologische Entwicklung also zu begrenzen, die dem auf Abrüstung zielenden Konzept der kooperativen Rüstungssteuerung bisher immer wieder den Erfolg versagte. Die Frage ist, ob dies überhaupt möglich ist. Die Dynamik der technologischen Entwicklung in allen Bereichen der zivilen und militärischen Forschung hat Christoph Bertram unter Bezug auf die Entwicklung neuartiger Waffen frühzeitig so beschrieben: "Die neuen Waffensysteme, die heute entwickelt und produziert werden, werden die Natur militärischer Auseinandersetzungen ebenso verändern wie sie die Aussichten auf effektive Rüstungskontrolle erschweren."¹ Bertram kommt deshalb zu dem folgenschweren Schluß: "Wir stehen heute an der Schwelle einer durchgreifenden Revolution der Rüstungstechnologie, wie sie allenfalls einmal in einer Generation stattfindet. Drei Merkmale hier sind es vor allem, die diese Revolution ausmachen. Erstens, militärische Ziele können besser und genauer ausgemacht werden, eine Folge der elektronischen Aufklärung. Zweitens, Ziele können mit sehr viel höherer Genauigkeit getroffen werden. (...) Und drittens können der Zerstörungsradius und der Zerstörungsgrad moderner Waffen sehr viel genauer und präziser auf das jeweilige Ziel zugeschnitten und zugeschnitten werden."²

Wie kann sich eine solche Revolution in der Rüstungstechnologie nun auswirken, welche Veränderungen im Abschreckungssystem kann sie bewirken? Die Tendenzen, die sich abzeichnen, weisen auf eine Verbesserung der elektronischen Aufklärung, auf eine höhere Treffsicherheit der Waffensysteme, und auf die Verkleinerung der Waffenwirkung nuklearer Sprengköpfe, und auf die Steigerung der Wirkung konventioneller Waffen insbesondere durch die sogenannten "intelligenten" bzw. präzisionsgesteuerten Waffen (PGM)³, wobei gerade auch

1 Bertram, Christoph, Sicherheit in einer sich ändernden Welt, in: Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 18

2 Ebenda, S. 18

3 Vgl. Schubert, Klaus von, Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Systemwandel und Systemkonservierung, in: Schwarz, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 477; Pickert, Herwig, Neue Waffentechnologien, Waffenarten und Kampfmittel, in: apuzg, B 11/79, S. 3 - 22; Schulte, Ludwig, Der Einfluß von Präzisionswaffen auf das strategische Denken, in: apuzg, B 2/84, S. 30 - 38

die Mikroelektronik und Mikroprozessoren eine entscheidende "spin-off" - Wirkung haben. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich immer mehr die Frage nach ihren möglichen Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit und die "Führbarkeit" einer militärischen Auseinandersetzung in Europa und auf die Rüstungskontrolle.¹

Von Schubert betont vor allem, daß insbesondere die Miniatürisierung des Kernwaffenarsenals die Gefahr vergrößern könnte, daß "ein regional begrenzter Krieg in Mitteleuropa von den Supermächten für führbar gehalten wird, ohne daß eine strategische Bedrohung der Supermächte selbst damit notwendig verbunden ist".² Die Erhöhung von Zielgenauigkeit und Zerstörungswirkung bei den nuklearen und konventionellen Waffensystemen birgt die Gefahr, daß, so Forndran, die Zweitschlagfähigkeit bei den strategischen Waffensystemen immer mehr verringert und damit die Stabilität der Abschreckung gefährdet wird. Denn für die Erhaltung dieser Abschreckungsstabilität ist, so Forndran, "nicht Erstschlagfähigkeit, sondern Überlebens-, Eindringungs- und flexible Zerstörungsfähigkeit der eigenen Waffen nach einem gegnerischen Angriff - also Zweitschlagfähigkeit - nötig".³ D. h., die derzeitige technologische Entwicklung forciert die Angriffsfähigkeit der Nuklearwaffen. Forndran fordert deshalb die "Begrenzung der technologischen Dynamik bei den Angriffswaffen, so daß die

¹ Vgl. dazu Verschbov, Alexander R., Die Cruise Missile und ihre Folgen, in: apuzg, B 13/77, S. 19 - 25; Herrmann, René, ABM in den achtziger Jahren. Technische Möglichkeiten und strategische Zwänge, in: apuzg, B 15-16/83, S. 31-45; Heisenberg, Wolfgang, Strategische Rüstungsentwicklung und Rüstungskontrolle in den USA, in: apuzg, B 2/84, S. 16-29; Lutz, Dieter S., "Sternenkrieg", Weltraumrecht und Rüstungssteuerung, in: apuzg, B 48/84, S. 31 - 44; Pickert, Herwig, Satellitenabwehr, in: apuzg, B 41/80, S. 27 - 37 und Voigt, Karsten D., Gefahren des Rüstungswettlaufs und Aufgaben der Rüstungskontrolle, in: apuzg, B 11/79, S. 23-29; Weise, Hans-Heinrich, Amerikanische Pläne für ein weltraumgestütztes Raketen-Abwehrsystem, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 13, S. 401 - 406 und Yost, David S., Die Sorgen der Europäer gegenüber den amerikanischen Plänen für eine Raketenabwehr, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 14, S. 427 - 436

² Schubert, Die Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 477

³ Forndran, SALT II ..., a.a.O., S. 51

Abschreckungspotentiale jeweils der anderen Seite nicht mehr so stark bedroht werden. Dazu können beitragen: Verbot von Maßnahmen, die die Zielgenauigkeit und Waffenwirkung je Gewichtseinheit erhöhen oder die Eindringungsfähigkeit beim Gegenschlag einschränken".¹ Diese Eigenschaften sind es jedoch, die die neuen nuklearen Mittelstreckensysteme in Ost und nun auch in West auszeichnen.

Hier zeigt sich erneut das Problem der Auswirkungen technologischer Entwicklungen auf Rüstungskontrolle. Die wichtigsten Impulse der Rüstungsdynamik gehen heute von den qualitativen Neuerungen aus, deren sicherheitspolitische Relevanz immer schwieriger einzuschätzen und zu bewerten ist. Diese technologischen Neuerungen sind allerdings genauso wenig zu unterbinden wie Konflikte im staatlichen und zwischenstaatlichen Bereich. Dies wirft auch die Frage auf, ob es für die Sicherheit eines Bündnisses erforderlich ist, auf jedes Waffensystem der Gegenseite mit der Entwicklung und Beschaffung eines entsprechenden, möglicherweise noch besseren Waffensystems, zu antworten. Dies gilt vor allem deshalb, weil jeder qualitativer Sprung eine erneute Destabilisierung des prekären Gleichgewichts der Kräfte bedeuten kann. Andererseits ist nach geltender NATO-Doktrin ein gewisses Gleichgewicht notwendig, um Sicherheit herzustellen. Die Frage, mit welchen Maßnahmen der qualitative Rüstungswettlauf gebremst werden kann, ist bisher unbeantwortet geblieben.²

Da die Bedeutung qualitativer Sprünge in der Entwicklung der Rüstungstechnologie aber dann am bedeutsamsten ist, wenn dadurch "einem Staat oder einem Bündnis neue Optionen, d. h. neue Handlungsmöglichkeiten erwachsen, die im wechselseitigen Denken der Abschreckung ohne Äquivalent auf der Seite des Konfliktgegners sind, also im militärstrategischen Kalkül nicht auszubalancieren und durch die angemessene Gegen drohung nicht zu neutralisieren sind"³, und ausgehend von

1 Ebenda, S. 57/58; vgl. Schubert, Die Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 477

2 Müller, M., Die Theorie der kooperativen ..., a.a.O., S. 163

3 Schubert, Die Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 477

der Erkenntnis, daß militärische Machtpotentiale wegen ihrer unterschiedlichen Qualitäten quantitativ nicht zu erfassen sind, hat beispielsweise Christoph Bertram vorgeschlagen, die Schwierigkeiten dadurch zu umgehen, indem man über die militärischen Optionen verhandle, die für die Sicherheit des anderen besonders bedrohlich seien. Auf diese Weise, so Bertram, könnten diejenigen neuen Waffensysteme außeracht gelassen werden, die ihrem Besitzer keine neuen Optionen im beiderseitigen Kräfteverhältnis einbringen.¹ Wettig formulierte in Konsequenz einen neuen Gleichgewichtsbegriff, "das Gleichgewicht der Bedrohungsoptionen".² Es ist aber fraglich, ob dies ein für Verhandlungen hilfreicher Vorschlag ist, da bereits bei dem Versuch, Einigkeit über das rein zahlenmäßige Kräfteverhältnis zu erzielen, nach wie vor große Probleme bestehen.

Wichtig ist hier der technologische Trend bei den land- und seegestützten schnellen ballistischen Raketensystemen, denn "eine verbesserte Treffsicherheit gibt diesen Waffen eine weitaus größere Schlagkraft gegen befestigte militärische Ziele"³, und d.h. verbesserte counter-force-Fähigkeiten, was Auswirkungen darauf hat, wann und wie Abschreckung funktionieren soll und kann.

Damit stellt sich auch in der wissenschaftlichen Diskussion um den Doppelbeschluß die Frage, ob die neuen Mittelstreckensysteme ihren Besitzern neue militärische Optionen verschaffen, wie diese aussehen, wie und unter welchen Bedingungen sie positiv oder negativ einzuschätzen sind, und ob es sich dabei um reale politische oder lediglich um militärtheoretische Vorteile oder Nachteile handelt.

1 Bertram, Christoph, Neue Ansätze der Rüstungskontrolle, in Geissler, Heiner (Hrsg.), Sicherheit für unsere Freiheit, Bonn 1978, S. 93 - 95; vgl. Forndran, Erhard, Technologie und Stabilität - Das Beispiel der Grauzonenwaffen, in: DGFK Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 489

2 Wettig, Gerhard, Das Problem des militärischen Gleichgewichts, in: Außenpolitik (im folgenden AP genannt), 33. Jg., 1982, H. 4, S. 341/342

3 Blackaby, SIPRI-Jahrbuch 1983, a.a.O., S. 11

11. Teil: Die wissenschaftliche Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO

Wie im ersten Teil dieser Arbeit gezeigt wurde, sind die Konfliktpotentiale und Probleme europäischer und atlantischer Sicherheit und Sicherheitspolitik älter als der Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979. Notwendig und wichtig ist die Erkenntnis, daß die Westeuropäer (und dies gilt in gewissem Ausmaß auch für die Osteuropäer mit Ausnahme der UdSSR) niemals die gleiche Sicherheit wie die beiden Supermächte haben werden: Westeuropa ist nun einmal keine Supermacht und wird es in absehbarer Zeit auch nicht werden. Die Probleme westeuropäischer Sicherheit sind aber nur zum geringeren Teil originär westeuropäischer Natur. Sie hängen zusammen mit:

1. Der besonderen geographischen und geopolitischen Lage Westeuropas,
2. unterschiedlichen politischen Zielen von Entspannungspolitik und der Politik der "friedlichen Koexistenz",
3. der Dynamik der technologischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf Waffenentwicklung und Militärstrategien einerseits, und auf Rüstungssteuerung, Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung andererseits,
4. damit insbesondere mit den globalstrategischen und kontinentalstrategischen Regelungen, Implikationen und Auswirkungen des SALT-Prozesses, insbesondere des SALT II-Vertrages und
5. den Veränderungen des Kräfteverhältnisses, insbesondere den Militärpotentialen der Bündnisse Warschauer Pakt und NATO, und zwar nicht nur in Europa,
6. der Konzeption der Militärstrategien in Ost und West.

Wissenschaftliche Forschung beschäftigt sich seit längerem mit diesen Problemfeldern. Dabei wurde deutlich:

- Die Abschreckungsdoktrin der NATO wird von verschiedenen Wissenschaftlern unterschiedlich beurteilt.

- Unterschiedliche Auslegungen der NATO-Strategie können zu unterschiedlichen Beurteilungen von Rüstungsmaßnahmen führen.
- Die Bedeutung nuklearer Optionen für das Funktionieren der Abschreckung wird betont, aber unterschiedlich beurteilt und bewertet.
- Die Notwendigkeit eines militärischen Gleichgewichts zwischen Warschauer Pakt und NATO wird nicht nur graduell unterschiedlich bewertet.
- Wissenschaftliche Forschung zu den hier angeführten Problemen ist in unterschiedlichem Ausmaß prämissengebunden. Diese Prämissen sind Teil eines vortheoretischen bzw. politischen Selbstverständnisses der Wissenschaftler und der verschiedenen Forschungsrichtungen.

1. Der Auftakt zur Diskussion

Die Frage, wie Abschreckung am besten funktionieren kann, bewegt das strategische Denken seit 1946.¹ Und dennoch: Erst Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, "erst in dieser letzten Phase der [] bisherigen, Verf. 7 Abschreckungsdiskussion ist es zu einer Politisierung der öffentlichen Diskussion über Nuklearstrategie gekommen".² Ohne den politischen Ursachen dafür in dieser Arbeit tiefer nachgehen zu wollen, ohne auch den Anteil insbesondere der kritischen Friedensforschung in diesem Zusammenhang beurteilen zu wollen: Für die Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den Doppelbeschluß ist es an dieser Stelle zunächst erforderlich, die Genesis des NATO-Doppelbeschlusses und dessen offizielle Begründung vorzustellen.

1 Damals erschien Bernard Brodies Buch "The Absolute Weapon", New York 1946, das sich als erstes mit der Bedeutung der Atomwaffen beschäftigte.

2 Senghaas, Rückblick und Ausblick ..., a.a.O., S. 33

a) Die Genesis des Doppelbeschlusses

Seit 1974 hatte sich die Nukleare Planungsgruppe der NATO (NPG) mit der Modernisierung der NATO-TNF befaßt.¹ Wettig hebt in diesem Zusammenhang vor allem die sich seit Beginn der siebziger Jahre abzeichnende zunehmende Verwundbarkeit von Flugzeugen über dem Gebiet des Warschauer Paktes hervor: "Die westliche Fähigkeit, im Kriegsfall die Bedrohung Westeuropas durch vorrückende östliche Streitkräfte mit Nuklearschlägen gegen die UdSSR zu beantworten und damit im vorangehenden Krisenfall die sowjetische Führung überhaupt vom möglichen Entschluß vom Krieg abzuschrecken, ist demnach im Schwinden begriffen. Das jedoch führte, als die NATO 1974 mit der Beratung von Gegenmaßnahmen zur wachsenden sowjetischen Rüstung begann, zunächst nicht zu euro-strategischen Überlegungen."²

1976, also zwei Jahre später, stellten die NPG und der Verteidigungs-Planungsausschuß der NATO (DPC) erstmals öffentlich die kontinentalstrategische Rüstung der UdSSR in Europa vor und betonten die Notwendigkeit einer Verbesserung der NATO-TNF insbesondere hinsichtlich der Verbesserung ihrer Überlebensfähigkeit.³ Angesichts der Stationierung moderner sowjetischer Mittelstreckensysteme wurde dann "1977/78 (...) das gesamte TNF-Modernisierungsprogramm aus der Vorbereitung des Langfristigen Verteidigungsprogramms (LTDP) der NATO ausgeklammert und einer Sonderbehandlung anheimgegeben"⁴, wie Ruehl formulierte. Der entscheidende Anstoß kam

1 Vgl. Ruehl, Lothar, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 99; Risse-Kappen, Thomas, "Fahrplan zur Abrüstung"? Zur Doppelbeschluß-Politik der Bundesrepublik Deutschland bis 1983, in: apuzg, B 14-15/85, insbesondere S. 36 - 39 und Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 46 - 49

2 Wettig, Gerhard, Die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion, in: apuzg, B 35/83, S. 25

3 Vgl. die Kommuniqués vom 11. und 15.06.1976 in: EA, 31. Jg., 1976, H. 19, S. D 531 - D 533 und S. D 534/535

4 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 100

im Oktober 1977 vom damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London. Dazu Wettig: "Worum es den Bundeskanzler ging, machte er in Gesprächen mit der amerikanischen Regierung deutlich: Die Mittelstreckenrüstungen sollten nicht außerhalb der wechselseitigen SALT-Begrenzung bleiben; das zwischen den beiden Weltmächten zu vereinbarende strategische Gleichgewicht sollte auch die regionalen Potentiale einschließen und so die UdSSR in Europa auf ein erträgliches Maß beschränken."¹

Fraglich war zu diesem Zeitpunkt noch, ob die neuen LRTNF der NATO in Westeuropa, also zu Lande, oder auf See stationiert werden sollten. Dazu Ruehl: "Die interne Diskussion in der NPG und in der 'High Level Group', der die Vorbereitung einer Entscheidung übertragen worden wear, schwankte noch bis zum Frühsommer 1979 zwischen land- und seegestützten Systemen."² Für den Fall einer Stationierung befürwortete der damalige Kanzler Schmidt eine Stationierung auf See. Schmidt 1981 dazu wörtlich: "Wir haben uns mit dieser Vorstellung nicht durchgesetzt. Sie wurde übrigens auch von den anderen europäischen Partnern nicht recht unterstützt. Wir waren die einzigen."³ Schmidt weiter: "Richtig ist, daß auf amerikanischer Seite für die damalige Ablehnung der Seestützung das Motiv der beiderseitigen Verknüpfung von Risiken, amerikanischen und europäischen Risiken eine Rolle gespielt hat. So kann man es wohl ausdrücken."⁴

Über den genauen Zeitpunkt, an dem die NATO sich für eine Modernisierung ihrer TNF entschied, gibt es keine eindeutige Angabe. So spricht etwa Ruehl davon, daß die Entscheidung

1 Wettig, Die aktuelle sicherheitspolitische ..., a.a.O., S. 25

2 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 102

3 Material für die Presse. Bundeskanzler Helmut Schmidt gab der FRANKFURTER RUNDSCHAU für die Ausgabe vom 30. Juni 1981 nachstehendes Interview, Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, den 29. Juni 1981, S. 5

4 Ebenda, S. 7

für die Modernisierung der NATO-TNF "nach weiteren Diskussionen und Studien im Verlauf der Jahre 1977/78 reifte".¹ In dem am 31. Mai 1978 in Washington anlässlich der Tagung des Nordatlantikrates verabschiedeten Langfristigen Verteidigungsprogramm (LTDP) kündigte die NATO bereits "Maßnahmen" bezüglich ihrer taktischen Nuklearwaffen an.² Im Dezember 1979 schloß die NATO eine Reihe von Maßnahmen, die nicht zuletzt auch der Verbesserung ihrer konventionellen Streitkräfte in Europa gelten sollten, vorerst ab, wenige Monate, nachdem im Juni 1979 in Wien das SALT II-Abkommen unterzeichnet worden war.

Die zur Erörterung der Stationierung sowjetischer SS-20 und "Backfire"-Bomber von der NATO gebildeten Gruppen, die Hochrangige Gruppe für TNF-Modernisierung (High Level Group, HLG) und die im April 1979 gebildete Sondergruppe für Rüstungskontrolle (Special Group on Arms Control and Related Matters, SG), hatten zur "Vorbereitung der im Dezember zu treffenden Entscheidungen"³ Berichte ausgearbeitet, die im November 1979 von der Nuklearen Planungsgruppe der NATO diskutiert und anschließend zu einer Vorlage zusammengefaßt wurden. Im Rahmen der Herbstkonferenzen der NATO⁴ ist dann auf der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister am 12. Dezember in Brüssel der Beschluß zur Einführung neuer amerikanischer bodengestützter Mittelstreckensysteme in Europa verabschiedet worden, der mit einem Rüstungskontrollangebot an die Sowjetunion verbunden wurde.⁵

1 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 102

2 Vgl. dazu: EA, 33. Jg., 1978, H. 17, S. D 486

3 Text des Kommuniqués über die 26. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag am 12. und 14. November 1979, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 29

4 Zum zeitlichen Ablauf der Konferenzen und ihrer Entschlüsse siehe EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 23 - D 43

5 Kommuniqué über eine Sondersitzung ..., a.a.O., S. D 35 - D 37

b) Der Doppelbeschluß und seine offizielle Begründung

Das Kommuniqué der NATO vom 12. Dezember 1979 wurde in der Öffentlichkeit als "NATO-Doppelbeschluß", "Nachrüstungsbeschluß" oder auch als "Rüstungsbeschluß" bekannt. Dieser Beschluß besagt, daß die NATO ihr LRTNF-Potential in Europa (durch die Einführung von 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen, die die Pershing Ia ersetzen sollten, und durch 464 bodengestützte Marschflugkörper) modernisieren wollte. Sämtliche Systeme, so heißt es im Kommuniqué, würden nur mit einem atomaren Gefechtskopf ausgestattet. "Sobald wie möglich" sollten ferner 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden. Bereits an dieser Stelle wurde somit deutlich, daß die NATO Abstriche bei ihren gefechtsfeldgebundenen nuklearen Systemen machen wollte und stattdessen auf weitreichende, über das Terrain des Gefechtsfeldes zielender LRTNF setzte, wobei sie lediglich die Zahl der anzuschaffenden Systeme, abgesehen von der unwahrscheinlichen "Null-Lösung", offen ließ.

Dem Kommuniqué ist zu entnehmen, daß "auf der Grundlage des mit SALT II Erreichten und unter Berücksichtigung der Vergrößerung des sowjetischen LRTNF-Potentials", die "im Bündnis getroffene Entscheidung der Vereinigten Staaten", vorsehe, über Begrenzungen der LRTNF zu verhandeln und der Sowjetunion vorzuschlagen, sobald wie möglich Verhandlungen auf der Grundlage der Leitlinien dieses Kommuniqués aufzunehmen.

Diese Leitlinien formulierten vor allem den "Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten". Der genaue TNF-Bedarf der NATO solle "im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse"¹ geprüft werden. Begründet wurde der Doppelbeschluß von der NATO mit der Durchführung einer "substantiellen Modernisierung und Verstärkung" der weitreichenden Nuklearsysteme seitens der Sowjetunion, d. h. der Dislozierungen von SS-20

1 Zitate aus: Kommuniqué über eine Sondersitzung ..., a.a.O., S. D 35

und Backfire-Bombern: "Insbesondere hat die Sowjetunion die SS-20-Rakete disloziert, die durch größere Treffgenauigkeit, Beweglichkeit und Reichweite sowie durch die Ausrüstung mit Mehrfachsprengköpfen eine bedeutende Verbesserung gegenüber früheren Systemen darstellt, und sie hat den 'Backfire'-Bomber eingeführt, der wesentlich leistungsfähiger ist als andere sowjetische Flugzeuge, die bisher für kontinentalstrategische Aufgaben vorgesehen waren."¹

Im folgenden Teil des Kommuniqués wurde dann auf den qualitativen und quantitativen Ausbau der sowjetischen Überlegenheit bei den nuklearen Mittelstreckensystemen verwiesen, dem gegenüber das entsprechende Potential der NATO veralte, zunehmend verwundbarer werde und zudem keine landgestützten Mittelstreckensysteme umfasse. Zudem - so die NATO - habe die Sowjetunion gleichzeitig auch ihre Nuklearsysteme kürzerer Reichweite modernisiert und vermehrt und auch die Qualität ihrer konventionellen Streitkräfte "insgesamt bedeutend" verbessert.²

Die Veränderung des sowjetischen kontinentalstrategischen Potentials wurde im Kommuniqué so bewertet: "Diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund des wachsenden Potentials der Sowjetunion im interkontinental-strategischen Bereich und der Herstellung der Parität mit den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet statt. (...) Diese Entwicklungen haben im Bündnis ernste Besorgnis hervorgerufen, da - falls sie fort dauern sollten - die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen die bei den interkontinentalen strategischen Systemen erzielte Stabilität aushöhlen könnte. Durch diese Entwicklungen könnte auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie dadurch in Zweifel gezogen werden, daß die Lücke im Spektrum der dem Bündnis zur Verfügung stehenden nuklearen Reaktionen auf eine Aggression stärker akzentuiert würde. (...) Die Minister stellten fest, daß diese jüngsten Entwicklungen konkrete Maßnahmen des Bündnisses er-

¹ Ebenda, S. D 35

² Ebenda, S. D 35/D 36

fordern, wenn die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion glaubwürdig bleiben soll."¹

Weiter hieß es, daß ein "Modernisierungsbeschluß" einschließlich einer verbindlichen Festlegung auf Dislozierungen erforderlich sei, "um den Abschreckungs- und Verteidigungsbedürfnissen der NATO gerecht zu werden, um in glaubwürdiger Weise auf die einseitigen TNF-Dislozierungen der Sowjetunion zu reagieren und um das Fundament für ernsthafte Verhandlungen über TNF zu schaffen".² Es folgte im Kommuniqué ein erneutes Bekenntnis zur "grundlegenden NATO-Politik von Abschreckung, Verteidigung und Entspannung", wie sie 1967 im Harmel-Bericht formuliert worden war.³

Das Rüstungskontrollangebot, das im Kommuniqué formuliert worden war, wurde auf der Ministertagung des Nordatlantikrates in Brüssel am 13. und 14. Dezember 1979 in ein "umfassendes Aktionsprogramm" eingebracht, in dem unter anderem das Angebot an die UdSSR unterbreitet wurde, "über substantielle Reduzierungen des Umfangs der nuklearen Mittelstreckensysteme (LRTNF) wie auch der interkontinentalen strategischen Waffen im Rahmen von SALT-III zu verhandeln".⁴

War also dieser Doppelbeschluß die "Antwort auf die sowjetische Aufrüstung"⁵? Sollte wieder einmal eine "Raketenlücke" geschlossen werden oder sollte eine "Glaubwürdigkeitslücke" verringert werden? Die Antworten auf diese Frage prägten die öffentliche Diskussion um diesen Beschluß der NATO, sie prägten auch die wissenschaftliche Diskussion.

1 Ebenda, S. D 36

2 Ebenda, S. D 37

3 Ebenda, S. D 37

4 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel am 13. und 14. Dezember 1979, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 42

5 Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses. Eine Veröffentlichung der Bundesregierung, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Koblenz, Juni 1981, S. 16

c) Der Doppelbeschluß in der Kritik

Angesichts der seit 1974 innerhalb der NATO geführten Diskussion über eine Modernisierung ihrer TNF und angesichts der teilweisen und schrittweisen Veröffentlichung ihrer Überlegungen konnte es nicht überraschen, daß bereits vor der Verabschiedung des Doppelbeschlusses Wissenschaft und Publizistik öffentlich über die TNF-Problematik der NATO diskutierten. Noch im Vorfeld des Doppelbeschlusses, als sich die Vorstellungen der NATO immer mehr herauskristallisierten, kam es deshalb bereits zu einem (in der Rückschau) "Vorgeplänkel" der späteren breiten öffentlichen Diskussion um den Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979, bei dem sich schon damals "neben Journalisten eine Großzahl prominenter Regierungs- und Oppositionspolitiker der NATO-Staaten sowie hochrangige Militärs und namhafte Wissenschaftler zu Wort meldeten".¹ Auch diese Diskussion war - wie gesagt - bereits eine öffentliche Diskussion, die nach Lutz "ihren vorläufigen Abschluß [] fand, Verf. []", als die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten auf der Basis der Berichte der HLG und der SG (...) am 12.12.1979 ihren Doppelbeschluß fällten".² Diese Diskussion wäre demnach nicht als auslösendes Moment für die spätere innenpolitische Kontroverse anzusehen.

Die wissenschaftliche Diskussion ging dann jedoch nicht einfach auf die üblichen Zirkel beschränkt weiter. Vielmehr rückte diese Diskussion schon bald in das Zentrum öffentlichen Interesses. Wie es dazu kam, dies zu untersuchen ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit. Fest steht: Die Zahl der Stellungnahmen, der Resolutionen und auch der wissenschaftlichen Studien in Reaktion auf den NATO-Doppelbeschluß und auf das öffentliche Interesse an ihm wurde bald Legion. Kritische Friedensfor-

1 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 48

2 Ebenda, S. 49

scher und Strategieexperten, Pastoren und Publizisten, Pazifisten und Militärs, Grüne und Teile der ehemaligen "Neuen Linken" äußerten sich in mehr oder weniger kritischen Beiträgen zur Verabschiedung des Beschlusses, über seine Notwendigkeit oder Überflüssigkeit. Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften wurden in die Auseinandersetzung teils hineingezogen, teils drängten sie hinein. Bundesregierung und Parteien versuchten immer wieder, mit Stellungnahmen und Broschüren in die öffentliche Diskussion einzugreifen, die sich zunehmend verselbständigte, und in deren Verlauf sich die unterschiedlichsten Gruppierungen vor allem gegen den Beschluß, insbesondere den Nachrüstungsteil des Beschlusses, zu organisieren begannen. Und die sich bald einer, wenn auch heterogenen, so doch alle Unterschiede und Gegensätze überwölbenden oder negierenden "Friedensbewegung" zugehörig fühlten. Aufgabe dieser Arbeit ist es nicht, zu klären, wie es dazu kommen konnte, daß die in Fragen der Sicherheitspolitik bisher uninteressierte und "vernachlässigte Öffentlichkeit"¹ sich plötzlich für den NATO-Doppelbeschluß interessierte, auch wenn die Diskussion um die Neutronenwaffe hierfür möglicherweise den Boden zu bereiten half.

Ist die Ursache dieser Diskussion, wie Senghaas annimmt, wirklich darin zu sehen, "daß die Öffentlichkeit in den vergangenen dreißig Jahren Abschreckung offensichtlich immer als 'Vernichtungs- oder Vergeltungs-Abschreckung' begriffen und damit den eigentlichen Entwicklungstrend von Abschreckungspolitik, die schrittweise Ausdifferenzierung der nuklearen Kriegsführungs-Optionen nicht wahrgenommen hat"²? Unterstellt, dies wäre so, wieso und wie nahm die Öffentlichkeit dann angesichts des Doppelbeschlusses militärstrategische Veränderungen wahr? Diese Fragen sind bisher noch nicht abschließend geklärt.³

1 Potyka, Die vernachlässigte Öffentlichkeit ..., a.a.O., S. 527

2 Senghaas, Rückblick und Ausblick ..., a.a.O., S. 33

3 Vgl. dazu Schmid, Günther, Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotestes. Strukturmerkmale-Inhalte-Folgerungen, in: apuzg, B 24/82, S. 15 - 30 und Wettig, Gerhard, Psychoanalyse, Friedensbewegung und Sicherheitspolitik, Berichte des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien, Köln, September 1983

Fest steht: Die in der Bundesrepublik etablierten wissenschaftlichen Kreise spielten bereits eine wichtige Rolle in der öffentlichen Präliminardiskussion Ende des Jahres 1979. Die Frage lautet, welche Rolle spielten sie in der wissenschaftlichen Diskussion, die parallel und nicht unverbunden mit der öffentlichen Diskussion nach der Verabschiedung des Beschlusses anheben sollte, und zu welchen Ergebnissen sind sie gekommen.

2. Exkurs: Zur Problematik militärischer Kräftevergleiche

Nicht nur in der Frage der Notwendigkeit eines militärischen Gleichgewichts für das Funktionieren von Abschreckung gehen die Ansichten der Wissenschaftler auseinander. Divergenzen gibt es auch hinsichtlich der Validität und Reliabilität militärischer Kräftevergleiche. Die Aufstellung militärischer Kräftevergleiche wird jedoch sowohl von Strategiekritikern wie auch von kritischen Friedensforschern skeptisch beurteilt.¹

Ebenso wie Forschung und Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Militärtechnologie unterliegen auch die Militärpotentiale weitgehend der Geheimhaltung. Die für militärische Kräftevergleiche notwendige Nachrichtengewinnung erfolgt teilweise offen, zum Teil erfolgt sie auf geheimen Meldewegen. Für die Datenbeschaffung ist in der Bundesrepublik zuständig das Amt für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw) und als zentrales Organ für die Nachrichtenbeschaffung der Bundesnachrichtendienst (BND). Die Bundesrepublik verfügt jedoch nicht über militärische Aufklärungssatelliten wie die USA. Aus der Geheimhaltung sowie aus der Art der Gewinnung und Kontrolle der Informationen folgt, daß die vorhandenen Informationen kaum vollständig sein können und daher den Rückgriff auf Schätzungen und Interpretationen erforderlich machen. Dies gilt besonders, weil die Sowjetunion ein starkes Geheimhaltungsbedürfnis geltend macht. Westliche Potentiale sind im Vergleich dazu leichter zu verifizieren, nicht zuletzt aufgrund der Tätigkeit der Medien. Die Perzeption, d. h. die subjektive und möglicherweise falsche Wahrnehmung der Potentiale, Möglichkeiten und Ansichten der jeweils anderen Seite spielt bei der Aufstellung von Kräftevergleichen eine wichtige Rolle, zumal auch sie von den zur Verfügung stehenden Informationen bestimmt wird.

¹ Vgl. Wettig, Das Problem des militärischen Gleichgewichts, a.a.O., S. 337 - 345; Lutz, Dieter S., Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, in: Politische Vierteljahresschrift (im folgenden PVS genannt) 23. Jg., 1982, H. 1, S. 6 - 26; Lapins/Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs ..., a.a.O., S. 99 - 119

Das Weißbuch 1979 enthält ein eigenes Kapitel über "Das militärische Kräfteverhältnis"¹, das Weißbuch 1983 beinhaltet ein Kapitel über "Schwierigkeiten eines militärischen Kräftevergleichs"². Im Weißbuch 1979 wird die Forderung nach einem "ausgewogenen Kräfteverhältnis"³ gestellt, dort ist vom "paritätischen Kräfteverhältnis"⁴ und vom "Paritätsprinzip für das militärische Kräfteverhältnis als Kriterium der Sicherheit"⁵ die Rede, während im Weißbuch 1983 nur noch - allgemein und neutral - von dem "Kräfteverhältnis"⁶ gesprochen wird. Diese Unterschiede sind nicht zufälliger Natur, sie sind auch nicht nur politisch motiviert: Das Weißbuch 1979 wurde vor der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses und damit vor der innenpolitischen Kontroverse um die neuen NATO-LRTNF veröffentlicht, das Weißbuch 1983 wurde ca. 6 Wochen vor dem Beginn der Stationierung dieser Waffen veröffentlicht. In der Zwischenzeit hatte die Diskussion um diese Waffen die unterschiedlichsten und zum Teil stark voneinander abweichenden Kräftevergleiche hervorgebracht. Dabei war die Problematik derartiger Kräftevergleiche offenkundig geworden. Eine Definition dessen, was man unter "Kräfteverhältnis" oder "Kräftevergleich" verstehen muß, wird deshalb notwendig. In den beiden genannten Weißbücher gibt es sie nicht.

Ernst Lutz hat in seinem Definitionsversuch hervorgehoben, ein Kräftevergleich sei "elementarer Bestandteil jeder Lagebeurteilung, in dem die zuvor gesammelten und verdichtend aufbereiteten, verfügbaren Informationen über die gegnerischen Parteien einander gegenübergestellt, gewichtet und bewertet werden. Die gedankliche Einbeziehung von Qualitätsmerkmalen, Erfahrungswerten, Zeit, Raum und weiteren einwirkenden Umweltfaktoren läßt auf Fähigkeiten, die Relation

1 Weißbuch 1979, a.a.O., S. 97/98

2 Weißbuch 1983, a.a.O., S. 48 - 51

3 Weißbuch 1979, a.a.O., S. 77

4 Ebenda, S. 78

5 Ebenda, S. 45

6 Weißbuch 1983, a.a.O., S. 17

zur eigenen Lage und Kenntnis der Absichten auf wahrscheinliche Optionen schließen. Letztere werden zur Grundlage der Auswahl eigener Handlungsmöglichkeiten. Wo gesicherte Informationen nicht vorliegen, müssen Annahmen den geistigen Prozeß stützen".¹

Folgt man dieser Definition von Ernst Lutz, dann heißt das, daß erstens die zur Verfügung stehenden Informationen nicht vollständig sind, daß sie deshalb zweitens interpretiert werden müssen, und drittens, daß dies im sicherheitspolitischen Gesamtzusammenhang erfolgen muß. Anschließend geht man dann viertens davon aus, auf diese Weise auf die Fähigkeiten des möglichen Gegners rückschließen zu können, auf seine Möglichkeiten und Optionen. Davon ausgehend versucht man dann wieder, sich fünftens seinerseits auf die so perzipierten Fähigkeiten und Optionen des möglichen Gegners einzustellen.

In den beiden genannten Weißbücher der Bundesregierungen wird der Stellenwert des "militärischen Kräftevergleichs" bzw. des "militärischen Kräfteverhältnisses" hervorgehoben.² Heißt es im Weißbuch 1979, "ein militärischer Kräftevergleich, der die militärischen Kräfte und Fähigkeiten des Osten registriert und ihnen die des Bündnisses gegenüberstellt, ist ein zentrales, aber nicht das einzige Element der sicherheitspolitischen Lagebeurteilung. (...) Ausschließlich Zahlen militärischer Potentiale zu vergleichen, ohne deren Einsatz-

1 Lutz, Ernst, Kräftevergleich, in: ders., Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 148

2 Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine "Bewertung des Gleichgewichts", wie Streitkräfte 1982/83, Arbeitskreis für Wehrforschung (Hrsg.), München 1983, S. 331 meint, sondern um eine Untersuchung darüber, ob Gleichgewicht besteht oder nicht, also um eine "Bewertung des Kräfteverhältnisses", als dessen Ergebnis dann möglicherweise "Gleichgewicht" festgestellt werden mag. Ebenso wenig kann man davon sprechen, das "numerische Gleichgewicht / habe sich, Verf. / langsam aber stetig zum Vorteil des Ostens verschoben", wie es Streitkräfte 1982/83, a.a.O., S. 331 tun. Entweder es gibt Gleichgewicht oder nicht, ein "verschobenes Gleichgewicht" ist kein Gleichgewicht mehr, sondern allenfalls eine verschrobene Terminologie.

zwecke und Wirkungsmöglichkeiten zu würdigen, ergibt unvollständige und damit falsche Schlüsse".¹ Im Weißbuch 1983 lautete der Passus ähnlich: "Das militärische Kräfteverhältnis ist nicht der alleinige Maßstab der Sicherheit. Andere Faktoren, wie Wirtschaftskraft und geopolitische Rahmenbedingungen, sind wesentliche Elemente des politischen Gesamtzusammenhangs, in dem Streitkräfte bewertet werden müssen. Es wäre jedoch falsch, den Faktor der militärischen Macht und die Bedeutung des militärischen Kräfteverhältnisses zu unterschätzen. Militärische Bedrohung kann nur durch einsatzbereite Streitkräfte direkt abgewiesen werden. In Konfliktlagen ist die militärische Macht von entscheidender Bedeutung."²

Farbbücher wie die genannten Weißbücher konzentrieren sich auf die verteidigungspolitische und die militärpolitische Dimension von Sicherheitspolitik, militärische Mittel spielen deshalb bei ihnen die entscheidende Rolle. Eine Erörterung der methodischen Probleme und damit auch der beschränkten Aussagekraft ihrer vor allem numerischen Vergleiche sollte man von Farbbüchern deshalb nicht erwarten. Auch aufgrund dieser Probleme findet man in den genannten Weißbüchern vornehmlich quantitative Kräftevergleiche und qualifizierende Aussagen darüber. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil Daten über Militärpotentiale verhandlungspolitische Bedeutung haben bzw. bekommen können, mit allen diplomatischen, propagandistischen und möglicherweise auch innenpolitischen Folgen. Diese Problematik kann auch, unter innenpolitischem Aspekt, bei wissenschaftlichen Kräftevergleichen gelten.

Welche Schwierigkeiten die Beurteilung des analytischen Wertes von Kräftevergleichen beinhaltet, soll im folgenden kurz verdeutlicht werden. So meint etwa Lutz, "ein völlig zweifelsfreier Kräftevergleich ließe sich nur durch bzw. nach Beseitigung des Problems der Geheimhaltung erzielen".³

1 Weißbuch 1979 ..., a.a.O., S. 97

2 Weißbuch 1983 ..., a.a.O., S. 33

3 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 126

Pfeiler macht hingegen auf die generelle Problematik aufmerksam, daß "politische Macht und militärische Stärke (...) im Frieden nicht meßbar, sondern nur schätzbar [-] sind, Verf. 7".¹ An anderer Stelle hat Lutz darauf aufmerksam gemacht, daß "militärische Kräftevergeliche generell als methodisch problematisch angesehen werden [-]müssen, Verf. 7".²

An dieser Stelle soll lediglich verdeutlicht werden, daß auch andere Forscher davon ausgehen, daß heute "in der praktischen Durchführung"³ angesichts der Vielzahl der zu berücksichtigten Faktoren und der daraus resultierenden Datenfülle "die überschaubare Bewertung eines Kräfteverhältnisses nicht mehr zu leisten ist".⁴ Festgehalten werden muß, daß unterschiedliche Beurteilungen der Aussagekraft von Kräftevergleichen sich darauf auswirken können, ob und inwieweit Wissenschaftler dieses Mittel in der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß benutzen, und bereits auf diese Weise den Beschluß und seine Bedeutung zu analysieren versuchen.

Allein, die Kenntnis des zahlenmäßigen Umfangs und der Stärke militärischer Potentiale stellt nur einen Faktor bei der Beurteilung des bestehenden Kräfteverhältnisses dar, der für sich allein genommen wenig Aussagekraft besitzt. Er ermöglicht einen rein quantitativen Ost-West-Vergleich, aus dem nur bedingt Aussagen über die Qualität der Potentiale und damit auch der Optionen im strategischen und politischen Bereich abgeleitet werden können. Nicht zu Unrecht spricht deshalb Senghaas von der "leidigen Diskussion, ob numerisches

1 Pfeiler, Wolfgang, Durch militärische Parität zur politischen Überlegenheit. Die sowjetische Sicht des Kräfteverhältnisses, in: Beiträge zur Konfliktforschung (im folgenden Beiträge genannt), 1/1982, S. 67

2 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 58. Vgl. Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergeliche, a.a.O., S. 6

3 Lapins/Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs ..., a.a.O., S. 106

4 Ebenda, S. 106

Gleichgewicht in Europa existiert oder nicht".¹ Seit vielen Jahren - so Senghaas weiter - sei deutlich, daß es keine schlüssigen Datenvergleiche geben könne.² Zu Recht sehen denn auch Lapins und Linn eine wichtige Aufgabe "in der Problematisierung der Thematik 'militärisches Kräfteverhältnis' sowie im Aufzeigen von Kriterien, die hierfür eine *conditio sine qua non* konstituieren".³

Generell kann man Kräftevergleiche unterteilen in solche rein quantitativer Art, in denen lediglich numerische Größen einander gegenübergestellt werden und in Kräftevergleiche qualitativer Art, bei denen versucht wird, diese Quantitäten zu gewichten. Zum Problem quantitativer Kräftevergleiche erläutern Lapins und Linn: "Zahlen über Divisionen, Soldaten, Panzer, Geschütze, Flugzeuge, Raketen und Schiffe bilden den einen, den quantitativen und mehr oder weniger meßbaren Aspekt beim militärischen Kräftevergleich! diese Momente lassen aber noch keine gesicherten Schlußfolgerungen zu. Sie können für sich genommen sogar zu Fehlurteilen führen."⁴

Dies wird auch von Lutz so gesehen: "Gleichwohl müssen Kräftevergleiche, die auf ausschließlich numerische Größenordnungen verengt sind, als ebenso unzureichend wie irreführend angesehen werden."⁵ In der Wissenschaft ist man sich offenbar einig darüber, daß man nicht bei quantitativen Vergleichen stehen bleiben darf, will man genaueres über das zu erfassende reale Kräfteverhältnis erfahren. Dazu Lutz: "Sollen Kräftevergleiche also zu tragfähigen, validen Aussagen führen,

1 Senghaas, Dieter, Auch ohne die drohenden SS-20 hätte die NATO umgerüstet, in: Frankfurter Rundschau, 21. Juli 1981; vgl. auch Krell, Gert, Plädoyer für Rüstungskontrolle ..., a.a.O., S. 52

2 Senghaas, Auch ohne die drohenden SS-20 ..., a.a.O.

3 Lapins/Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs ..., a.a.O., S. 101

4 Ebenda, S. 103/104

5 Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, a.a.O., S. 7

so müssen sie (...) umso komplexer angelegt werden, je vielfältiger die zu klärenden Elemente und Faktoren sind und je stärker sie in Ost und West voneinander abweichen. Diese Aussage verdient insbesondere auch für die derzeitige Diskussion [1982, Verf. 7] um die Nuklearkräfte in und für Europa (...) Beachtung."¹

Lapins und Linn machen in diesem Zusammenhang allerdings auf die Gefahr aufmerksam: "Weil die Lagebeurteilung dermaßen komplex ist, sind die Perzipienten häufig geneigt, sie zu vereinfachen und sich auf einige prägnante Schlüsselvariablen zu konzentrieren. Die Analyse solcher wenigen wichtigen Bestimmungsgrößen kann dann zu diametral entgegengesetzten Aussagen führen. Ferner können Diskrepanzen in den Vorstellungen auch durch Voreingenommenheit des Analytikers entstehen oder durch die Neigung, an der erstellten Beurteilung unverändert festzuhalten."² Pfeiler geht sogar noch weiter. Er geht davon aus, daß "es (...) keine Kriterien [7] gibt, Verf. 7, um militärische Stärke zu messen und zu vergleichen. Sie kann nur (...) geschätzt werden".³

Lutz sieht dies offenbar nicht viel anders. Interessant ist hier jedoch die Formulierung und Akzentuierung des kritischen Friedensforschers, die die Gefahr verdeutlicht, daß "militärische Stärkevergleiche von Eklektikern in Ost und West und auf allen Rüstungsebenen auch als Mittel mißbraucht werden, um Gruppen- und Teilinteressen durchzusetzen - sei es gegenüber den außenpolitischen Bündnispartnern, sei es in der intra-administrativen Diskussion oder sei es gegenüber dem innenpolitischen Kritiker".⁴

1 Ebenda, S. 8

2 Lapins/Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs ..., a.a.O., S. 107

3 Pfeiler, Durch militärische Parität ..., a.a.O., S. 78

4 Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, a.a.O., S. 6

Unterschiedliche Beurteilungen des quantitativen Kräfteverhältnisses und seiner Veränderungen schweben, wie Stratmann bestätigt, deshalb immer auch in der Gefahr, daß "ideologisch-weltanschauliche Überzeugungen zum bestimmenden Moment für die Art und Weise werden, in der einerseits das militärische Kräfteverhältnis und die Bedrohung sowie andererseits der Wert von Rüstungskontrolle betrachtet und eingeschätzt werden".¹

Bereits die zahlenmäßige Einschätzung militärischer Kapazitäten und Potentiale wird somit nicht nur durch die Geheimhaltung, wie Lutz oben meinte, zum Problem jedes Kräftevergleichs.

Dennoch, so Lapins und Linn, "ist die Untersuchung von Kapazitäten und Potentialen - das erkenntnisleitende Interesse jeden militärischen Kräftevergleichs - nicht nutzlos, da sie Über- und Unterschätzungen der gegnerischen Leistungsfähigkeit verhindern hilft und insofern immanenter Bestandteil einer seriösen militärischen Bedrohungsanalyse sein sollte".²

Die Untersuchung der wissenschaftlichen Diskussion um die NATO-LRTNF und insbesondere der Diskussion des Kräfteverhältnisses wird zeigen, ob und inwieweit sie dieser Forderung gerecht wurde.

1 Stratmann, K.-Peter, Nato-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981, S. 18

2 Lapins/Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs ..., a.a.O., S. 101

3. Die wissenschaftliche Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO von 1979 bis 1983

Der Doppelbeschluß wurde von der NATO unter anderem mit der Verschlechterung des Kräfteverhältnisses, und dabei vor allem mit der Vermehrung und der Qualitätssteigerung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials begründet. Bereits vor der Verabschiedung des Beschlusses am 12. Dezember 1979 wurden denn auch bereits wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht, demzufolge insbesondere das Kräfteverhältnis in diesem sogenannten "eurostrategischen" Bereich thematisierten, und die bereits vor der Verabschiedung des Beschlusses auf sowjetischer Seite vorgenommenen Veränderungen im kontinentalstrategischen Bereich untersuchten. Aufgrund der dynamischen Bedingungen, denen Kräftevergleichsanalysen nun einmal unterworfen sind, wurden auch nach dem Beschluß der NATO immer wieder Kräftevergleiche erstellt. In der Regel waren es diese Kräftevergleiche, die die öffentliche Diskussion um den "Raketenbeschluß" der NATO prägten. Und dies nicht nur bei Gegnern, sondern auch bei Befürwortern des Beschlusses.

Bezeichnend für die damit verbundenen Schwierigkeiten ist es, daß sowohl Kritiker wie Befürworter des NATO-Beschlusses es nicht fertigbrachten, ihre Analysen widerspruchsfrei zu formulieren. Es sollte sich zeigen, daß die Gründe dafür nicht nur in der generellen Problematik von Kräftevergleichen¹ lagen, nicht nur in der Öffentlichkeitsarbeit der NATO und der Regierungen, auch nicht nur in der weitverbreiteten Unkenntnis der Öffentlichkeit zu suchen sind. Die Vereinfachung unauflöslich erscheinender Widersprüche durch Rückführung auf simplifizierende Ursache-Wirkungs-Mechanismen bestimmte die öffentliche Diskussion. In der wissenschaftlichen Diskussion prägte sie vor allem die Diskussion um das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt.

¹ Vgl. dazu den II. Teil, 2. Exkurs: Zur Problematik militärischer Kräftevergleiche, S. 96 in dieser Arbeit

a) Die Diskussion um das quantitative Kräfteverhältnis

Die Militärpotentiale beider Seiten beinhalten sowohl konventionelle als auch nukleare Waffen. Dies ist banal, aber: Jede weitere Unterteilung bringt Schwierigkeiten mit sich. Gert Krell wies darauf hin: "Kritisch sind vor allem die Frage der Zählkriterien (welche Systeme sollen in den Vergleich einbezogen werden) und der Vergleichbarkeit (wie sollen diese Waffen gegeneinander aufgerechnet werden)."¹ Es ist jedoch fraglich, ob diese Frage schlüssig zu beantworten ist.

Probleme bestehen deshalb nicht zuletzt auch dabei, wie taktische, kontinentalstrategische und globalstrategische atomare Waffensysteme voneinander abgegrenzt werden sollen, da dies offenkundig prinzipiell fragwürdig ist, und bei der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß häufig zur Einengung auf einen Teilbereich des Kräfteverhältnisses, nämlich auf Europa, führen sollte. Somit ergibt sich beim quantitativen Kräftevergleich zwangsläufig die Frage, in welchem Ausmaß qualitative Faktoren berücksichtigt wurden.

Diese Problematik verdeutlicht bereits die Unterteilung, die im Weißbuch 1979 vorgenommen wurde. Im Weißbuch 1979 werden konventionelle Streitkräfte, Nuklearkräfte in und für Europa (die sogenannten TNF, Theatre Nuclear Forces) und nuklearstrategische Langstreckenpotentiale unterschieden.²

Die "Nuklearkräfte in und für Europa" werden im Weißbuch 1979 entsprechend ihrer Reichweite pauschal untergliedert in Systeme mit bis zu 100 km Reichweite (SRTNF), Systeme mit 100 - 1000 km Reichweite (MRTNF) und in Systeme mit Reichweiten über 1000 km (LRTNF).³ Letztere wurden in der Diskussion oft auch als "eurostrategische" Systeme bezeichnet,

1 Krell, Plädoyer für Rüstungskontrolle ..., a.a.O., S. 52; vgl. auch Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 114 - 125; Albrecht, Ulrich und Alain Joxe und Mary Kaldor, Gegen den Alarmismus!, in: Studiengruppe Militärpolitik ..., a.a.O., S. 112

2 Weißbuch 1979 ..., a.a.O., S. 99, S. 105 und S. 110

3 Ebenda, S. 105; vgl. Weißbuch 1983 ..., a.a.O., S. 73

da sie aufgrund ihrer Reichweite die Fähigkeit haben, von westeuropäischen Gebieten der NATO Ziele im westlichen, europäischen Teil der Sowjetunion abzudecken, so wie die entsprechenden sowjetischen Systeme dies in umgekehrter Richtung vermögen.

In den LRTNF-Bereich fallen, so Wettig gegen Ende unseres Untersuchungszeitraumes 1983, "alle Kernwaffensysteme zwischen 1000 und 5500 km Reichweite. Mittlerweile ist in der NATO-Terminologie nicht mehr von LRTNF-, sondern statt dessen von INF-Waffen die Rede, worunter alle Systeme zwischen 150 und 5500 km Reichweite verstanden werden. Dadurch hat sich in der Sache wenig geändert: Durch die Einführung einer Untergrenze bei 1000 km bleibt der frühere Bereich oberhalb dieses Limits weiterhin erhalten. Ost und West sind sich nach wie vor einig darüber, daß die hierhin gehörenden Systeme als strategische Waffen von kontinentaler Reichweite separater Aufmerksamkeit bedürfen".¹

Aus diesem Grunde wird der in der wissenschaftlichen Diskussion gebräuchliche Ausdruck LRTNF in dieser Arbeit beibehalten, da der neue INF-Begriff zu unbestimmt ist, durch die 1000 km-Begrenzung relativiert wird, und vor allem, da der LRTNF-Begriff im Untersuchungszeitraum nach Maßgabe des Weißbuches 1979 von den Wissenschaftlern zu Grunde gelegt wurde. Der von Wettig 1983 verwendete Begriff "strategische Waffen von kontinentaler Reichweite" bestätigt die in dieser Arbeit geleistete Entscheidung, die LRTNF-Waffen als "kontinentalstrategisch" zu bezeichnen.²

Die Möglichkeiten und Probleme, das Kräfteverhältnis zu bewerten, sind - wie im vorangegangenen Teil dieser Arbeit dargestellt - äußerst vielfältig. Bereits an dieser Stelle

¹ Wettig, Gerhard, Die sowjetischen INF-Daten kritisch beleuchtet, in: AP, 34. Jg., 1983, H. 1, S. 31

² Dieser Begriff wurde vor allem von Stratmann benutzt. Vgl. Stratmann, K.-Peter, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis. Zweifelhafte Bewertungen als Folge der Anwendung unterschiedlicher Kriterien, in: EA, 36. Jg., 1981, H. 13, S. 391 und S. 398, Anm. 8

wird deutlich, was Wettig 1983, gegen Ende unseres Untersuchungszeitraumes also, wie folgt zusammenfaßte: "Man kann erstens verschiedener Ansicht über die Art der vergleichsrelevanten Systeme sein: Sollen landgestützte Raketen, land- sowie seegestützte Raketen oder alle Startplattformen einschließlich der Flugzeuge gezählt werden; Zweitens kann man unterschiedliche Entscheidungen hinsichtlich der einzubeziehenden Staaten treffen: Sollen nur die Waffen der NATO (bzw. USA) und der UdSSR oder auch diejenigen der westlichen Drittländer gerechnet werden; Drittens kann man entweder allein die in Europa stationierten oder alle weltweit vorhandenen Nuklearträger einander gegenüberstellen. Viertens kann man Systeme (Startgeräte) oder Sprengköpfe zu der Einheit machen, nach der gezählt wird. Wenn man für diese Möglichkeit optiert, dann kann man schließlich fünftens neben den Potentialen der ersten Salve noch die eventuell vorhandenen Nachladebestände an Raketen mit der Zahl ihrer Sprengköpfe (zweite und folgende Salven) berücksichtigen."¹

Wettig zieht denn auch das Resümee: "Je nach der Entscheidung zwischen den fünf Arten möglicher INF-Auswahlkriterien lassen sich aufgrund derselben Daten 36 höchst unterschiedliche Kräftevergleiche konstruieren."²

In einer innenpolitisch "aufgeladenen" Situation kann dies, salopp formuliert, möglicherweise auch bei Wissenschaftlern die Folge haben: Trau' keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Zunächst zur Datenbasis.

Bei der Beurteilung des Kräfteverhältnisses im Bereich der kontinentalstrategischen Waffensysteme stützen sich die Wissenschaftler vor allem auf die Zahlenangaben, die vom Londoner Institut für Strategische Studien (IISS) publiziert wurden, und zu dessen Ergänzung einige Autoren die Angaben des Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI)

1 Wettig, Die sowjetischen INF-Daten ..., a.a.O., S. 32/33

2 Ebenda, S. 33

heranzogen. Die Beiträge zum Kräfteverhältnis basieren allerdings weitgehend auf den vom IISS jährlich herausgegebenen Ausgaben von "The Military Balance", die, auch dies ein Ergebnis der innenpolitischen Diskussion um den Doppelbeschluß, seit 1979 auch in deutscher Übersetzung vorliegen.¹

Die Diskussion um den Doppelbeschluß wurde in weitem Bereich - abgesehen von der öffentlichen Diskussion regierungsamtlicher Kräftevergleiche - zu einer Diskussion der vom IISS herausgegebenen Kräftevergleichsanalysen. Die überwiegende Zahl der Autoren stützte sich dabei auf die Angaben der Military Balance (MB) 1979/80. Die vom IISS in der MB 1980/81 zum Teil drastisch veränderten Angaben zum Kräfteverhältnis wurden denn auch zur Ausgangsbasis weiterer Kräftevergleiche, die sich von den vorangehenden zumindest in weiten Teilen wesentlich unterschieden.

Angesichts der prinzipiell beschränkten Aussagekraft numerischer Kräftevergleichsanalysen ist die Erörterung der verschiedenen Analysen für die Beurteilung des Doppelbeschlusses allenfalls im Hinblick auf dessen "Nachrüstungsthese", damit aber noch nicht im Hinblick auf seine "Modernisierungsthese" ergiebig. Die Rolle dieser Kräftevergleichsanalysen auch in der wissenschaftlichen Diskussion sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Vor allem die kritische Friedensforschung sollte sich gerade auf die Widerlegung der amtlichen Nachrüstungsthese stützen, in unterschiedlichem Ausmaß allerdings, und mit unterschiedlicher Reliabilität.

Alois Riklin bezieht in seine Untersuchung des kontinentalen Nuklearpotentials in Europa 1979/80 die französischen Nuklearsysteme in das Potential der NATO mit ein. Danach zählt er bei den I/MRBM für die westliche Seite 18 Trägersysteme mit 18 Sprengköpfen, für die UdSSR 690 Träger mit 690 Sprengköpfen. Bei den SLBM sieht er ein Verhältnis von 208 westlichen Trägern mit 720 Sprengköpfen zu 21 östlichen

¹ Vgl. dazu: Vorwort sowie Erklärung des Internationalen Instituts für Strategische Studien, in: Streitkräfte 1979/80, Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, München 1980, S. 9/10

Trägern mit 21 Sprengköpfen und bei den Bombern ein Verhältnis von 190 Trägern mit 500 Sprengköpfen zu 430 Trägern mit 735 Sprengköpfen. Die 48 älteren britischen Vulcan-B 2-Bomber zählt Riklin dabei nicht mehr mit. Auf diese Weise kommt er zu einem Totalverhältnis von 416 westlichen Trägern mit 1238 Sprengköpfen gegenüber 1141 östlichen Trägern mit 1646 Sprengköpfen und konstatiert eine "eindeutige Überlegenheit der UdSSR im kontinentalen Nuklearpotential", ein Ungleichgewicht zu Lasten des Westens allerdings, das "vor allem unter dem Aspekt der Anzahl der nuklearen Sprengköpfe" nicht so groß sei, "wie man es im Westen zu hören gewohnt" sei; und das zudem nicht so schwerwiegend sei wie das "Mißverhältnis im konventionellen Militärpotential in Mittel- und Nordeuropa".¹ Im interkontinentalen Nuklearbereich besteht nach seiner Auffassung ein "Gleichgewicht der Ungleichgewichte". Riklin nennt seine Abgrenzungs- und Zuordnungskriterien nicht, bezieht aber die SACEUR assignierten amerikanischen Poseidon-Raketen in seinen kontinentalstrategischen Kräftevergleich mit ein. Sein Kräftevergleich basiert auf den Angaben von Menault und nicht auf denen des IISS.²

Hubertus Hoffmann unterscheidet in seiner Darstellung aus dem Jahre 1980 den Kurzstreckenbereich, "der fließend an die Marke von 1000 Kilometer Reichweite zu legen ist"³, und den Mittelstreckenbereich, in den die kontinentalstrategischen Waffen einzubeziehen sind.⁴ Hoffmann stellt eine Überlegenheit der Sowjets gegenüber der NATO im Bereich der Kurzstreckengeschosse von 4 : 1 und eine nukleare artilleristische Überlegenheit der NATO von 3 : 1 fest. Ferner verweist er auf ca. 300 ADM auf Seiten der NATO.

1 Riklin, Alois, Audiatur et altera pars. Dreifache militärische Lagebeurteilung, in: apuzg, B 3/81, S. 14/15

2 Ebenda, S. 14; Riklin gibt als Quelle an: S.W.B. Menault, SALT II: The Eurostrategic Imbalance, in: Conflict Studies, 1979, S. 104

3 Das Weißbuch 1979 unterteilt diesen Bereich in den SRTNF- und den MRTNF-Bereich

4 Hoffmann, Hubertus, Atomkrieg-Atomfrieden. Technik, Strategie, Abrüstung, München 1980, S. 146

Bei den I/MRBM zu Land, dem "Bereich der Mittelstreckenraketen von 1000 bis 6000 Kilometern", zählt er auf Seiten der UdSSR 380 SS-4, 60 SS-5 und 160 SS-20-"Schleudern", denen auf Seiten der NATO nur 18 französische Mittelstreckenraketen gegenüberstünden. Bei den SLBM zählte er 1980 80 französische Raketen mit je einem Sprengkopf, sowie 64 britische Raketen mit je drei MRV-Sprengköpfen, auf sowjetischer Seite 69 SS-N-4 und SS-N-5 SLBM.¹

Hoffmann bezieht die SACEUR unterstellten 40 Poseidon-Raketen mit je 10 MIRV-Sprengköpfen nicht in seinen Vergleich der kontinentalstrategischen Waffensysteme beider Seiten mit ein! Die Bedeutung eben dieser Waffen in einem numerischen Vergleich beurteilt er so: "Bei einem Vergleich der Zahl an Sprengköpfen im Mittelstreckenbereich fallen diese 400 MRV schon erheblich ins Gewicht und würden den sowjetischen Überhang an Landgeschossen zahlenmäßig fast aufwiegen."²

Hoffmann anerkennt somit sehrwohl die Bedeutung dieser SACEUR-assignierten strategischen Systeme für die europäische Sicherheit. Seine Begründung, sie in seinem Kräftevergleich wohl nicht mit zu berücksichtigen, lautet: "Formal zählen diese Zielspitzen zum strategischen Potential. Sie werden daher - ebenso wie das auf europäische Ziele gerichtete Potential an SS-11 ICBM der Sowjets - nicht in diesen Kräftevergleich einbezogen, da sie bereits in SALT verrechnet sind."³ Mit anderen Worten: Hoffmann zählt diese Systeme bei der Analyse des kontinentalstrategischen Kräfteverhältnisses nicht mit.

Diese formale Begründung kann für sich genommen nicht überzeugen. Hoffmann argumentiert denn auch, indem er dieser Poseidon-Raketen im SALT II-Vertrag nutzt, damit, daß diese Raketen in einer militärischen Analyse des kontinentalstrategischen Kräfteverhältnisses mitgezählt werden müßten.

1 Ebenda, S. 142/143

2 Ebenda, S. 143/144

3 Ebenda, S. 144

Forndran zählt diese strategischen Waffensysteme zu den sogenannten "Grauzonenwaffen".¹ Karl Kaiser hebt allerdings zu Recht einschränkend hervor, daß die Einbeziehung dieser bei SALT gezählten amerikanischen Systeme auch nicht weiterhelfe, da man bei ihrer Einbeziehung "auch entsprechend einsetzbare und in SALT gezählte sowjetische Kapazitäten hinzufügen"² müsse. Dies ist richtig, insofern man sich nicht durch die Verbuchung dieses Potentials die Chance verbauen will, reziprok redliche Kräftevergleichsanalysen aufzustellen. Hoffmann bezieht die Gesamtzahl der nuklear einsatzfähigen Flugzeuge von NATO und Warschauer Pakt in seinen kontinentalstrategischen Kräftevergleich nicht mit ein, da, wie er hervorhebt, "jedes Flugzeug verschiedene Sprengsätze unterschiedlicher Größe in unterschiedlichen Weisen transportieren kann und Eindringlichkeit, Überlebensfähigkeit und Flexibilität erheblich differieren". Und dies nicht zu Unrecht, denn gerade dieses ambivalente Potential ist derart problematisch, daß es nicht zuletzt aus diesem Grunde aus den späteren INF-Gesprächen herausgehalten werden sollte.

Bei den mittleren Bombern gibt Hoffmann dann folgende Bestände an: 600 TU-16 Badger-Bomber, 185 TU-22 Blinder und 100 TU-26 Backfire in der Luftwaffe der UdSSR und bei den sowjetischen Marinefliegern, für die NATO 66 amerikanische FB-111-Bomber und 280 F-111 A/D/E/F-Jagdbomber, von denen "ca. 160 Maschinen" auf europäischen Luftbasen stationiert seien, sowie 48 britische Vulcan B/2 und 33 französische Mirage IV A.

Die Zahl der Jagdbomber mit "Strike"-Aufgaben gibt Hoffmann für die UdSSR mit "rund 1000 von ca. 3500 verfügbaren Maschinen" an. Für die NATO zählt er 1284 verfügbare Maschinen, von denen - so Hoffmann - unter Einschluß der französischen "knapp 1000 Flugzeuge" für den nuklearen Ein-

1 Forndran, Technologie und Stabilität ..., a.a.O., S. 484

2 Kaiser, Karl, Angst ist nicht die Grundlage heutiger Sicherheitspolitik. Frieden wollen, aber Unsicherheit schaffen oder : Wie blind darf man sein? - Professor Karl Kaiser antwortet auf Thesen von Oskar Lafontaine, in: Frankfurter Rundschau, 10. Oktober 1981

satz eingeplant seien. Hoffmann kommt zu dem Schluß, „die UdSSR habe eine "eindeutige Überlegenheit bei den Kurzstreckengeschossen von 4 : 1, bei den Mittelstreckenbomben von ca. 2 : 1 und allen IRBM/MRBM und SLBM von mindestens 4 : 1".¹ Was den Bereich der globalstrategischen Waffen betrifft, so sieht Hoffmann dort eine "haarscharfe strategische Parität"² beider Supermächte.

Hoffmanns Darstellung des numerischen Kräfteverhältnisses ist wesentlich ausführlicher als die Riklins. Im Unterschied zu Riklin bezieht Hoffmann die amerikanischen Poseidon-Raketen nicht mit in seinem Kräftevergleich ein, zählt dafür aber die damals noch im Dienst stehenden und veralteten 48 britischen Vulcan-Bomber mit. Riklin und Hoffmann gehen von jeweils unterschiedlichen Zahlenangaben aus, die Schwankungen sind zum Teil beträchtlich. Im Endergebnis kommen Riklin wie Hoffmann zu dem Schluß, daß die UdSSR im kontinentalstrategischen Bereich der NATO rein numerisch eindeutig überlegen sei.

Das Vorhandensein einer derartigen Überlegenheit der Sowjetunion im kontinentalstrategischen Bereich ist von kritischen Friedensforschern bestritten worden.

Insbesondere Dieter S. Lutz und Erwin Müller haben eine sowjetische Überlegenheit im kontinentalstrategischen Bereich bezweifelt und sich daran begeben, eigene Kräftevergleiche aufzustellen, die ihre Zweifel beweisen sollten. Die beiden kritischen Friedensforscher kommen in ihren Kräftevergleichsanalysen zu jeweils unterschiedlichen Daten im Bereich der "Nuklearkräfte in und für Europa". Im Endergebnis kommen beide zu dem Schluß, daß die von offizieller Seite hervorgehobene und von einer Anzahl Wissenschaftler festgestellte sowjetische numerische Überlegenheit mit Sicherheit nicht bestehe. Grundlage ihrer Kräftevergleiche sind jeweils die vom IISS 1979 publizierten Zahlenangaben.

1 Hoffmann, Atomkrieg - Atomfrieden ..., a.a.O., S. 145

2 Ebenda, S. 147

In der Sprache recht salopp, in der Begründung seiner Thesen oft genügsam, weist Erwin Müller in seiner Studie vom Februar 1980 gleich auf der ersten Seite seiner Arbeit darauf hin, daß seiner Auffassung nach eine Nachrüstung der NATO im "eurostrategischen" Bereich "militärisch unnötig, überflüssig und unsinnig" sei.¹ Konsequenter folgt er daraus, daß politisches Engagement gegen die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses legitim und Gebot der Vernunft sei. Diese These will er dann im folgenden Teil seiner Arbeit wissenschaftlich begründen.²

In seiner Analyse stützt sich Müller auf die Angaben der MB 1979/80, die später vom IISS in der MB 1980/81 berichtigt werden sollten. Müller 1980: "Auch das Internationale Institut für Strategische Studien in London (IISS) gab der Überzeugung Ausdruck, daß derzeit nahezu Parität zwischen den Mittelstreckenpotentialen der NATO und der WVO bestünde, wenngleich sich die Lage zugunsten des Warschauer Pakts verändere."³

1 Müller, Erwin, "Nach"-Rüstung und Rüstungswettlauf. Zum NATO-Beschluß über neue eurostrategische Mittelstreckensysteme, Tübingen, Februar 1980, in: Verein für Friedenspädagogik Tübingen e. V. (Hrsg.), Argumente 3, S. 3

2 Ebenda, S. 3

3 Ebenda, S. 5. Zur Kontroverse um die MB 1979/80 soll hier nur soviel angemerkt werden: In der deutschen Übersetzung der MB 1979/80 hieß es dazu im Vorwort des Herausgebers, Streitkräfte 1979/80 ..., a.a.O., S. 9: "In dieser Ausgabe der 'Military Balance' wird versucht, das Kräfteverhältnis der nuklearen Potentiale für den Einsatz in Europa zu analysieren. Diese Überlegungen kommen zu dem Schluß, daß zwischen den TNF (Nukleare Gefechtsfeldwaffen) von NATO und WP annähernde Parität bestehe. Tatsächlich besteht aber in Europa selbst ein erhebliches Übergewicht (ca. 1 : 3) zugunsten des Warschauer Paktes. Nur bei einer Gesamtbeurteilung der in den USA stationierten strategischen Systeme mit den TNF in Europa kann von einem ungefähren Gleichgewicht der nuklearen Potentiale von NATO und WP gesprochen werden." Auf der folgenden Seite heißt es dann in der Erklärung des Internationalen Instituts für Strategische Studien dazu: "In den vergangenen Wochen ist diese Untersuchung wiederholt aus dem Zusammenhang gerissen herangezogen worden, um Widerstand gegen die derzeitigen Pläne von NATO-Mitgliedstaaten zur Einführung neuer, weiter reichender Nuklearwaffen in und für Europa zu untermauern.(...) Die Untersuchung des Institutes führt nicht zu dem Schluß,

Auf den zweiten Nebensatz mit dem Inhalt, daß sich die Lage zugunsten des Warschauer Pakts ändere, geht Müller dann nicht mehr weiter ein. Und dies, obwohl er die anstehenden Modernisierungs- und Erweiterungsprogramme Frankreichs und Großbritanniens im Nuklearbereich durchaus miteinbezieht.¹

Eine kontinentalstrategische Unterlegenheit der NATO in Europa - so Müller in konsequenter Weiterführung seiner oben genannten These - lasse sich höchstens dann feststellen, wenn vorhandene NATO-Waffen "unterschlagen" würden, "ein Vorgehen, dem man auch bei äußerstem Wohlwollen den Vorwurf der Manipulation nicht ersparen kann".²

Müller bezieht sich mit diesem Vorwurf auf die Angaben im Weißbuch 1979, dem er vorwirft, SACEUR assignierte amerikanische Poseidon-U-Boote sowie ca. 1200 Kampfflugzeuge mit Operationsradien über 1000 Kilometern, von denen ca. 400 "nach Ansicht von Experten für eine euro-nukleare Rolle vorgesehen" seien, vergessen zu haben.³ Eben diese "vergessenen"

daß eine Modernisierung der nuklearen NATO-Streitkräfte in und für Europa unnötig sei. Wir sagen in unserer Studie: 'Es besteht jetzt ein der Parität sehr nahe kommendes Verhältnis zwischen den nuklearen Streitkräften in und für Europa auf seiten der NATO und des Warschauer Paktes, obgleich sich dieses Verhältnis zugunsten des Warschauer Paktes verändert.' Die zur Zeit in der NATO erörterten neuen amerikanischen Waffen für Europa werden nicht vor Ende 1983 eingeführt werden, und bis dahin wird sich das Gefälle weiter zugunsten des Ostens vergrößert haben, wenn jetzt keine Maßnahmen getroffen werden."

- 1 Ebenda, S. 11 sowie ders., Apels Erzählungen. Das Bundesverteidigungsministerium begründet den "Nachrüstungs"-Beschuß. Eine Fallstudie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 25. Jg., 1980, H. 11, S. 1330 und 1334 sowie ders., Aspekte der Risikopolitik. Zur Ideologie der "Nachrüstung" und ihren logischen Paradoxien (Manuskript), S. 7; vgl. auch Bertram, Christoph, Abkehr vom Perfektionismus. London setzt neue Schwerpunkte bei den Waffensystemen, in: Die Zeit, 10. Juli 1981
- 2 Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 5
- 3 Ebenda, S. 5. Das Ausmaß an Unwissenheit oder Ignoranz bei Müller wird deutlich in seiner Frage: "Woher also die plötzlichen Kassandrarufo angesichts einer bereits seit Jahren bestehenden, der NATO wohlbekannten Gefahr?", ebenda, S. 5

Systeme bezieht Müller in seinen Kräftevergleich mit ein. Obwohl er in bezug auf die SACEUR zugeordneten Poseidon-Raketen einräumt: "Im Prinzip gehören diese Boote nämlich - wie auch beide SALT-Runden bestätigt haben - zu den strategischen [⁷ Herv. i. Text!, Verf. ⁷ Nuklearwaffen und nicht zu den taktischen bzw. eurostrategischen Systemen."¹

Wenn Müller dennoch ihre Einbeziehung in einen eurostrategischen Kräftevergleich fordert, dann allerdings deshalb, weil er im Rahmen eines Kräftevergleiches durchaus zu Recht nicht davon ausgeht, ob bestimmte Waffen in bestimmte Verträge einbezogen wurden, sondern davon, ob sie einem bestimmten Zielgebiet zugeordnet wurden. Was diesen Punkt betrifft, so liegt Müller hier in Übereinstimmung mit Bertram, Kaiser und Forndran. Dieses Zuordnungsprinzip wendet Müller in seiner Studie aber konsequent an, im Gegensatz etwa zu Lutz, der dieses Prinzip in einigen Fällen anwendet und in anderen wiederum nicht, wie noch gezeigt werden soll. Aufgrund dieses - allerdings nicht unproblematischen - Zuordnungsprinzips berechnet Müller auf westlicher Seite auch amerikanische Bomber vom Typ FB-111 nicht mit ein, weil sie dem amerikanischen strategischen Luftkommando (SAC) und nicht der NATO (SACEUR) unterstellt sind, und, so Müller, "daher kaum als Waffensysteme bezeichnet werden können, die direkt für einen eurostrategischen Konflikt vorgesehen sind".² Wenn dies stimmte, stellt sich allerdings die Frage, welche Aufgabe diese Systeme haben sollen.

Die Begründung ihrer Nichteinbeziehung mit dem Zuordnungskriterium ist fragwürdig, und dies nicht nur, weil dieses Zuordnungskriterium nur bedingt aussagekräftig sein kann. Stratmann hat in der wissenschaftlichen Diskussion darauf aufmerksam gemacht, daß diese FB-111 A zwar in den USA stationiert seien, ihre Ziele möglicherweise aber zum Teil

1 Ebenda, S. 17

2 Ebenda, S. 7

in der europäischen Sowjetunion liegen würden, was demnach auch für amerikanische ICBM, SLBM und die B-52 zutreffen könnte: Dazu Stratmann: "Dieser Tatbestand macht jedoch 'strategische' Systeme nicht zu 'eurostrategischen'".¹

Demnach wäre die Nichteinbeziehung dieser FB-111 durch Müller in einen kontinentalstrategischen Kräftevergleich aufgrund des Zuordnungsprinzip zwar richtig, in einem umfassenden und damit globalstrategischen Vergleich allerdings nicht, und das aus dem Grunde, weil eben nicht die Zuordnung von Waffensystemen zu ihren jeweiligen Friedensstandorten, sondern vielmehr die Zuordnung bestimmter Ziele für bestimmte Waffen entscheidend ist. Deutlicher kann die Fragwürdigkeit des Zuordnungsprinzips und damit auch eines auf den kontinentalstrategischen Bereich beschränkten Kräftevergleichs nicht demonstriert werden.

Hinzu kommt ein weiteres, viel diskutiertes Problem: Bei den Poseidon-SLBM zählt Müller die MRV-Sprengköpfe der britischen Polaris-A-3-Rakete, die nicht auf verschiedene Ziele steuerbar sind, wie drei individuell steuerbare Sprengköpfe, "in der begründeten Annahme, daß sie 1 die Polaris, Verf. 7 mit drei Sprengköpfen bestückt ist".²

Abgesehen davon, daß die UdSSR und die USA im SALT II-Vertrag gemeinsam zu dem Schluß kamen, MRV-Sprengköpfe als ein zu zählen, eine derartige Zählweise von MRV wie MIRV ist mehr als fragwürdig. Gert Krell wandte ein: "Es ist wenig glücklich, wenn Kritiker der 'Nachrüstung' unterstellen, die bloß einfache Anrechnung von MRV-Sprengköpfen komme dem Hantieren mit 'falschen Zahlen' gleich. Es ist in der internationalen Literatur durchaus üblich, die MRVs auf beiden 1 Herv. i. Text, Verf. 7 Seiten wie einen Sprengkopf zu zählen, da sie auch nur ein Ziel zerstören könnten. Der SALT II-Vertrag zählt

¹ Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 389 und S. 398, Anm. 4; vgl. auch Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 120

² Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 7 sowie ders., Aspekte ..., a.a.O., S. 7

Träger mit MRV wie Träger mit einem Sprengkopf."¹ Infolge der vorgenommenen Korrekturen bei den FB-111, den Poseidon-U-Booten und den britischen MRV liegen die Angaben Müllers über das NATO-Potential leicht unter denen der später korrigierten MB 1979/80.

Müller unterscheidet in seinem Kräftevergleich drei Bereiche. Zunächst zählt er alle nuklearen Mittelstreckensysteme, so wie auch das Weißbuch 1979, mit einer Reichweite von mehr als 1000 km, bemerkt dann aber, daß nicht alle dieser Systeme über eine Reichweite verfügen, die sie in die Lage versetzen kann, von Westeuropa aus sowjetisches Gebiet bzw. umgekehrt zu erreichen. Müller geht zudem davon aus, daß die UdSSR aufgrund ihres politischen Konflikts mit China "ungefähr ein Viertel"² ihrer vorhandenen Mittelstreckenwaffen nicht für Westeuropa bestimmt habe und im Ernstfall auch nicht nach Westen bringen könnte, "ohne den Bestand der nuklearen Abschreckung gegenüber den asiatischen Konkurrenten zu gefährden".³

Müller führt Vergleiche für Waffensysteme mit einer Reichweite von über 2000 km und für Waffensysteme mit einer Reichweite von mehr als 3000 km durch. Diese beiden Bereiche bezeichnet er als den der "euronuklearen" Systeme.

Im Bereich der von ihm so unterschiedenen nuklearen Mittelstreckensysteme in und für Europa zählt Müller auf Seiten des Warschauer Paktes an Raketen 90 SS-5, 120 SS-20, 500 SS-4, 54 SS-N-5 und 6 SS-N-8, an Flugzeugen 50 Tu-22 M,

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 63; allerdings sprach auch Lothar Ruehl einmal unpräzise von den "64 britischen SLBM mit Polaris-A-3 mit zusammen 192 Gefechtsköpfen", in: ders., Das SALT-II-Abkommen ..., a.a.O., S. 472, ohne sie jedoch mit MIRV-Sprengköpfen gleichzusetzen. Vgl. auch ders., Das Verhandlungsangebot der NATO an die Sowjetunion. Suche nach einem Gleichgewicht bei den "eurostrategischen" Waffen, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 7, S. 223

2 Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 6

3 Ebenda, S. 6

318 Tu-16, 135 Tu-22, 230 Su-19, 5 polnische II-28 und keine Tu-26 "Backfire"-Bomber. Auf diese Weise erhält er 1508 sowjetische Systeme. Auf Seiten der NATO zählt Müller 64 britische Polaris A-3 SLBM (MRV wie MIRV zählend!), 64 französische SLBM und 18 französische Raketen vom Typ SSBS S-2, an Flugzeugen 48 Vulcan B-2, 33 Mirage IV A, 175 F-4 im Besitz europäische NATO-Staaten, 156 F-111, weitere 324 amerikanische F-4, 367 F-104, 177 Jaguar, 199 Mirage 5 F/III E, 20 A-6 E und 40 A-7 E sowie 40 SACEUR assignierte Poseidon-Raketen mit 400 MIRV. Auf diese Weise erhält Müller 1725 westliche Systeme. Diesen "Mittelstreckenbereich" unterteilt er dann weiter.

Bei den Systemen mit Reichweiten über 2000 Kilometern zählt er 1224 östliche und 962 westliche, bei denen mit einer Reichweite von mehr als 3000 km 719 östliche und 423 westliche Systeme. Welche Systeme er hier jeweils einbezogen hat, sagt er allerdings nicht.

Als Faktoren, die "zusätzlich" zugunsten der westlichen Schlagkraft wirken¹, bezeichnet Müller zum einen die Möglichkeit einer Aufstockung der Zahl amerikanischer Flugzeuge in Europa im Spannungsfall, zum anderen hebt er hervor: "Auch Interkontinentalwaffensysteme der USA sind eurostrategisch einsetzbar. In diesem Bereich besteht aber ein zahlenmäßiger Vorsprung der USA mit ca. 11900 Sprengköpfen gegenüber 6000 der Sowjetunion."² Abgesehen davon, daß Müller von all den in diesem Zusammenhang mitzubersichtigenden Faktoren wie Schubkraft der Raketen, Wurfgewicht u. a. lediglich den der Zahl der Sprengköpfe nennt, verfährt er hier inkonsequent. Wenn er einerseits anerkennt, daß auch ICBM der USA "eurostrategisch" einsetzbar sind, wie so klammert er dann die FB-111 der USA aus seinem Kräftevergleich aus, zumal sie doch im Fall der Fälle den Flugzeugbestand der USA in Europa aufstocken können.

¹ Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 10/11

² Ebenda, S. 10

Müller beruft sich bei seinem Sprengkopfvergleich auf die Angaben im SIPRI-Yearbook 1979, die von vielen Wissenschaftlern für überhöht gehalten werden. So geht Krell für 1979 von einem Zahlenverhältnis von ca. 9200 amerikanischen zu ca. 5000 sowjetischen, unabhängig voneinander steuerbaren Sprengköpfen aus, Riklin hält ebenfalls ein Zahlenverhältnis von 9200 zu 5000 sowjetischen im Jahre 1979/80 für gegeben.¹

Auch diese beiden Wissenschaftler gehen von einer numerischen Überlegenheit der USA bei den Sprengköpfen aus. Beide sind sich jedoch der Fragwürdigkeit einer isolierten Herausstellung des Zahlenverhältnisses bei den Sprengköpfen als einzigem Beurteilungskriterium im Gegensatz zu Müller bewußt, beurteilen die Gesamtsituation auf der global-strategischen Ebene und kommen in diesem Zusammenhang beide zu der Feststellung, es bestehe eher ein "Gleichgewicht der Ungleichgewichte".²

Das von Karl Kaiser in einer Replik auf die Thesen Lafontaines Gesagte gilt auch für Müller: Denn auch Müller kommt wie Lafontaine zu der Auffassung, die USA seien bei den strategischen Waffen überlegen, "indem er die Vielfalt der für die Gleichgewichtsbestimmung relevanten Kriterien wie Zahl und Art der Trägersysteme, Qualität und Modernisierungsgrad, Wurfgewichte und Eindringfähigkeit etc. beiseite schiebt und 'schlicht nur ein Element herausgreift: Die Zahl der Sprengköpfe. (...) Dann allerdings ergibt sich ein zahlenmäßiges Übergewicht von 9200 amerikanischen Sprengköpfen zu 6000 sowjetischen".³

Die These, die USA seien der UdSSR bei den strategischen Waffen unter den Bedingungen von SALT II überlegen, hält Kaiser für "um so verwunderlicher, als die Sowjetunion, die

1 Krell, Gert, Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffensystemen, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 325 und Riklin, Audiatur ..., a.a.O., S. 14

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 27 und Riklin, Audiatur ..., a.a.O., S. 14

3 Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.

öffentlich immer das in diesem Abkommen festgelegte Paritätsprinzip lobt, damit insgeheim einer amerikanischen Überlegenheit zugestimmt hätte".¹ Für alle Kritiken, die, wenn sie nicht Überlegenheit der NATO im kontinentalstrategischen Bereich unter Einbeziehung der strategischen Poseidon-Raketen und/oder der Zählung von MRV wie MIRV erzielen, eine Überlegenheit der NATO unter Verweis auf eine globalstrategische Überlegenheit der USA wegen deren höheren Sprengkopfzahlen "beweisen", hat sich dies als Irrweg erwiesen. Daß dieser Weg dennoch immer wieder beschritten wurde, spricht nicht gerade für die Qualität dieser "kritischen" Analysen.

Müllers Suggestion, die Amerikaner - von den Sowjets spricht er in diesem Zusammenhang nicht - könnten Interkontinentalraketen "eurostrategisch" einsetzen, weil sie einen zahlenmäßigen Vorsprung bei den Sprengköpfen haben, steht somit auf tönernen Füßen.² Müller weist in seinem Vergleich nicht aus, welche Systeme, insbesondere welche Flugzeuge, er dem eurostrategischen Bereich zuordnet. Von den Flugzeugen sagt er nur pauschal, daß nicht alle in den eurostrategischen Bereich fielen. Welche und wieviele, sagt Müller nicht.³

Müller kommt im Endergebnis zur "Verifizierung" seiner Ausgangsthese, nämlich "daß derzeit von einer Unterlegenheit des Westens nicht die Rede sein kann. Das Gegenteil läßt sich - wenn man sich auf den Bereich der eigentlichen Mittelstreckensysteme bezieht - weitaus eher konstatieren".⁴ Müller hält einen numerischen Kräftevergleich zwar für ein "prinzipiell unsinniges Unterfangen"⁵, dann aber wiederum doch für aussagekräftig genug, um daraus Folgerungen wie diese abzuleiten: "Damit entfällt jegliche Legitimierung der

1 Ebenda

2 Krell weist zu Recht darauf hin, daß auch sowjetische strategische Systeme in Europa eingesetzt werden können, in: ders., Plädoyer ..., a.a.O., S. 52

3 Vgl. in diesem Zusammenhang Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 11

4 Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 11

5 Ebenda, S. 11

Nachrüstung im Mittelstreckenbereich durch eine vorgebliche Abschreckungslücke auf Seiten des westlichen Bündnisses."¹
Wohl gemerkt: "Jegliche" Legitimierung!

An dieser Einschätzung hielt Müller auch angesichts fortlaufender Dislozierungen von SS-20 und Backfire-Bomber später fest und sprach auch zwei Jahre später noch von einer "bereits erzielten (nuklear-strategisch ohnehin bedeutungslosen) numerischen Parität der Zerstörungspotentiale"² im eurostrategischen Bereich. Es zeigt sich damit, daß Müllers heutige abschreckungstheoretischen Vorstellungen noch auf denen der Strategie der massiven Vergeltung der fünfziger Jahre beruhen, und daß er die von Senghaas wie von Ruehl diagnostizierte gestiegene Bedeutung der nuklearen Optionen offenbar nicht erkannt hat.

Dieter S. Lutz hat die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß mit seiner immer wieder publizierten Studie über das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt im euronuklearen Bereich erheblich beeinflußt³ und auf diese Weise in den Medien und in der öffentlichen Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO beträchtliches Aufsehen erregt.

Für den Bereich nennt Lutz 1979 auf sowjetischer Seite 500 SS-4, 90 SS-5 und 120 SS-20⁴, letztere mit je 3 MIRV-Sprengköpfen, sowie 6 in der Ostsee stationierte U-Boote der

1 Ebenda, S. 11

2 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 6

3 Lutz, Dieter S., Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, IFSH-Forschungsbericht, H. 12, Oktober 1979; ders., Das militärische Kräfteverhältnis bei den euro-nuklearen Waffensystemen, in: DGFK Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 357 - 400; ders., Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der "Nuklearkräfte in und für Europa", in: Krell, Gert und Dieter S. Lutz (Hrsg.), Nuklearrüstung im Ost- und West-Konflikt: Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung, Baden-Baden 1980; und verstreut in: Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O.

4 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 19

der Golfklasse mit insgesamt 18 einfachen SLBM des Typs SS-N-5.¹ 1981, zwei Jahre später also, hat Lutz die Zahl der 120 SS-20 reduziert und geht nun nur noch von 100 stationierten SS-20 aus, so als hätte die UdSSR ihr SS-20-Potential in diesen zwei Jahren reduziert und nicht, wie es der Fall war, ausgebaut.²

1979 geht Lutz davon aus, daß "etwa ein Drittel" der SS-4 und SS-5 an den Grenzen zu China stationiert seien, rechnet dieses Drittel von der Gesamtzahl von 710 sowjetischen Mittelstreckenraketen mit ihren 950 Sprengköpfen ab, und erhält somit ein "euronukleares" Raketenpotential von 538 Raketen mit 778 Sprengköpfen auf östlicher Seite. Ferner geht er davon aus, daß die SS-20 als Ersatz für die älteren SS-4 und SS-5 gedacht sei, so daß vermutlich sogar mit weit niedrigeren Zahlen gerechnet werden müsse.³

Wie sich zeigen sollte, hat die Sowjetunion ihre älteren Systeme jedoch nicht mit fortlaufender Einführung der SS-20 entsprechend verschrottet.

Ähnlich wie Müller zählt auch Lutz MRV wie MIRV und erhält damit auf britischer Seite 192 Polaris-Sprengköpfe. Dies veranlaßte René Herrmann zu der Bemerkung: "Eine mit MRV bewaffnete Rakete kann nur ein Ziel angreifen, eine mit MIRV dagegen mehrere. Daher können für die britischen Polaris nur 64 Gefechtsköpfe gezählt werden und nicht 192."⁴

Auf NATO-Seite zählt Lutz außerdem die SACEUR unterstellten amerikanischen Poseidon mit. Ihre Einbeziehung bestätigte Herrmann mit den Worten, sie seien der "größte Teil" des

1 Ebenda, S. 19

2 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 180

3 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 19

4 Herrmann, René, Muß die Sowjetunion nachrüsten? Die Kritik einer Kritik, in: Beiträge, 10. Jg., 1980, H. 1, S. 152

Potentials der NATO in diesem Bereich, bemängelte jedoch das Fehlen von Hinweisen bei Lutz auf deren Einsatzrestriktionen sowie auf sowjetische Möglichkeiten, ihrerseits zusätzliche SLBM für den europäischen Kriegsschauplatz bereitzustellen.¹

Bei seinem Vergleich der LRTNF-Raketenpotentiale kommt Lutz zu dem Ergebnis, es bestehe "ein relativ ausgewogenes Verhältnis von 1, 15 : 1 mit leichtem Vorteil zugunsten der WVO".² Dazu Herrmann: "Ohne seine Verdreifachung des britischen Polaris-Potentials hätte er 7 Lutz, Verf. 7 allerdings eine recht deutliche numerische Überlegenheit des sowjetischen Potentials feststellen müssen (ca. 1, 4 : 1)."³ Und dies bereits vor der Verabschiedung des NATO-Beschlusses am 12. Dezember 1979!

In einem zweiten Schritt bezieht Lutz bei seiner Analyse den Gesamtbestand der von MB 1979/80 für beide Seiten angegebenen Flugzeuge in seinen Kräftevergleich mit ein. Im Gegensatz zu Müller und in Abweichung des von ihm bei der Einbeziehung der Poseidon-Raketen benutzten Zuordnungskriteriums bezieht Lutz aber die amerikanischen FB-111 A-Bomber in seinen Vergleich mit ein. Ein solches Vorgehen hat Krell mit den Worten kommentiert: "Wenn an einer Stelle das Zuordnungskriterium statt des Rüstungskontroll-Kriteriums (SALT) eingeführt wird, dann muß das neue Kriterium selbstverständlich konsequent angewendet werden. Das ist aber nicht der Fall, wenn sowjetische strategische Waffen, die eindeutig ebenfalls - obwohl SALT-relevant - 'eurostrategische Funktion' haben, keine Berücksichtigung finden."⁴

1 Ebenda, S. 153; vgl. dazu auch Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 58 - 60

2 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 19

3 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 152

4 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 67

Das von Lutz im Bereich der LRTNF-Raketensysteme 1979 als "relativ ausgewogen" bezeichnete Kräfteverhältnis erzielt er nicht nur dadurch, daß er wie Müller MRV wie MIRV zählt, sondern diese sogar manipulativ gar nicht erst als MRV zitiert, sondern als MIRV.¹ Damit nicht genug: Das von ihm aufgestellte Kräfteverhältnis ändert er ferner noch dadurch, daß er den Gesamtbestand aller nuklearfähigen Flugzeuge auf beiden Seiten miteinbezieht. Auf diese Weise errechnet Lutz ein numerisches Gesamtverhältnis im LRTNF-Bereich von 2,5 : 1 zugunsten des Warschauer Paktes. Kommentar von Lutz dazu: "Gerade dieses Ungleichgewicht von 1 : 2,5 mit deutlichem Vorteil für die WVO illustriert jedoch besonders eindrucksvoll, wie wenig aussagekräftig, negativer noch: wie manipulativ und täuschend Zahlenrelationen u. U. sein können."²

Seinen Manipulationsverdacht begründet Lutz in diesem Fall damit, daß in einem solchen Vergleich "die Vermirung gerade der amerikanischen Raketen" ebensowenig berücksichtigt werde wie Qualitätsunterschiede bei den Flugzeugen.³ Die Vermirung auch der sowjetischen strategischen Raketen interessiert Lutz in diesem Zusammenhang offenkundig weniger.

Lutz argumentiert ähnlich wie Müller in diesem Zusammenhang, indem auch er lediglich auf den Faktor Sprengkopffzahlen bei den globalstrategischen Systemen der USA verweist.

Warum gerade sein Kräftevergleichsergebnis, das einen deutlichen Vorteil des Warschauer Paktes in dem genannten Zusammenhang deutlich macht, manipulativ sein soll, wird allerdings nicht deutlich.⁴

1 Vgl. Tabelle Nr. 6, in: Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 21

2 Ebenda, S. 22

3 Ebenda, S. 22

4 Gert Krell von der HSKF weist in der wissenschaftlichen Diskussion denn auch zu Recht darauf hin, daß man bei der Beurteilung des Kräfteverhältnisses bei den TNF "mit Manipulationsvorwürfen zurückhaltend operieren sollte" und daß die Haltung des 'objektiven, vorurteilsfreien Betrachters' Ansprüche weckt, die in der Regel nicht eingehalten werden können", in: ders., Plädoyer ..., a.a.O., S. 52

Der immer wiederkehrende Manipulationsvorwurf ist nicht nur darin begründet, daß Kräftevergleichsanalysen so problematisch sind, er ist auch typisch für die Qualität vieler Diskussionsbeiträge um das "eurostrategische" Potential in Europa. Herrmann, wirft Lutz deshalb vor, er würde hier die numerische Überlegenheit des Warschauer Paktes bei den nuklearen Flugzeugen "demonstrieren", und äußert im übrigen seine Zweifel daran, daß die Verminderung der amerikanischen Raketen etwas mit dem Kräfteverhältnis im Bereich der taktischen Flugzeuge zu tun haben könne.¹ Desweiteren verweist Herrmann auf die von Lutz nicht erwähnte Möglichkeit der Sowjets, "zusätzliche, nominell strategische Gefechtsköpfe für Europa bereitzustellen."²

Stratmann bemängelte aus diesem Grunde bereits an der MB 1979/80, daß diese zwar die 400 amerikanischen Poseidon-Sprengköpfe als "euronuklear" definiere, sowjetische interkontinentalstrategische Systeme hingegen prinzipiell aus dem regionalen Kräftevergleich ausschließe.³

Auf eben diese MB 1979/80 stützt sich aber auch Lutz in seiner Berechnung des "europäischen" Kräftevergleichs. Die von Stratmann an der MB 1979/80 kritisierte Ausgrenzung interkontinentalstrategischer sowjetischer Systeme stehe, so der Wissenschaftler, "im Widerspruch zu Darstellungen gut informierter Analytiker, die davon ausgehen, daß auch gegenwärtig 180 bis maximal 360 ICBM vom Typ SS-11 und SS-19 auf Ziele in Europa und Asien gerichtet sind und daß die Sowjetunion seit Jahren den Einsatz einiger, vielleicht einer größeren Anzahl, ihrer strategischen Yankee-U-Boote in dieser Weise plant".⁴

1 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 154

2 Ebenda, S. 154

3 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 390

4 Ebenda, S. 390. Ähnlich äußerten sich auch Bertram, Ringen um Raketen. Wie soll der Westen auf den sowjetischen Vorsprung antworten?, in: Die Zeit, 7. Dezember 1979 und Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 58

In einer späteren Aktualisierung seiner Studie erwähnt dann auch Lutz die Möglichkeit einer Bereitstellung sowjetischer Interkontinentalwaffen für Europa.¹

1979 kommt Lutz zu dem Ergebnis, "daß sich aus dem TNF-Bereich keinesfalls die Annahme einer militärischen Unterlegenheit der NATO ableiten läßt".² Ähnlich wie Müller relativiert Lutz seine Berechnung der TNF-Potentiale³, insbesondere des westlichen, zusätzlich durch den Verweis auf ein "erhebliches Ungleichgewicht im Verhältnis der Gesamtzahlen an strategischen Nuklearsprengköpfen, die ja immer auch taktisch bzw. eurostrategisch einsetzbar sind. Dieses Ungleichgewicht besteht seiner Auffassung nach "derzeit bei ca. 12.000 : 4.500 Sprengköpfen zugunsten der USA".⁴ Dies ist bereits zahlenmäßig ein enormer Unterschied zu den von Krell und Riklin angegebenen Sprengkopffzahlen. Lutz korrigiert seine Zahlen in späteren Aktualisierungen seiner Studie zunächst auf ein Verhältnis von ca. 10-12.000 : 6.000 Sprengköpfen⁵ und dann auf ca. 9-11.000 : 5.000 Sprengköpfen⁶.

Lutz erwähnt lediglich Unterschiede bei den Sprengkopffzahlen; über die Gesamtsituation auf globalstrategischer Ebene äußert er sich jedoch ebensowenig wie Müller. Beide müssen jedoch offensichtlich davon ausgehen, daß die USA aufgrund ihrer un-

1 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der "Nuklearkräfte in und für Europa", a.a.O., S. 89, Anm. 21

2 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 31

3 Vgl. dazu die Kritik von Lutz am IISS und an Stratmann, in: Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, S. 19 - 21 sowie S. 25, Anm. 11

4 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 33

5 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis bei den euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 379

6 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der "Nuklearkräfte in und für Europa", a.a.O., S. 89. Afheldt dazu: "Unstreitig aber ist, daß keine amerikanische nuklear-strategische Überlegenheit mehr existiert, die auch für die 80er Jahre verläßlich eine Überlegenheit der Sowjetunion an konventionellen Kampfmitteln in Europa abdeckt.", in: Afheldt, Horst, Kernwaffenkrieg - begrenzt auf Europa?, in: Befreiung, 1981, Nr. 22/23, S. 73. Nachdruck aus: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 5/79

bestritten höheren Anzahl von Sprengköpfen derartige Vorteile hätten, daß diese sich auf das kontinentalstrategische Kräfteverhältnis zugunsten der NATO entscheidend auswirkten¹, und deshalb auch die Notwendigkeit einer Rüstungsabsicht der NATO bei den kontinentalstrategischen Systemen beträchtlich reduzieren würden.

Von Vorteilen des Warschauer Paktes im konventionellen Bereich ist in diesem Zusammenhang weder bei Müller noch bei Lutz die Rede. Letzterer verweist allerdings darauf, daß unter den Analysen westlicher Autoren allerdings ein "gemeinsamer Trend zur Annahme einer militärischen Überlegenheit der Sowjetunion bzw. der WVO auf konventioneller Ebene (...) unverkennbar [] sei, Verf. []".² So kann man das natürlich auch ausdrücken, denn in der Tat ist die Sowjetunion der NATO im konventionellen Bereich überlegen. Dies ist auch der Grund dafür, daß die NATO einerseits auf den Ersteinsatz von Atomwaffen nicht verzichten könnte, andererseits dafür, daß sie bei den MBFR-Gesprächen versucht, die konventionelle Bedrohung mit dem Mittel der Rüstungskontrollverhandlungen zu verringern.³

1 Krell weist in diesem Zusammenhang darauf hin, "daß eine höhere Sprengkopfbzahl nicht unbedingt 'Überlegenheit' signalisieren muß, wenn sie mit einer geringeren Zahl von Trägerwaffen verbunden ist"; in: ders., Plädoyer ..., a.a.O. S. 64. Daß es andererseits möglich ist, Disparitäten im Mittelstreckenbereich durch interkontinentalstrategische Systeme auszugleichen, hat Bertram im Hinblick auf die Fähigkeiten der NATO 1979 deutlich gemacht, als er davon sprach: "Die Disparitäten im Mittelstreckenbereich werden auch weiterhin von der amerikanischen Abschreckung ausgeglichen.", in: ders., Ringen um Raketen ..., a.a.O.

2 Lutz, Dieter S., Das militärische Kräfteverhältnis bei den konventionellen Streitkräften (ohne Marine), in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 401

3 Vgl. dazu Weizsäcker, der davon ausgeht: "Die Sowjetunion ist in Europa in zwei Waffenstufen überlegen: in konventionellen Waffen (Panzer und Infanterie) und in Mittelstreckenraketen. Einen auf konventionelle Waffen beschränkten Krieg in Europa könnte sie heute, wenn sie wollte, gewinnen.", in: Weizsäcker, Carl Friedrich von, Gefahren der Rüstung in den achtziger Jahren. Europa und das Raketen-Gleichgewicht, in: Die Zeit, 16. November 1979

In der Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Bereich der konventionellen Streitkräfte heben die meisten Wissenschaftler die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa hervor.¹ Unterschiedlich fällt auch die Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Bereich der globalstrategischen Waffensysteme aus. Einigkeit herrscht hier oft nur darüber, daß in diesem Bereich die frühere Überlegenheit der USA in den siebziger Jahren und damit mehr oder weniger auch darüber, daß die Eskalationsdominanz der NATO/USA offenbar mehr oder weniger verlorenging. Unter Eskalationsdominanz wird dabei verstanden, die "Fähigkeit einer Nuklearmacht, bei einer Eskalation der eingesetzten Kriegsmittel in die nukleare Ebene, den Gegner jeweils noch übertreffen zu können. Eskalationsdominanz setzt Überlegenheit zumindest in wichtigen Teilbereichen des Nuklearpotentials voraus."²

Unter anderem wegen der generellen Schwierigkeiten in der Frage der Zählkriterien und der Vergleichbarkeit der verschiedenen Waffensysteme kommen die Wissenschaftler dann erst recht bei der qualitativen Bewertung der Potentiale zu unterschiedlichen Ergebnissen bei der fragwürdigen Teiluntersuchung des kontinentalstrategischen Kräfteverhältnisses, die sich damit auch unterschiedlich auf die Beurteilung der LRTNF-Rüstungsentscheidung der NATO auswirken. Und dies auch deswegen, weil die NATO-TNF zugleich nach geltender Doktrin die Aufgabe haben, "Ausgleich" für konventionelle Defizite zu sein. Diese Aufgabe der NATO-TNF beruht darauf, Eskalation selektiv und flexibel zu ermöglichen.

¹ Vgl. Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 101; Senghaas, Auch ohne die drohenden SS 20 ..., a.a.O.; Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.; Krell, Gert und Peter Schlotter, Zur Diskussion über die Taktischen Nuklearwaffen in Europa. Analyse und Dokumentation, HSKF-Forschungsbericht 2/1977, S. 14

² Lutz, Ernst, Eskalationsdominanz, in: ders., Lexikon zur Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 75

Probleme bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Bereich der kontinental-strategischen Waffen liegen auch in der Schwierigkeit einer Abgrenzung von Waffensystemen mit unterschiedlichen Eigenschaften und ihrer Einordnung in bestimmte Kategorien. Eindeutig kann aber nur eine Unterteilung in konventionelle und nukleare Waffen sein.

Albrecht u. a. sprechen deshalb zu Recht von dem Problem, daß "zwei eindeutige Kategorien, 'konventionelle' und 'Kernwaffen', gegeneinander aufzurechnen [-] seien, Verf. [7], um zu einer Schlußfolgerung darüber zu gelangen, ob die Betonung herkömmlicher Rüstung im Osten und die Bevorzugung von atomaren Abschreckungsmitteln im Westen sich 'im Gleichgewicht' befinden".¹ Diese unterschiedliche Potentialentwicklung in Ost und West hat ihre Ursache darin, daß für unterschiedliche Strategien unterschiedliche Potentiale benötigt werden, und daß die NATO sich nicht in der Lage sieht, dies grundsätzlich zu ändern, mit der Folge, daß die beiden Potentiale streng genommen im Frieden unvergleichbar sind.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Begründung der LRTNF-Entscheidung der NATO im Doppelbeschluß hat Lutz die Problematik numerischer Kräftevergleiche treffend formuliert: "Die Hauptursache für die unzutreffenden und/oder divergierenden Lagebeurteilungen liegen zum einen in der Beschränkung der Vergleiche auf lediglich quantitative Daten, zum anderen in der bewußten oder unbewußten Vernachlässigung einzelner Faktoren des sicherheitspolitischen Bezugssystems selbst: Eine Verengung des Kräftevergleichs auf ausschließlich numerische [-] von Lutz hervorgehoben, Verf. [7] Größenordnungen kann zu beeindruckenden und auf den ersten Blick objektiv und plausibel erscheinenden Ergebnissen führen."² Numerische Kräftevergleiche sind allerdings eine Basis für weitergehende qualitative und allein einigermaßen aussagekräftige militär-

1 Albrecht, Ulrich u. a., Gegen den Alarmismus!, a.a.O., S. 112

2 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 59

strategische Beurteilungen. Eine der "Leitfragen" von Lutz bei der Beurteilung des kontinentalstrategischen Kräfteverhältnisses lautet allerdings dennoch: "Besitzt die WVO im TNF-Bereich tatsächlich eine gefährliche militärische Überlegenheit, die einen Nachrüstungsbeschluß der NATO im Jahre 1979 ohne Verzögerung und insbesondere ohne vorherige Rüstungssteuerungsverhandlungen erforderlich machte?"¹

Wider besseren Wissens stellt Lutz damit den Faktor "militärische Überlegenheit" ins Zentrum seiner Kräftevergleichsanalysen, die eine Überflüssigkeit der LRTNF-Rüstungsentscheidung der NATO konstatieren. Die numerische Gegenüberstellung von Militärpotentialen soll nach Lutz also ein Mittel dafür sein, Notwendigkeit und Sinn der NATO-Entscheidung vom 12. Dezember 1979 zu überprüfen. Seine Leitfrage ist vor allem eine Reaktion auf die amtliche Begründung des Doppelbeschlusses, in dem von einer "Raketenlücke" und "Nachrüstung" gesprochen wurde. Lutz spricht dies klar aus: "Die Wissenschaft - und insbesondere die Friedensforschung - ist also aufgefordert, auch auf dieser Ebene, d. h. im Vorfeld des eigentlichen Kräftevergleichs, bereits die Grundlagen [Herv. i. Text.; Verf.] für militärische Thesen und/oder politische Forderungen und Beschlüsse hier: der Nachrüstungs- these und des NATO-Ratsbeschlusses, auf ihre Validität und Plausibilität hin zu prüfen."²

Die politische Prädisposition dieser Leitfrage eines kritischen Friedensforschers wird hier ebenso deutlich wie die Tatsache, daß die wissenschaftliche Diskussion auch im Hinblick auf die öffentliche Kontroverse und damit auf die politische Wirkung von Wissenschaft bezogen, geführt wurde. Auf die Folgen haben Stratmann und Adomeit bereits 1981, zur Zeit der innenpolitischen Kontroverse also, hingewiesen:

:

1 Ebenda, S. 57

2 Ebenda, S. 62

"Numerische 'euro-strategische' Kräftevergleiche sind auf problematische Weise zu Mitteln der politischen Auseinandersetzung geworden. Statt die Debatte über die Erfordernisse der westlichen Rüstungs- und Verhandlungspolitik zu versachlichen, werden sie selbst zum Gegenstand des Streits. Die Politisierung ist allerdings nicht der einzige Grund für die verwirrende Uneinheitlichkeit der Vergleiche."¹ Beide verweisen noch einmal auf die generelle Problematik und objektive Schwierigkeit, Kräftevergleiche aufzustellen, heben dann aber hervor, wieso es zu einer solchen Politisierung von Kräftevergleichsanalysen kommen konnte. Denn so Stratmann und Adomeit: "Auf westlicher Seite dient die numerische Darstellung des unausgewogenen 'euro-strategischen' Kräfteverhältnisses als Argument für die Forderung nach sowjetischer Mäßigung und für die Notwendigkeit eigener 'Nachrüstung'. Sie stützt den Anspruch auf eine 'Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts'. So berechtigt und überzeugend diese Argumentation im Kern ist, so sind doch die Einengung auf den 'euro-strategischen' Ausschnitt des europäischen Kräfteverhältnisses und die einseitige Hervorhebung des quantitativen Aspekts fragwürdig."² Offen bleibt an dieser Stelle allerdings, ob die NATO bessere Möglichkeiten hatte, gerade auch gegenüber der Öffentlichkeit ihre militärstrategisch begründete LRTNF-Entscheidung verständlich und plausibel zu erläutern.

Lutz betont zu Recht, daß die Verengung einer Kräftevergleichsanalyse auf ausschließlich numerische Größenordnungen zwangsläufig zu lediglich auf den ersten Blick objektiv und plausibel erscheinenden Ergebnissen führen kann. Damit stellt sich allerdings die Frage, ob er "auch" und "gerade" auf dieser Ebene, also im "Vorfeld" eines umfassenden Kräftevergleichs,

1 Adomeit, Hannes und K.-Peter Stratmann, Kritischer Datenvergleich zum "euro-strategischen" Kräfteverhältnis, in: Sowjetunion 1980/81. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), München/Wien 1981, S. 229

2 Ebenda, S. 229/230

bereits Validität und Plausibilität des NATO-Doppelbeschlusses, d. h. hier insbesondere seiner Rüstungskomponente, überhaupt prüfen kann bzw. zu prüfen gewillt ist. Die NATO hat ja die Notwendigkeit ihres Beschlusses vor allem mit qualitativen, weniger mit quantitativen Veränderungen des sowjetischen Nuklearpotentials begründet. Eine Neuberechnung des numerischen Kräfteverhältnisses kann daher den Beschluß der NATO vielleicht plausibel, aber sicherlich nicht valide auf seine Notwendigkeit hin prüfen.

Adomeit und Stratmann werfen Lutz jedoch bereits auf dieser numerischen Ebene der Beurteilung des NATO-Beschlusses vor: "Das Ausmaß der hierdurch bedingten Verzerrung $\frac{1}{7}$ in den Kräftevergleichsanalysen von Lutz, Verf. $\frac{1}{7}$ wird erkennbar, wenn man die Darstellung von Lutz mit den korrigierten Daten der MB 1980-81 bereinigt. Mit der Herausnahme von FB-111 A und Mirage 5-F sowie der 'taktischen' Flugzeuge mittlerer Reichweite A7-E, F-4, F-104, Jaguar und Mirage III-E würden sich für die NATO die einzubeziehenden Flugzeuge um 65,4 Prozent, die als verfügbar geschätzten Kernwaffen um 48,3 Prozent und die summierten Systemnutzwerte um 44,7 Prozent verringern. Die von Lutz errechneten Relationen zwischen der Anzahl, dem einsatzbereiten Kernwaffenbestand und den Systemnutzwerten der 'euro-strategischen' Flugzeugpotentiale bei der Seiten verändern sich dann dramatisch zuungunsten der NATO."¹

Zu dieser "korrigierten Analyse" gelangen beide allerdings, indem sie auf Seiten der NATO diese Flugzeugkategorien und die SACEUR unterstellten Poseidon-Raketen ausklammern, und im Unterschied zu Lutz die ballistischen Raketen der NATO sowie die MRV-Sprengköpfe der britischen Polaris-Raketen wie die MB 1979/80 zählen.²

Veröffentlichungen zum Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt im Bereich der kontinentalstrategischen

1 Ebenda, S. 239

2 Ebenda, S. 239

Potentiale spielten in der sicherheitspolitischen Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluß in der Bundesrepublik eine herausragende Rolle. Stratmann hob die Bedeutung hervor, die die Frage der Abgrenzung dieser Systeme von anderen Waffensystemen innerhalb der verschiedenen Analysen zum Kräftevergleich gewonnen hat.¹

Das Fehlen einer präzisen Definition von "LRTNF" ist denn auch ein generelles Problem jeder wissenschaftlichen Diskussion über taktische Nuklearwaffen. Krell und Schlotter sehen den Grund darin, daß "Nuklearwaffen in fast alle Bereiche der Kriegstechnik eingedrungen sind. Das hat zu einer Vielzahl von Typen und Varianten geführt. Keine der allgemein üblichen Abgrenzungen von taktischen gegenüber strategischen Nuklearwaffen vermag voll zu überzeugen".²

Größere Bedeutung als die Frage der Abgrenzung zwischen taktischen und kontinentalstrategischen Nuklearwaffen hat in der Kontroverse zwischen Gegnern und Befürwortern einer Nachrüstung jedoch das Problem der Abgrenzung kontinentalstrategischer von interkontinentalstrategischen Waffensystemen erhalten. Krell sieht das "geradezu zentrale Problem" der Kontroverse um das Bestehen oder Nichtbestehen von Gleichgewicht darin: "Die Gegner [] einer Nachrüstung, Verf. [] insistieren insbesondere auf der Einbeziehung der SACEUR zugeordneten Poseidon-Sprengköpfe auf der Seite der NATO, die Befürworter lehnen das ab, weil diese SLBMs schon bei SALT angerechnet sind."³ Dies gilt wie gezeigt auch für die wissenschaftliche Diskussion und bedeutet zugleich, daß durch Verhandlungen erfaßte und in Verträgen festgeschriebene, problematische "Verbuchungen" sich auf regional begrenzte Kräftevergleichsanalysen auswirkten. Auf die Bedeutung, die dieser Teil des NATO-Potentials in einer Berechnung des Kräfte-

1 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 387

2 Krell/Schlotter, Zur Diskussion über die taktischen ..., a.a.O., S. 2

3 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 55

verhältnisses erhalten hat, wies auch Stratmann hin: "Die 400 amerikanischen Poseidon-Sprengköpfe / die SACEUR unterstellt sind, Verf. 7 fallen derart entscheidend ins Gewicht, daß alle übrigen differenzierteren Bewertungen und Kalkulationen weitgehend irrelevant bleiben müssen."¹

Die grundlegende Problematik bei der Beurteilung dieser Poseidon-Raketen hat Bertram bereits vor Verabschiedung des Doppelbeschlusses aufgezeigt. Denn diese Raketen können seiner Auffassung nach zwar, da sie bereits bei SALT II mitgezählt wurden, "in einer etwaigen Vereinbarung über die Begrenzung regionaler / Herv. i. Text, Verf. 7 Nuklearwaffen in Europa nicht noch ein weiteres Mal gezählt werden. Bei einer militärischen Analyse sieht das anders aus. (...) Deshalb müssen sie, bei all ihrer Besonderheit, wohl dem westlichen Arsenal zugerechnet werden."²

Bertram spricht hier offenkundig vom kontinentalstrategischen Potential der NATO, ordnet also die amerikanischen Poseidon-Raketen diesem Potential zu, hebt aber zugleich hervor, daß die Sowjets die Einführung neuer Nuklearwaffen in den letzten Jahren derart vorangetrieben hätten, daß in Kürze die NATO selbst bei Einbeziehung der amerikanischen Poseidon-Raketen arg ins Hintertreffen geraten würde.³

Demnach können diese Raketen allenfalls für die Überprüfung der offiziellen Nachrüstungsthese herangezogen werden, für die angestrebten Verhandlungen über den kontinentalstrategischen Bereich jedoch nicht. Doch auch eine Widerlegung der Nachrüstungsthese würde die gleichzeitig von der NATO aufgestellte Modernisierungsthese nicht widerlegen, die nur im Zusammenhang mit der NATO-Strategie und den ihr bisher zur Verfügung stehenden, nach amtlicher Einschätzung aber

1 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 390

2 Bertram, Ringen um Raketen ..., a.a.O.; vgl. dazu auch Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O. S. 121/122

3 Bertram, Ringen um Raketen ..., a.a.O.

eben offensichtlich veralteten und daher modernisierungsbedürftigen Systemen beurteilt werden kann.

Die Anwendung unterschiedlicher Kriterien hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Bewertung des kontinentalstrategischen Kräfteverhältnisses. Die Definition von TNF und LRTNF, denen in diesen Vergleichen die größte Bedeutung zukommt, ist unterschiedlich und auch die Bewertungsverfahren weichen voneinander ab. Dies trug dazu bei, daß die Wissenschaftler zu den unterschiedlichsten Beurteilungen des Kräfteverhältnisses gelangten. In einer Analyse dieser unterschiedlichen Bewertungen kommt Stratmann deshalb zu dem Schluß: "Die Wahl dieser Definitionen und der als Zählkriterien maßgeblichen Annahmen über Einsatzverwendung, Einsatzbereitschaft und Waffenzuladung bestimmt weitgehend das Gesamtergebnis der Analyse. Die Schwankungsbreite der numerisch-quantitativen Resultate, die aus diesen Vorgaben resultieren, ist derart groß, daß Veränderungen, die sich aus zusätzlichen qualitativen Gewichtungen der Potentiale ergeben können, weniger ins Gewicht fallen."¹

K.-Peter Stratmann und Gert Krell untersuchen in ihren Studien erstmals auch die wissenschaftliche Diskussion um die Rüstungsentscheidung der NATO in der Bundesrepublik.² Beide verzichten dabei auf umfangreiche Kräftevergleichsanalysen und widmen sich stärker den grundlegenden Prämissen und Bedingungen, die in Kräftevergleichsanalysen oft nur am Rande berücksichtigt wurden. Die Arbeiten gerade dieser beiden Autoren sind daher als erste Reaktion auf die Kräftevergleichsdiskussion anzusehen. Beide Autoren beschäftigen sich auch mit der Frage, welche Systeme auf Seiten von NATO und Warschauer Pakt in einen kontinentalstrategischen Vergleich einbezogen werden sollen und können, ob und wie diese Systeme im Verhältnis zueinander zu bewerten sind sowie mit der Pro-

1 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 387

2 Ebenda, sowie Krell, Plädoyer ..., a.a.O.

blematik solcher Kräftevergleiche. Gert Krell verweist zunächst noch einmal darauf, daß die Potentiale von NATO und Warschauer Pakt in Europa asymmetrisch strukturiert sind, da die Sowjetunion traditionell ein größeres Gewicht auf Raketenwaffen gelegt hat, die NATO dagegen auf Flugzeuge und U-Boote. Krell bezweifelt, daß man Flugzeuge gegen Raketen aufrechnen kann¹ und daß "ein Vergleich der Waffensysteme ohne Berücksichtigung ihres Zusammenhangs mit militärischen Planungen für ihren Einsatz bzw. mit ihrer Wirkung in einem möglichen Krieg überhaupt sinnvoll ist".² Krell spielt damit auf die Bedeutung der (u. a. nuklearen) Optionen an, deren Bedeutung in der späteren Diskussion sichtbar wurde.

Der Hinweis von Krell weist noch einmal auf die Fragwürdigkeit hin, von numerischen Kräftevergleichen auf die Notwendigkeit des Nachrüstungsbeschlusses bzw. auf das Fehlen einer derartigen Notwendigkeit zu schließen. Die Einbeziehung der Gesamtplafonds nuklearfähiger Flugzeuge, die in einigen der vorgestellten Kräftevergleiche vorgenommen wurde, von denen viele zudem für konventionelle Einsätze vorgesehen sind, ist deshalb ebenso fragwürdig wie die Einbeziehung strategischer Systeme beider Seiten in einen regionalen Kräftevergleich, auch wenn sie aufgrund ihrer Einsatzaufgaben für Ziele in Europa vorgesehen sein mögen. Denn in beiden Fällen sind genaue Zahlen und Aufträge dieser Systeme, in Ost wie in West, geheim, und jede Einbeziehung oder Abgrenzung muß deshalb mehr oder weniger auch spekulativ bleiben. Derartige Spekulationen sind aber auch ein Grund für die zum Teil beträchtlichen Unterschiede zwischen den vorgestellten Kräftevergleichsanalysen.³

Zusätzliche Diskrepanzen traten dadurch auf, daß Abgrenzungskriterien oft nicht konsequent angewandt wurden oder ange-

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 53; ähnlich Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O. S. 395

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 54

3 Vgl. Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 387 und Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 66

wandt werden konnten. Zu Recht wies Krell deshalb darauf hin: "Man kann nun von dem in SALT erfaßten Bestand ausgehen und dann Gleichgewichtsberechnungen mit bisher nicht einbezogenen Systemen anstellen / wie Hoffmann, der die strategischen Systeme nicht mit einbezieht, Verf. 7. Oder man gibt die SALT-Kriterien auf und rechnet mit den ausdrücklich für den europäischen Kriegsschauplatz zugeordneten Waffen / wie Bertram, Ver. 7." ¹

Gibt man jedoch dieses SALT-Kriterium auf, so müssen dann aber sowohl sowjetische wie amerikanische strategische Waffen mit "eurostrategischer" Aufgabe einbezogen werden. Die Herannahme lediglich amerikanischer strategischer Systeme durch Lutz, Müller und die MB 1979/80 war demnach geeignet, das real vorhandene Kräfteverhältnis zu verzerren, das man mit einem Kräftevergleich schließlich erhellen wollte

Auf die Auswirkungen derart einseitiger bzw. inkonsequenter Zuordnungen hat auch Gert Krell frühzeitig hingewiesen: "Besonders das Verhältnis bei den LRTNF, das im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, läßt sich durch relativ geringfügige Addition oder Subtraktion strategischer Systeme in der einen oder anderen Richtung 'aus den Angeln heben'." ² Dies gilt ebenso für Einbeziehung nuklearfähiger Flugzeuge mit entsprechender Reichweite in einen kontinentalstrategischen Vergleich. Krell sieht gerade bei diesen Flugzeugen in der Reichweite ein "sehr unzuverlässiges Kriterium" für ihre Einbeziehung. Zählkriterien wie Nuklearfähigkeit, Stationierung und Zuladung würden zudem, so der Wissenschaftler, weitere Schwierigkeiten bereiten. ³

Krell macht darauf aufmerksam, daß das IISS in der MB 1980/81 die Zahl der nuklearfähigen Flugzeuge auf Seiten der NATO gegenüber der Vorjahresausgabe "deutlich verringert" habe,

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 56

2 Ebenda, S. 68

3 Ebenda, S. 53; vgl. auch Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, a.a.O., S. 20

daß das Kriterium "Nuklearfähigkeit" bei den Flugzeugen des Warschauer Paktes aber erst recht zur "bloßen Spekulation" werde, und daß dies es als wenig ratsam erscheinen lasse, auf diesen Daten eine Gesamtrechnung aufzubauen.¹

Die vom IISS 1980/81 vorgenommenen Änderungen stellt Krell aufgrund ihrer "großen Rolle in der politischen Diskussion" den Vorjahresdaten zum Vergleich gegenüber. Die Daten der älteren Ausgabe der MB 1979/80 zugrundegelegt, nennt er für den Fall einer Einbeziehung der 400 Poseidonssprengköpfe auf Seiten der NATO und inclusive der französischen Systeme 2.045 Trägerwaffen mit 1.811 Sprengköpfen, auf Seiten des Warschauer Paktes 5.364 Trägerwaffen mit 2.244 Sprengköpfen, bei Nichteinbeziehung der Poseidon für die NATO 2.005 Trägerwaffen mit 1.411 Sprengköpfen.²

Die Daten der MB 1980/81 zugrundelegend, gibt Krell für den Fall einer Einbeziehung der Poseidon den Bestand der NATO mit 1.552 Trägern und 1.168 Sprengköpfen und den des Warschauer Paktes mit 5.330 Trägern und 1.995 Sprengköpfen an, bei Nichteinbeziehung der Poseidon mit 1.512 Trägern mit 768 Sprengköpfen auf Seiten der NATO.³

Nicht nur Strategieexperten, die für die LRTNF-Entscheidung der NATO argumentieren, sondern auch Mitglieder der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sahen in der wissenschaftlichen Diskussion die Notwendigkeit, Kräftevergleichsanalysen kritischer Friedensforscher, aber auch des IISS, zu korrigieren. Krell stellt dann die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage: "Die grundsätzliche Frage jedoch muß sein, ob es überhaupt sinnvoll ist, sich auf die Diskussion eines 'eurostrategischen' Kräfteverhältnisses einzulassen."⁴

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 61

2 Ebenda, S. 66/67

3 Ebenda, S. 66/67

4 Ebenda, S. 68

K.-Peter Stratmann hat in seiner Untersuchung der dargestellten Kräftevergleichsanalysen verdeutlicht, daß ihnen "sinnvolle Aussagen über 'Gleichgewicht' oder 'Ungleichgewicht' in operativ-strategischer Hinsicht nur bedingt" zu entnehmen sind. Die militärische Lagebeurteilung, so Stratmann, müsse jedoch eine Vielzahl zusätzlicher Faktoren einbeziehen, "vor allem den Einfluß der - nicht übereinstimmenden - Kriegsziele von NATO und Warschauer Pakt in Europa, die unterschiedliche Rolle und Bedeutung der 'eurostrategischen' Potentiale in der strategischen Gesamtplanung beider Seiten, Unterschiede in Umfang, Verteilung und Qualität der jeweiligen Ziel-systeme, das Zusammenwirken nuklearer und nichtnuklearer Streitkräfte und der Interaktion von Offensiv- und Defensiv-potentialen. Da die vorliegenden Kräftevergleiche diese ausschlaggebenden Strukturfaktoren ausklammern, erfordern ihre Ergebnisse in jedem Fall eine Ausdeutung."¹

Stratmann kommt in seiner Arbeit, ähnlich wie wenige Monate später auch Krell, auf die Probelematik einer Einbeziehung nuklearfähiger Flugzeuge zu sprechen: "Tiefgreifende Unterschiede ergeben sich allerdings in der Kategorie 'taktische' Flugzeuge. Infolge kraß unterschiedlicher - zum Teil unrealistisch überhöhter - Angaben über ihre Einsatzradien werden Systeme als LRTNF gewertet, deren Operationsreichweite in Wirklichkeit unter 1000 km liegt. Die Verantwortung dafür trägt vor allem das International Institute for Strategic Studies (IISS)."²

Denn wie schon erwähnt, basierten die vorgestellten Kräftevergleiche zum Großteil auf den später korrigierten Daten der MB 1979/80. Dies gilt auch für die Kräftevergleiche, die Lutz anstellte.

Die Einbeziehung der 400 amerikanischen Poseidon-Sprengköpfe hält Stratmann für fragwürdig, da es keine veröffentlichten

1 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 389

2 Ebenda, S. 391

Informationen darüber gebe, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang ihr Einsatz "in der selektiven Phase eines europäischen 'theater nuclear war' " tatsächlich geplant sei.¹ Für in ihren Konsequenzen weniger schwerwiegend als die Unterschiede in der Frage der Ausgrenzung dieser Poseidon-Raketen hält Stratmann die Divergenzen, die sich aus weiteren unterschiedlichen Zielkriterien in den angesprochenen Darstellungen ergeben.

Da in einigen kontinentalstrategischen Kräftevergleichen auch außerhalb des europäischen Teils der Sowjetunion stationierte SS-20-Systeme ihrer großen Reichweite wegen einbezogen wurden, fragt Stratmann nach einem "vergleichbaren amerikanischen 'Reservepotential' von LRTNF (...), welches außerhalb von Europa stationiert sei", und das seiner Auffassung nach ebenfalls in einer derartigen Aufrechnung berücksichtigt werden sollte: "Zwar können diese Kräfte, vor allem zusätzliche F-111 und Trägerflugzeuge, nicht eindeutig dem europäischen Schauplatz zugeordnet werden. Doch scheint beabsichtigt zu sein, im Krisenfall ein Kontingent aus dieser Reserve nach Europa zu verlegen. Die für den Kräftevergleich maßgebliche Friedensdislozierung gibt daher wahrscheinlich die im Ernstfall eintretende regionale Kräfteverteilung in Europa nicht vollständig und ausgewogen wieder."²

Stratmann verweist ähnlich wie später Krell auf die Nachschaffefähigkeit u. a. der SS-20 sowie der Flugzeuge, die in einem Kräftevergleich berücksichtigt werden müßten, schränkt dann aber ein: "Da jedoch über Umfang und Zusammensetzung der nuklearen Waffenarsenale beider Seiten, über eingelagerte Reservebestände an Raketen und über sonstige Vorbereitungen für Mehrfacheinsätze keine gesicherten Informationen vorliegen, bleiben auch diese Faktoren in den (...) behandelten Vergleichsdarstellungen ausgeklammert."³ Weder bei der Frage

1 Ebenda, S. 390

2 Ebenda, S. 392/393; vgl. dazu ausführlich Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 64 - 66 sowie Lapins/Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs ..., a.a.O., S. 104

3 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 393/394; vgl. Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S.63/64

der Einbeziehung oder Ausklammerung kräftevergleichsrelevanter Faktoren war man sich jedoch in der wissenschaftlichen Diskussion einig, geschweige denn bei der Gewichtung dieser Faktoren, soweit sie einbezogen wurden.

Stratmann sprach somit zu Recht von der "verwirrenden Uneinheitlichkeit der Vergleiche". Diese Uneinheitlichkeit, so Stratmann weiter, "verdeutlicht auch die objektive Schwierigkeit der Aufgabe, für einen bisher zwischen Ost und West (aber auch innerwestlich) konzeptionell noch weitgehend unregelmäßig, komplizierten und wichtigen Bereich angemessene Begriffsdefinitionen und Bewertungskriterien zu entwickeln und politisch durchzusetzen".¹

Die wichtigsten Streitpunkte waren dabei vor allem - dies hat die Diskussion um das Kräfteverhältnis deutlich gemacht - die Einbeziehung der SACEUR assignierten 400 amerikanischen Poseidon-SLBM, die Auswirkung der auf der globalstrategischen Ebene erreichten Parität und deren Auswirkungen auf das europäische Kräfteverhältnis, insbesondere aber auf die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung.

b) Die Diskussion um die neuen kontinentalstrategischen Systeme

Die Diskussion des numerischen Kräfteverhältnisses im Bereich der nuklearen und nuklearfähigen Waffensysteme hat bereits die unterschiedlichsten Analysen und Beurteilungen in der wissenschaftlichen Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO verdeutlicht. Diskrepanzen, die sich auch auf die Beurteilung der qualitativen Veränderungen durch die neuen kontinentalstrategischen Systeme im europäischen Kräfteverhältnis auswirkten. Daß diese Systeme im Vergleich zu den vorhandenen älteren Systemen eine Qualitätssteigerung bedeuten, ist unbestritten. Das Ausmaß und die Auswirkungen der dadurch bewirkten qualitativen Veränderungen ist allerdings wieder umstritten.

¹ Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 396. Dies zeigte sich auch bei den MBFR-Verhandlungen, die bis heute nicht abgeschlossen wurden.

ba) Die Einschätzung der Dislozierung von SS-20 und "Backfire"-Bombern: Modernisierung oder Aufrüstung?

Etwa im Jahre 1976 soll die UdSSR mit der Dislozierung neuer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 begonnen haben, zuvor schon mit der Einführung des im NATO-Code "Backfire" genannten Bombers, über den schon bei den SALT II-Verhandlungen beraten wurde. Beide Waffensysteme stehen im Mittelpunkt der Diskussion um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa. Die Angaben über den Zeitpunkt, zu dem die Sowjetunion mit der Einführung dieser Waffen begonnen hat, schwanken. Die Schwankungen liegen in der wissenschaftlichen Literatur zwischen dem Jahresende 1976 und dem Jahr 1977. Sie finden sich auch in der bundesdeutschen Diskussion wieder.¹

In der wissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik über den NATO-Doppelbeschluß hat die Frage nach der Bedeutung der neuen sowjetischen Waffensysteme einen erheblichen Raum eingenommen. Die Ursache dafür liegt in der amtlichen Begründung des Doppelbeschlusses, der eben vor allem mit der Schaffung eines modernen sowjetischen Mittelstreckenpotentials legitimiert wurde. Demzufolge wurde danach gefragt, ob es sich bei dieser sowjetischen Rüstungsmaßnahme um eine Modernisierung, eine Aufrüstung oder um beides handle. Die Beurteilung dieses sowjetischen Militärpotentials variierte dabei ferner aufgrund unterschiedlicher Interpretationen der politischen und strategischen Zusammenhänge, nicht nur aufgrund unterschiedlicher Kräftevergleichsanalysen der kontinentalstrategischen Potentiale.

Nur vordergründig ging es in diesem Zusammenhang um die Frage, ob die Dislozierung der sowjetischen Mittelstreckensysteme denn nun eine "Aufrüstung", eine "Modernisierung", oder lediglich eine "Aktualisierung" eines alten Problems

¹ Vgl. Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 18 - 20; Wettig, Die Auseinandersetzungen ..., a.a.O., S. 13; Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 135; Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.; Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 104; Müller, Apels Erzählungen ..., a.a.O., S. 1329

europäischer Sicherheit darstellt oder nicht. Diese Diskussion weist bereits eine für die Beurteilung der NATO-Entscheidung größere Bedeutung aus, als der Vergleich mit den bis 1983 auf Seiten der NATO in Europa vorhandenen Nuklearsysteme. Strittig war in dieser Diskussion die Anzahl der insgesamt in der UdSSR bereits dislozierten SS-20, wie viele dieser Systeme Westeuropa bedrohten bzw. bedrohen könnten und ob in welchem Ausmaß sie ältere sowjetische Mittelstreckensysteme ersetzen.

Erhard Forndran hat im Juli 1979 den Bestand an SS-20 mit 120 bis 135 Raketen bei 40 bis 45 Dreifachstartgeräten angegeben. Forndran hat damals für das Ende des Jahres 1979 ungefähr 170 stationierte SS-20, für Ende 1985 ca. 380 SS-20 erwartet. Er hob damals bereits, also noch vor Verabschiedung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979, hervor, daß unklar sei, bis zu welcher Zahl von SS-20 die Sowjetunion weiter zu rüsten gedenke und daß die Sowjetunion bisher Zweidrittel ihrer SS-20 Potentiale in Fernost und Mittelost stationiert habe. Dies, so Forndran, bedeute, daß Anfang 1979 etwa 40 bis 45 SS-20 gegen Westeuropa gerichtet gewesen seien. Zudem spräche einiges dafür, daß die neue SS-20 als Ersatz für ältere Systeme vom Typ SS-4, SS-5 und SS-12 gedacht sei.¹

Lothar Ruehl nannte im August 1979 für den Jahresbeginn 1979 die Zahl von 108 SS-20-Startsystemen, von denen 65 gegen Europa gerichtet seien, "davon ein Drittel in Positionen, von denen die Flugkörper sowohl europäisches Gebiet als auch den Nahen und Mittleren Osten erreichen könnten".² Dieses Stationierungsgebiet wurde in der wissenschaftlichen Diskussion deshalb häufig auch als "swing-zone" bezeichnet.

¹ Forndran, Erhard, Technologie und Stabilität - das Beispiel der Grauzonenwaffen, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80, a.a.O., S. 482/483; von einer Ersatzfunktion der SS-20 für ältere Systeme ging auch Gräbner aus. Vgl. Gräbner, Justus, Der NATO-Doppelbeschluß: Modernisierungsplan und Rüstungssteuerungsangebot für die "eurostrategischen" Waffen, in: Baudissien, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Kooperative Rüstungssteuerung, Sicherheitspolitik und Strategische Stabilität, Baden-Baden 1981, S. 110

² Ruehl, Das Salt-II-Abkommen ..., a.a.O., S. 471/472

Es werde, so Ruehl weiter, nach amtlicher NATO-Bewertung davon ausgegangen, daß jedes Startgerät mit 2 bis 3 Flugkörpern versehen werde. Dies aber deute, "das in der ersten Jahreshälfte 1979 bis zu 189 SS-20-Flugkörper mit bis zu 567 nuklearen Gefechtsköpfen (Dreifach-MIRV-System) einsatzbereit gegenüber Westeuropa sein mögen". Die vorhandene Zahl der Nachladeflugkörper für die Startgeräte sei allerdings nicht erkennbar. Für 1982, so Ruehl im August 1979, schätze die NATO die Zahl der dann insgesamt in der UdSSR dislozierten SS-20-Startsysteme auf 254, davon 171 in der Westdislozierung gegenüber Europa. Bei je einem Flugkörper mit dreifachem MIRV würde dies, so Ruehl, 513 Gefechtsköpfe bedeuten, bei je drei Flugkörpern pro Startgerät mehr als 1.500. Eine Ersatzfunktion der SS-20 gegenüber älteren Systemen erwähnt Ruehl zu diesem Zeitpunkt nicht.¹

Das im September 1979 erschienene Weißbuch 1979 der sozial-liberalen Bundesregierung gibt die Zahl der zu diesem Zeitpunkt im Westteil, im Zentralbereich und im Fernen Osten der Sowjetunion dislozierten Abschlußvorrichtungen mit "etwas mehr als 100" an. Für jede Abschlußvorrichtung, so das Weißbuch 1979, seien mehrere Raketen mit jeweils drei Sprengköpfen vorgesehen. Im Weißbuch 1979 wird ferner die Vermutung ausgesprochen, daß die SS-4 und SS-5 durch die neuen SS-20 "ergänzt und möglicherweise später ersetzt" würden.²

Dieter S. Lutz ging im Oktober 1979 von einem Bestand von ca. 120 SS-20 aus, wobei er annahm, daß diese die älteren sowjetischen Mittelstreckenraketen ersetzen sollten. Die neuen SS-20, so Lutz, seien jeweils mit drei MIRV-Sprengköpfen ausgestattet.³ Da die SS-20 aber "als 'Ersatz' für die SS-4 und SS-5 gedacht" sei, müsse, so Lutz, vermutlich sogar mit weit niedrigeren Zahlen gerechnet werden, denn ein Drit-

1 Ebenda, S. 471/472

2 Weißbuch 1979 ..., a.a.O., S. 106

3 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 3

tel dieser älteren Systeme sei an der Grenze zu China stationiert.¹ Lutz geht deshalb offensichtlich davon aus, daß die Zahl der Raketen auf sowjetischer Seite geringer werden werde.

Alfred Mechtersheimer bezweifelte Anfang November 1979 die Richtigkeit der Zahlenangaben in der MB 1979/80, die für das Jahr 1978 die Zahl der SS-20 mit 100 und für 1979 mit 120 angegeben hatte sowie die MIRV-Ausstattung der neuen Rakete. Möglicherweise, so Mechtersheimer, sei die SS-20 zur Zeit lediglich mit drei MRV ausgestattet. Von einer Ersatzfunktion der SS-20 für ältere sowjetische Systeme sagt Mechtersheimer nichts, geht jedoch davon aus, daß die UdSSR 70 % ihrer Mittelstreckenraketen im europäischen und 30 % im asiatischen Teil stationiert habe.²

Nach Angaben des BMVg hatte die UdSSR Ende 1980 weltweit 200 Startgeräte stationiert.³

Erwin Müller vermerkt im Februar 1980 einen Gesamtbestand von 120 SS-20, die die älteren SS-4 und SS-5 ablösen würden und von denen 75 % für Europa vorgesehen seien. Müller ist zudem der Meinung, die Sowjetunion werde nicht Rakete durch Rakete ersetzen und auf diese Weise die Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Sprengköpfe verdreifachen, sondern lediglich ihre bisherige Sprengkopfbzahl beibehalten.⁴ Diese Auffassung steht im Gegensatz zu der von Lutz bereits im Oktober 1979 geäußerten Auffassung, die Sowjetunion werde zwar die Zahl der Startsysteme auf dem alten Stand belassen, nicht jedoch die Zahl ihrer Sprengköpfe.⁵

1 Ebenda, S. 19

2 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 57 und S. 59

3 Zit. nach Wettig, Die sowjetischen INF-Daten ..., a.a.O., S. 42, Tabelle 6

4 Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 4/5, 8 und 10

5 Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, a.a.O., S. 19 und S. 38, Anm. 59

Im Februar 1980 spricht Ruehl von einem "Minimum von etwa 120 dislozierten Startsystemen im Jahre 1979 (...) mit je wenigstens einem einsatzbereiten Flugkörper zu je drei Gefechtsköpfen in der Sowjetunion". Ruehl hat damit seine vorangegangenen, auf älteren NATO-Schätzungen beruhenden Zahlenangaben nach unten korrigiert. Und dies deshalb, weil, so Ruehl, die NATO anerkannt habe, daß die Gesamtzahl der sowjetischen Flugkörper-Abschußvorrichtungen, die auf europäisches NATO-Territorium gerichtet werden könnten, in den vergangenen Jahren etwas vermindert worden sei. Aber: "Damit wurde die Dreifach-Angriffsfähigkeit der SS-20-Flugkörper zum Hauptmerkmal der 'angewachsenen Bedrohung'".¹ Ruehl betont damit die starke Vermehrung der Sprengkopffzahlen durch die Einführung verminderter SS-20-Raketen. Offenbar geht er im Februar 1980 von einem zumindest partiellen Ersatz älteren Systeme durch die SS-20 aus, und weiter davon, daß ein Teil dieser SS-20 nicht auf europäisches Territorium gerichtet sei.²

Zwei Monate später, im April 1980 hält Ruehl es dann für möglich, daß die SS-20 Startgeräte eine Nachladefähigkeit von bis zu 4 Flugkörpern haben könnten, führt dies aber nicht näher aus. Er erwähnt zudem amerikanische Beobachtungen, nach denen Ende 1979 23 Stellungen für 69 SS-20-Startgeräte einsatzbereit oder im Bau gewesen seien, und daß daraus eine Dislozierung von bis zu 207 SS-20 Flugkörpern für 1980/81 abzuleiten sei. Bis 1983, so Ruehl, "dürften nach westlicher Einschätzung etwa 50 SS-20-Startsysteme im Jahr dazukommen, so daß für Anfang 1983 mit 180 bis 255 SS-20-Startsystemen, d. h. mit bis zu 675 Flugkörpern zu je drei Angriffsspitzen, also mit mehr als 1.800 SS-20-Gefechtsköpfen zu rechnen wäre".³

1 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 105

2 Ebenda, S. 105

3 Ruehl, Das Verhandlungsangebot der NATO ..., a.a.O., S. 220

Nach Angaben des BMVg hatte die UdSSR im April 1980 in Europa über 150 Startgeräte stationiert.¹

Im September 1980 äußerte Milton Leitenberg die Ansicht, daß die UdSSR den Abzug ihrer SS-4 und SS-5 voraussichtlich verlangsamen und die Produktion und Stationierung der SS-20 erhöhen werde. Da, so Leitenberg, unwahrscheinlich sei, daß der Westen vor 1985 eine bedeutende Zahl von Raketen stationieren werde, könne sich deshalb zwischenzeitlich "das Kräfteverhältnis bei den Mittelstreckensystemen sogar noch mehr zu Ungunsten des westlichen Bündnisses verändern, wie immer das Kräfteverhältnis gegenwärtig auch sein mag".²

Hubertus Hoffmann geht 1980 davon aus, daß "etwa ein Drittel der SS-20-Produktion" an die gegen China gerichteten Raketeinheiten ausgeliefert werde. In seinem eurostrategischen Kräftevergleich gibt Hoffmann eine Zahl von 160 SS-20-Startgeräten an. Hoffmann schließt sich einer Schätzung des Pentagon an, wonach für 1983 ein Potential von 244 Startsystemen auf sowjetischer Seite zu erwarten sei. Hoffmann geht zudem davon aus, daß ein Teil der veralteten SS-4 und SS-5 ausgesondert und aus den Stellungen in Reserve gebracht werde, "so daß die Zahl dieser Geschosse sinkt, während der Anteil der SS-20 kontinuierlich steigt".³

Mechtersheimer hat sich dann im Oktober 1980 auf Angaben der Bundesregierung berufen, wonach "Mitte 1980 im westlichen und mittleren Teil der Sowjetunion mehr als 100 SS-20-Ab-schußvorrichtungen stationiert" gewesen seien.⁴

Im November 1980 hat Erwin Müller seine früheren Angaben

1 Zit. nach Wettig, Die sowjetischen INF-Daten ..., a.a.O., S. 42, Tabelle 6

2 Leitenberg, Milton, Die taktischen Nuklearwaffen großer Reichweite der NATO und der WVO, in: Aufrüsten, um abzurüsten? ..., a.a.O., S. 46

3 Hoffmann, Atomkrieg-Atomfrieden ..., a.a.O. S. 143 und S. 130

4 Mechtersheimer, Hat SALT III ..., a.a.O., S. 6

vom Februar 1980 korrigiert. Er geht jetzt nicht mehr von 120 vorhandenen SS-20 auf sowjetischer Seite aus. Stattdessen beruft er sich nun auf die Angaben der Bundesregierung vom April 1980, und schreibt, daß die Sowjetunion "nach Angaben der Bundesregierung (...) über mehr als 100 SS-20-Raketen" verfüge.¹ Müller erläutert nicht näher, ob er dies für den Gesamtbestand an SS-20 hält oder über den Bestand von SS-20, der Westeuropa erreichen könne. Erinnert werden muß hier jedoch daran, daß die Bundesregierung im April 1980 die Zahl der im europäischen Teil der Sowjetunion stationierten SS-20-Startgeräte mit "über 150" angab.

Das BMVg nannte für das Jahresende 1980 weltweit 200 stationierte Startgeräte, im April 1981 weltweit über 220 und in Europa über 160 SS-20-Startgeräte und im Juli 1981 ca. 250 Startgeräte weltweit und 175 in Europa.²

Im Oktober 1981 geht Karl Kaiser von einer Anzahl von 160 SS-20 für das Jahr 1980 und von 255 SS-20 im Oktober 1981 aus.³ In diesem Monat hat Dieter S. Lutz seine Angaben aus dem Jahr 1979, daß die UdSSR 120 SS-20 besitze, nach unten revidiert. Im Oktober 1981, also zwei Jahre später, erwähnt er nur noch 100 SS-20-Raketen, obwohl er auch weiterhin wie 1979 vermerkt, die SS-20 sei "in ihrem Bestand (...) kontinuierlich ergänzt" worden. Gründe für diese Korrektur nennt Lutz nicht, und beruft sich auch zu diesem Zeitpunkt noch auf die - inzwischen längst revidierten - Angaben aus der MB 1979/80!⁴ Ebenfalls in diesem Monat gibt Müller an, die UdSSR halte einen Bestand von 480 Sprengköpfen auf SS-20-Raketen für Westeuropa bereit.⁵ Bei drei Sprengköpfen wären

1 Müller, Apels Erzählungen ..., a.a.O., S. 1336

2 Zit. nach Wettig, Die sowjetischen INF-Daten ..., a.a.O., S. 42, Tabelle 6

3 Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.

4 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 151 und 179

5 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 6

dies demnach 160 auf Westeuropa gerichtete SS-20. Im Gegensatz zu Lutz hat Müller zu diesem Zeitpunkt die gewachsene sowjetische Mittelstreckenrüstung in seiner neuen Analyse berücksichtigt. Josef Joffe nennt ebenfalls im Oktober 1981 180 SS-20-Raketen, die Europa abdecken könnten.¹ Bereits im Juni 1981 hatte Krell hervorgehoben, daß die UdSSR seit der Verabschiedung des Doppelbeschlusses ihre eurostrategische Rüstung über das bis 1979 beobachtete Maß hinaus gesteigert habe und Anfang 1981 über ca. 220 SS-20-Raketen statt der knapp 140 am Vorabend des westlichen Nachrüstungsbeschlusses verfügt habe. Die NATO habe zudem festgestellt, so Wettig, "daß 1980 nicht mehr wie zuvor üblich die durch die SS-20 ersetzten alten Systeme SS-4 und SS-5 demontiert worden sein, Verf. 7".²

Anfang 1983 gab dann Wettig den "vermutlichen sowjetischen Mittelstreckenendstand" mit 342 Startgeräten weltweit und 243 Startgeräten in Europa an.³

Die Differenzen, die bei einer Aufstellung der Angaben zur sowjetischen Mittelstreckenrüstung kenntlich wurden, beruhen zum großen Teil auf der weitgehenden Geheimhaltung der genauen SS-20-Stationierungsrate durch die sowjetische Führung.

Die wissenschaftliche Diskussion beschäftigte sich schließlich immer mehr mit der Qualität der neuen kontinentalstrategischen Systeme und -potentiale. Die NATO hatte bereits bei der Verabschiedung des Doppelbeschlusses ihre LRTNF-Entscheidung vor allem mit dem Hinweis auf den qualitativen Ausbau der traditionellen sowjetischen Überlegenheit bei den kontinentalstrategischen Systemen begründet. Qualitative Verbesserungen des sowjetischen Arsenal, vor allem durch die neuen SS-20-Raketen, wurden auch in der wissenschaftlichen

1 Joffe, Josef, Von der Nachrüstung zur Null-Rüstung. Die Geschichte des "Doppelbeschlusses": Innenpolitik war wichtiger als Militärstrategie, in: Die Zeit, 27. November 1981

2 Wettig, Der Wandel der Rahmenbedingungen ..., a.a.O., S. 19

3 Zit. nach Wettig, Die sowjetischen INF-Daten ..., a.a.O., S. 42, Tabelle 6

Diskussion von nahezu allen Wissenschaftlern hervorgehoben, unabhängig davon, ob sie für oder gegen die LRTNF-Entscheidung der NATO argumentierten. Die Einschätzung der Bedeutung dieser qualitativen Veränderung fiel dann allerdings wiederum nicht nur graduell unterschiedlich aus. Einige Kritiker des NATO-Beschlusses waren allerdings der Auffassung, das neue SS-20-Potential schreibe lediglich eine alte, immer schon vorhandene Bedrohung Westeuropas durch das sowjetische Mittelstreckenpotentials fort, die meisten Wissenschaftler sprechen hingegen von einem qualitativen Sprung, der den Grad der Bedrohung im Vergleich zu der überkommenen verstärkt habe.

So wie die Angaben über die Zahl bereits stationierter SS-20-Raketen differierten, gibt es auch unterschiedliche Schätzungen über die Zahl der verschrotteten älteren Systeme.

Die wissenschaftliche Diskussion untersucht die Bedeutung der neuen sowjetischen Systeme letztendlich im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die NATO-Abschreckung, die NATO-Strategie und ihre Glaubwürdigkeit. Zunächst einmal interessiert hier jedoch die Frage, wie die Wissenschaftler die Qualität der neuen Mittelstreckensysteme beurteilen.

Was nun die Qualität der neuen SS-20 im Vergleich zu den älteren Mittelstreckenraketen ausmacht, hat beispielsweise Dieter S. Lutz dargestellt. Er machte deutlich, daß die SS-20 im Vergleich mit den älteren Raketen der Typen SS-4 und SS-5 "alle Merkmale einer neuen sowjetischen Raketengeneration" aufweist.¹ Nach seiner Beurteilung sind dabei vor allem folgende Verbesserungen erzielt worden: Während die älteren Raketen noch ortsfest eingebaut gewesen seien, und damit durch Satellitenaufklärung erfaßbar gewesen wären, sei die SS-20 mobil und folglich schlechter zu orten. Hätten die älteren Raketen aufgrund ihres Flüssigkeitsantriebes vor dem Einsatz noch zeitraubend betankt werden müssen, so besitze die neue Rakete einen Feststoffantrieb und damit hohe

¹ Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 151

Einsatzbereitschaft. Die älteren Raketen hätten zudem nur einen Sprengkopf besessen, während die SS-20 einen vermehrt Gefechtskopf mit 3 unabhängig voneinander auf 3 Ziele programmierbaren Sprengladungen besitzen würden! Die älteren Raketen hätten nur eine geringe Treffgenauigkeit und würden deshalb auch eine Sprengkraft im Megatonnen-Bereich besitzen. Demgegenüber besitze die SS-20 eine "höhere Treffgenauigkeit (...), die ihr trotz einer entsprechend niedrigeren Sprengkraft im Kilotonnenbereich die technische Fähigkeit zum 'Counterforce' und 'First-strike' verleihen soll".¹ Im Vergleich zu den älteren Raketentypen mit einer Reichweite von nur 2.400 bzw. 4000 Kilometern verfüge die SS-20 je nach Bestückung über eine Reichweite von 4.500 bis 7.000 Kilometern, so daß sie ganz Europa und die angrenzenden Seegebiete abdecken könne. Die SS-20 könne außerdem durch den Anbau einer weiteren Raketenstufe in eine strategische Interkontinentalrakete umgewandelt werden. Lutz vermutet zudem eine "technische Fähigkeit der SS-20 zum (präemptiven) Erstschlag".² Bei diesen von Lutz genannten Charakteristika der SS-20 handelt es sich um Eigenschaften, die in der wissenschaftlichen Diskussion im Grunde unbestritten sind.

Die von Lutz angesprochene Fähigkeit der SS-20 zum (präemptiven) Erstschlag hat insbesondere Hermann hervorgehoben: "Mit der SS-20 könnte die UdSSR zu jedem Zeitpunkt eines militärischen Konflikts einen erfolgreichen Angriff gegen boden- und luftgestützte Komponenten des Nuklearpotentials der NATO durchführen."³

Lutz hält die von vielen Autoren betonte Möglichkeit der Sowjetunion, Startsysteme der SS-20 mit Reserveraketen nachzuladen, allerdings offenbar für zweifelhaft, denn in seiner

1 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 155

2 Ebenda, S. 154 sowie S. 216

3 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 149; vgl. Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 85: "Das deutlichste Beispiel für eine Kriegsführungsorientierung der Rüstungspolitik der Sowjetunion - im Gegensatz zur Abschreckungsorientierung - bietet die Umrüstung des Mittelstreckenpotentials der Sowjetunion auf die sogenannte SS 20-Rakete."

Charakterisierung der SS-20 erwähnt er sie nicht.¹ Lutz weist zwar darauf hin, daß die SS-20 im Unterschied zu ihren Vorgängern mobil sei. Immer wieder wird in der Diskussion darauf hingewiesen, daß auch diejenigen SS-20, die hinter dem Ural stationiert wurden, aufgrund ihrer großen Reichweite Westeuropa bedrohen und daß ferner ein großer Teil der SS-20 in einer Zone stationiert sei, der es ihr ermöglicht, sowohl Europa als auch Asien abzudecken.

Lutz weist angesichts der Mobilität der SS-20 lediglich auf eine "Rochademöglichkeit des Systems in den Fernen Osten" hin.² Eine solche "Rochademöglichkeit" hält Lutz offenbar für eine Einbahnstraße, bei der nur Verschiebungen in eine Richtung möglich sind. Es ist nur verwunderlich, daß er dann von einer "Rochademöglichkeit" spricht. Zwei Jahre später machte Wettig zudem darauf aufmerksam, daß die "UdSSR bald die Möglichkeit haben [] dürfte, Verf. [7], die SS-20 statt wie bisher in ein bis drei Wochen innerhalb von ebenso vielen Tagen über Tausende von Kilometern hinweg zu verlegen".³ Die Ursache dafür, weshalb dies dann möglich sei, ob über Lufttransport oder ähnliches, darüber sagt Wettig 1983 allerdings nichts aus.

Während Lutz und Müller in ihren "eurostrategischen" Kräftevergleichen im Hinblick auf die globalstrategische Ebene immer wieder die Bedeutung der Sprengkopffzahlen betonen und quasi zum Maß aller Dinge machen, verfahren sie auf der kontinentalstrategischen Ebene auf andere Weise. Im Hinblick auf die globalstrategische Ebene hatte Müller noch davon gesprochen, "daß sich die Zerstörungskapazität eines Waffenarsenals nicht an der Zahl der Trägersysteme, sondern am Bestand an

1 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 151, Anm. 6; zur Nachladefähigkeit vgl. u. a. Gräbner, Der NATO-Doppelbeschluß ..., a.a.O., S. 110; Wettig, Die Auseinandersetzungen ..., a.a.O., S. 13; Ruehl, Das Verhandlungsangebot der NATO ..., a.a.O., S. 220

2 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 151, Anm. 6

3 Wettig, Die aktuelle sicherheitspolitische ..., a.a.O., S. 22

Atomsprengköpfen" messen lasse.¹ Abgesehen davon, daß es sich auch bei der Verwendung des Kriteriums "Zerstörungskapazität" als einzigem Faktor wiederum nur um die Isolierung eines Kriteriums von vielen miteinzubeziehenden handelt, den Hinweis darauf, daß auch die Umrüstung auf die SS-20 den Sowjets eine beträchtliche Vermehrung der Sprengkopffzahlen beschert, überlassen die beiden kritischen Friedensforscher lieber einem Vertreter "herkömmlicher" Sicherheitspolitik. Wettig räumte bereits im November 1980 ein, es stimme zwar, daß die UdSSR zu diesem Zeitpunkt die Zahl ihrer eurostrategischen Systeme in keiner Weise vermehrt, sondern sogar noch etwas vermindert habe. Jedoch, so Wettig, verbinde sich mit der gleichbleibenden Zahl an strategischen Trägern potentiell eine Verzwölffachung der ins Ziel zu bringenden Sprengköpfe samt einer außerordentlich gesteigerten Treffgenauigkeit.²

Auch die von Lutz dargestellte "Rochademöglichkeit" der SS-20 in den Fernen Osten blieb nicht unwidersprochen. Immer wieder wurde darüber diskutiert, wieviele SS-20 dem europäischen bzw. dem chinesischen Schauplatz zugeordnet werden müßten. Die Ursache dafür hat Stratmann hervorgehoben: "Diese Abweichungen dürften unterschiedliche Einschätzungen darüber widerspiegeln, welche der im asiatischen Teil der Sowjetunion dislozierten SS-20-Raketen auch europäisches Territorium abdecken können oder sollen."³ Denn in den angeführten Analysen wird bei der Beurteilung oft nur herausgestellt, welche SS-20 gegen China oder gegen Westeuropa gerichtet seien. Stratmann macht deshalb zu Recht darauf aufmerksam, daß der größte Teil der SS-20-Systeme in einer "swing-zone" im mittleren Teil der Sowjetunion stationiert sei und demzufolge Ziele in Asien und Europa gleichermaßen abdecken könne.⁴

1 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 2

2 Wettig, Gerhard, Die USA, die UdSSR und das Problem der Rüstungskontrolle, in: apuzg, B 48/80, S. 17

3 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 392

4 Ebenda, S. 398, Anm. 11

Zu den neuen, im Doppelbeschluß angesprochenen kontinental-strategischen Waffensystemen der Sowjetunion gehörte auch der Backfire-Bomber. Das öffentliche wie das wissenschaftliche Interesse hat sich jedoch aufgrund der Einschätzung, daß die SS-20 "das wichtigste Element des nuklearen Ungleichgewichts in Europa"¹ sei, in der Hauptsache dieser neuen Mittelstreckenrakete und nur in erheblich geringerem Maß dem neuen sowjetischen Bomber zugewandt. Die Auseinandersetzung um ihn ist denn auch weitaus geringer als die um die SS-20.

Gräbner geht von "deutlich verbesserten Leistungsmerkmalen" bei diesem Bomber aus und macht neben der vorgenommenen Reichweitensteigerung auf die "generell höhere Waffenzuladung" des Flugzeugs aufmerksam.² Lutz hebt die Steigerung von Reichweite und Fluggeschwindigkeit hervor, nimmt aber eine geringere Waffenzuladung im Vergleich gegenüber dem älteren Badger an.³ Zudem - so Lutz - sei der Backfire-Bomber "zugleich auch" als Seekriegsflugzeug vorgesehen und löse dort ältere Bomber des Typs Badger ab. Lutz geht davon aus, daß nicht nur die SS-20, sondern auch der Backfire-Bomber in ihrem Bestand "kontinuierlich ergänzt"⁴ werden, der Backfire-Bestand um 25 Systeme im Jahr.⁵

Mechtersheimer macht bereits im September 1980 darauf aufmerksam, daß es um den Langstreckenbomber der Sowjetunion "etwas ruhiger geworden"⁵ sei, da er "nach übereinstimmenden Angaben vor allem zur Bekämpfung von Seezielen vorgesehen" sei.⁶

1 Mechtersheimer, Hat SALT III ..., a.a.O., S. 6

2 Gräbner, Der NATO-Doppelbeschluß ..., a.a.O., S. 110, Anm. 8

3 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 154

4 Ebenda, S. 151

5 Ebenda, S. 154

6 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 59

Die SS-20 dominierte in der wissenschaftlichen Diskussion. Leitenberg ist der Auffassung, daß der entscheidende Fortschritt gegenüber den älteren SS-4 und SS-5 in der erreichten Mobilität der SS-20 liege, der sie "weniger verwundbar durch die Mittelstreckensysteme der NATO" gemacht habe, mit denen er offenbar die Poseidon-Raketen meint, denn zu diesem Zeitpunkt von dem er spricht, besaß die NATO noch keine LRTNF-Raketen in Europa, lediglich nuklearfähige Mittelstreckenflugzeuge.

Leitenberg hebt vor allem die bei der SS-20 verbesserte Treffgenauigkeit, weniger deren größere Unverwundbarkeit hervor. Diese Waffenbeschaffungen der Sowjetunion, so Leitenberg, hätten "die Schlagkraft ihrer Streitkräfte verstärkt und damit gleichzeitig die Verwundbarkeit der NATO-Mittelstreckensysteme vergrößert".¹ Verwundbar sind vor allem die Sondermunitionslager der NATO, die SACEUR assignierten Poseidon jedoch nicht. Die Mobilität, die Reichweite, die Treffsicherheit und die deshalb ermöglichte Verringerung der Zerstörungskraft (Kollateralschaden!) bewirkt eben diese Verwundbarkeit der landgestützten NATO-TNF.

Wettig hebt deshalb vor allem den Zuwachs an Treffsicherheit hervor und folgert daraus, ähnlich wie Herrmann und Lutz, daß die SS-20 als Erstschlagwaffe dienen könne.² Wettig spricht deshalb auch von der "Offensivrakete SS-20".³ Auch Carl Friedrich von Weizsäcker trat deshalb der Auffassung entgegen, wonach die neue SS-20 nur die überkommene Bedrohung durch die älteren sowjetischen Systeme fortschreibe. Diese Bedrohung, so Weizsäcker, habe sich vielmehr durch die Einführung der z lgenaueren und mobilen russischen Mittelstreckenrakete SS-20 verändert: "Ihre technischen Daten sind bei westlichen Fachleuten noch umstritten. Aber sicher gestattet

1 Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen ..., a.a.O., S. 33 und 45

2 Wettig, Die Auseinandersetzungen ..., a.a.O., S. 13 und 16

3 Wettig, Die USA, die UdSSR ..., a.a.O., S. 16

ihre höhere Zielgenauigkeit eine geringere Sprengladung und damit einen präziseren begrenzten militärischen Einsatz, gegen den nach verbreitetem westlichen Urteil weniger Hemmungen bestehen."¹ Denn je mehr ein nuklearer Einsatz begrenzt werden kann, je weniger Kollateralschaden er - gerade auch bei der Zivilbevölkerung - verursacht, um so eher ist er militärtheoretisch nutzbar bzw. wahrscheinlich.

Die Auffassung Weizsäckers wird auch von Mechtersheimer mitgetragen. Seiner Ansicht nach ist die SS-20 insofern als größere Bedrohung zu interpretieren, als die bessere Treffgenauigkeit der Rakete unter gewissen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes erhöhen könnte. Die Relation von militärischer und unerwünschter ziviler Zerstörung im Zielgebiet sei zugunsten der militärischen Wirkung verschoben. Mechtersheimer schränkt allerdings zu Recht ein: "Doch gilt dies nur bis zu einer bestimmten Zahl von Atomwaffeneinsätzen, bei der die Zerstörungen in der Bundesrepublik in jedem Fall total wären. Wenn also heute auf die große Zahl der sowjetischen Mittelstreckenwaffen hingewiesen wird, dann ist damit ohnehin eine Zerstörungskraft gemeint, die nicht mehr sinnvoll gesteigert werden kann."² Mechtersheimer bezieht sich hier wieder auf die fragwürdige Nachrüstungsthese. Denn weder die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen oder ihre gesamte Zerstörungskraft sind das Entscheidende. Die entscheidenden Vorteile der SS-20 sind nach Meinung der meisten Wissenschaftler gesteigerte Treffsicherheit, begrenzte Waffenwirkung und größere Mobilität, Faktoren also und Neuerungen, die für die NATO wichtig wurden. Weizsäcker hat die Treffsicherheit, aber auch die Mobilität geradezu als das Charakteristikum der neuen SS-20 bezeichnet.³

1 Weizsäcker, Gefahren der Rüstung ..., a.a.O.

2 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 58

3 Weizsäcker, Gefahren der Rüstung ..., a.a.O.

Wie die Diskussion um die neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen gezeigt hat, war die Zahl der bereits dislozierten SS-20 umstritten, ihre qualitativen Eigenschaften jedoch kaum. Unterschiedliche Interpretationen ihrer Auswirkungen sollten jedoch folgen. Eine Diskussion darüber, ob die Rüstungsmaßnahmen der Sowjetunion eine "Vorrüstung", eine "Nachrüstung", eine "Aktualisierung", eine "immer schon vorhandene Bedrohung" oder gar die "Wiederherstellung eines gestörten Gleichgewichts" darstellen, bleibt demnach an der Oberfläche des Problems und verkennt die eigentliche Veränderung in der Qualität des sowjetischen Mittelstreckenpotentials: Ihre - militärtheoretisch - vergrößerte Nutzungsmöglichkeit, d. h. konkret ihre Auswirkung auf die nuklearen Optionen der NATO.

Stratmann hat deshalb darauf hingewiesen, daß in der Diskussion häufig verdeckt geblieben sei, "daß das Programm zur LRTNF-Modernisierung auch Gefährdungen zu berücksichtigen hat, die sich für die NATO-Strategie aus sowjetischen Rüstungsfortschritten im konventionellen, 'taktisch' -nuklearen und interkontinentalstrategischen Bereich ergeben haben".¹ Ähnlich äußerte sich auch Gert Krell. Er verwirft ebenfalls die These, die SS-20 schreibe lediglich die alte und immer schon vorhandene Bedrohung fort. Es sei vielmehr "das gesamte Spektrum der sowjetischen Rüstungsmaßnahmen der letzten 15 Jahre und ihr verändertes Verhältnis zu den entsprechenden Potentialen der NATO, das der sowjetischen Mittelstreckenrüstung ihre spezifische Bedeutung zukommen läßt".²

Eben diese Veränderungen des "gesamten Spektrums" im Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt wurde auch im Kommuniqué der NATO vom 12. Dezember 1979 zur Begründung ihrer Rüstungsentscheidung herangezogen.

1 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 386

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 27

bb) Die Einschätzung der geplanten Einführung von PersKing II-XR und landgestützten Marschflugkörpern: Nachrüstung oder Modernisierung?

Die wissenschaftliche Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß wurde weitgehend als Diskussion um die Nachrüstungsentscheidung und ihren Sinn, bzw. ihre Zweckmäßigkeit geführt. Die Verhandlungskomponente des Doppelbeschlusses wurde in der wissenschaftlichen Diskussion deshalb zunächst einmal in den Hintergrund gedrängt bzw. zweitrangig behandelt. Das heißt nun aber nicht etwa, daß die Notwendigkeit von Verhandlungen bestritten wurde. Eher das Gegenteil war häufig der Fall, wenn nicht das Ergebnis und die Folge der LRTNF-Diskussion, und dies deshalb, weil der NATO-Beschluß von Kritikern wie Befürwortern aufgrund seiner Modernisierungsthese eben auch als Rüstungsentscheidung interpretiert werden mußte, wenn er nicht geradezu schon als der "Rüstungsbeschluß" interpretiert wurde. Aus diesem Grunde wurden auch weniger nach der Art der Bedrohung des Westens durch die neuen sowjetischen Mittelstreckensystemen gefragt, als vielmehr danach, ob es für die NATO sinnvoll sei, diese Bedrohung mit der Einführung eigener kontinentalstrategischer Raketen zu beantworten. Dies erklärt auch die große Bedeutung der Kräftevergleichsdiskussion. Denn durch Erstellung von Kräftevergleichsanalysen wollte mancher Wissenschaftler ja auch beweisen, daß eine Einführung entsprechender westlicher Systeme durch die NATO überflüssig, wenn nicht gefährlich sei. Kritiker wie Befürworter des Doppelbeschlusses sahen durchaus auch die Gefahren eines Wettrüstens unterhalb der strategischen Parität. Den Anlaß dafür glaubten eine Reihe von Gegnern des Beschlusses jedoch mehr in den geplanten Modernisierungsmaßnahmen der NATO sehen zu müssen, als in der seit Mitte der siebziger Jahre fortlaufenden Dislozierung sowjetischer SS-20. Ein Grund dafür mag darin liegen, daß eine Einführung moderner kontinentalstrategischer Raketensysteme durch die NATO erneut eine Qualitätssteigerung mit militärstrategischer Bedeutung ist. Denn so wie die SS-20 gegenüber dem TNF-Potential der NATO werden die neuen NATO-LRTNF gegenüber der SS-20 einen qualitativen Fort-

schritt bedeuten.¹ Die von der NATO vorgesehenen Systeme sind allerdings manchmal geradezu als "Wunderwaffe" verkannt worden.² Die Frage nach der Bedeutung dieser kontinentalstrategischen Systeme für die NATO wird in der wissenschaftlichen Diskussion unterschiedlich beantwortet. An dieser Stelle interessiert allerdings noch nicht die militärstrategische Bedeutung dieser Systeme, sondern die Beantwortung der Frage, welche Auswirkungen ihre Dislozierung vor allem in qualitativer Hinsicht auf das europäische Kräfteverhältnis hätte.

Die Einschätzung der qualitativen Auswirkungen der geplanten Stationierung von NATO-LRTNF-Raketen in der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß hing allerdings oft nur von zwei Faktoren ab: Einerseits von der Einschätzung des bereits bestehenden Kräfteverhältnisses und andererseits von der Beurteilung der insgesamt bei den anderen westlichen NATO-Staaten anstehenden Modernisierungsmaßnahmen. D. h., daß besonders die britischen und französischen Modernisierungs- und Ausbauvorhaben im Bereich der interkontinentalstrategischen Nuklearpotentiale, merkwürdigerweise aber nicht die der anderen Nuklearmächte, wie z. B. China, für die Beurteilung des NATO-Beschlusses relevant wurden.

Dieter S. Lutz macht beispielsweise auf die Modernisierungsmaßnahmen nicht nur auf amerikanischer, sondern auch auf französischer und britischer Seite aufmerksam. Lutz hat angesichts dieser "sich stetig erneuernden NATO-Waffensysteme (...) Zweifel an der Korrektheit der 'Nachrüstungsthese' im Sinne eines 'Aktions-Reaktions-Schemas'."³ Ohne Zweifel: Seine Zweifel sind berechtigt, nur haben sie wenig mit den britischen oder französischen Plänen und mit der von der NATO im Communiqué vom 12. Dezember 1979 gegebenen schwammigen Begründung ihrer LRTNF-Entscheidung zu tun. Seine Forderung, die anstehenden britischen und französischen Maßnahmen in der Diskussion des kontinentalstrategischen

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 39

2 Vgl. dazu Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.

3 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 159

LRTNF-Kräfteverhältnisses zu berücksichtigen, begründet er auf der Prämisse seines Aktions-Reaktions-Postulats damit, daß diese Waffen auch für das zukünftige TNF-Kräfteverhältnis erhebliches Gewicht gewinnen würden. Denn, so Lutz, diese Modernisierungen im strategischen Bereich hätten "selbstverständlich über die der NATO bzw. SACEUR unterstellten Kontingente erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige TNF-Kräfteverhältnis".¹ Dies mag so sein, doch um welche Auswirkungen es sich dabei handeln würde, sagt Lutz nicht, ebenso wenig wie er sich darüber ausläßt, ob diese nationalen strategischen Potentiale mit den kontinentalstrategischen Mittelstreckenraketen von NATO und Warschauer Pakt vergleichbar sind.

Müller mißt der Modernisierung und Erweiterung der nationalen französischen und britischen interkontinentalstrategischen Potentiale wie Lutz eine erhebliche Bedeutung bei der Beurteilung der LRTNF-Entscheidung der NATO zu. Und dies wiederum aufgrund quantitativer Kriterien. Denn seiner Ansicht nach würden "bereits die französischen und britischen Rüstungsanstrengungen (...) die sowjetische Mittelstreckenaufrüstung numerisch kompensieren, ohne daß im Kräftevergleich auf die SACEUR unterstellten Poseidon-SLBM (die ebenfalls durch modernere Raketen abgelöst werden dürften) oder die amerikanischen Systeme des Brüsseler Beschlusses zurückgegriffen werden müßte".²

Nun macht Gert Krell zwar ebenfalls darauf aufmerksam, daß es "neben der von der NATO im Dezember 1979 beschlossenen noch weitere 'Nachrüstungen' oder besser Vorrüstungen durch die USA"³ geben sollte. Bei der Beurteilung der französischen und britischen Modernisierungsmaßnahmen empfiehlt Krell jedoch eine "gemäßigte Betrachtungsweise", da es sich bei diesen um sehr begrenzte Potentiale im Sinne einer minimalen Abschreckung handle, die in Counter-force-Szenarios nuklearer

1 Ebenda, S. 161

2 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 7/8

3 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 44

Kriegsführung kaum ins Gewicht fallen würden.¹ Krell relativiert somit die Aussagen von Lutz und Müller, indem er auf die Nichtvergleichbarkeit von SS-20, Pershing II-XR und Marschflugkörpern auf der einen und der britischen und französischen interkontinentalstrategischen Potentiale auf der anderen Seite hinweist. Krell verweist zudem darauf, daß zu dem Zeitpunkt, an dem die Modernisierungen und der Ausbau der britischen und französischen Nuklearstreitkräfte durchgeführt sei, die UdSSR ihr vermirvtes SLBM-Potential so weit ausgebaut haben werde, daß sie damit auch die französische Nuklearrüstung kompensieren könne.²

Die Verwunderung von Lutz, die Modernisierungen der französischen und britischen Nuklearpotentiale würden keine Bezüge zu der Einführung von SS-20 und Backfire aufweisen, erweist sich damit bereits als vordergründig. Denn, und darauf hat Stratmann hingewiesen, diese Potentiale sind "quantitativ und qualitativ für einen wirksamen Angriff gegen das auf Westeuropa gerichtete sowjetische Kernwaffenarsenal ungeeignet".³ Und dies, so Stratmann weiter, gelte auch für die Poseidon-SLBM.⁴

Diese Waffensysteme seien lediglich für Vernichtungsangriffe gegen sowjetische Bevölkerungs- und Industriezentren geeignet (so wie auch die auf NATO-Seite derzeit vorhandenen INF) das , so Stratmann weiter, kontinentalstrategische Potential des Westens habe aber die Aufgabe, nukleare und nicht-nukleare Ziele von militärischer Bedeutung abzudecken, es solle eben nicht die Zivilbevölkerung der UdSSR bedrohen.⁵

1 Ebenda, S. 50

2 Ebenda, S. 51

3 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 388; ähnlich äußerte sich Forndran, Technologie und Stabilität ..., a.a.O., S. 485

4 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 388

5 Ebenda, S. 388

Dies ist aber der entscheidende Grund dafür, daß unter militärstrategischen Gesichtspunkten diese Waffen keine vergleichbare Zielsetzung erfüllen bzw. Aufgabe haben können, und deshalb auch nicht für die Beurteilung der LRTNF-Rüstungsentscheidung der NATO herangezogen werden können. Der Ausbau der britischen und französischen interkontinentalstrategischen Potentiale kann deshalb mit dem Ausbau des sowjetischen kontinentalstrategischen Potentials wenig zu tun haben. Die implizit von Lutz und Müller aufgestellt These, durch diese Rüstungsprogramme könne die sowjetische SS-20-Raketenrüstung kompensiert werden, geht somit an der Realität vorbei, überschätzt die Bedeutung dieser beiden kleinen Potentiale und verkennet letztendlich nicht nur ihre, sondern auch die Bedeutung und Aufgaben der inzwischen eingeführten Pershing II-XR sowie der Marschflugkörper.

Die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses wird nun aber eben in der offiziellen Diktion als Antwort auf die SS-20-Dislozierung bezeichnet. Auch Wettig bestätigt dies, wenn er davon spricht, daß die einzuführenden kontinentalstrategischen Waffen der NATO dem Backfire-Bomber und der SS-20 "Paroli" bieten sollen.¹ Doch was kann dieses "Paroli bieten" nicht alles bedeuten! Die Frage Müllers, ob die " 'Raketenlücke' eine Informationslücke" sei, da seiner Ansicht nach der Westen bereits genug Raketen habe², führt hier nicht weiter.

Kräftevergleiche wurden veröffentlicht, um zu beweisen, daß der Westen genug Raketen habe. Hatte man dann erst einmal "Gleichgewicht" oder auch ein Übergewicht des Westens festgestellt, erschien häufig die Modernisierung und der Ausbau des sowjetischen Mittelstreckenpotentials nicht mehr als Legitimationsgrund für eine Nachrüstung der NATO und damit dann für den Doppelbeschluß. Auf diese Weise schien es dann folglich "kurios" zu sein, daß die NATO, wie Müller meinte,

1. Wettig, Die USA, die UdSSR ..., a.a.O., S. 23

2. Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 5

"eine Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen und die Notwendigkeit einer militärpolitischen Reaktion offenbar erst vor einiger Zeit festgestellt" zu haben, obwohl doch die Sowjetunion bereits seit den sechziger Jahren über ein Inventar von Mittelstreckenraketen verfüge, die "jetzt lediglich von der SS-20 abgelöst"¹ würden. Wieso also, so Müller, jetzt die Cassandra-Rufe, angesichts einer "bereits seit Jahren bestehenden, der NATO wohlbekannten Gefahr"?²

Die Folgerung Müllers ist ebenso prägnant wie exemplarisch für die Argumentationsebene gerade vieler der entschiedensten Gegner des Doppelbeschlusses: "Die Nachrüstung also eine Reaktion auf die nukleare Vorrüstung der Sowjetunion? Mitnichten."³

Diese Argumentationskette wurde weitergeführt. Angesichts der Entwicklungsdauer moderner Waffensysteme und der deshalb notwendigen umfangreichen planerischen Vorarbeiten erschien nicht nur Müller "das Argument, die Einführung der SS-20 habe die Rüstungsinitiative der NATO im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme ausgelöst, als eine ex-post-Legitimation, die einem längst gefaßten Beschluß nachträglich unterlegt / wurde, Verf. 7".⁴ Lutz argumentierte auf vergleichbare Weise: Von einer Unterlegenheit des Westens bei den eurostrategischen Waffen könne nicht die Rede sein, aber "dennoch" werde die Diskussion um die Modernisierungsmaßnahmen der NATO in der Öffentlichkeit als Diskussion um eine "Antwort", also um eine "Reaktion" auf die sowjetischen Neuerungen im Mittelstreckenbereich geführt. Die "Genesis beider Waffensysteme" lasse jedoch eine Legitimation mit der sowjetischen SS-20 nicht oder nur eingeschränkt zu. Denn, so Lutz weiter, die Entwicklung der Pershing habe bereits vor

1 Müller, "Nach"-Rüstung ..., a.a.O., S. 5

2 Ebenda, S. 5

3 Müller, Apels Erzählungen ..., a.a.O., S. 1329

4 Ebenda, S. 1329

dem Bekanntwerden der Erprobung der SS-20 begonnen.¹ Der Versuch, die Legitimation des Doppelbeschlusses, insbesondere seines militärischen Teils, unter Hinweis auf die autonome Entwicklung der Pershing zu bestreiten, ist jedoch mehr als fragwürdig. Dies hat insbesondere Gert Krell auf überzeugende Weise deutlich gemacht. Krell machte darauf aufmerksam, daß nach rein technischen Kriterien Modernisierungen des taktischen und des Mittelstreckenpotentials der NATO längst hätten erfolgt sein können², und daß auch ohne direkten militärischen Zusammenhang zwischen der Modernisierung der westlichen und der östlichen Waffensysteme ein Zusammenhang zwischen der sowjetischen Rüstung und der westlichen Nachrüstung möglich sei: "Die 'Nachrüstung' wäre nur dann autistisch, wenn sie nachweisbar auch ohne Veränderungen in der gesamten militärischen Beziehung im Ost-West-Konflikt, allein aufgrund neuer technologischer Möglichkeiten und veränderter Planungen erfolgt wäre."³

Eben die These, Rüstung sei autistisch, ist allerdings bei vielen kritischen Friedensforschern eine Grundprämisse, auch wenn sie von dem einen oder anderen mitunter nicht so absolut formuliert wird.

Das von Krell im Hinblick auf die Sowjetunion Formulierte gilt auch für manchen kritischen Friedensforscher: "Die Sowjetunion ist offensichtlich nicht bereit oder in der Lage, den im Doppelbeschluß angelegten Fortschritt anzuerkennen. Der 'Fortschritt' (gemessen an dem, was bisher, in der internationalen Rüstungsdynamik üblich war) besteht einmal in der frühzeitigen Vorankündigung des Rüstungsvorhabens; zweitens in der selbstgesetzten Begrenzung, die von vielen Kritikern

1 Lutz, Dieter S., Wer rüstet eigentlich nach; Vergleich der euronuklearen Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 24. Jg., 1979, H. 12, S. 1529

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 18

3 Ebenda, S. 17

als völlig unverständliche 'Zwangsjacke' und als Offerte an den Gegner zur politischen und propagandistischen Gegenoffensive betrachtet wird; drittens in der Kopplung mit einem Rüstungskontrollangebot vor /- beide Herv. i. Text, Verf. 7 der Dislozierung der Systeme."¹ Krell machte im übrigen wie viele Strategiekritiker auch darauf aufmerksam,

daß der Doppelbeschluß der NATO "von vielen auch unabhängig von der SS-20 aus militärischen und politischen Gründen für notwendig erachtet wurde." Und deshalb, so Krell weiter, müsse freilich der gesamte Bedrohungskontext diskutiert werden.² Weil dem so ist, weil dies in der Wissenschaft zumindest theoretisch offenbar allgemein anerkannt wird, kam es in der Diskussion um den Doppelbeschluß dann auch zur militärstrategischen Diskussion.

Christoph Bertram hat eine Modernisierung der NATO-TNF mit ihrer gestiegenen Verwundbarkeit begründet, während andere Befürworter eher die Zielgenauigkeit der einzuführenden NATO-LRTNF und eine damit verbundene Verbesserung ihrer Möglichkeiten zur kontrollierten und flexiblen Eskalation hervorhoben. Bertram hat deshalb schon vor der Verabschiedung des Doppelbeschlusses davor gewarnt, "die Lücke bei den weiterreichenden regionalen Atomwaffen isoliert zu betrachten und das Modernisierungsprogramm der Allianz als militärische Antwort auf die SS-20 zu präsentieren. Denn die Modernisierung des westlichen Potentials wäre auch dann notwendig, wenn es die SS-20 nicht gäbe, besteht doch die Verwundbarkeit der jetzigen Waffengeneration in Europa unabhängig von der Lücke bei den weiterreichenden Systemen /- diese Lücke ist durchaus, wie Lutz und Müller zu Recht bedeuten, eine seit Jahren bestehende, der NATO wohlbekannte Gefahr, und deren Beseitigung ist denn auch nicht das Ziel des Doppelbeschlusses und kann es auch nicht sein, Verf. 7".³

1 Ebenda, S. 49

2 Ebenda, S. 25

3 Bertram, Ringen um Raketen ..., a.a.O.

Krell hat deutlich gemacht, daß eine Modernisierung der Pershing I A auch ohne die neuen sowjetischen Mittelstreckenwaffen erfolgt wäre, schränkte gleichzeitig aber unmißverständlich ein: "Die Reichweitensteigerung der Pershing II und der Entschluß zur Stationierung weitreichender bodengestützter Marschflugkörper in Europa sind jedoch ohne die Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenwaffen nicht denkbar."¹

Diesen Zusammenhang mit der sowjetischen Mittelstreckenrüstung hält er nicht nur für gegeben, er hält es sogar für erwiesen, daß "jede andere Interpretation nicht mit den Quellen in Einklang zu bringen /- sei, Verf. -/ ".² Krell weiter: "Wie immer man zur sogenannten 'Nachrüstung' stehen mag, sie kann /- Herv. i. Text, Verf. -/ ohne Zweifel mit der sowjetischen Backfire- und SS-20-Rüstung begründet werden."³

In der Öffentlichkeit ist die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß häufig als Diskussion um eine Antwort der NATO auf die sowjetische SS-20 geführt worden. In der wissenschaftlichen Diskussion versuchten vor allem kritische Friedensforscher, diesen Aspekt der LRTNF-Entscheidung der NATO zu widerlegen. Diese Friedensforscher, die die Vorstellung von einem innengeleiteten Rüstungswettlauf offenbar zum Dogma erhoben hatten, wollten offenbar die offizielle Nachrüstungsthese verabsolutieren, um auf diese Weise ihre eigenen Prämissen zu bestätigen und innenpolitisch umzusetzen.

Auf die Verantwortung, die die NATO in diesem Zusammenhang zu tragen hat, hat Lothar Ruehl aufmerksam gemacht. Ruehl berichtet, daß in Brüssel zunächst auch geplant gewesen sei, "die wirklichen Maßstäbe für die eingetretenen Veränderungen des Kräfteverhältnisses (das ohnehin schon von großer sowjetischer Überzahl gekennzeichnet war, bevor die SS-20 und

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 25

2 Ebenda, S. 21

3 Ebenda, S. 24

die 'Backfire'-Bomber eingeführt wurden) zur Grundlage des Verhandlungsangebots zu machen".¹ Dies sei, so Ruehl, aus verschiedenen Gründen aber nicht geschehen. Ruehl weist darauf hin, daß das Verhandlungsangebot der NATO eng auf das Vorrangbedürfnis des Westens zugeschnitten worden sei, den "Aufwuchs der SS-20-Dislozierung aufzuhalten". Die damit verbundene Problematik hat Ruehl 1980 schon verdeutlicht: "Immerhin haben die NATO-Partner sich auch in dieser Hinsicht mit ihrem offenen Verhandlungsangebot für eine Aufrechnung der beiderseitigen Mittelstrecken-Angriffssysteme auf gefährlichen Boden gewagt, wie die öffentliche Kontroverse im Westen über das wirkliche Kräfteverhältnis in der 'grauen Zone' des Mittelstreckenbereichs schon signalisiert hat."²

Wie Krell sah sich auch Stratmann in der Diskussion deshalb aufgefordert, darauf hinzuweisen, daß der "numerische Gesamtumfang" bei den neu einzuführenden kontinentalstrategischen Systemen des Westens gegenüber ihrer hohen Funktionssicherheit, Eindringfähigkeit und Treffgenauigkeit "keine vorrangige Rolle" spiele.³

Eben von diesen Eigenschaften der neuen Systeme erhofft sich die NATO eine Verbesserung ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten zur kontrollierten Eskalation, zumal damit einst auch für den Nukleareinsatz vorgesehene TNF, die sogenannten "nuklearfähigen Flugzeuge", für konventionelle Aufgaben frei werden und deshalb auch das konventionelle Kräfteverhältnis zugunsten der NATO verbessern, bzw. die konventionelle Unterlegenheit der NATO zu reduzieren helfen können.

Dieter Senghaas hat jedenfalls hervorgehoben, daß die NATO auch ohne die drohende SS-20 "umgerüstet" hätte.⁴

1 Ruehl, Das Verhandlungsangebot der NATO ..., a.a.O., S.218

2 Ebenda, S. 219

3 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 389; vgl. Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 48

4 Senghaas, Auch ohne die drohenden SS 20 ..., a.a.O.

Leitenberg kommt zu einem Ergebnis, daß von dieser Beurteilung des Doppelbeschlusses nicht all zu sehr abweicht. Zwar wundert er sich zunächst darüber, daß "plötzlich die gesamte Betonung auf der Notwendigkeit für die westliche Allianz liegt, ein bodengestütztes /- Herv. i. Text, Verf. 7 Gegenstück zu SS-20 zu haben".¹ Die NATO, so folgert Leitenberg, gehe offenbar davon aus, mit der sowjetischen SS-20 "gleichziehen" zu müssen.² Die sowjetischen Waffenbeschaffungen hätten die Schlagkraft ihrer Streitkräfte verstärkt und, so Leitenberg weiter, damit gleichzeitig die Verwundbarkeit der NATO-Mittelstreckensysteme vergrößert.³ Immer wieder sollte in der wissenschaftlichen Diskussion die Frage der Verwundbarkeit westlicher TNF und LRTNF eine Rolle spielen, wie gerade die Diskussion um die Glaubwürdigkeit westlicher Abschreckung zeigen sollte. Und in der Tat: Die Frage, ob die USA ihre NATO-LRTNF zu Lande oder zur See stationieren sollten, war ja auch bereits Gegenstand ausgiebiger Diskussion in den jeweiligen NATO-Gremien gewesen.

Die Folgerung Leitenbergs ist nicht unwichtig. Leitenberg argumentiert hier, ähnlich wie Bertram, daß "die Modernisierung der NATO-Mittelstreckenwaffen (...) aus militärischer Sicht nicht unbedingt notwendig sein /- mochte, Verf. 7, aber ihre Auswirkungen würden die gleichen sein, wie die der SS-20 bei den Mittelstreckenraketen der Sowjetunion. Mobile NATO-Raketen werden die Verwundbarkeit /- Herv. i. Text, Verf. 7 der Mittelstreckensysteme des Westens durch sowjetische SS-20, Backfire-Bomber, andere taktische Flugzeuge und die Luftverteidigung verringern /- Herv. i. Text, Verf. 7. Wenn man es als Rätsel ansieht, warum die westliche Allianz bzw. einige ihrer Mitgliedstaaten die Frage der SS-20 so hochgestempelt haben, dann ist es genau so ein Rätsel, warum die

1 Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen ..., a.a.O., S. 32

2 Ebenda, S. 35/36

3 Ebenda, S. 45

Sowjetunion so, viel Aufhebens um den Modernisierungsbeschluß gemacht hat".¹ René Herrmann hat die LRTNF-Entscheidung der NATO mit den Worten gekennzeichnet: "Die Suche nach einer 'Antwort auf SS-20 und Backfire' könnte (...) als Teil eines NATO-endemischen Verdrängungsprozesses verstanden werden, in dem 'Nachrüstung' im Bereich von 'long-range TNF' (...) das Gefühl, 'etwas tun zu müssen', beruhigt und gleichzeitig die Ausrichtung auf die 'Hauptdrohung' - die konventionelle Aggression - unberührt läßt."²

Leitenberg begründete seine These damit, daß die relative Unverwundbarkeit der neuen NATO-LRTNF den Anreiz zum vorbeugenden Schlag im Krisenfall reduziere und damit auch die Stabilität der nuklearen Schwelle erhöhe.³ Leitenberg ist ferner der Ansicht, daß die NATO in erster Linie darauf ausgegangen sei, eigene neue Systeme zu stationieren und nicht darauf, alle SS-20-Raketen zu entfernen.⁴ Abgesehen davon, daß die Sowjetunion nicht bereit war, die Verhandlungskomponente im Doppelbeschluß zu nutzen, Leitenbergs Auffassung der LRTNF-Entscheidung der NATO ist der Senghaas'schen "Umrüstungsthese" vergleichbar.

Leitenbergs Ausführungen stimmen zumindest teilweise auch mit denen von Befürwortern einer westlichen Nachrüstung überein. Für die These Leitenbergs, die Unverwundbarkeit der neuen mobilen Waffensysteme sei ihr entscheidender Vorteil gegenüber älteren Systemen, gilt dies jedoch nicht so ohne weiteres. Zwar hält auch Bertram wie angeführt die Verringerung der Verwundbarkeit älterer westlicher TNF-Systeme für notwendig, die Mehrheit der Befürworter des Nachrüstungsbeschlusses hält hingegen die gesteigerte Zielgenauigkeit und vor allem die Reichweitensteigerung bei den neuen westlichen

1 Ebenda, S. 43

2 Herrmann, René, Zum Problem der Beschaffung von "longrange Theatre Nuclear Forces" und der Aufgaben des nuklearen Dispositivs der NATO. Wandlungsprozesse der strategischen Umwelt, in: Beiträge, 4/1979, S. 5

3 Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen ..., a.a.O., S. 33/34

4 Ebenda, S. 35; vgl. Mechttersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 62

Systemen für die entscheidenden Vorteile. Auch Mechtersheimer hat darauf aufmerksam gemacht, daß die SS-20 wegen ihrer Mobilität, "die eine Bekämpfung unmöglich mache", eine besondere Bedrohung darstelle. Dies, so Mechtersheimer weiter, sei "jedoch insofern irrelevant, als die beiden vorgesehenen amerikanischen Waffensysteme aufgrund ihrer Reichweite zur Bekämpfung der SS-20-Stellung untauglich sind".¹

Auch in der wissenschaftlichen Diskussion wurde allerdings desöfteren davon ausgegangen, die westlichen LRTNF seien zur "Bekämpfung" der östlichen SS-20-Mittelstreckensysteme vorgesehen. Eine derartige Aufgabe sollten die NATO-LRTNF allerdings eben nicht haben, sie können sie auch nicht haben, nicht nur aufgrund der von Mechtersheimer oben genannten Gründe. Dennoch ergab sich hier eine weitere Streitfrage in der Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO, die teilweise auch von der Kräftevergleichsdiskussion herrührt.

Leitenberg war allgemein davon ausgegangen, daß die westlichen LRTNF denen der Gegenseite lediglich entsprechen sollten, Bertram sprach von "Paroli bieten". Bertram hat jedoch im übrigen jedoch eindeutig erklärt, daß weder die Pershing II noch die Marschflugkörper "ihrer Qualität nach (...) eine militärische Gegenwaffe zur SS-20 ┐ seien, Verf. ┐".² In dieser Frage gab es allerdings durchaus auch Übereinstimmung zwischen Gegnern und Befürwortern einer westlichen LRTNF-Rüstung. So etwa auch mit Mechtersheimer: "Mit den geplanten westlichen Systemen können zwar - entgegen einer weitverbreiteten Meinung - nicht die zur öffentlichen Legitimation häufig angeführten SS-20-Raketen ausgeschaltet werden, dafür aber nicht minder wichtige militärische Installationen im westlichen Teil der Sowjetunion."³ Dies ist von den Befürwortern der westlichen LRTNF-Entscheidung

1 Ebenda, S. 57

2 Bertram, Ringen um Raketen ..., a.a.O.

3 Mechtersheimer, Hat SALT III ..., a.a.O., S. 6

auch nicht bestritten worden. Im Unterschied zu diesen Befürwortern geht Mechtersheimer jedoch davon aus: Möglich und sinnvoll sei ein Einsatz dieser Systeme "aber nur dann, wenn (fast) alle sowjetischen eurostrategischen Systeme durch diesen ersten Schlag ausgeschaltet werden könnten".¹ Diese These Mechtersheimers ist jedoch äußerst fragwürdig, wie die militärstrategische Diskussion um Sinn und Zweck der NATO-LRTNF-Entscheidung für die Glaubwürdigkeit westlicher Abschreckung zeigen sollte. Hier interessiert zunächst einmal nur, daß Mechtersheimer, ein entschiedener Gegner der LRTNF-Rüstung der NATO, bereits 1980 der viel diskutierten These, die neuen westlichen Waffen könnten bzw. gar sollten einem Erstschat gegen die Sowjetunion dienen, den Boden entzogen hat. Karl Kaiser hat darauf hingewiesen, daß weder mit den 108 Pershing II-Raketen mit nur einem Sprengkopf und einer Reichweite von maximal 1.800 Kilometern, und schon gar nicht mit den langsamen Marschflugkörpern das zahlenmäßig weit überlegene ICBM-Potential in der Sowjetunion in einem Erstschat ausgeschaltet werden kann, "ganz zu schweigen von der SS-20, die wegen ihrer Mobilität unverwundbar ist".²

Mechtersheimer ging im Unterschied zu Leitenberg und Bertram jedoch von einer beträchtlichen Verwundbarkeit der neuen landstationierten westlichen Systeme aus. Eine solche Verwundbarkeit und demzufolge auch Gefährdung wird von Befürwortern der NATO-LRTNF-Rüstung häufig bestritten, sie heben hervor, daß die Sowjetunion längst über die Fähigkeit verfügt habe, alle in Westeuropa stationierten westlichen Kernwaffen vollständig abzudecken, daß diese Gefährdung längst vorhanden sei und durch die SS-20 nicht mehr gesteigert werden könne und werde.³ So weist etwa auch Forndran darauf hin,

1 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 61

2 Kaiser, Angst ..., a.a.O.; zu diesem Schluß kommt auch Krell, vgl. ders., Plädoyer ..., a.a.O., S. 49

3 Vgl. Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 395 und Kaiser, Angst ..., a.a.O.

daß gerade die bereits "existierenden westlichen Grauzonenwaffen nur begrenzt Stabilität fördern, da sie verwundbar sind und bei einem Gegenschlag Eindringungsschwierigkeiten haben".¹ Angesichts dieser Problematik bei den älteren TNF der NATO und unter Berücksichtigung der oben angeführten Äußerung Ruehls, die strategischen Zwänge für die Einführung westlicher LRTNF hätten längst offen zu Tage gelegen und seien durch die SS-20 nur aktualisiert und dramatisiert worden, wird deutlich, daß die NATO ihre Fähigkeit zur kontrollierten Eskalation mit den ihr zur Verfügung stehenden TNF offenbar als nicht mehr ausreichend gewährleistet angesehen hat.

Die Befürworter einer westlichen LRTNF-Rüstung versprachen sich deshalb von den neuen Waffen eine Verbesserung eben dieser Fähigkeiten auf Seiten der NATO. Damit stellte sich in der wissenschaftlichen Diskussion aber die Frage danach, ob und inwiefern diese Zielsetzung mit den anzuschaffenden NATO-LRTNF erreicht werden könne. Dies führte zur Frage nach der Glaubwürdigkeit der nuklearen Optionen der NATO in Europa.

Die wissenschaftliche Diskussion darüber wurde jedoch noch durch einen weiteren Faktor kompliziert und verschärft. Dies resultiert eben auch daher, daß, wie Schubert hervorhebt, sich hinter der Nachrüstungsdiskussion "in Wahrheit eine umfassende europäisch-amerikanische Strategiedebatte und eine west-östliche Sicherheitsdiskussion" verbirgt, die "die gegenwärtige Sicherheitsproblematik der Europäer in allen ihren Dimensionen, der rüstungspolitischen wie der rüstungskontrollpolitischen, der militärstrategischen, der militärgeographischen, der ökonomischen und der ökologischen" offenbare.²

1 Forndran, Technologie und Stabilität ..., a.a.O. S. 486

2 Schubert, Klaus von, Bedingungen des Überlebens. Sicherheitspolitik und politische Moral zwischen Militärstrategie und Waffentechnik, in: apuzg, B 10/80, S. 30

Selten allerdings wurde dabei von den Befürwortern des Doppelbeschlusses so klar und eindeutig wie von Lothar Ruehl ausgesprochen, daß "auch ohne die Dislozierung der SS-20 und des Bombers Tu-22 M ('Backfire') in der westlichen Sowjetunion (...) der Zwang zur Einführung neuer und weiterreichender LRTNF-Systeme schon unabweisbar / sei, Verf. 7, wenn die 'flexible response' wirksam bleiben sollte".¹

In diesem Zusammenhang machte Ruehl auch auf die Abhängigkeit Westeuropas von den zentralen strategischen Systemen der USA sowie auf die "restriktive Wirkung des SALT-II-Abkommens" aufmerksam.²

c) Die Diskussion um die Bedeutung neuer US-LRTNF in Europa für die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung: Die Frage der nuklearen Optionen

Wurde die Diskussion um die neuen sowjetischen Mittelstreckensysteme überwiegend durch die Fragen nach der Zahl bereits dislozierter Systeme und der durch sie bewirkten Steigerung der technologischen Qualität des sowjetischen Potentials bestimmt, so stand bei der Diskussion um die Einführung von Pershing II-XR und Marschflugkörpern in stärkerem Maß deren Bedeutung im militärstrategischen Umfeld im Vordergrund. Dies konnte allerdings nicht überraschen, nicht zuletzt deshalb, weil diese westlichen Systeme zur Zeit der wissenschaftlichen Diskussion ja noch nicht eingeführt waren.

Zwei Eigenschaften der neuen westlichen Raketensysteme wurden dabei besonders hervorgehoben: Je nach Einschätzung der Wissenschaftler die Möglichkeit der NATO, durch sie die Verwundbarkeit ihrer TNF reduzieren oder durch sie die Treffsicherheit, Reichweite und vor allem die Schadensbegrenzung ihrer TNF zu verbessern, und dadurch ihre Fähigkeiten zur kontrollierten Eskalation zu steigern oder zu erhalten.

1 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 105

2 Ebenda, S. 105

Die letztgenannte Beurteilung der westlichen Modernisierungsmaßnahmen fand nicht nur die größere Zustimmung der meisten Wissenschaftler, sie wurde auch schlüssiger begründet und kam der von der nuklearen Planungsgruppe an die neuen Systeme gestellten Forderungen nahe; näher jedenfalls als die andere Auffassung, nach der durch die Mobilität der neuen Systeme vor allem eine Verringerung der Verwundbarkeit westlicher TNF bewirkt werden sollte.

Um so mehr überrascht daher ein von Lutz im Juni 1981 gezogenes Resümee, wonach die bisherige TNF-Diskussion gezeigt habe, daß beide Seiten lediglich ein numerisches Gleichgewicht anstrebten¹, und seine Frage, ob denn "ein Mehr an nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa gleichzusetzen /_ sei, Verf. _7 mit einem Mehr an strategischer Stabilität und Sicherheit", wie Lutz noch im August 1981 formulierte.² Zwar geht es hier bei Lutz zunächst wieder einmal um Quantitäten, um ein "Mehr" an Nuklearwaffen, im Grunde aber schon um die Frage, ob die quantitative Vergrößerung der Mittelstreckenpotentiale Auswirkungen auf die Sicherheit Westeuropas habe. Lutz' Aussage läßt die immanente Sorge erkennen, daß dies in negativer Hinsicht der Fall sei. Dennoch spricht er auch hier wieder von Quantitäten. Es fragt sich, ob sich hier wieder der politische Anspruch kritischer Friedensforschung durchgesetzt hat, der es so schwer macht, bei ihr zu unterscheiden, wo sie wissenschaftlich argumentiert und wo sie für die öffentliche Debatte Material liefern will.

So hob unter anderem Joffe eindeutig hervor: "Entscheidend ist nicht ein fein austariertes numerisches Gleichgewicht

1 Lutz, Dieter S., Von der Krise in die Gefahr? Rüstung und Rüstungssteuerung am Beispiel der Nuklearkräfte in und für Europa (TNF), in: Baudissien, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Der NATO-Doppelbeschluß und aktuelle Sicherheitsprobleme. 2 Beiträge, IFSH-Forschungsberichte, H. 21, Juni 1981, S. 44; vgl. dazu Herrmann, Zum Problem der Beschaffung ..., a.a.O., S. 1

2 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O., S. 10

('Rakete gegen Rakete'), sondern ein Gleichgewicht der Unverwundbarkeit."¹ Von wenigen Ausnahmen abgesehen hoben Kritiker wie Befürworter des Doppelbeschlusses in starkem Maße die qualitativen Veränderungen - nicht nur im kontinental-strategischen Bereich - hervor, demgegenüber sie die quantitativen Veränderungen der Potentiale vergleichsweise geringer einstufen.

Die Kernfrage der wissenschaftlichen Diskussion hat Krell treffend formuliert: Krell hat gefragt, ob es sich in der "militärischen und politischen Substanz bei der Nachrüstung nicht um eine qualitativ neue Bedrohung, sondern allenfalls um die qualitative 'Verbesserung' einer alten Bedrohung / der UdSSR handle, Verf. 7 und damit um etwas, was mit sowjetischem Verhalten / die SS-20 zu stationieren, Verf. 7 prinzipiell vergleichbar wäre"², oder nicht.

Die Veränderungen der Militärpotentiale im kontinentalstrategischem Bereich mußten deshalb unter Berücksichtigung politischer und militärstrategischer Zusammenhänge diskutiert werden. Nur auf diese Weise ist eine Beurteilung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979 und der wissenschaftlichen Diskussion um ihn sinnvoll. In den fundierten und plausiblen Analysen um den Doppelbeschluß war dies der Fall.

Im vorangegangenen Teil dieser Arbeit wurde hin und wieder bereits hervorgehoben, daß die Gleichgewichtsproblematik desöfteren in Verbindung mit dem politisch-strategischen Bezugsrahmen und damit auch mit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion und ihrer Probleme diskutiert wurde. Der Zusammenhang von Gleichgewichtsproblematik und sowjetischer Militärstrategie trat demgegenüber in der wissenschaftlichen Diskussion in den Hintergrund. Damit steht jedoch fest, daß es

1 Joffe, Josef, Soll Abschreckung wirken bedarf es eines Gleichgewichts der Unverwundbarkeit - skeptische Bemerkungen zum Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses, in: Die Zeit, 7. August 1981

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 47/48

sich bei der wissenschaftlichen Diskussion vornehmlich um eine Diskussion handeln muß - und auch gehandelt hat -, die untrennbar verbunden ist mit der Diskussion der Frage, wie Abschreckung unter den gegebenen Bedingungen funktioniert, ob Abschreckung überhaupt so konzipiert ist oder werden kann, daß sie sich auch in Krisen Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, daß die Beantwortung dieser Fragen nicht verifiziert, sondern nur falsifiziert werden kann. Die Falsifizierung wäre das Versagen von Abschreckung, also der (Atom-) Krieg.

Die Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO ist deshalb nur dann sinnvoll, wenn sie die "strategische Diskussion" mit einschließt, auch wenn im Rahmen dieser Arbeit die von Schubert angesprochene "umfassende europäisch amerikanische Strategiedebatte"¹ nur mittelbar auf der Grundlage der deutschen Diskussion um den Doppelbeschluß und eben nicht umfassend dargestellt werden kann. Dies soll im folgenden angesichts der kontrovers diskutierten Frage nach den Auswirkungen neuer westlicher LRTNF auf die sogenannte "Abkoppelungsproblematik" und die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie geschehen, denn eben darauf sollte sich die wissenschaftliche Diskussion konzentrieren. Zweifel an der Ankopplung westeuropäischer Sicherheit an die der USA und damit an der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie führten dann dazu, daß erneut die Frage aufgegriffen wurde, ob es nicht für Westeuropa vorteilhafter sei, wenn die neuen amerikanischen LRTNF auf See, und nicht wie beschlossen zu Lande, stationiert würden.

1 Schubert, Bedingungen des Überlebens ..., a.a.O., S. 30

d) Die neuen NATO-LRTNF und die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie der NATO (Kopplung/Abkopplung)

Die Diskussion um das kontinentalstrategische Kräfteverhältnis ist im Vergleich zur strategischen Diskussion lediglich Schaum auf der Welle. Der eigentliche Gehalt der wissenschaftlichen Diskussion liegt in ihren strategiekritischen Untersuchungen.

Der Schleier, den die Diskussion um das kontinentalstrategische Kräfteverhältnis in Europa vor den Kern des Problems gelegt hatte, wurde hier, soweit dies möglich war, weggezogen. Dieses Grundproblem allein mit der SS-20 (oder dem Backfire-Bomber) zu identifizieren, ist nicht möglich. Eine derartige Gleichsetzung - u. a. ja auch durch die NATO selbst - war mitverantwortlich für viele, zum Teil haarsträubende Analysen des Doppelbeschlusses. Dies gilt eben nicht nur für die öffentliche, sondern auch für die wissenschaftliche Diskussion. Diese Diskussion drehte sich um die Frage nach der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Erwidern, und das hieß, um die Frage der Kopplung westeuropäischer und US-amerikanischer Sicherheit.

Dabei war strittig, inwieweit angesichts der qualitativen und auch der quantitativen Veränderungen des konventionellen und nuklearen Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion das militärische Potential der NATO die militärische und politische Sicherheit Westeuropas gewährleisten könne. Eine Ursache dafür liegt darin, daß diese Verschiebungen des Kräfteverhältnisses und ihre strategischen Konsequenzen unterschiedlich interpretiert wurden, wie die Diskussion um das kontinentalstrategische Kräfteverhältnis zeigte.

Die Unterschiede in der Beurteilung des veränderten und sich weiter verändernden Kräfteverhältnisses zwischen Warschauer Pakt und NATO und insbesondere hinsichtlich der daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie führten zu der Kontroverse darüber, wie auf die neue sicherheitspolitische Herausforderung durch

die SS-20 reagiert werden müsse. Dies zeigte sich vor der Verabschiedung des Beschlusses in der angesprochenen "Präliminardiskussion", aber auch und gerade in der Diskussion nach dem 12. Dezember 1979, als sich die NATO prinzipiell zwei Wege offengehalten hatte: Entweder rüsten, und gleichzeitig über das Ausmaß dieser Rüstung verhandeln, oder aber die sogenannte "Null-Lösung".

Stratmann hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß die "wachsende militärische Stärke des Warschauer Pakts die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit auf seit langem erkennbare militärische Defizite der NATO-Posture"¹ gelenkt habe.² Diese Defizite, so Stratmann weiter, seien eben "das Resultat der nur halbherzig und unvollständig betriebenen Umstellung von der Doktrin der Abschreckung durch Drohung mit massiver nuklearer Vergeltung auf die Strategie der abgestuften Reaktionsfähigkeit".³ Diese Aussage läßt noch offen, ob bei der Umstellung der NATO-Strategie materielle (Waffen) oder militärstrategische Defizite erhalten blieben bzw. mit übernommen wurden, ob sowohl das Eine wie das Andere der Fall war, und wenn ja, in welchem Umfang.

Krell ging davon aus, daß die veränderte gesamtstrategische Lage die Strategie der flexiblen Erwidern grundsätzlich in Frage stelle. Die gesamtstrategische Garantie der USA hätte nach seiner Auffassung von dem Moment an in Frage gestanden, da die USA selbst von der Sowjetunion mit strategischen Waffen bedroht wurden ("Frankreich zog die bekannte Konsequenz"), auch wenn, so Krell weiter, "die anhaltende nuklearstrategische 'Überlegenheit' der USA (...) die Mängel der 'flexible

1 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 10. Unter "Posture" versteht Stratmann die Gesamtheit aller für ein militärisches System wichtigen materiellen und immateriellen Komponenten einschließlich Strategie, Organisation, Ausrüstung und Bewaffnung, Taktik, Führungssystem und Operationsplanung. Vgl. ders., ebenda, S. 9, Anm. 2

2 So auch Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 105

3 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 10

response' jedoch noch verdecken /- konnte, Verf. 7 ".¹ Die Analyse der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschuß wird somit auch zu einer Fallstudie der strategischen Diskussion im westlichen Bündnis, am Beispiel der und reduziert auf die bundesdeutschen Diskussionsteilnehmer.

Von den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses ist die Notwendigkeit westlicher LRTNF-Rüstung u. a. mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der USA abgelehnt worden, diese könnten die neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen mit ihrem interkontinentalstrategischen Potential abdecken. Zweifel an der Glaubwürdigkeit eines Einsatzes dieser strategischen Systeme und damit auch an der Glaubwürdigkeit der Abschreckungswirkung der NATO-Strategie hat Carl Friedrich von Weizsäcker bereits vor Verabschiedung des Doppelbeschlusses geäußert. Seiner Auffassung nach bedeutet das erreichte und in SALT II festgeschriebene Gleichgewicht der strategischen Kernwaffen faktisch auch, "daß diese Waffen sich gegenseitig nur von ihrem eigenen Einsatz abschrecken. Jede Drohung, gegen begrenzte Kriegshandlungen den strategischen Schlag auszulösen, enthält die Gefahr des Gegenschlags, also des indirekten Selbstmords des Drohenden".²

Aufgrund des dadurch bedingten Wegfalls einer glaubwürdigen obersten Eskalationsstufe, sei, so Weizsäcker, auch die Drohung eines lokalen Krieges in Europa gewachsen. Die Folge sei die Entwicklung zahlreicher nuklearer Waffen für einen begrenzten Einsatz. Seiner Auffassung nach entspringt deshalb die Forderung nach einer Einführung neuer westlicher Mittelstreckenraketen durch die NATO dem "Wunsch, die brüchig gewordene oberste Stufe der /- Eskalations-, Verf. 7 Leiter durch eine neue, stabilere zu ersetzen".³ Mit dieser Befürchtung stand Weizsäcker nicht allein, wie auch entsprechende Äußerungen Kissingers vor der NATO in Brüssel zeigten,

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 28

2 Weizsäcker, Gefahren der Rüstung ..., a.a.O.

3 Ebenda

die gerade bei der NATO Aufsehen erregten. Gesetzt den Fall, die Annahme Weizsäckers stimmte, könnte dies bedeuten, daß die USA daran gingen, ihre auf der globalstrategischen Ebene offenbar verlorene Eskalationsdominanz durch eine Eskalationsdominanz im kontinentalstrategischen Bereich zu ersetzen, möglicherweise auch lediglich zu ergänzen. In diesem Fall wäre es aber überraschend, daß die Regierungen der westeuropäischen NATO-Staaten dem Doppelbeschluß zustimmten.

Aus geographischen Gründen - so Weizsäcker - könne die NATO aber selbst mit den neuen LRTNF-Raketen und ihrer im Vergleich zu den vorhandenen TNF vergrößerten Reichweite der Sowjetunion einen der Bedrohung Westeuropas durch die SS-20 vergleichbaren, das sowjetische Militärpotential entwaffnenden Schlag, nicht zufügen. Die LRTNF der NATO, also "gleiche Waffen", könnten, so Weizsäcker, bereits aus geographischen Gründen nicht gleiche Wirkung bedeuten, denn nur ein Teil der UdSSR ist für sie erreichbar, während die SS-20 ganz Europa abdecken kann. Das Kriterium für die Beschaffung neuer westlicher Waffen, forderte Weizsäcker, müßte deshalb sein, "daß ihr Einsatz eine klare militärische Drohung, aber nicht mehr die Drohung mit dem indirekten Selbstmord Westeuropas wäre". Weizsäcker kommt letztendlich zu dem Ergebnis, daß westliche landgestützte und weitreichende Mittelstreckenwaffen nicht die Waffen seien, die dieses Kriterium erfüllten und deshalb auch "nicht die Waffen, die wir beim Scheitern von Verhandlungen zu besitzen wünschen können".¹

Weizsäcker hat mit seiner These, die strategischen Kernwaffen der USA und der UdSSR würden sich nur noch von ihrem wechselseitigen Einsatz abschrecken, die Frage nach der Sicherheit der europäischen NATO-Staaten gestellt. Diesbezüglich hat sich allerdings, verglichen mit der Zeit der Strategie der massiven Vergeltung, offenbar wenig verändert. Das Grunddilemma der früheren NATO-Strategie der massiven Vergeltung würde nach Weizsäcker dann eben auch bei der neuen

1 Ebenda

Strategie der flexiblen Erwiderng weiterbestehen, und das offenbar mehr oder weniger unabhängig davon, ob eine global-strategische Parität besteht oder nicht, denn zur Zeit der Strategie der massiven Vergeltung war die Nuklearmacht der UdSSR derjenigen der USA schließlich hoffnungslos unterlegen. Diese Auffassung entspricht auch durchaus dem oben von Krell und auch dem von Stratmann Gesagten und kennzeichnet das Grundproblem atlantischer Sicherheitspolitik, nämlich die Frage, wie der amerikanische Präsident im Fall der Fälle reagieren würde. Weizsäcker ging jedoch offenbar davon aus, daß die Probleme größer geworden seien.

Nach Auffassung von Weizsäcker leidet die NATO-Strategie der flexiblen Erwiderng unter erheblichen Glaubwürdigkeitsproblemen, was die Abschreckungswirkung der zentralen amerikanischen Systeme angesichts erreichter Parität angeht. Hinter diesen Zweifeln stehen die Erkenntnis und die Sorge, daß die Sicherheit aufhört, wenn die Abschreckung versagen sollte, und dahinter stehen nicht nur Zweifel an der Möglichkeit von Eskalationskontrolle überhaupt, einer Eskalationskontrolle die nach westlicher Auffassung notwendig und auch möglich ist, sondern auch das Wissen um die besondere geopolitische und -strategische Lage der Bundesrepublik.

Die Frage nach der Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung bezieht sich damit aber auch auf politisch-psychologische Probleme der Abschreckungstheorie und der atlantischen Sicherheitspolitiken. Denn nur unter der Prämisse, daß ein Krieg für die beteiligten Seiten eine total unannehmbare Alternative darstellt, daß beide Seiten von dem Vorhandensein der Unannehmbarkeit dieser Alternative ausgehen und rational danach handeln, ist Abschreckung wirksam, ist auch die NATO-Strategie der flexiblen Erwiderng nicht unrealistisch.

Eine wechselseitige Schutzlosigkeit wie zwischen den USA und der UdSSR besteht aber per se eben nicht im Verhältnis zwischen der UdSSR und den westeuropäischen NATO-Staaten. Die Einführung, vor allem aber die trotz des Doppelbeschlusses forcierte Dislozierung der SS-20 zeigt, daß die UdSSR hierin

einen Vorteil für sich sieht, und auch gewillt war, diesen bewußt für sich auszunutzen. Die Westeuropäer sind deshalb auf den Schutz durch die Nuklearstreitmacht der USA angewiesen, sollen ein Krieg oder eine nukleare Erpressung in Europa verhindert werden. Denn bereits ein konventionell begrenzter Krieg in Europa wäre angesichts der Fortschritte der Waffentechnologie für die hochindustrialisierten und dicht besiedelten Gebiete Westeuropas eine tödliche Gefahr. Dies gilt erst recht angesichts der verbesserten sowjetischen Optionen im konventionellen und im kontinentalstrategischen Bereich, sind es doch gerade diese Verbesserungen sowjetischer Optionen unterhalb der vereinbarten globalstrategischen Parität, die einen regional begrenzten Krieg nach Ansicht mancher Wissenschaftler wieder stärker in den Bereich des Möglichen rücken.

Angesichts dessen ist denn auch die Befürchtung Weizsäckers, die neuen westlichen kontinentalstrategischen Systeme sollten die brüchig gewordene obere Stufe der Eskalationsleiter durch eine stabilere mittlere Stufe ersetzen, auch Ausdruck prinzipieller Zweifel an der - politisch-psychologischen - Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Erwidern. Wenn diese Befürchtung Weizsäckers richtig ist, dann hätten die Europäer bereits vor, aber auch nach der Dislozierung neuer LRTNF der USA in Europa den so wichtigen Schutz durch das amerikanische strategische Arsenal verloren, und die regionale Abschreckung wäre von der globalstrategischen abgekoppelt. Welchen Sinn hätte demnach eine solche LRTNF-Stationierung noch?

Weizsäckers Thesen blieben nicht unwidersprochen. Nur wenige Wochen später hat Christoph Bertram die Gegenposition dazu verdeutlicht, und dies ebenfalls noch vor Verabschiedung des Doppelbeschlusses.¹ Nach Bertrams Auffassung sind die neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme nicht dazu ausersehen, die Aufgabe der globalstrategischen Systeme der USA

1 Bertram, Ringen um Raketen ..., a.a.O.

zu übernehmen. Die neuen Waffen, so Bertram, "können nicht und, im Interesse Europas, dürfen nicht die strategische Nukleargarantie Amerikas ersetzen". Ansonsten, so Bertram weiter, "wäre auf die amerikanische Abschreckung kein Verlaß mehr, dann würden die neuen Mittelstreckenwaffen allenfalls die Länder Westeuropas einem sowjetischen Präventivschlag aussetzen, aber sie würden nicht - worauf es ankommt - die Sowjetunion vom Einsatz atomarer Waffen abschrecken. Eine Alternative zum nuklearen Schutzschirm Amerikas können die neuen Waffen nicht sein". Sie würden, so Bertram weiter, auch nicht die militärische Antwort auf die SS-20 darstellen, denn: "Weder schaffen sie 'euro-strategische' Parität, noch brauchen sie es. Die Disparitäten im Mittelstreckenbereich werden auch weiterhin von der amerikanischen Abschreckung ausgeglichen."

Denn auch die SS-20, so Bertram, sei nun einmal für die Allianz keine taktische, sondern eine "strategische Waffe". Und "gegen derartige Bedrohungen bleibt uns nichts anderes, als das Vertrauen auf die Abschreckungswirkung des strategischen Arsenal der Weltmacht Amerika. Wäre dieses Vertrauen nicht mehr gerechtfertigt, wäre die amerikanische Garantie nichts mehr wert. Auch das Modernisierungsprogramm der NATO könnte sie nicht erzwingen". Bertram weist somit darauf hin, daß politische Faktoren wie Vertrauen und Einigkeit in der NATO für das Funktionieren von Abschreckung wichtig sind, gerade auch was die politisch-psychologische Einschätzung des Bündnisses und seiner von der UdSSR perzipierten Reaktionen angeht.¹ Dies galt für die sowjetischen Schlußfolgerungen aus der westlichen Diskussion um die Neutronenwaffe, dies galt aber auch für die sowjetische Wahrnehmung der Diskussion und der Politik der westeuropäischen NATO-Staaten angesichts des NATO-Doppelbeschlusses und seiner beiden Komponenten Verhandlung und Rüstung.

Die Sicherheit Westeuropas, so Bertram weiter, hänge somit

1 Zitate siehe Bertram, Ringen um Raketen ..., a.a.O.

noch immer in letzter Instanz von der Bereitschaft der USA ab, mit den eigenen Interkontinentalraketen die Sowjetunion von einem Angriff auf Westeuropa abzuschrecken. Bertram dazu: "Das bleibt die Grundlage der gesamten NATO-Doktrin."¹ Die Frage, warum ein amerikanischer Präsident denn amerikanische Nuklearwaffen auf europäischem Boden gegen sojetische Ziele einsetzen sollte, wenn ein derartiger Einsatz doch nur dazu führen würde, einen sowjetischen Gegenschlag gegen Amerika auszulösen, beantwortet Bertram mit dem Hinweis darauf, die neuen Waffen würden den Amerikanern eine "zusätzliche militärische Option" geben und damit das Spektrum der Abschreckung vervollständigen und stärken.²

Was mit dieser "zusätzlichen militärischen Option" gemeint sei, wie sie aussehe, welche Qualität und welche Auswirkungen sie auf die westeuropäische Sicherheit habe bzw. haben könne, wurde zum wichtigen Untersuchungsgegenstand der militärstrategischen und strategiekritischen Analysen in der wissenschaftlichen Diskussion. Die Frage danach, die Frage nach der Bedeutung der neuen NATO-LRTNF führte dann konsequenterweise zur Diskussion der Abkopplungsproblematik und damit zur Untersuchung der militärstrategischen Glaubwürdigkeit der NATO-Doktrin der flexiblen Erwidern. Dies war eine stringente Entwicklung der wissenschaftlichen Diskussion, die sich damit aber der Gefahr aussetzte bzw. aussetzen mußte, die politisch-psychologischen Auswirkungen dieser Diskussion zu vernachlässigen. Daß eben dies eine ausgesprochen erwünschte Zielsetzung kritischer Friedensforschung sein sollte, hat sie selbst oft genug betont.

Wettig hat die Notwendigkeit einer Kopplung europäischer und US-amerikanischer Sicherheit eindringlich hervorgehoben. Eine Abkopplung der regionalen Abschreckung von der globalstrategischen verringere, so Gerhard Wettig, unabhängig von den derzeitigen Absichten der Großmächte objektiv den Mechanismus der Kriegsverhütung zugunsten von Optionen des offenen oder

1 Ebenda

2 Ebenda

versteckten Gewaltgebrauchs. Strategiekonform zog Wettig deshalb daraus den Schluß: "Die westlichen Überlegungen gehen dahin, daß eine Abkopplung um so wahrscheinlicher ist, je weniger das regionale Ungleichgewicht noch erträgliches Ausmaß zu haben scheint."¹ Dies war auch die Überlegung, die die NATO dazu veranlaßte, ihren Doppelbeschluß zu verabschieden, wie nicht nur die Begründung im Kommuniqué, sondern auch die zitierten Aussagen der NATO über den Zusammenhang von Abschreckung und Verteidigung belegen.

Der Einsatz der globalstrategischen Waffensysteme, so Wettig weiter, müsse deshalb in einem angemessenen Verhältnis zur Herausforderung stehen. Nicht jede Drohung dürfe deshalb die Drohung mit massiver Vergeltung erfordern (wie dies die abgelöste NATO-Doktrin der massiven Vergeltung zumindest postulierte). Daher, so Wettig weiter, "erscheint ein relatives (wenngleich unvollständiges) regionales Gleichgewicht notwendig".²

Kaiser geht denn auch davon aus, daß die fortschreitende Nuklearrüstung der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich das Abschreckungssystem aus den Angeln hebe und daß eine "zahlenmäßig ungleich kleinere Zahl westlicher Systeme in Europa die Abschreckungswirkung erhalten könne".³

Der Grund für die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung eines relativen Gleichgewichts liegt nach Auffassung von Stratmann eben darin, "daß im Unterschied zur Doktrin der 'massive retaliation' die seit 1961 propagierte neue amerikanische Strategie der 'flexible response' eine substantielle Verteidigungsfähigkeit der NATO zum zentralen Glaubwürdigkeitskriterium erklärte".⁴

1 Wettig, Die USA, die UdSSR ..., a.a.O., S. 29

2 Ebenda, S. 29

3 Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.

4 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 15

Eben deshalb, hat sich auch die wissenschaftliche Diskussion um die LRTNF-Rüstungsentscheidung der NATO an der Frage gerieben, wie berechtigt dieses zentrale Glaubwürdigkeitskriterium sein könne. Hierbei handelt es sich um eine grundsätzliche Problematik, eine Problematik der Abschreckungstheorie, die sowohl von Befürwortern wie Gegnern des Doppelbeschlusses gesehen wird.

Denn angesichts der Schwierigkeit, so Herrmann, "eine akzeptable Verbindung zwischen Abschreckung (der Drohung nuklearer Eskalation) und Verteidigung (der Fähigkeit zur militärischen Blockierung eines Angriffs des Warschauer Pakts) zu finden"¹, und angesichts der "Unmöglichkeit, offizielle Strategie und verfügbare Mittel planerisch zur Deckung zu bringen"², leidet auch die neue NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung, wenn auch im unterschiedlichem Ausmaß als die frühere der massiven Vergeltung, unter Glaubwürdigkeitsproblemen, wie die Kontroverse zwischen Weizsäcker und Bertram bereits verdeutlicht hat.

Somit wird klar, warum Ruehl bereits im Februar 1980 angesichts der geplanten Einführung neuer und moderner westlicher Mittelstreckensysteme darauf aufmerksam gemacht hatte: "Die bequeme Zeit der gedanklichen Unverbindlichkeit, da jedermann eine listige Unterscheidung zwischen 'Abschreckung' und 'Kampfführung' machen und damit das eigentliche Problem der nuklearen Optionen auf dem Kriesschauplatz eskamotieren konnte, indem er den Mythos von der 'kampfflosen Abschreckung' verherrlichte, ist in Europa zu Ende."³ In der Verbesserung der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie sieht Ruehl-wie auch eine Reihe anderer Wissenschaftler-eine der wichtigsten, wenn nicht die entscheidende Aufgabe einer "Modernisierung" oder "Umrüstung" des westlichen TNF-Potentials durch neue NATO-LRTNF.

1 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 151

2 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 17

3 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 109

Ursache dafür ist nach Ruehl die Veränderung, die das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt aufgrund qualitativer und quantitativer Entwicklungen erfuhr: Ruehl bezeichnet die LRTNF-Rüstung der NATO einerseits als Modernisierung und als (nukleare) Ergänzung der konventionellen Kräfte der NATO, hebt andererseits hervor: "Gleichzeitig waren aber die Zweifel an der praktischen Brauchbarkeit der gesamten nuklearen Bewaffnung als Mittel zur Ausführung der NATO-Defensivstrategie der 'flexible response' gewachsen."¹ Denn, so Ruehl weiter: "Die schauplatzgebundenen Kernwaffen konnten schon seit Mitte der sechziger Jahre nicht mehr einfach als 'Abschreckungsmittel', als verlängerter Arm der strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa angesehen werden, wenn sie der flexiblen Strategie gradueller und kontrollierter Eskalation dienen sollten. Also mußten ihnen militärisch zweckmäßige Ziele und Aufträge im Zusammenhang der Eskalation gemäß der Doktrin der flexiblen Erwidierung gegeben werden."² Für diese Ziele und Aufträge waren die älteren TNF aufgrund der Stationierung der modernen SS-20 nach Ansicht der NATO offenbar erst recht nicht mehr geeignet. Ruehl interpretierte die Absichten der NATO bei der Verabschiedung des Beschlusses deshalb so: "Die NATO hat sich die Modernisierung der TNF-Bewaffnung zur Aufgabe gemacht, um ihre defensive Strategie 'ausführbar' zu erhalten, in Wahrheit auch, um sie wirksamer, zuverlässiger und weniger selbstbehindernd zu machen."³

Eine Reihe von Wissenschaftlern hat das Modernisierungsprogramm der NATO im Bereich der nuklearen TNF und vor allem die damit verbundenen Konsequenzen für die Sicherheit der Westeuropäer mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, und in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, welche Folgen eine solche LRTNF-Rüstung zeitige, wenn die Abschreckung dennoch

¹ Ebenda, S. 99

² Ebenda, S. 100/101

³ Ebenda, S. 109; vgl. dazu Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 81

versagen sollte. So machte etwa Schubert 1980 deutlich, daß die Einführung der modernen sowjetischen und westlichen kontinentalstrategischen Systeme durchaus auch negative Auswirkungen genereller Natur mit sich bringen könnte: "Wenn schließlich die Drohpotentiale zum Zwecke der lückenlosen Abschreckung so verfeinert werden, daß die Kriegsführung begrenzter Größenordnung möglich erscheint, dann sind Regional- oder Stellvertreterkriege vorstellbar, die von den am Krieg beteiligten Nuklearmächten einverständlich im Waffengebrauch nach oben begrenzt werden. Abschreckung wäre dann nur noch für strategische Waffen, die das jeweilige Mutterland der Führungsmacht verwüsten können wirksam."¹ Der doppelte Konjunktiv, den Schubert hier verwendet, soll darauf hindeuten, daß sich hier eine mögliche Gefahr abzeichnet, die gerade von Seiten der Europäer ernst genommen werden sollte. Diese Frage, ob eine Kriegsführung begrenzter Größenordnung auch in Europa möglich werde, und inwieweit hier ein Zusammenhang mit der kontinentalstrategischen Rüstung in Ost und West bereits besteht, sollte die Diskussion beschäftigen, ebenso wie die Frage, ob eine solche Verfeinerung der Drohpotentiale nicht nur in der Theorie, sondern auch reale, politisch nutzbare Chancen eröffnen könnte.

Immerhin: Eine Auswirkung der sowjetischen SS-20-Dislozierungen, die die NATO sich zu beantworten genötigt sah, hat Ruehl hervorgehoben: Abgesehen von anderen Gründen der NATO, ihr TNF-Potential zu modernisieren, stellte Ruehl fest: "Nach dem Beginn der SS-20-Dislozierung im Jahre 1977 mußte die NATO den Schritt über die Reichweitengrenze zur direkten 'kontinentalen' Bedrohung der Sowjetunion tun, wenn sie die Abhängigkeit Westeuropas von den zentralen US-Streitkräften und damit von der restriktiven Wirkung des SALT-II-Abkommens auf die Vereinigten Staaten nicht vergrößern wollte."² Das von der NATO mit ihrer LRTNF-Entscheidung verbundene Ziel

1 Schubert, Bedingungen des Überlebens ..., a.a.O., S. 30

2 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 104

sei deshalb, so Ruehl, "eine begrenzte, selektive und flexible Gegenbedrohung" der UdSSR, bzw. eine "kompensatorische Gegenbedrohung" gegenüber dem sowjetischen Militärpotential.¹ Eine Bestätigung dieser Aussage findet sich bei Krell, der sich in ähnlichem Sinne äußerte: "Die Nachrüstung soll eine kompensatorische Gegenabschreckung schaffen, d. h. die glaubwürdige Androhung eines Gegenschlags von Europa aus, ohne den Rückgriff auf zentrale amerikanische Systeme."²

Bei aller Ähnlichkeit dieser beiden Einschätzungen von Ruehl und Krell muß allerdings hervorgehoben werden, daß gerade die Reichweitensteigerung westlicher TNF in der wissenschaftlichen Diskussion noch eine wichtige Rolle spielen sollte.

Senghaas hat die mit der Einführung der neuen westlichen kontinentalstrategischen Systeme verbundene Zielsetzung durch die NATO analysiert und ist dabei, ähnlich wie Ruehl, zu dem Ergebnis gekommen, daß die NATO auch ohne die drohenden SS-20 "umgerüstet" hätte.³ Dieser von Senghaas im Juli 1981 benutzte Begriff des "Umrüstens" kommt dem Charakter der westlichen Modernisierungsmaßnahmen sehr viel näher als der amtlicherseits verwandte Begriff "Nachrüstung", der eher auf einen erweiterten quantitativen Bedarf angesichts sowjetischer SS-20-Dislozierungen abstellt, von vielen Autoren, wenn überhaupt, dann nur in Anführungszeichen verwendet wird, und den vor allem kritische Friedensforscher immer wieder zu widerlegen suchten.

Nach Auffassung von Senghaas war die Modernisierung des NATO-Potentials seit den späten sechziger Jahren (und damit möglicherweise seit der Einführung der flexiblen Erwiderung als offizieller NATO-Doktrin), "ungeachtet ihrer konkreten quantitativen und qualitativen Ausmaße vorgesehen, um die westliche Doktrin flexibler Antwort wieder glaubwürdig zu ma-

1 Ebenda, S. 105/106

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 32

3 Senghaas, Auch ohne die drohenden SS-20 ..., a.a.O.

chen". Denn, so Senghaas, um die in der NATO-Strategie vorgesehene abgestufte militärische Vergeltung für den Fall einer militärischen Aggression "glaubhaft anzudrohen, sind nach gängiger Doktrin Waffensysteme erforderlich, die auf allen Ebenen wirklich selektiv und begrenzt einsetzbar sind". Viele der euronuklearen Waffensysteme der NATO seien jedoch "für solche Zwecke ungeeignet". Sie seien zudem veraltet und stammten noch aus der Zeit, in der "die Doktrin massiver Vergeltung noch gültig war".¹

Dies bedeute aber, so Senghaas, daß diese Waffensysteme gravierende Mängel "im Sinne der 'flexiblen Antwort' " darstellten, die seit langem erkannt und zu beheben versucht worden seien. Senghaas spricht in diesem Zusammenhang und angesichts der Entwicklung der SS-20 von einem "allgemeinen Rüstungstrend" in Ost und West.²

Senghaas vermerkt ebenso wie die Befürworter einer LRTNF-Rüstung der NATO, daß die TNF der NATO die Aufgabe hätten, "die konventionelle Schwäche gegenüber den mengenmäßig stärkeren Streitkräften der Warschauer-Pakt-Staaten auszugleichen". Der angedrohte Einsatz dieser TNF sei jedoch "mehr und mehr unglaublich / geworden, Verf. 7, da von ihm eine Selbstabschreckung auszugehen droht".³

Senghaas geht zudem davon aus, daß die Forderung, auf allen Ebenen nuklearer Kriegsführung neue miniaturisierte bzw. präzise Waffensysteme zu erhalten, nicht nur einem waffentechnologischen Trend entspreche, sondern auch "den erklärten Erfordernissen der Doktrin flexibler Antwort" gerecht werde, allerdings, so Senghaas, "insbesondere für den Fall, daß Abschreckung fehlschlägt und die vorgesehenen Kriegsführungsoptionen in Kraft treten".⁴

1 Ebenda

2 Ebenda

3 Ebenda

4 Ebenda

Senghaas macht an dieser Stelle deutlich, daß auch er nicht an eine überkommene Zweiteilung von Abschreckung einerseits als Abschreckung durch Vergeltung und andererseits als Abschreckung durch Verteidigung glaubt. Senghaas ist sich offensichtlich der Bedeutung der nuklearen Optionen für die Abschreckungsdoktrinen bewußt und hebt hervor, daß Kriegsführungsoptionen erst dann in Kraft treten, wenn die Abschreckung bereits versagt hat.

In diesem Fall, so auch Senghaas, solle es dann die Aufgabe der eurostrategischen Waffensysteme größerer Reichweite sein, den weiteren Aufmarsch östlicher Verbände in der Tiefe des Warschauer Paktes zu verhindern, und damit um die Beseitigung oder Schwächung nachrückender Truppen der zweiten und weiteren Wellen. Was die NATO erklärtermaßen anstrebe, sei ein auf rückwärtige militärische Ziele gerichtetes Potential, welches treffsicher sein müsse. Senghaas weiter: "Dabei geht es nicht - wie meines Erachtens von Kritikern oft fälschlicherweise unterstellt - um eine Erstschlagfähigkeit (first strike option); diese würde höchstwahrscheinlich ganz andere Ausmaße von treffsicheren eurostrategischen Systemen in Kombination mit entsprechenden amerikanischen Interkontinentalraketen erfordern." Was unter Verweis auf neuere sowjetische Waffensysteme als Maßnahme der "Nachrüstung" bezeichnet werde, sei deshalb eine Umrüstungsmaßnahme, durch die altes, nicht einsatzfähiges Gerät ausgefällt und durch neues ersetzt werden solle, das nach "gängiger Planung" den Anforderungen der herrschenden Doktrin besser entspreche. Eben dies, so Senghaas hervorhebend, sei auch der Hintergrund, warum auch ohne die sowjetischen Systeme SS-20 und Backfire Umrüstungsvorhaben "überfällig" gewesen wären.¹

Nach diesen Ausführungen Senghaas als Musterbeispiel eines Befürworters der westlichen Modernisierungsmaßnahmen einzustufen, wäre zweifellos falsch. Senghaas hält mit seiner Kritik "offizieller Sicherheitspolitik" nicht hinter dem Berg:

¹ Ebenda

Diese "offizielle Sicherheitspolitik", so Senghaas, manöviere "sich weiter in eine Sackgasse". Senghaas, einer der herausragenden Vertreter kritischer Friedensforschung, analysiert die LRTNF-Rüstung in Ost und West im Unterschied zu manch anderem kritischen Friedensforscher, indem er die politischen und strategischen Zusammenhänge berücksichtigt. Und dies eben deshalb, weil, wie er deutlich macht, in dem hier dargelegten Argumentationszusammenhang nicht die Plausibilität oder Nichtplausibilität der Doktrin flexibler Antwort zur Debatte stehe. Seine Begründung dafür lautet: "Auszugehen ist davon, daß diese offizielle Doktrin Gültigkeit besitzt und daß ihr demzufolge angemessene Waffensysteme entsprechen müssen: Waffensysteme mit flexiblen, selektiven und begrenzten Einsatzmöglichkeiten als Grundlage glaubwürdiger Abschreckung."¹

Vergleicht man die Äußerung von Senghaas mit den oben angeführten der Befürworter einer LRTNF-Entscheidung der NATO, so kommt man nicht umhin festzustellen, daß sich eine Reihe dieser Vertreter "herkömmlicher Sicherheitspolitik" und Senghaas, der "kritische Friedensforscher", im Grunde einig sind über die Aufgaben, die die neuen westlichen Mittelstreckensysteme im Rahmen der derzeit geltenden NATO-Strategie haben sollen.

Abgesehen davon beurteilt Senghaas die Entwicklung der Militärpotentiale generell allerdings äußerst kritisch. In diesem Zusammenhang spricht er sogar davon, "Clausewitz redivivus"². Dazu Senghaas: "Abschreckung durch sichere Selbstvernichtung / Herv. i. Text, Verf. 7 ('assured destruction') wird ersetzt durch das klassische Abschreckungsprinzip: Ab-

1 Ebenda

2 Senghaas, Einleitung zur Neuauflage 1981, a.a.O., S. 19. Vgl. auch Vad, Erich, Carl von Clausewitz. Seine Bedeutung heute, Herford/Bonn 1984. Vgl. dazu Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 81, wo es heißt: "An die Stelle der klassischen Abschreckung durch unsichere Erfolgchancen trat so die Abschreckung durch sichere Selbstvernichtung."

schreckung durch unsichere Erfolgschancen [/Herv. i. Text, Verf. _7], und damit erhöhen sich die Unsicherheitsfaktoren der Abschreckungspolitik insgesamt, die man einst technokratisch bändigen zu können glaubte ('gesicherte Zweitschlag-Kapazität'), um sich nunmehr der gegenteiligen Lage, militärtechnologisch und konzeptuell verursachter politischer Unsicherheit, ausgesetzt zu sehen. (...) So werden konsequent neue militärtechnologische Instabilitäten geschaffen, die nicht ohne Folgewirkungen auf die politische Destabilisierung des Abschreckungssystems selbst und damit auf dessen Krisenanfälligkeit bleiben können."¹

Nach Meinung von Senghaas handelt es sich dabei allerdings um eine allgemeine Entwicklung, die "den Zwang zum Aufbau von 'Erstschlag-Kapazitäten' und den entsprechenden Zwang zu 'Präventivschlägen' ('preemption') provoziert".²

Ob nun kritischer Friedensforscher oder Strategiekritiker: Die von Ruehl und von Senghaas geäußerte Beurteilung des LRTNF-Beschlusses der NATO im speziellen wird auch von anderen Friedensforschern und Strategieexperten weitgehend bestätigt, so etwa von Mechttersheimer und von Stratmann.³ Die Schlußfolgerungen allerdings, ob die neuen westlichen Systeme die ihnen gestellten Aufgaben, einen Kriegsausbruch durch Verbesserung der nuklearen Optionen im Sinne der Abschreckungsstrategie zu verhindern, auch erfüllen können, fallen dann jedoch recht unterschiedlich aus. Dies wurde bei Senghaas bereits deutlich. Eben diese Unterschiede sind dann zum eigentlichen Streitpunkt der wissenschaftlichen Diskussion um die NATO-LRTNF-Entscheidung geworden, wobei sie dann häufig auch zugespitzt oder schärfer akzentuiert wurden. Unterschiede in der Argumentation der verschiedenen Wissenschaftler liegen

1 Senghaas, Einleitung zur Neuauflage 1981, a.a.O., S. 18

2 Ebenda, S. 19

3 Vgl. Mechttersheimer, Hat SALT III ..., a.a.O., S. 20/21 und Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 15 - 20

vor allem auch darin begründet, daß der eine vor allem die Bedeutung der neuen LRTNF für die Aufrechterhaltung von Abschreckung hervorhebt, während der andere vor allem die gewachsenen Gefahren verdeutlicht, die diese LRTNF bergen würden, im Falle eines Versagens der Abschreckung.

Dies heißt aber auch, daß sich hier nicht einfach die Frage stellt, wer denn nun von beiden "recht" habe. Es handelt sich hierbei um zwei Seiten der einen Medaille. Derjenige Wissenschaftler, der die Abschreckungstheorie und damit auch die NATO-Doktrin bereits vom Ansatz her für fragwürdig oder gar für falsch hält, wird sich unter Umständen mehr mit dem Fall eines Versagens von Abschreckung beschäftigen, während ein Wissenschaftler, der diese Doktrin im Prinzip für richtig hält, sich eher um die Verbesserung ihrer Abschreckungswirkung bemühen wird. Diese Unterscheidung ist natürlich idealtypischer Natur und dient lediglich der Illustration und dem besseren Verständnis gerade auch der Diskussion um die kontinental-strategischen Raketensysteme in Europa.

So gehen etwa Ruehl und Senghaas davon aus, welche nuklearen Optionen die NATO auf einem Kriegsschauplatz hätte bzw. wie es um die Kriegsführungsoptionen der NATO bestellt sei, während manche Gegner des Beschlusses die von Stratmann konstatierte "für das deutsche strategische Denken bis in die Gegenwart charakteristische Trennung und Entgegensetzung von 'Abschreckung' und 'Verteidigung' bzw. 'Kriegsführung' "¹ bevorzugen.

So argumentiert etwa Erwin Müller, daß "bereits ein höchst begrenztes Potential ausreicht, einen numerisch noch so 'überlegenen' Gegner auszulöschen".² Bei einer derartigen Auffassung hat sich dann dementsprechend natürlich auch "das Konzept der Kriegsverhütung [⁻ Herv. i. Text, Verf. ⁻] durch nukleare Abschreckung in ein Konzept der Abschreckung durch

1 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 16

2 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 12

nukleare Kriegsführungsfähigkeit /¹ Herv. i. Text, Verf. 7 verwandelt".¹ Müller lehnt aus prinzipiellen Gründen die NATO-Strategie der flexiblen Erwidern ab. Darüber darf seine These vom "Strategiewandel" nicht hinwegtäuschen. Dieser Strategiewandel erfolgte nämlich schon 1960/61, auch wenn die Strategie der massiven Vergeltung durch die der flexiblen Erwidern in der NATO erst 1967 abgelöst wurde.

Die Ursache dieser immer wieder in der wissenschaftlichen Diskussion auftauchenden These vom Strategiewandel ist der Formelkompromiß bei der Formulierung der NATO-Doktrin, mit dem eben versucht wurde und versucht wird, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Auf diese Weise konnte deshalb häufig der Eindruck entstehen, die NATO verfolge eine reine Abschreckungsstrategie, Nuklearwaffen seien lediglich politische Waffen.

Auch Müller geht davon aus, daß Abschreckung einen Gegner nur "vom Einsatz seiner Atomwaffen" abschrecken soll.² Was dies für die NATO angesichts sowjetischer konventioneller Überlegenheit bedeuten könnte, hat u. a. Weizsäcker hervorgehoben: "Einen auf konventionelle Waffen beschränkten Krieg in Europa könnte sie /³ die UdSSR, Verf. 7 heute, wenn sie wollte, gewinnen."³ Aus diesem Grunde betont die NATO denn auch immer wieder die Ausgleichsfunktion ihrer TNF für konventionelle Defizite, und dies auch im Kommuniqué vom 12. Dezember 1979, mit dem der Doppelbeschluß aus der Taufe gehoben wurde.

1 Ebenda, S. 13

2 Ebenda, S. 13; vgl. dazu: Bundy, McGeorge, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: EA, 37. Jg., 1982, H. 7, S. 183 - 198 sowie Kaiser, Karl, Georg Leber, Alois Mertes und Franz-Joseph Schulze, Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens. Stellungnahme zu einem amerikanischen Vorschlag über die Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen, in: EA, 37. Jg., 1982, H. 12, S. 357 - 368

3 Weizsäcker, Gefahren der Rüstung ..., a.a.O.; zu dem gleichen Schluß kam auch Afheldt, in: ders., Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 78

Müller lehnt denn auch bereits die Androhung eines Ersteinsatzes von Atomwaffen ab und befürwortet stattdessen die Übernahme einer "Zweiteinsatzdoktrin" bzw. die Schaffung einer "atomwaffenfreien Zone in Westeuropa", die seiner Meinung nach eingeführt werden kann, "ohne daß die Stabilität der Abschreckung tangiert wäre".¹ Eine derartige Forderung nach sogenannten "atomwaffenfreien Zonen" tauchte vor allen Dingen in der öffentlichen Diskussion auf. Müller hat sich dieser politischen Forderung offenkundig angeschlossen. Die Forderung nach derartigen "atomwaffenfreien Zonen" kommt jedoch nicht von ungefähr, sondern wurzelt zum einen in dem Bewußtsein der Gefahr, die ein Krieg im dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Europa angesichts der vorhandenen Massenvernichtungswaffen hätte, und zu einem gewissen Teil auch darin, daß aufgrund der Auswirkungen eines solchen Krieges die Europäer eine im Vergleich zu den Amerikanern unterschiedliche Auffassung von der Bedeutung und Wünschbarkeit wirksamer taktisch-nuklearer Verteidigungsfähigkeit entwickelten.

Afhelddt hat die "ambivalente" amerikanische "militärische Sicherheitspolitik" auf die "verkürzte Formel" gebracht: "Niemand kann ausschließen, daß es trotz Abschreckung zum Kriege kommt. Militärische Macht der Vereinigten Staaten kann deshalb nicht 'nur zu Abschreckung' dienen. Die militärischen Mittel müssen vielmehr einsetzbar /- Herv. i. Text, Verf. _7 sein. Einsetzbar heißt, daß ihr Einsatz den politischen Zwecken der Vereinigten Staaten dient, für die sie eingesetzt werden sollen. Einem politischen Zweck dient nur der begrenzte /- Herv. i. Text, Verf. _7 Krieg. Abgestufte Optionen für alle militärischen Mittel - einschließlich der strategischen Kernwaffen - anstelle massiven Einsatzes werden damit Voraussetzung für den politischen sinnvollen Gebrauch. Militärische Mittel, die nicht in dieser Weise sinnvoll einsetzbar sind, können nach amerikanischer Auffassung einen Gegner auch nicht abschrecken. (...) Die Grundsätze

¹ Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 13

dieses Denkens manifestieren sich in sicherheitspolitischen Erklärungen, Forderungen und Waffenbeschaffungsprogrammen." ¹

Die amerikanische Strategie der flexiblen Erwidern, die eben eine substantielle Verteidigungsfähigkeit als zentrales Glaubwürdigkeitskriterium "propagierte", war nach Auffassung von Stratmann allerdings nur die "Formulierung" eines "strategischen Kompromisses", und dies deshalb, um "auch die neue Doktrin der 'flexible response' im wesentlichen als nukleare Abschreckungsstrategie im Sinne ihrer Vorgängerin darstellen" /- Herv. i. Text, Verf. -/ zu können". Das Zustandekommen der neuen Strategie sei, wie Stratmann bedeutet, eine "Einigung auf hinreichend interpretationsfähige Formeln" gewesen. ² Deshalb hätte es die "verbale Flexibilität der neuen Doktrin und der hohe Abstraktionsgrad ihrer zentralen Begriffe" erlaubt, "strittigen Fragen ihrer operativen Konkretisierung und Durchführung auszuweichen". ³

Afhelddt hat in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß eine taktisch nukleare Verteidigung ohne Rekurs auf die global-strategischen Systeme der USA allenfalls eine rationale amerikanische Option sein könne, daß aber niemand wisse, ob ein taktischer Kernwaffenkrieg überhaupt begrenztbar sei bzw. bliebe und daß die der NATO Mitte 1979 zur Verfügung stehenden TNF äußerst verwundbar seien. ⁴ Afhelddt machte allerdings deutlich, daß "die Erhaltung des Bündnisses für die USA ein politischer Wert /- sei, Verf. -/ " ⁵, und daß die "Modernisierung der taktischen Kernwaffen in Europa (...) den Ausweg aus allen drei Problemen /- suche, Verf. -/ " ⁶.

Angesichts der Diskussion um die NATO-LRTNF wurden die Folgen einer Einigung auf einen, wie Stratmann es nannte, in-

1 Afhelddt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 81/82

2 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 16; vgl. Rattinger, Strategieinterpretationen ..., a.a.O., S. 22

3 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 17

4 Afhelddt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 82/83

5 Ebenda, S. 82

6 Ebenda, S. 83

interpretationsfähigen Formelkompromiß immer deutlicher. Stratmann machte denn auch darauf aufmerksam: "So verständlich und politisch zweckmäßig es in der besonderen Lage der Bundesrepublik erscheinen mußte, eine öffentliche Diskussion ihrer prekären strategischen Lage zu vermeiden - heute erweist sich diese Abstinenz als problematische sicherheitspolitische Hypothek."¹ Diese "Hypothek"^{1a} der Diskussion um die NATO-LRTNF ergab sich aus dem Nichtvorhandensein einer eindeutigen Auslegung der NATO-Strategie und führte dann aufgrund unterschiedlicher Strategieinterpretationen notwendigerweise und legitimerweise zu unterschiedlichen Einschätzungen der für die Glaubwürdigkeit dieser Abschreckungsstrategie notwendigen Potentiale, abgesehen einmal von grundsätzlichen Zweifeln einer Reihe von Wissenschaftlern an der Plausibilität der Abschreckungstheorie.

Mechtersheimers Warnung vor einer " 'Europäisierung' eines Atomkrieges" zeigt, daß er in der Stationierung westlicher LRTNF eine Gefahr sieht, daß diese Rüstungsmaßnahme "die Abkopplung, statt sie zu erschweren", fördere.² Seiner Auffassung nach hätten die Amerikaner wie die Sowjets ein Interesse daran, "die Risiken des Atomkrieges stärker auf Europa verlagern" zu können.³ Er befürchtet, daß durch die neuen westlichen Waffen "im Unterschied zu heute" ein "US-Atomwaffeneinsatz auf dem Gefechtsfeld in Europa erleichtert / werde, dies, Verf. / gleichzeitig aber die Eskalation auf die strategische Ebene erschweren würde".⁴ Mechtersheimers Bedenken resultieren offenbar auf der mit den neuen NATO-LRTNF (ebenso wie bei den SS-20) ermöglichten Verringerung des Kollateralschadens, der die neuen NATO-LRTNF im Vergleich zu den alten TNF instand setzt, "chirurgischer" und deshalb mit geringerer Eskalationsgefahr militärisch

1 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? ..., a.a.O., S. 18

2 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 62

3 Ebenda, S. 61

4 Ebenda, S. 62

1a Vgl. Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 80 und Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 91/92

nutzbar zu sein. Afheldt hat allerdings zu Recht hervorgehoben, so wie in ähnlicher Weise Weizsäcker und Kissinger, daß dies keine neue Problematik sei. Afheldt hob hervor, daß die " 'Selbstabschaffung' der Kernwaffen (...) von Anfang an nur ┐ Herv. i. Text, Verf. ┐ für den großen strategischen Kernwaffenkrieg ┐ galt, Verf. ┐ : Denn zur Abschreckung russischer Angriffe auf andere Interessen als das Überleben der USA selbst, z. B. zur Abschreckung von Angriffen in Europa, brauchte man ja gerade das Gegenteil von Selbstblockade der strategischen Waffen: ihre Verfügbarkeit." ¹

Mechtersheimer geht von der Annahme aus, daß "eine Parität bei diesen ┐ den kontinentalstrategischen, Verf. ┐ Waffen eine Abkopplung der in Europa stationierten von den strategischen amerikanischen Atomwaffen begünstigt und dadurch die auf der Triade beruhende westliche Verteidigungskonzeption aushölt". ² Eine eurostrategische Parität sei aber nicht wünschenswert, "wenn der Westen als strategische Einheit begriffen werden " solle. ³ Eine Parität bei den kontinentalstrategischen Nuklearsystemen war allerdings niemals das Ziel, welches die NATO mit ihrem Doppelbeschluß verfolgte. Ihr Interesse galt einem begrenzten Potential moderner LRTNF und Verhandlungen auf der Grundlage einer Anerkennung ihrer de jure-Berechtigung, gleichzuziehen.

Gert Krell hat denn auch die von Mechtersheimer geäußerte Paritätsthese nicht unterstützt und stattdessen zu verstehen gegeben, daß die Modernisierung der NATO-TNF "nicht als einseitige Verlagerung des atomaren Risikos auf Europa durch die Amerikaner interpretiert werden ┐ kann, Verf. ┐ ". ⁴ Denn, so Krell, es könne "gar nicht bestritten werden, das es viel

1 Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 81

2 Mechtersheimer, Hat SALT III ..., a.a.O., S. 16

3 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 59

4 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 16

mehr im Abkopplungsinteresse der USA liegen müßte, die Kurz- und Mittelstreckensysteme zu modernisieren, die nicht /¹ Herv. i. Text, Verf. 7 die Sowjetunion erreichen können. Mit der Stationierung neuer weitreichender Systeme, die unzweideutig die Sowjetunion bedrohen, nehmen die USA durchaus auch Risiken in Kauf".¹ Risiken entstehen für die USA gerade dadurch, daß die Sowjetunion mit diesen kontinentalstrategischen amerikanischen Waffensystemen mit strategischer Wirkung direkt bedroht wird. Krell verweist somit zu Recht auf den Unterschied, ob Systeme modernisiert werden, die lediglich das Territorium der Bündnispartner der UdSSR bedrohen können, oder ob Systeme eingeführt werden, die erstmals auch die UdSSR bedrohen, nachdem die USA ihre Mittelstreckensysteme nach Abschluß der Kuba-Krise 1962 aus Europa abgezogen hatten.

Wettig machte allerdings darauf aufmerksam: "Der Modernisierungsbeschluß sollte vor allem die Kopplung des europäischen Schauplatzes mit den globalstrategischen Kapazitäten der USA politisch unterstreichen." Dennoch handelt es sich bei dem Beschluß nicht lediglich um eine politische Geste. Wettig hob hervor: "Die Dislozierung eines nicht unerheblichen Kernwaffenpotentials auf westeuropäischem Boden hatte den Sinn, die westliche Führungsmacht noch deutlicher als bisher in Europa physisch zu engagieren."² Die neuen Waffen, so Wettig, dienten "politisch betrachtet ganz wesentlich dem psychologischen Bedürfnis nach einem Gegengewicht zur wachsenden eurostrategischen Macht der UdSSR. Die globalstrategischen Waffen der USA sollen aber wie bisher die Sicherheit Westeuropas auch auf der kontinentalstrategischen Ebene gewährleisten. Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen soll in dieser Hinsicht nur die 'Kopplung' zwischen der NATO-Verteidigung in Europa und den globalstrategischen Kapazitäten der westlichen Führungsmacht verstärken" /¹ Herv. i. Text,

1 Ebenda, S. 16

2 Wettig, Gerhard, Einvernehmen über eurostrategische Rüstung?, in: AP, 31. Jg., 1980, H. 4, S. 351/352

Verf. 7. Die militärische Aufgabe der neuen Waffen sei es, "einen Ausgleich für Streitkräfte-Defizite auf dem europäischen Gefechtsfeld 7 Herv. i. Text, Verf. 7 " zu schaffen.¹

Afheldt hat die Aufgabe einer Modernisierung der NATO-TNF wenige Monate vor der Verabschiedung des Beschlusses am 12. Dezember 1979 präzisiert. Er nannte in diesem Zusammenhang drei Probleme, auf die die NATO mit einer Modernisierung ihrer TNF begegnen wolle: "1. Die Furcht der Europäer vor den Folgen eines taktischen Nuklearkrieges in Europa muß besänftigt werden. Das Mittel hierzu ist: Miniaturisierung der Kernwaffen zur Begrenzung des Schadensradius. Erhöhung der Treffsicherheit zum Ausgleich der herabgesetzten Explosionswirkung. Die Neutronenwaffe ist das bekannteste Beispiel dieser Entwicklung. 2. Die Eskalationsgefahr zum strategischen Krieg muß verringert werden. Das kann einmal dadurch erreicht werden, daß die Wirkungen der Kernwaffen in Europa deutlich unter 7 Herv. i. Text, Verf. 7 den Wirkungen strategischer Waffen liegen. Wieder ist Miniaturisierung das Mittel. Zum ändern kann die Eskalation zum strategischen Krieg nur vermieden werden, wenn auf der Stufe des taktischen (oder europäischen) Krieges der Aggressor endgültig gestoppt werden kann. Das setzt zahlenmäßige ausreichende taktische Kernwaffenpotentiale voraus. 3. Die Zerstörbarkeit der taktischen Kernwaffen muß herabgesetzt werden."²

Afheldt hat diese Problemkreise bereits vor der Verabschiedung des Doppelbeschlusses angesprochen. Der Doppelbeschluß der NATO hat jedoch klar gemacht, daß das damals von Afheldt als Voraussetzung für einen auf Europa begrenzbaren Krieg genannte zahlenmäßig ausreichende taktische Kernwaffenpotential, oder, wie Mechttersheimer noch nach dem Beschluß meinte, "Parität", durch seine LRTNF-Rüstungskomponente nicht

1 Wettig, Gerhard, Die Sowjetunion und die eurostrategische Problematik, in PVS, 21. Jg., 1980, H. 4, S. 356

2 Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 83

angestrebt wird. Daß diese Befürchtung von Afheldt allerdings nicht ganz unbegründet war, daß innerhalb der NATO zeitweise an die Schaffung eines umfangreichen LRTNF-Potentials gedacht wurde, machte Ruehl deutlich: "Bis 1978 hatten amerikanische Planer für die NPG-Studien eine Zahl von 1500 bis 2000 LRTNF-Gefechtsköpfen vorgeschlagen. Die Begründung lag in einem umfassenden Zielplan, der die Basen und Depots der 60 sowjetischen Divisionen in Mittel- und Osteuropa einschließlich der drei westlichen Militärbezirke der Sowjetunion sowie die dort befindlichen SS-4/SS-5-Stellungen, Flugplätze, Radar-Großanlagen, bestimmte U-Boot-Bunker, Hafenanlagen und Verkehrsziele abdecken sollte."¹

Diese Pläne hat die NATO aufgegeben, eben weil sie darin das Risiko einer Entkopplung westeuropäischer von US-amerikanischer Sicherheit sehen mußte. Die Gründe, warum dies in Washington wie in Brüssel abgelehnt wurde, hat Ruehl verdeutlicht. Erstens, so Ruehl, würden derart viele Systeme eine eigenständige kontinentalstrategische Streitmacht bilden, zweitens "könnten sie eine Tendenz zur Abkopplung von den zentralen strategischen Streitkräften und Einsatzplanung der Vereinigten Staaten bewirken", und drittens die "Basis der 'flexiblen Erwidern' de facto aufheben und die Sowjetunion mit der Drohung eines massiven nuklearen Initialschlags der NATO konfrontieren, also destabilisierend wirken", und ferner die NATO von Kernwaffen noch abhängiger machen.²

Auch die neuen westlichen Systeme werden und können den Westeuropäern nicht die Sicherheit beschern, wie sie zwischen den beiden Supermächten besteht. Forndran weist jedoch darauf hin: "Die Bundesrepublik Deutschland und ihre westeuropäischen Verbündeten mögen zwar nicht völlig sicher sein, daß die Vereinigten Staaten für Europa kämpfen werden, die Sowjetunion

1 Ruehl, Der Beschluß der NATO ..., a.a.O., S. 106

2 Ebenda, S. 106

aber kann nicht völlig sicher sein, daß sie dies nicht tun wird. Die westeuropäische Unsicherheit in diesem Punkte bedeutet eben nicht sowjetische Sicherheit im Sinne einer risikoarmen Aggressionsmöglichkeit."¹ Und Krell merkt an, man könne allenfalls argumentieren, daß "die 'Nachrüstung' den USA (und der NATO) ein neues 'Zwischenstück' in der Abschreckung zur Verfügung stelle, daß ihr den frühzeitigen Rückgriff auf zentrale Systeme (U-Boote, ICBMs und in den USA stationierte Bomber) erspare."²

Krell spricht in diesem Zusammenhang von einem neuen "Zwischenstück", nicht wie Weizsäcker davon, daß die neuen LRTNF der NATO ein "Ersatz" für die Abschreckungswirkung der globalstrategischen Systeme der USA seien. Krell präzisiert seine Einschätzung, indem er darauf aufmerksam macht, "daß entgegen vielfach geäußerten Vermutungen die 572 geplanten Systeme keine den sowjetischen Mittelstreckenwaffen im Umfang vergleichbare 'Kriegsführungskapazität' (was immer das sein mag) bedeuten. (...) Ihre Funktion soll eher in der Eskalationsdrohung bestehen".³

Während manche Gegner des Doppelbeschlusses, wie etwa Lutz oder Erwin Müller die LRTNF-Entscheidung der NATO ablehnen, weil sie der Meinung sind, daß bei einer Aufrechnung der kontinentalstrategischen Systeme bereits "Parität" herrsche, gehen andere Gegner des Beschlusses, wie etwa Mechtersheimer, davon aus, diese neuen Systeme sollten eine (im Übrigen unerwünschte) "eurostrategische Parität" erst noch herstellen. Diese beiden Thesen sind falsch, wie die wissenschaftliche Diskussion eindeutig gezeigt hat. Unverständlich bleibt deshalb die gebrochene "Paritäts"-Argumentation dieser Beschlußgegner: Einerseits soll sie vorhanden sein, und "Nachrüstung" unnötig erscheinen lassen, andererseits solle sie hergestellt

1 Forndran, Technologie und Stabilität ..., a.a.O., S. 494

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 16

3 Ebenda, S. 16

werden, doch eben dies sei gefährlich für die Sicherheit der Westeuropäer, und erfordere die Devise: keine Nachrüstung!

Stratmann hat die Aufgabe der neuen westlichen LRTNF dahingehend interpretiert, daß ihnen "für selektive Einsätze erhebliche Bedeutung" zukomme, da es "in Szenarien kontrollierter Eskalation" vordringlich sei, "massive 'strategische' Angriffe zurückzuhalten, um sie als Mittel zur Kriegsbegrenzung und politischen Kriegsbeendigung einsetzen zu können".¹ Stratmann betont hier also eine Notwendigkeit, massive strategische Einsätze zurückzuhalten, nicht aber einen Einsatz globalstrategischer amerikanischer Waffensysteme generell. Denn dies würde eben eine Abkopplung kontinentalstrategischer NATO-LRTNF von diesen globalstrategischen Systemen der USA bedeuten. Deren Aufgaben angesichts der Einführung der NATO-LRTNF hat Herrmann verdeutlicht: "Die Forderung nach Flexibilität der der neuen westlichen LRTNF, Verf. 7 bedeutet daher zunächst die Einbeziehung des Interkontinentalwaffenpotentials der USA in ein einheitliches Gefüge konventionell-nuklearer Kriegführung, in dem die Grenzen zwischen regionaler und interkontinentaler Kriegführung zunehmend aufgelöst werden."²

Die Forderung nach Kopplung durch erhöhte Flexibilität der neuen NATO-LRTNF, so Herrmann weiter, "beinhaltet die Forderung, selektiv und begrenzt sowie zeitlich gedehnt die Offensivfähigkeit der Sowjetunion 'abnutzen' zu können ('draw down'). Sie impliziert daher, neben den genannten Forderungen (Überlebensfähigkeit, Treffgenauigkeit, Zuverlässigkeit und Zieladäquanz), vor allem die Forderung nach einer außerordentlich leistungsfähigen C³-I²- und 'battle-management' -Kapazität".³

1 Stratmann, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 389

2 Herrmann, Zum Problem der Beschaffung ..., a.a.O., S. 17

3 Ebenda, S. 17

Herrmann spricht hier von der "Implikation" und "Forderung" nach einer leistungsfähigen Aufklärungs- und Führungskapazität. Gerade hier bestehen jedoch allbekannte Defizite und Probleme der NATO, die zum Teil aus der unterschiedlichen Ausrüstung der verschiedenen nationalen Streitkräfte herühren, die die NATO allerdings zu verringern trachtet. In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß Afheldt aufgrund seiner These, "Sieg (...) setzt Überlegenheit voraus", hervorhob: "Überlegenheit in Aufklärungs- und Informationsmitteln. Überlegenheit in der Führung der eigenen Mittel, Überlegenheit in Zahl, Treffergenauigkeit und Varianz. Überlegenheit aber auch in der Entschlußgeschwindigkeit: Leere Raketenstellungen sind kein relevantes Ziel mehr. Prävention wird so entscheidend."¹

Doch weder, wie gezeigt, hat die NATO eine zahlenmäßige Überlegenheit, schon gar nicht bei den kontinentalstrategischen Systemen, noch verfügt sie über ein immunes und überlegenes Aufklärungs- und Führungssystem. Wenn die NATO hier versucht, ihr Defizit auf diesem Gebiet zu verringern, dann ist dies allerdings noch lange keine Bestätigung dafür, daß sie auf "Sieg" in einer militärischen Auseinandersetzung setze.

Mechtersheimer hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß ein Einsatz der neuen westlichen bodengestützten LRTNF (bei einem Versagen von Abschreckung, daß mit Hilfe dieser Systeme nach Ansicht der NATO ja reduziert werden soll) nur unter einer Bedingung möglich wäre: "Die USA setzen diese Waffen ein, bevor sie bekämpft werden können." Der Grund dafür, so Mechtersheimer, liege in der Verwundbarkeit dieser Waffen. Ein rechtzeitiger Einsatz sei "zwar militärisch möglich, jedoch politisch außerordentlich unwahrscheinlich. Möglich und / Herv. i. Text, Verf. 7 sinnvoll wäre der Einsatz aber nur dann, wenn (fast) alle sowjetischen eurostrategischen Systeme durch diesen ersten Schlag ausgeschaltet werden könnten."²

1 Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O. S. 84

2 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 61

Angesichts der Weite des sowjetischen Raums und der im Verhältnis zur SS-20 geringeren Reichweite sei dies jedoch nicht möglich.¹ Mechtersheimer kommt von seiner "Duelltheorie" offenbar nicht los. Die NATO sieht den Sinn ihrer neuen LRTNF jedenfalls nicht darin, Duelle mit den entsprechenden sowjetischen Gegenpotentialen zu führen. Mechtersheimers These bleibt deshalb unverständlich. Krell hat deshalb auch darauf hingewiesen: "Erstens sind die LRTNF der NATO nur zu einem geringen Teil für den Einsatz gegen die LRTNF der WVO vorgesehen und einsetzbar - und umgekehrt; zweitens wäre ein 'Krieg', in dem alle LRTNF der NATO und der WVO eingesetzt würden, gleichbedeutend mit einem allgemeinen globalstrategischen Nuklearkrieg."²

Die von Mechtersheimer aufgestellte These, die NATO-LRTNF seien aufgrund ihrer Verwundbarkeit nur dann einzusetzen, bevor sie bekämpft würden, ist damit jedoch noch nicht widerlegt. Herrmann hat allerdings darauf hingewiesen, daß die Entscheidung der NATO "zur strategischen Defensive und die für die Bundesrepublik unabdingbare Forderung der Vorvertheidigung zur Folge 1 habe, Verf. 7, daß auch durch einen konventionellen Angriff des Warschauer Pakts ein Teil der nuklearfähigen Waffensysteme - bevor eine Entscheidung zum Kernwaffeneinsatz verwirklicht werden könnte - außer Gefecht gesetzt werden würde".³

Wettig nannte die Gründe dafür, warum ein Ersteinsatz mit den neuen Systemen gegen das sowjetische SS-20-Potential nicht möglich ist und warum er von der NATO erst gar nicht angestrebt wurde: "Ebensowenig können die geplanten westlichen Flugkörper dazu dienen, die Abschußrampen der SS-20 zu bedrohen. Bei den Vorbereitungen wurde der Gedanke daran ausdrücklich fallengelassen. Dies war teilweise auf die grundsätzliche Schwierigkeit zurückzuführen, mobile Raketen in

1 Ebenda, S. 61

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 54

3 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 151

einem riesigen und unzugänglichen Territorium zu orten. Vor allem aber suchten die NATO-Staaten gegenüber der UdSSR den Eindruck zu vermeiden, sie wollten sich eine nukleare Erstschlagfähigkeit von westeuropäischem Boden aus verschaffen."¹ Zu einer nuklearen Entwaffnung der UdSSR durch einen Erstschlag mit den neuen LRTNF wird die NATO, wie die Diskussion zeigte, nicht in der Lage sein.

Die mögliche Verwundbarkeit der bodengestützten NATO-LRTNF, von der Mechttersheimer ausging, hat Weizsäcker zur der Überzeugung gebracht, eine Landstationierung der neuen Systeme sei abzulehnen. Und auch Wettig machte auf die fragliche Unverwundbarkeit der NATO-LRTNF aufmerksam: "Das nächstliegende Erfordernis der eurostrategischen Situation, die Unverwundbarkeit des nuklearen NATO-Potentials in Westeuropa gegen sowjetische Kernwaffenschläge zu gewährleisten, fand keine angemessene Berücksichtigung" bei der westlichen Modernisierungsentscheidung. Daher, so Wettig weiter, sei die "Gefahr eines nuklear entwaffnenden sowjetischen Erstschlags gegen Westeuropa nicht zuverlässig gebannt".²

Die Bedeutung, die die Frage der Seestationierung in der wissenschaftlichen Diskussion gewinnen sollte, erklärt sich nicht zuletzt aus der weitgehenden Übereinstimmung in der Beurteilung der Verwundbarkeit der westlichen TNF. Krell hat darauf hingewiesen: "Dieses Defizit kann aus Sicht der 'Nachrüstungs' -Befürworter nicht durch die SLBMs ausgeglichen werden. Sie unterliegen einmal technischen Restriktionen (empfindliche Kommunikationswege, mangelnde Einsatz-'flexibilität', geringe Zerstörungsfähigkeit gegenüber besonders gehärteten Zielen), zum anderen stehen sie auf einer zu hohen Eskalationsstufe."³ Herrmann hat deshalb darauf hingewiesen, daß "viele Trägermittel der NATO, die ein hohes Maß an Verwundbarkeit gegenüber gegnerischen Angriffen

1 Wettig, Die Sowjetunion, die USA ..., a.a.O., S. 355

2 Ebenda, S. 355

3 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 31. Vgl. auch Stratmann, Das "Eurostrategische" Kräfteverhältnis ..., a.a.O., S. 390

aufweisen, (...) möglicherweise nur in der Form eines Erstschlags (d. h. eines präemptiven Angriffs) verwendet werden / können, Verf. 7. Verbesserte Überlebensfähigkeit gibt also die Chance, den möglichen Zwang zum Erstschlag zu vermeiden und die Freiheit zur Wahl des Einsatzpunktes von daher offenzuhalten".¹

Wie notwendig eine Handlungsfreiheit in diesem Zusammenhang ist, hat Forndran hervorgehoben und präzisiert. Aufgabe der neuen Systeme sei nicht die Fähigkeit, die gegnerischen Potentiale oder sonstigen Ziele in einem Erstschlag zerstören zu können, ohne Vergeltung befürchten zu müssen, sondern die Verhinderung dieser Fähigkeit beim Gegner: "Nicht Droh-, sondern Bestrafungsfähigkeit muß das Ziel sein. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung der Fähigkeit zur flexiblen Reaktion und kontrollierten Eskalation, um Entscheidungsspielräume für die Politik zu erhalten und die Möglichkeit der Schadensbegrenzung zu sichern."²

Nun sah aber Wettig eine Gefahr darin, daß die westlichen Pläne einer Modernisierung der NATO-INF gerade dem Entstehen einer sowjetischen Erstschlagfähigkeit kaum entgegenwirkten. Solange die NATO sich zu wenig gegen die sowjetische Erstschlagdrohung wappne, etwa durch eine auf gewährleistete Unverwundbarkeit abzielende Dislozierung ihrer eurostrategischen Systeme, "verstärkt die geplante Umrüstung nur die durch die sowjetische SS-20-Rüstung hervorgerufene Destabilisierungstendenzen auf dem europäischen Schauplatz / Herv. i. Text, Verf. 7, statt sie zu verringern und zu überwinden".³ Ein derartiger "Destabilisierungseffekt", so Wettig 1980, drohe dadurch einzutreten, daß die westlichen eurostrategischen Maßnahmen die Bedrohungsgefühle und Rüstungstendenzen in Moskau zwar verstärken, zugleich aber den damit

1 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 149

2 Forndran, Technologie und Stabilität ..., a.a.O., S. 488

3 Wettig, Die Sowjetunion, die USA ..., a.a.O., S. 356

verbundenen Drang der UdSSR nach zusätzlicher Rüstung vermehren, "weil sich der UDSSR im Augenblick der Krise scheinbar die Möglichkeit bietet, dadurch einem amerikanischen Kernwaffenschlag von Westeuropa aus /¹ Herv. i. Text, Verf. 7 zuvorzukommen".

Die strategische Diskussion der westlichen Modernisierungsmaßnahmen hat somit bisher zweierlei deutlich gemacht: Ei-
nerseits betonten viele Wissenschaftler die Notwendigkeit einer Modernisierung der NATO-TNF, wenn die Strategie der flexiblen Erwidern glaubhaft bleiben sollte. Andererseits hegten eine erhebliche Anzahl Wissenschaftler Zweifel, ob die mit der Modernisierung angestrebte Zielsetzung mit landstationierten Systemen vom Typ Pershing II-XR und Marschflugkörpern auch erfüllt werden könne, und welche Probleme sich dabei aus ihrer offenbar geringen Unverwundbarkeit ergeben. Die strategische Diskussion führte somit zwangsläufig auch zu einer Diskussion der Stationierungsart. Angesichts dieser offenen Problematik wurde dann nicht nur die Frage diskutiert, ob die Raketen nicht besser auf See zu stationieren seien, um sie damit unverwundbarer gegen eine Ausschaltung durch sowjetische Waffensysteme zu machen, und so gleichzeitig auch mögliche Schäden in Westeuropa zu minimieren, sondern auch die Möglichkeit, eine Verstärkung der konventionellen Kräfte der NATO vorzuziehen, ein Vorschlag, den neben Herrmann vor allem Schubert im März 1980 machte: "Unterstellt man der sowjetischen Raketenrüstung Dynamik und der gegenwärtigen Situation noch Gleichgewicht, so wäre ein sofort ausgehandeltes Produktionsmoratorium der Gegenrüstung auch militärisch vorzuziehen, wenn man gleichzeitig die konventionellen Fähigkeiten in Europa ausbalanciert."²

¹ Ebenda, S. 357; in vergleichbarer Weise urteilte auch Krell; vgl. ders., Plädoyer ..., a.a.O., S. 32 und S. 40 - 47

² Schubert, Bedingungen des Überlebens ..., a.a.O., S. 33

Für diejenigen Kritiker westlicher Nachrüstung allerdings, die wie Rodejohann und Tiedtke der Meinung sind, daß es keine konventionelle Unterlegenheit der NATO in Europa gebe, und daß die konventionelle Rüstung der NATO ausreiche, "die WVO von einem konventionellen Angriff auf die NATO abzuhalten", sind die neuen westlichen Mittelstreckensysteme natürlich unnötig. Folgerichtig plädieren sie dann auch für einen Verzicht der NATO auf die Androhung eines Ersteinsatzes von Atomwaffen.¹

Nicht nur der Verzicht auf einen Ersteinsatz, sondern auch einseitige Abrüstung wurde der NATO von Kritikern des Beschlusses nahegelegt. Die Gründe, die dahinter stehen, liegen nach Ansicht von Kaiser bei diesen Gegnern der Nachrüstung in der "Ablehnung des derzeitigen Abschreckungssystems".² Kaiser macht deshalb darauf aufmerksam: "Die Befürworter einseitiger Abrüstungsmaßnahmen übersehen durchweg die Natur der Gegenseite (...). Hier liegt der Kardinalfehler der Schule der einseitigen Abrüstung (einschließlich der Schule der sozialen Verteidigung), daß sie dem Gegner eine Humanität bzw. eine Selbstaufgabe machtpolitischer Ziele unterstellt, die durch die Wirklichkeit sowjetischer Politik widerlegt wird".³

Mechtersheimer hat 1982 allerdings gar eine neue Sicherheitspolitik gefordert, die seiner Meinung nach eine Denuklearisierung Europas, die Umrüstung der Bundeswehr auf eine reine Defensivarmee und die Neuorganisation der westeuropäischen Verteidigungsstruktur erfordert.⁴ Günther Schmid hat dem entgegen gehalten: "Ein Ausstieg Bonns aus dem Verteidigungsprogramm der Nato käme einem Ausstieg aus der Diskussion innerhalb der Allianz und damit aus den Einfluß- und Mit-

1 Rodejohann, Jo und Stephan Tiedtke, Für ein Einsatzverbot von Atomwaffen oder: Warum ein östlicher Vorschlag zur Rüstungskontrolle den Interessen der NATO an Kriegsverhinderung dienen kann, in: Aufrüsten, um abzurüsten? ..., a.a.O., S. 177

2 Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.

3 Ebenda

4 Mechtersheimer, Alfred, Rüstung und Frieden. Der Widersinn der Sicherheitspolitik, München 1982, S. 209 - 213

wirkungsmöglichkeiten, über welche die Bundesrepublik im westlichen Bündnis verfügt, gleich. Sie kann Abschreckungsleistungen der USA nur in Anspruch nehmen, wenn sie amerikanische Interessen in Rechnung stellt, das heißt vor allem, wenn das nukleare Risiko geteilt wird. Die von Mechttersheimer vorgeschlagene Denuklearisierung des Verteidigungskonzeptes muß die entscheidende Frage beantworten, wie /¹ Herv. i. Text, Verf. / ein solcher 'Abschreckungsverlust' kompensiert werden kann."¹ Kurt Lauk hatte bereits 1977 hervorgehoben: "Daraus, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer nuklearen Streitmacht die nukleare Schutzgarantie für Europa gegenüber der Sowjetunion vertreten, ergibt sich für die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten eine Abhängigkeit von der Entwicklung amerikanischer Nuklearstrategie. Ein Wandel nuklearer Strategie in den Vereinigten Staaten muß sich auch als Wandel auf die Strategie der Allianz auswirken, auch dann, wenn dies nicht offen erklärt wird."² Lauk kam deshalb auch zu dem Schluß: "Die Entwicklung amerikanischer Nuklearstrategie gehört daher ebenso zu den Rahmenbedingungen nuklearer Politik der Bundesrepublik wie die Entwicklung des nuklearen Bilateralismus zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten."³

e) Die Diskussion um die Stationierungsart: Eine Frage der Beurteilung nuklearer Optionen oder der Prämissen der Abschreckungsstrategie?

Die Diskussion um die Stationierungsart der NATO-LRTNF war die Folge der Diskussion um die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung, mit der sie untrennbar verbunden war. Der Grund, dennoch ein eigenes Teilkapitel für die wissenschaft-

1 Schmid, Günther, Suggestive Beschwörung statt wissenschaftlicher Analyse, in: Beiträge, 1/1983, S. 98

2 Lauk, Kurt J., Kernwaffen und eine Deplomatie der Friedenssicherung. Die Notwendigkeit nuklearer Absicherung der Bundesrepublik Deutschland, in: Beiträge, 4/1977, S. 127

3 Ebenda, S. 131

liche Diskussion um die Seestationierung in diese Arbeit aufzunehmen, liegt darin, daß vor allem die Diskussion um die Stationierungsart zu einer plausiblen Erläuterung der LRTNF-Rüstung der NATO führen kann.

Überlegungen, westliche LRTNF auf See zu stationieren, waren ja bereits im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Beurteilung der Bedeutung und der Aufgaben der neuen westlichen LRTNF für die NATO-Strategie der flexiblen Erwidern im vorangegangenen Kapitel angesprochen worden.

So wie sich die wissenschaftliche Diskussion immer wieder an der offiziellen Begründung der NATO orientiert hat, so orientierte sich auch die bundesdeutsche wissenschaftliche Diskussion an den politischen Begründungen, zu denen sich Politiker angesichts der wachsenden öffentlichen Besorgnis gerade gegenüber einer Landstationierung westlicher LRTNF genötigt sahen. In diesem Punkt kam es zu erheblichen Divergenzen bei den politischen Handlungsträgern. So erläuterte etwa der CDU-Politiker Alois Mertes in einem "Plädoyer für landgestützte Mittelstreckenraketen" die Notwendigkeit, "Abschreckung sichtbar zu machen"¹, nachdem sein sozial-demokratischer Kollege, der Abgeordnete Hermann Scheer, in einem "Plädoyer für die Stationierung der Systeme auf See" die These aufgestellt hatte, "landgestützte Raketen gehören nach Alaska".²

Die Frage, die sich gerade auch der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß damit stellte, war offenbar eine grundsätzliche Frage, wieso hätte man sonst auch innerhalb der NATO nicht bis zum Frühsommer 1979 noch, also bis kurz vor Verabschiedung des Beschlusses am 12. Dezember 1979 darüber diskutiert; wie sonst wäre zu erklären, daß die politisch Verantwortlichen sich im Sommer 1981 erneut und

1 Mertes, Alois, Abschreckung sichtbar machen. Ein Plädoyer für landgestützte Mittelstreckenraketen, in: Die Zeit, 19. Juni 1981

2 Scheer, Hermann, "Landgestützte Raketen gehören nach Alaska". Ein Plädoyer für die Stationierung der Systeme auf See, in: Die Zeit, 29. Mai 1981

diesmal angesichts einer bereits "friedensbewegten" Öffentlichkeit dieser Frage annahmen. Eben diese Frage nach der anzustrebenden Stationierungsart neuer westlicher Mittelstreckensysteme ist in der wissenschaftlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß wiederholt gestellt worden. Die im Beschluß der NATO vorgesehene Landstationierung von Marschflugkörpern und von Pershing II-XR wurde dabei auch von Wissenschaftlern kritisiert, die eine Umrüstung und Modernisierung westlicher TNF aus strategieimmanenten Gründen befürworteten oder diese jedenfalls aus dem gleichen Grunde nicht grundsätzlich ablehnen wollten, die eine Landstationierung jedoch als zu gefährlich für die Westeuropäer einschätzten.

Einige dieser Kritiker favorisierten deshalb mehr oder weniger eine Seestationierung der LRTNF. Demgegenüber ist eine Modernisierung durch luftgestützte LRTNF nie ernsthaft diskutiert worden.¹ Daß die USA unabhängig von der im Doppelbeschluß vorgesehenen LRTNF-Rüstung auch see- und luftgestützte Marschflugkörper in ihre Streitkräfte einführen wollten, darauf wurde in der wissenschaftlichen Diskussion immer wieder hingewiesen.²

Die im vorhergehenden Teil dieser Arbeit dargestellte Diskussion über die Bedeutung neuer westlicher Systeme für die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie zeigte bereits, daß eine erhebliche Anzahl bekannter Wissenschaftler davon ausgeht, die Eigenschaften der neuen geplanten westlichen Systeme würden einer qualitativen Verbesserung der Möglichkeiten der NATO zu flexiblen und selektiven Einsätzen entsprechen. Die Diskussion hat desweiteren gezeigt, daß eine Reihe dieser Wissenschaftler einer Landstationierung aufgrund einer damit verbundenen, mehr oder weniger großen Verwundbarkeit dieser Waffen ablehnend gegenüberstehen, obwohl diese LRTNF weit- aus weniger verwundbar sind als die seit langer Zeit vorhandenen sogenannten Sondermunitionslager der NATO in der Bun-

1 Vgl. Ruehl, Der Beschluß der Nato ..., a.a.O., S. 102

2 Vgl. Krell, Gert, Arbeitspapier Nr. 8/1981 der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, S. 29 und Nerlich, Uwe, Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa, in: Europäische Wehrkunde, 30. Jg., 1981, H. 8, S. 337

desrepublik. Kaiser hat somit zu Recht auf die "destruktiven Auswirkungen eines Auseinanderschnürens des NATO-Beschlusses für den Westen" gewarnt und in diesem Zusammenhang "auch die Alternativen einer Verlagerung der westlichen Systeme auf See, wie sie vom SPD-Landesvorstand Saar vorgeschlagen wurde [] genannt, Verf. []. Dies würde die Vertrauensgrundlage im amerikanisch-europäischen Verhältnis und damit auch die Einflußmöglichkeiten deutscher und europäischer Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik auf die amerikanische Administration gravierend reduzieren".¹ Warum und wieso sagt Kaiser nicht, hebt jedoch fast beschwörend hervor: "Rüstungskontrollpolitik und Abrüstung ist im Bereich der Mittelstreckenwaffen nur im Rahmen des Nachrüstungsbeschlusses und des westlichen Bündnisses möglich."²

Die wissenschaftliche Diskussion um eine Seestationierung ist im Grunde eine Reaktion auf die vergleichsweise geringere Unverwundbarkeit landstationierter Systeme im Vergleich zu seestationierten, dies allerdings für den Fall, daß die Abschreckung bereits versagt hat.³ Dies konnte nicht überraschen. So hatte etwa auch Christoph Bertram auf den technologischen Trend aufmerksam gemacht, wonach die Verwundbarkeit landgestützter Waffensysteme "unaufhaltsam" sei, und daß ihre Verwundbarkeit allenfalls verzögert, aber nicht verhindert werden könne.⁴ Die sich für landstationierte Flugkörper abzeichnende Vergrößerung ihrer Verwundbarkeit ist denn auch die Hauptsorge sowohl der USA wie der UdSSR, und dies insbesondere für deren Beurteilung ihrer globalstrategischen Systeme. Wenn der Trend zur Verwundbarkeit landge-

1 Kaiser, Angst ist nicht ..., a.a.O.

2 Ebenda

3 Der Einfluß dieser Kritiker auf Teile der politischen Parteien, insbesondere auf die SPD, dürfte vergleichsweise größer gewesen sein als der jener grundsätzlichen Gegner jeglicher westlicher LRTNF-Rüstung, die, sich mehr und mehr ins politische Abseits manövrierend, schließlich vor allem in den Reihen der "Friedensbewegung" perzipiert wurden.

4 Bertram, Christoph, Abschied von der Kraftmeierei. Washingtons neues Militärprogramm: ein Schritt in die richtige Richtung, in: Die Zeit, 9. Oktober 1981

stützter Waffensysteme aber unaufhaltsam ist, warum und wie-so will die NATO dann landgestützte LRTNF in Westeuropa einführen?

Wenn man, wie Weizsäcker im November 1979, davon ausgeht, der wichtigste Grund für die Einführung dieser Waffensysteme sei, den Wegfall einer glaubwürdigen obersten nuklearen Eskalationsstufe zu kompensieren, dann, so Weizsäcker weiter, könnten diese Waffen "aber nicht die Waffen / sein, Verf. /", die wir beim Scheitern von Verhandlungen militärisch zu besitzen wünschen können", da, so seine Begründung, diese nicht den "Kriterien: Möglichst wenig Anreiz zum Wettrüsten und keine Drohung mit Selbstmord" genügen würden.¹

Weizsäcker kam deshalb zu dem Schluß, daß seegestützte Mittelstreckenraketen großer Reichweite zwar keine ideale, aber eine mögliche Alternative darstellten. Denn: "Wie die landgestützten Raketen sind auch die seegestützten freilich keine echte Kompensation der russischen Mittelstreckenraketen, denn ihre Reichweite reicht nicht zu einem entwaffnenden ersten Schlag gegen die ganze Sowjetunion aus. Wie die landgestützten genügen sie nicht dem Kriterium, kein neues Wettrüsten einzuleiten, denn sie bedeuten über die SS-20 hinaus eine neue Waffenqualität. Sie haben aber den einen großen Vorteil, nicht im Krisenfall den ersten Schlag des Gegners auf das bewohnte Land zu ziehen. Sie wären vorerst noch unverwundbar, und wenn sie geortet würden, ginge der Schlag gegen sie ins Wasser."²

Im März 1982 hat Weizsäcker seine Bedenken gegenüber landstationierten LRTNF erneuert und dabei deutlich gemacht: "Seegestützte Raketen sind meines Erachtens besser als landgestützte, aber viel schlechter als beiderseits keine Raketen."³ Weizsäcker weiter: "Im November 1979 habe ich öffentlich den Plan landgestützter weitreichender Raketen als einen 'schweren Fehler' bezeichnet, und im Jahr 1981 nochmals

1 Weizsäcker, Gefahren der Rüstung ..., a.a.O.

2 Ebenda

3 Weizsäcker, Karl-Friedrich von, Abschreckung - nur eine Atempause?, in: Die Zeit, 26. März 1982

öffentlich als einen 'unseligen Beschluß'." Im November 1982 plädierte er deshalb für die sogenannte Null-Lösung bei den kontinentalstrategischen Nuklearsystemen in Europa.¹ Erst bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen, so Weizsäcker, sollten diese "Raketen mit kurzer Warnzeit auf See stationiert werden", eine seiner Auffassung nach für die sowjetische Seite "militärisch noch unangenehmere Alternative".² In der Tat: Die Unverwundbarkeit seegestützter LRTNF ist natürlich größer als die entsprechender Systeme zu Lande: Sie wären schwerer auszumachen, ihre Eskalationsrolle wäre unbestimmt.

Weizsäckers Einschätzung der Landstationierung gibt die Auffassung vieler Kritiker in geradezu exemplarischer Weise wieder und entspringt Glaubwürdigkeitsproblemen, die die Abschreckungstheorie und -strategie aufweist. Immer wieder forderten Wissenschaftler deshalb, wenn schon, dann die Marschflugkörper auf See zu stationieren, oft unter Berufung auf Weizsäcker. In diesem Sinne befürwortete auch Hans Günter Brauch im Zweifel eher eine Seestationierung.³ Auch Müller vertritt in dieser Frage eine ähnliche Auffassung. Seiner Einschätzung nach wäre die UdSSR im Falle eines kontrolliert gesteigerten Nuklearkrieges "zweifellos"⁴ herausgefordert, die euronuklearen Systeme der NATO präemptiv auszuschalten, um der Vernichtung eigener Nuklearwaffen oder konventioneller Kapazitäten vorzubeugen. Dies aber, so Müller, würde für die Stationierungsgebiete dieser Waffen, demnach vor allem für die Bundesrepublik, die atomare Verwüstung bedeuten, da die neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme ihrer Reichweite wegen sowjetisches Territorium bedrohen und auf der sowjetischen Zielliste daher höchste Priorität genießen dürften.⁵

1 Weizsäcker, Abschreckung ..., a.a.O.

2 Ebenda

3 Brauch, Hans Günter, Ist ein euronuklearer Rüstungswettlauf noch abzuwenden? Zu den Nachrüstungsempfehlungen einiger Reagan-Berater, in: Frankfurter Hefte, 36. Jg., 1981, H. 5, S. 2 und S. 7

4 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 16

5 Ebenda, S. 16

Dennoch kommt Müller dann zu der Auffassung, "der Einsatz landgestützter amerikanischer Mittelstreckensysteme hingegen [] würde, Verf. [] deutlich machen, daß die USA einen nuklearen Konflikt als auf Europa begrenzt betrachten. Die Sowjetunion könnte - wenn sie diese Definition übernimmt - ihren allfälligen Gegenschlag auf Ziele in Westeuropa beschränken und amerikanisches Staatsgebiet aussparen."¹ Die UdSSR hat diese Definition allerdings nicht übernommen, und sie konnte dies auch nicht, da sie die kontinentalstrategische Bedeutung dieser Waffensysteme sehr wohl zur Kenntnis genommen hat.

An eine derartige Abkopplung glaubt Müller im Grunde denn auch ebensowenig wie die Befürworter einer Landstationierung. Eine Abkopplung, so Müller, sei vielmehr "ein Kalkül, das nicht aufgehen kann".² Denn die Sowjetunion dürfte bei einem Einsatz dieser westlichen Waffen "keinen Grund "sehen, auf einen Einsatz ihrer Interkontinentalwaffen gegen das Gebiet der Vereinigten Staaten zu verzichten: "Nicht der Ausgangsort eines Nuklearangriffs definiert dessen Klassifizierung in der Eskalationsskala, sondern seine militärische und politische Wirkung."³ Dieser Schluß überrascht, weil hier ein entschiedener Gegner der westlichen Modernisierungsmaßnahmen zu demselben Ergebnis wie viele entschiedene Befürworter dieser Maßnahmen gelangte, die der Auffassung sind, daß eben eine Stationierung amerikanischer LRTNF in Europa einen Konflikt eben nicht regional begrenzbar macht.

Müller geht folglich davon aus, daß die Wirkung sowohl der interkontinentalen als auch der kontinentalstrategischen amerikanischen Waffensysteme vergleichbar sei: "Wenn die Gefahr der Vernichtung amerikanischer Gebiete die USA daran hindert, strategische Waffensysteme zum Schutz Westeuropas einzusetzen, der Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme

1 Müller, Apels Erzählungen ..., a.a.O., S. 1342

2 Ebenda, S. 1342

3 Ebenda, S. 1342

aber ein identisches /- Herv. i. Text, Verf. -/ auswirft, dann können diese Waffen ebensowenig zu unserem Schutz eingesetzt werden. (...) Der einzige -abschreckungspolitisch irrelevante - Unterschied zwischen Interkontinentalwaffen und Mittelstreckenwaffen der USA liegt in ihrer Reichweite, die entscheidende /- Herv. i. Text, Verf. -/ Gemeinsamkeit aber darin, daß sie auf sowjetischem Staatsgebiet detonieren würden."¹

Müllers Ausführungen erinnern an den Hinweis von Krell, wonach die Amerikaner mit der Stationierung dieser weitreichenden Systeme durchaus auch Risiken in Kauf nehmen², und nichts anderes hat Müller soeben bestätigt. Müller zieht daraus zwei Schlüsse, die vor allem seine Skepsis gegenüber den Amerikanern verdeutlichen: Für den Fall, daß die USA nicht bereit seien, zum Schutz westeuropäischer Staaten den Einsatz strategischer Waffen anzudrohen, könnten sie auch nicht mit Mittelstreckenwaffen drohen. In diesem Fall aber seien neue amerikanische Mittelstreckensysteme in Europa funktions- und wertlos. Für den anderen Fall, daß die USA bereit seien, strategische Waffen einzusetzen, reiche, so Müller in bekannter Manier, "ihr Arsenal von über 10.000 strategischen Sprengköpfen allemal hin, die Sowjetunion von einem Angriff auf die USA und /- Herv. i. Text, Verf. -/ auf Westeuropa abzuschrecken". In einem derartigen Fall seien aber amerikanische Mittelstreckensysteme in Europa überflüssig.³

Einmal abgesehen von der wiederum isolierten Herausstellung der Sprengkopffzahlen bei den globalstrategischen amerikanischen Systemen, abgesehen von der offenkundigen Nichtzuerkennung der globalstrategischen Parität, zeigt sich hier die von Rattinger beschriebene und von Stratmann und Ruehl kritisierte Trennung von Abschreckung und Verteidigung im strategischen Denken: Es geht hier ja nicht nur um die Frage:

1 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 20/21

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 16

3 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 21

Sind die Waffen gleich und würden die Amerikaner diese Waffen auch einsetzen. Es geht auch darum, welche Aufgaben sie erfüllen sollen, ob diese Aufgaben verschieden oder teilweise gleich sind und ob diese Waffen die ihnen zuer- teilten Aufgaben auch erfüllen können. Es geht deshalb auch darum, ob neue Mittelstreckenwaffen einer vorhandenen mili- tärischen Bedrohung besser gerecht werden können und auf- grund dessen zur stärkeren, weil glaubhafteren Abschreckung beitragen können. Es ging der NATO ja eben nicht einfach nur um "mehr" oder zusätzliche Raketen, sondern um zusätzliche Möglichkeiten und verbesserte nukleare Optionen, die auf der Basis flexibler, selektiv und begrenzt einsetzbarer Waffen- systeme die NATO-Strategie der flexiblen Erwiderng wieder glaubwürdiger machen sollen und auf diese Weise deren Ab- schreckungswirkung angesichts der sowjetischen Mittelstrek- kenrüstung erhöhen. Herrmann hat denn auch darauf auf- merksam gemacht: "Umfang und Qualität ihrer Nuklearrüstung verhelfen der Sowjetunion zu einem ständig dichter werdenden Geflecht flexibler Einsatzoptionen für einen Konflikt in Eu- ropa, die sowohl nur für einen regionalen Konflikt entwik- kelte wie auch nominell 'strategische' Waffensysteme umfas- sen - ohne deswegen offensichtliche Nachteile im Bereich des Kräfteverhältnisses von Interkontinentalwaffen befürchten zu müssen. Mit anderen Worten, die regionale Eskalationsdominanz der Sowjetunion ist jenseits jeden Zweifels und in einem nur- regionalen Kontext auch kaum heilbar. In diesem Sinn kann die beabsichtigte Nachrüstung nur ein Palliativ sein - ein Pallia- tiv, das möglicherweise das entscheidende Problem überdecken wird, wie die nuklearen Einsatzkonzepte und -optionen der NATO ihre Funktion und Glaubwürdigkeit im Schatten der sowje- tischen regionalen Eskalationsdominanz behaupten sollen."¹ Herrmann hat deshalb hervorgehoben, daß die Forderung nach Flexibilität der neuen westlichen LRTNF eine Einbeziehung der interkontinentalstrategischen Waffen der USA "in ein ein- heitliches Gefüge konventionell-nuklearer Kriegsführung" be- deutet.²

1 Herrmann, Zum Problem der Beschaffung ..., a.a.O., S. 5

2 Ebenda, S. 17

Die Auffassung, eine Kopplung strategischer und eurostrategischer amerikanischer Raketen sei dann am stärksten, wenn eine Identifizierung ihrer Herkunft problematisch bleibe, wurde beispielsweise von Schubert hervorgehoben. Eine Interpretation, die für sich genommen für die Seestationierung sprechen würde. Schuberts Ansicht nach wäre gerade bei einer Seestationierung "die Verbindung mit dem amerikanischen strategischen Abschreckungspotential obendrein glaubwürdiger als der Aufbau eines gesonderten Potentials auf Land außerhalb der strategischen Systeme." Und, so Schubert weiter: "Es verringert die Abkoppelungsbefürchtung von Westeuropäern nicht, wenn von amerikanischer Seite gegen die See-Stationierung das Argument ins Felde geführt wird, die Sowjets müßten deutlich unterscheiden können, ob eine anfliegende Rakete dem strategischen oder dem taktischen Arsenal der Amerikaner zuzuordnen sei."¹ Und auch Mechttersheimer hat in diesem Zusammenhang hervorgehoben: "Diese Seestationierung macht aus den Mittelstreckenraketen nicht nur eine Zweitschlagkapazität; sie bereitet auch für die Sowjetunion erhebliche Identifizierungsprobleme ..." Mechttersheimer weiter: "Wenn es das Ziel der 'Nachrüstung' tatsächlich wäre, die Triade zu erhalten, dann müßte diese 'schwimmende' Kupplung ausgebaut werden."² Abgesehen davon, daß die NATO keine zweite Zweitschlagkapazität mit den neuen LRTNF anstrebt, daß auf diese Weise - bei einer Seestationierung - Eskalationskontrolle weiter vermindert werde: Daß eine Zweckmäßigkeitsentscheidung demzufolge gefährdet werden könne, hat Mechttersheimer selbst deutlich gemacht¹; daß die hierfür notwendige Eskalationsdominanz auf Seiten der NATO bereits verlorengegangen war, hat beispielsweise Gräbner angeführt und daraus den Schluß gezogen: "Der Modernisierungsplan bietet keine Lösung für das Dilemma der verlorengegangenen Eskalationskon-

1 Schubert, Bedingungen des Überlebens ..., a.a.O., S. 33

2 Mechttersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 62

trolle und läßt damit eine Schlüsselfrage der NATO-Strategie unbeantwortet."¹ Mechtersheimer hat die Seestationierung ähnlich wie Weizsäcker als die weniger gefährliche Alternative angesehen und die Auffassung geäußert, daß landstationierte Waffen, wenn sie nicht als erste eingesetzt würden, keine andere Funktion hätten, als hochrangige Ziele zu bieten.² Diesem Dilemma, so Mechtersheimer weiter, sei nur zu entgehen, wenn die Waffensysteme nicht oder nur unzulänglich zerstört werden könnten. Dies, so Mechtersheimer, sei nach dem heutigen und absehbaren Stand der Rüstungstechnik "vor allem bei seegestützten Raketen möglich".³ Sind demnach die neuen US-LRTNF in Europa potentiell, d. h. technisch Erstschlagswaffen? Selbst wenn sie es wie etwa die Pershing II-XR sein sollten, so können sie doch aufgrund ihrer beschränkten Zahl keine "Erstschlagkapazität" der USA zusätzlich zu den globalstrategischen Systemen abgeben. Denn ihre Aufgaben sind begrenzt, und begrenzt sollen sie sein.

Wettig hält demgegenüber eine vergleichsweise geringere Koppungswirkung seestationierter Mittelstreckensysteme für möglich. Denn, so Wettig, eine Seestationierung würde "die Möglichkeit eröffnen, daß die Regierung der USA, wenn sie es für tunlich erachten sollte, die betreffenden Systeme kurzfristig aus den europäischen Randmeeren zurückziehen könnte. Vorteilhaft wäre dem gegenüber, daß Nuklearträger, die auf U-Booten montiert wären, eine durchschnittlich geringere Verwundbarkeit aufweisen würden, als wenn sie mobil auf dem Lande stünden".⁴ Wettig macht zudem darauf aufmerksam: "Eine Dislozierung zur See würde gewisse politische Komplikationen hervorrufen. Seegestützte Raketen eurostrategischer Bestimmung lassen sich merkmalsmäßig nicht von entsprechenden Komponenten des globalstrategischen Arsenalen unterscheiden.

1 Gräbner, Der NATO-Doppelbeschluß ..., a.a.O., S. 127

2 Mechtersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 62

3 Ebenda, S. 62

4 Wettig, Der Wandel der Rahmenbedingungen ..., a.a.O., S. 27

Westliche Experten sind sich insbesondere im Zweifel darüber, ob die UDSSR ihren Gebrauch nicht mit einem Einsatz der amerikanischen globalstrategischen Kapazitäten verwechseln und daher eine bestimmt beabsichtigte nukleare Selektivität nicht wahrnehmen würde."¹ Offenbar befürchtete Wettig, daß der NATO bei seestationierten Systemen die gewünschte Eskalationskontrolle entgleiten würde und sich der selektiv gedachte Einsatz, und damit die Eskalation, deshalb verselbständigen könne.

Die Auffassung, landstationierte Systeme seien ein notwendiger Ausdruck europäischer Bereitschaft zu "gemeinsamer Risikoübernahme" mit den USA hält Wettig zu Recht für rundweg falsch. Denn, gegen eine derartige "gemutmaßte Absicht", so Wettig, habe Herrman Scheer zu Recht geltend gemacht, daß eher von einer einseitigen deutschen Risikolast gesprochen werden könne. Wettig schließt sich deshalb der Auffassung von Scheer an, und weist darauf hin, daß die Amerikaner zwar die Hauptlast des nuklear-strategischen Risikos tragen würden, die Deutschen dafür die Hauptlast des Risikos eines konventionellen und taktischen Nuklearkrieges, wovon das US-Territorium überhaupt nicht betroffen sein würde.² Auf die Frage, ob die US-Regierung bei der Entscheidung für eine Seestationierung der NATO-LRTNF die Sorge gehabt hätte, daß eine derartige Entscheidung das europäische Atomrisiko ausschalten würde und das amerikanische Risiko dann entsprechend vergrößert würde, d. h. die USA dann allein ein atomares Risiko tragen würden, antwortete Helmut Schmidt 1981: "Ich glaube, die Formulierungen gehen ein bißchen zu weit, die Sie hier gebrauchen (...). Richtig ist, daß auf amerikanischer Seite für die damalige Ablehnung der Seestützung das Motiv der beiderseitigen Verknüpfung von Risiken, amerikanischen und europäischen Risiken, eine Rolle gespielt hat. So kann man es wohl ausdrücken."³

1 Ebenda, S. 27

2 Ebenda, S. 26

3 Schmidt, Material für die Presse ..., a.a.O., S. 7

Die Annahme, daß die USA die eurostrategische Nachrüstung um einer Risikobeteiligung willens Westeuropas forderten, widerspreche, so allerdings Wettig, den historischen Tatsachen. Denn vermutlich hätten die Amerikaner ohne den Einspruch der westeuropäischen Verbündeten die "vorne stationierten Systeme" schon bei SALT ohne größere Bedenken preisgegeben, zumal sie noch bis zum Frühjahr 1979 der Ansicht gewesen wären, man solle doch die Stationierung nuklearer Systeme auf westeuropäischem Boden vermeiden und den Schutz der NATO-Staaten allein auf die globalstrategischen Kapazitäten der USA gründen. Dies, so Wettig abschließend, "schließt freilich nicht aus, daß die These von der notwendigen Risikobeteiligung der Westeuropäer inzwischen für die amerikanische Regierung, nachdem sie sich auf eine eurostrategische Nachrüstung festgelegt hat, zu einem innerpolitischen Rechtfertigungsargument mit einer gewissen Eigendynamik geworden ist. Der Gesichtspunkt dürfte aber nach allem, was vorausgegangen ist, für die Administration in Washington kaum entscheidendes Gewicht haben".¹ Wettig macht somit wieder einmal deutlich, daß die Gründe, die in der öffentlichen Diskussion für eine Landstationierung gegeben werden, vielfach durch politische Bedürfnisse bestimmt wurden, die insgesamt nicht so zwingend zu sein brauchten, wie es die definitive Entscheidung der NATO für eine Landstationierung möglicherweise war.

Dennoch blieb die entscheidende Frage nach der Kopplungswirkung landgestützter LRTNF offen. Eine vergleichsweise stärkere Kopplungswirkung landstationierter LRTNF könnte darin liegen, daß die UdSSR, um diese landgestützten Mittelstreckenwaffen der NATO in Europa auszuschalten, einen so umfassenden Angriff starten müßte, daß er praktisch einen großen strategischen Schlag gegen alle westeuropäischen Länder bedeuten würde, der aber wiederum, aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Gefahr konfrontiert wäre, einen vergleichbaren amerikanischen Schlag, möglicherweise auch einen fran-

¹ Wettig, Der Wandel der Rahmenbedingungen ..., a.a.O., S. 26/27

zösischen Schlag, nach sich zu ziehen. Angesichts dieser Aussichten scheinen die Möglichkeiten und Chancen eines umfassenden sowjetischen Angriffs lediglich auf die kontinentalstrategischen Waffen der USA in Europa gering zu sein. Dies würde aber heißen, daß die Verwundbarkeit älterer westlicher TNF auch für die neuen LRTNF erhalten bliebe, und daß damit auch das Risiko, sie auszuschalten, weiter bestehe. Nicht übersehen werden darf jedoch, daß die NATO die Zahl ihrer Nuklearziele verringert hat (durch den Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen und bei einem vollständigen Scheitern aller Verhandlungen maximal 572 "Ziele" demgegenüber bietet), und daß diese neuen "Ziele" im Vergleich zu den abgezogenen Gefechtsköpfen mobil und damit vergleichsweise weniger verwundbar sind.

Müller hat eine Landstationierung allerdings als die "Logik des Mannes I" charakterisiert, Verf. 7, der im Löwenkäfig sitzt und fatalistisch verlangt, man möge auch noch die Tiger reinschicken, darauf käme es nun auch nicht mehr an". Müller gelangt somit zu dem Schluß, die "Zahl" der "Nuklearziele im eigenen Land nicht leichthändig zu erhöhen, sondern möglichst auf Null zu reduzieren". Seine Folgerung aus dieser These lautet daher: "Das Konzept einer atomfreien Zone in Westeuropa könnte dazu den Weg weisen, ohne das die Stabilität der Abschreckung tangiert wäre."¹ Gesetzt den Fall, dies wäre so, wäre es allerdings erstaunlich, daß sich die westeuropäischen NATO-Staaten dazu bereit erklärten, diese Waffen überhaupt einzuführen. Offenkundig ist dies aber nicht der Fall, wie auch die Replik Schmidts auf Mechttersheimer zeigte.

Entscheidend war offenbar, daß landstationierte LRTNF aufgrund ihrer vergleichsweise größeren Führbarkeit, Zielgenauigkeit und Kontrollierbarkeit die Sowjetunion offenbar stärker bedrohen können als seestationierte Systeme. Mit anderen Worten, die Verwundbarkeit westlicher Nuklearsysteme

1 Müller, Aspekte ..., a.a.O., S. 17

in Europa bliebe zwar vorhanden, auch wenn sie möglicherweise verringert werde, die Zahl der Ziele nehme jedoch ab, während die militärischen Einsatzmöglichkeiten demgegenüber größer würden. Doch was bedeutet es, wenn René Herrmann darauf aufmerksam macht, daß viele Nuklearträger der NATO "möglicherweise nur" in der Form eines präemptiven Angriffs verwendet werden könnten?¹

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie und der Diskussion der Stationierungsart sollte die Diskussion gerade um die Präemptionswahrscheinlichkeit einen bedeutenden Platz einnehmen. Wettig ging davon aus, daß die sowjetische Führung aufgrund der Einführung der westlichen LRTNF dazu genötigt werde, vor einer möglichen Entscheidung für einen Krieg gegen Westeuropa diese Entscheidung unter anderem mit der "Entscheidung zur völligen Zerstörung des als Siegespreis winkenden Gebietes zu verbinden". Eine derartige Verknüpfung, so Wettig, müsse aber "nach den Regeln menschlicher Vernunft und Berechnung, denen sich bisher auch Moskau zugänglich gezeigt hat, (...) einen Verzicht auf etwaige Angriffsabsichten nahelegen".² Wettig räumt zwar ebenfalls ein, daß "verschiedenen Abschreckungsüberlegungen" ebenso gut mit einer seegestützten wie mit einer landgestützten Stationierung entsprochen werden könnte: "Dies gilt insbesondere für das Erfordernis einer graduellen Abstufung samt der zugehörigen Lückenlosigkeit des Instrumentariums."³

Die angestrebte Erschwerung einer sowjetischen Kriegsentcheidung wäre, so Wettig, mit einer Seestationierung aber "nur mit Einschränkung" zu erreichen, dann "die NATO könnte zwar mit dem Eintreten des Diversifikationseffekts rechnen, doch wäre die Beziehung der Mittelstreckensysteme zu Westeuropa gelockert. Denn da diese Waffen nicht in einer von

1 Herrmann, Muß die Sowjetunion nachrüsten? ..., a.a.O., S. 149

2 Wettig, Gerhard, Der Wandel der Rahmenbedingungen ..., a.a.O., S. 25

3 Ebenda, S. 27

sowjetischer Besetzung bedrohten Zone stünden, / die Waffen stünden ja auf See, Verf. 7 wäre Washington keinem Zeitdruck ausgesetzt, über ihren schnellen Einsatz zu befinden; die sowjetische Führung ihrerseits sähe sich nicht der Notwendigkeit gegenüber, die Entscheidung über einen entwaffnenden Erstschat mit der Entscheidung über ein Unbrauchbarmachen des zu erobernden Gebietes zu verhindern".¹ Sollen demnach also Zeitdruck auf Washington und Eskalationszwang für die UdSSR eine Kopplung westeuropäischer und US-amerikanischer Sicherheit gewährleisten? Erklärt dies, warum Herrmann darauf verwies, daß viele Nuklearträger der NATO möglicherweise nur in der Form eine präemptiven Angriffs verwendbar seien, oder bezog sich seine Aussage nur auf die älteren NATO-TNF?

Wettig selbst hat die einer derartigen Abschreckungswirkung zugrunde liegenden Prämissen kritisiert.² Die westliche Situationseinschätzung, so der Wissenschaftler, beruhe auf zwei Prämissen: Zum einen handle es sich um die Vorstellung, nach der ein mit konventionellen Mitteln vorgetragener östlicher Angriff als die eigentliche Gefahr erscheine, der es der NATO zum Zwecke der vorbeugenden Abschreckung wie der konternden Abwehr erlaube, "im Gegenzug eine regional begrenzte nukleare Eskalation anzudrohen bzw. anzuwenden". Dies setzt allerdings die-im übrigen zweifelhafte-Eskalationskontrolle voraus. Bei der anderen Prämisse, so Wettig, gehe die NATO davon aus, daß ein Krieg in Europa falls er ausbreche, das Ergebnis eines sowjetischen Entschlusses zur Eroberung eines möglichst unversehrten Westeuropas sein werde.³

Wettig hat die Richtigkeit beider Prämissen infragegestellt: "Die Prämissen der NATO ruhen auf höchst unsicherer Grundlage."⁴ Wettig schließt sich deshalb der Auffassung an, daß die Hoffnung, die sowjetische Führung würde im Kriegsfall ihre

1 Ebenda, S. 27

2 Vgl. Wettig, Gerhard, Das Abschreckungskonzept als Theorie der Friedenssicherung. Darstellung, Analyse, Kritik, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln Februar 1979, S. 33 - 55

3 Wettig, Einvernehmen ..., a.a.O., S. 352

4 Ebenda, S. 352

Kernwaffen zurückhalten, um eine Eskalation mit entsprechenden Gegenschlägen der NATO auf sowjetisches Territorium zu vermeiden, "äußert spekulativ" sei. Eine solche Spekulation, so Wettig weiter, widerspreche "eklatant der ständig zu beobachtenden sowjetischen Praxis, einen militärischen Konflikt, wenn er notwendig oder unausweichlich erscheint, am Anfang durch massivsten Einsatz aller geeigneten Mittel so rasch wie möglich für die eigene Seite zu entscheiden und auf diese Weise die mit einem länger andauernden Widerstand des Gegners verbundenen Risiken soweit wie nur angängig auszuschalten."¹ Hier deutet sich bereits an, warum Wettig oben von einem "schnellen Einsatz" sprach, über den eine US-Regierung im Kriegsfall zu befinden hätte? Offenbar hält auch Wettig die neuen landgestützten NATO-LRTNF für verwundbarer als seegestützte. Und dies offenbar vor dem Hintergrund, daß die Logik der offensiven sowjetischen Gefechtsfeldstrategie "einen möglichst kräftigen Überraschungsschlag ┐ erfordert, Verf. 7, der den gegnerischen Widerstand rasch paralyisiert und den USA keine Zeit zur Mobilisierung ihrer als überlegenen eingeschätzten Hilfsmittel läßt. Dafür sind die nuklearen Mittel am besten geeignet".²

Wettig hat darauf hingewiesen, daß bereits die Existenz der vorhandenen kontinentalstrategischen bzw. strategischen Kernwaffenträger der USA, Großbritanniens und Frankreichs etwaige sowjetische Hoffnungen auf einen Eroberungszug nach Westeuropa einleitenden nuklear entwaffnenden Erstschlag "illusorisch erscheinen lassen" müßte³, und daß, "solange

1 Ebenda, S. 352. Pfeiler hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen: "Ist jedoch ein Krieg zwischen den Nuklearmächten entgegen den sowjetischen Intentionen unvermeidlich geworden, wird die Sowjetunion sofort mit allen ┐ Herv. i. Text, Verf. 7 Mitteln diesen Krieg führen und zwar mit dem militärischen Ziel, diesen Krieg zu gewinnen, 'auch wenn dieser militärische Sieg politisch nicht mehr bedeutungsvoll ist'." Dazu gehört nach Pfeiler auch, daß die sowjetische Militärdoktrin auch nach einem Atomkrieg die "politische Kontrolle und ideologische Beeinflussung in den besetzten Gebieten" vorsieht; in: ders., Thesen zur sowjetischen Militärdoktrin, a.a.O., S. 2

2 Wettig, Einvernehmen ..., a.a.O., S. 352/353

3 Ebenda, S. 353

die NATO Stärke und Zusammenhalt wahrt und sich zudem auf eine massive militärische Europa-Präsenz der USA stützen kann, eine absichtlich herbeigeführte Aggression gegen Westeuropa kaum im Interesse und im Willen Moskaus liegen kann." Unwahrscheinlich sei damit die zweite Prämisse, so Wettig, nur in dem Punkt, daß "der Kriegsbeginn durch eine lediglich auf Eroberungswillen zurückzuführende Entscheidung des Kreml zustande kommt".¹

Während Mechttersheimer und mit ihm viele Kritiker der Nachrüstung davon ausgingen, die zur See bereits stationierten "eurostrategischen" Systeme der USA, Großbritanniens und Frankreichs würden eine Nachrüstung überflüssig machen, geht Wettig offenbar implizit davon aus, daß neue landstationierte LRTNF der NATO im Vergleich zu diesen Potentialen eine zusätzliche Wirkung versprechen. Diese müßte dann allerdings derart sein, daß sie die im Vergleich zu seestationierten Systemen größerer Verwundbarkeit begrenzt oder ausgleicht.

Senghaas hat denn auch darauf hingewiesen, daß es beabsichtigte Wirkungen der Stationierung kontinentalstrategischer Systeme gebe, die nur bei einer Landstationierung zu erwarten seien: Die Seestationierung, so Senghaas, sei zur Zeit noch militärstrategisch unattraktiv: "Das Rückzugsangebot mancher Kritiker der Nachrüstung, man möge die neuen Systeme seegestützt aufbauen, weil dann die unterstellte Erstschlagfähigkeit entfalle, greift höchstwahrscheinlich nicht. Seegestützte Systeme gelten heute noch immer als weniger flexibel und als kaum selektiv und zielgenau einsetzbar."² Eben über diese Eigenschaften sollen die neuen westlichen Systeme, mit denen die NATO ihre Fähigkeit zu flexibler Reaktion und kontrollierter Eskalation sichern will, aber verfügen!

Die NATO würde demnach von landstationierten LRTNF mehr profitieren als von seegestützten. Die von Wettig genannten bei-

¹ Ebenda, S. 353

² Senghaas, Auch ohne die drohenden SS-20 ..., a.a.O.

den Teilpotentiale der NATO, die älteren seegestützten strategischen und die neuen landgestützten LRTNF-Systeme hätten demnach eine sich ergänzende, jedoch unterschiedliche Aufgabe. Diese Vorstellung erinnert an die Strategie von Schachspielern, bei der eine Absicherung verwundbarer Systeme mit verbesserten militärischen Angriffsmöglichkeiten durch unverwundbare Systeme erzielt werden soll.

Auf die Bedeutung der seestationierten amerikanischen, britischen und französischen U-Boot-Raketen für landstationierte kontinentalstrategische Systeme der NATO wurde in der wissenschaftlichen Diskussion hingewiesen. Uwe Nerlich hat die Bedeutung zusätzlicher seegestützter Systeme eindrucksvoll hervorgehoben. Nerlich ging dabei ähnlich wie Krell davon aus, daß es in jedem Fall auch zur Einführung von see- und luftgestützten Marschflugkörpern kommen werde und betonte die "unter strategischen Gesichtspunkten (...) ergänzende /" Herv. i. Text, Verf. 7 Abschreckungswirkung vor allem von SLCMs".¹ Die von Wettig erwähnte mögliche ergänzende Wirkung bereits vorhandener seegestützter "eurostrategischer" U-Boot-Raketen der NATO reicht nach Auffassung von Nerlich für eine derartige, ergänzende Abschreckungswirkung offenbar nicht aus. Schon die Existenz der SACEUR assignierten amerikanischen strategischen Poseidon-Raketen reichte ja nach Ansicht der Befürworter einer LRTNF-Rüstung der NATO nicht mehr hinreichend aus, eine gemeinsame Sicherheit Westeuropas und Amerikas zu gewährleisten.

Nerlich sieht zwei grundlegende Sicherheitsinteressen Westeuropas und insbesondere der Bundesrepublik in der gegenwärtigen strategischen Situation in Bezug auf die LRTNF-Frage: "Erstens gibt es zur Erhaltung einer Abschreckungsfähigkeit strategische Erfordernisse /" Herv. i. Text, Verf. 7, die nur im Falle einer Landstationierung von LRTNF erfüllbar sind, und zweitens erhöht sich die Abschreckungswirkung

¹ Nerlich, Uwe, Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa, in: Europäische Wehrkunde, 30. Jg., 1981, H. 8, S. 337

landgestützter LRTNF im Verbund mit anderen verbesserten bzw. neuen Fähigkeiten /¹ Herv. i. Text, Verf. 7, während ohne einen solchen Verbund die Gefahr einer Regionalisierung nuklearer Konflikte und damit einer geringeren Abschreckungswirkung gegeben sein könnte".¹

Nerlich geht somit davon aus, daß die Abschreckungswirkung landgestützter LRTNF offenbar nur durch einen Verbund mit anderen nuklearen Systemen, und dies offenbar nicht nur ausschließlich mit seegestützten Mittelstreckensystemen herzustellen ist. Nerlich bestätigt auf diese Weise, ähnlich wie Wettig, daß es sich bei landstationierten LRTNF um verwundbare Systeme mit der Fähigkeit zu wirksamen und begrenzten Schlägen handeln könnte, die durch unverwundbare Systeme gedeckt oder abgesichert werden müssen. Nerlich läßt an dieser Stelle jedoch noch offen, ob und inwieweit die "anderen verbesserten bzw. neuen Fähigkeiten" Veränderungen auch auf der amerikanischen globalstrategischen Ebene notwendig machen.

Für eine Landstationierung sprechen nach Ansicht von Nerlich vor allem drei Gründe: Erstens die Fähigkeit von derzeit ausschließlich landgestützten LRTNF zu selektiven Schlägen und zweitens die Möglichkeit, bemannte Flugzeuge der NATO mit nuklearen Aufgaben durch unbemannte Flugkörper zu ersetzen.² Es fällt nicht schwer, hier die Berührungspunkte mit der Senghaaschen Beurteilung landgestützter LRTNF zu erkennen.

Nerlich nennt noch einen dritten Grund, der ihm der wichtigste ist. Man müsse, so Nerlich, die Abschreckungswirkung landgestützter LRTNF vor allem im Zusammenhang mit einer sowjetischen Entscheidung über Krieg und Frieden sehen. Ihre Abschreckungswirkung ist seiner Auffassung nach um so größer, je mehr eine solche sowjetische Entscheidung kompliziert werde.³ Ein präemptiver Bedarf für die Sowjetunion sei aber vor

1 Ebenda, S. 337

2 Ebenda, S. 338

3 Ebenda, S. 338/339

allem dann gegeben, so Nerlich, wenn es für die Sowjetunion um die Ausschaltung einer Bedrohung sowjetischen Territoriums gehe. Nerlich: "Das Abschreckungsziel muß unter diesen Bedingungen sein, erstens einen präemptiven Bedarf für die Sowjetunion zu schaffen, der mit politischen Kriegszielen vor einer Entscheidung über Krieg und Frieden unvereinbar ist, und zweitens die präemptive Aufgabe für die Sowjetunion so zu gestalten, daß die Sowjetunion nicht mit der Möglichkeit eines hinreichend erfolgreichen Entwaffnungsschlages rechnen kann."¹

Diese Wirkung ist nach Auffassung von Nerlich nur durch eine Landstationierung zu erreichen, da nur bei der Landstationierung für die UdSSR die Notwendigkeit einer sofortigen Steigerung der nuklearen Zerstörung entstehen könnte, die mit ihren politischen Kriegszielen vereint werden müßte.² Nerlichs Forderung nach einer sofortigen Steigerung der nuklearen Zerstörung offenbart eine typisch europäische und insbesondere bundesdeutsche Einschätzung der Problematik, die in der wissenschaftlichen Literatur mit der sogenannten "nuklearen Schwelle" verbunden wird. Denn einerseits soll sie im Interesse einer funktionierenden Abschreckung möglichst niedrig sein, andererseits im Falle eines Versagens von Abschreckung zwar nicht möglichst hoch, aber doch nach ihrem Überschreiten möglichst kontrolliert und selektiv sein. Nerlichs Argumentation geht denn auch davon aus, daß eine Steigerung der Zerstörung von einer sowjetischen Führung bereits vor einer Entscheidung über Krieg und Frieden mit ihrem politischen Kriegszielen vereint werden müßte. Nerlichs Auffassung deckt sich zum großen Teil mit der Wettig-schen Begründung einer Landstationierung amerikanischer LRTNF in Europa. Nerlich geht jedoch noch weiter: Die Notwendigkeit einer sofortigen Steigerung der militärischen Zerstörung (Eskalation) werde, so Nerlich, in dem Maße erhöht, "als ein

¹ Ebenda, S. 339

² Ebenda, S. 339; vgl. Pfeiler, Thesen zur sowjetischen Militärdoktrin, a.a.O., S. 2

sowjetischer Entwaffnungsschlag erschwert wird, z. B. durch Verminderung der Bodenverwundbarkeit".¹ Durch die mobilen LRTNF der NATO wird eine solche Verminderung der Verwundbarkeit eben nur relativ, im Vergleich zu den älteren Sondermunitionslagern, die reduziert wurden, erreicht. Offenbar hält Nerlich jedoch noch ein größeres Ausmaß an Unverwundbarkeit für erforderlich, um die Sowjetunion strategiemmanent abschrecken zu können, wobei er es offenbar für erforderlich hält, das Potential und damit die nuklearen Optionen der NATO noch weiter zu verstärken: "Sollte die Sowjetunion vor einer Entscheidung über Krieg und Frieden tatsächlich die Möglichkeit eines Entwaffnungsschlages gegen landgestützte LRTNF erwägen, so müßte sie sich im Fall einer SLCM-Stationierung (...) vor einer zusätzlichen präemptiven Aufgabe sehen (...). Das Vorhandensein von SLCMs erhöht die Abschreckungswirkung von landgestützten LRTNF."² Demnach reicht die von ihm befürwortete Landstationierung der NATO-LRTNF seiner Auffassung nach offenbar nicht aus, um die präemptive Aufgabe, bzw. den präemptiven Bedarf für die UdSSR ausreichend groß zu machen.

Angesichts der Vorteile einer Landstationierung schätzt Nerlich den Nachteil der Verwundbarkeit dieser LRTNF-Systeme jedoch offenbar nicht so hoch ein, wie die Befürworter einer Seestationierung, zumal diese landgestützten LRTNF seiner Einschätzung nach in ihrer Verwundbarkeit durch eine Luftbeweglichkeit und durch die große Zahl der Stationierungsländer vermindert werden kann.³ Eine solche Luftbeweglichkeit ist bei den in der Bundesrepublik und den anderen westlichen Ländern aber nicht bzw. nicht mehr vorgesehen.

Nerlich äußerte die Überzeugung, daß eine sowjetische Entscheidung für den Gebrauch militärischer Macht angesichts landstationierter LRTNF weit schwieriger werde, und daß sich

1 Ebenda, S. 339

2 Ebenda, S. 339

3 Ebenda, S. 339

die Abschreckungswirkung der NATO-Strategie in diesem Maß erhöhe.¹ Dies soll offenbar heißen, daß eben landstationierte LRTNF eine sowjetische Entscheidung zum Kriege mit einer allgemeinen Untergangsdrohung konfrontieren sollen.

Gräbner hat jedoch in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß aufgrund der großen Zielgenauigkeit der neuen Waffensysteme bereits in Krisensituationen die Präemptionsneigung ihrer Besitzer wachsen könne. Seiner Auffassung nach würde eine größere Präemptionsneigung jedoch Nachteile mit sich bringen: "Durch diese Möglichkeit büßt die gegenseitige Abschreckung von vornherein an Stabilität ein verliert vielleicht im entscheidenden Augenblick ihre kriegsverhindernde Funktion."² Gräbner zog deshalb 1981 den Schluß: "Die geplanten eurostrategischen Waffen der NATO erhöhen zwar noch mehr das Risiko der Sowjetunion, einen selektiven Kernwaffenschlag gegen Westeuropa durchzuführen, tragen jedoch möglicherweise wegen ihrer qualitativen Merkmale dazu bei, in einer Krise die Präemptionsneigung bei der Sowjetunion zu verstärken."³

Gegen einen bewußt geplanten (allerdings unwahrscheinlichen) sowjetischen Kernwaffenschlag hätten landstationierte westliche Mittelstreckensysteme demnach offenbar eine positive Abschreckungswirkung, während ihre Wirkung in einer Krisensituation möglicherweise nachteilig sein könnte. Präemptionsprämien können den Primat der Politik in Krisensituationen jedoch aushöhlen. Dies gilt aber nicht erst nur für die neuen LRTNF der NATO. Afheldt hatte bereits Mitte 1979 darauf hingewiesen, daß derartige Präemptionsprämien bereits für die vorhandenen Kernwaffenarsenale der NATO gelte: "Sie geben daher der Sowjetunion eine Prämie des ersten Schlages und wirken so in der Krise und nach Kriegsausbruch destabili-

1 Ebenda, S. 339

2 Gräbner, Der NATO-Doppelbeschluß ..., a.a.O., S. 126

3 Ebenda, S. 127

sierend."¹ Folgt man diesen Überlegungen von Gräbner und Afheldt, dann stellt sich hier auch offenbar die Frage, ob die NATO nicht auf ein bestimmtes System ganz verzichten kann und soll. Eben diese Frage ist in der veröffentlichten wissenschaftlichen Diskussion aber kaum diskutiert worden. Den Unterschied zwischen Pershing II-XR und Marschflugkörpern hat Krell verdeutlicht: "Die niedrige Flugzeit der Pershing II läßt sie wie die SS-20 als Präemptionswaffe erscheinen."² Dadurch, so Gräbner, könnte jedoch die gegenseitige Abschreckung "vielleicht im entscheidenden Augenblick ihre kriegsverhindernde Funktion verlieren".³ Marschflugkörper haben demgegenüber, wenn man die Aussagen von Krell berücksichtigt, aufgrund ihrer größeren Flugzeiten und trotz Ihrer Zielgenauigkeit kaum derartige Präemptionsprämien.

Daß die nukleare Abschreckung jedoch stabil sein müsse, hat Nerlich in seiner Studie deutlich hervorgehoben. Landgestützte LRTNF dürfen seiner Einschätzung nach deshalb nicht isoliert gesehen werden. Denn, so Nerlich: "Unter Abschreckungsgesichtspunkten würde eine ausschließliche Verfügbarkeit von landgestützten LRTNF für begrenzte Schläge (d. h. hinreichend zielgenau bei hinreichender Unverwundbarkeit residualer Kräfte) die Gefahr eines regionalisierbaren Konflikts beinhalten."⁴

Wichtig an dieser Bemerkung Nerlichs erscheint zunächst nicht nur seine Beurteilung der Bedeutung einer hinreichenden Unverwundbarkeit residualer Kräfte. Nerlich hält offenbar die mit der Verwundbarkeit und der Schaffung eines präemptiven Bedarfs landgestützter LRTNF begründete Notwendigkeit ihres schnellen Einsatzes und damit einer sofortigen Steigerung der nuklearen Zerstörung offenbar für nicht ausreichend, wenn diese nicht durch strategische Systeme unterstützt wird.

1 Afheldt, Kernwaffenkrieg ..., a.a.O., S. 83

2 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 42

3 Gräbner, Der NATO-Doppelbeschluß ..., a.a.O., S. 126

4 Nerlich, Die Stationierung ..., a.a.O., S. 339

Zwar soll der mit den bodengestützten LRTNF der NATO verbundene "präemptive Bedarf" und die Abschreckung für eine Entscheidung der UdSSR gegen eine Kriesauslösung nach Auffassung der NATO ausreichend groß sein und Kopplung erst wirksam machen. Aber: Nerlich fordert zudem noch eine "Ergänzung" dieser landgestützten LRTNF, nicht nur seegesützte LRTNF, sondern auch und vor allem durch die neuen amerikanischen globalstrategischen MX-Raketen, um die Gefahr eines regionalisierbaren Konflikts zu bannen.¹

Offenbar können die neuen landgestützten LRTNF der NATO einerseits zwar die Abschreckung vor einem Schritt zum Kriege erhöhen, andererseits aber auch im Falle einer Krise, eines unmittelbar bevorstehenden Krieges und erst Recht in einem Krieg die Präemptionswahrscheinlichkeit vergrößern. Dies könnte möglicherweise jedoch auch dazu führen, daß sich die UdSSR, dieser Gefahr bewußt, in Krisen vorsichtiger und zurückhaltender verhalten könnte bzw. verhalten wird. Bei diesen Überlegungen handelt es sich allerdings um Vermutungen, die bereits in den Bereich der Spekulation übergehen.

Die Auffassung, daß die landstationierten LRTNF der NATO dazu dienen sollen, aufgrund ihrer Verwundbarkeit und ihrer Dislozierung in Westeuropa sowie aufgrund ihrer Präemptionsprämien, die durch die globalstrategischen amerikanischen Systeme wieder ausgeglichen bzw. aufgehoben werden sollen, der NATO verbesserte nukleare Optionen zur Abschreckung eines Angriffs zu geben, hat der Autor dieser Arbeit im September 1982 geäußert.² Diese Auffassung wurde 1983 durch Günther Schmid unterstützt: Schmid hob hervor: "Eine sowjetische Offensivhandlung ohne präemptiven Schlag würde für die UdSSR das Risiko bedeuten, daß diese Systeme irgendwann noch eingesetzt würden. Folglich wird mit der Stationierung der landgestützten LRTNF eine sowjetische Entscheidung für den Gebrauch militärischer

1 Ebenda, S. 339

2 Seidel, Peter, Die Diskussion um den Doppelbeschluß.
Eine Zwischenbilanz, München 1982, S. 128

Macht erheblich schwieriger: Nur landgestützte /⁻ Herv. i. Text, Verf. 7 Systeme sind selektiv einsetzbar (etwa zur Abriegelung östlicher Verstärkungskräfte) und tragen durch die Schaffung eines präemptiven Bedarfs für die Sowjetunion, der weder /⁻ Herv. i. Text, Verf. 7 mit ihren politischen Zielen vereinbar ist noch /⁻ Herv. i. Text, Verf. 7 hinreichend erfolgreich bewältigt werden kann, zur Erhöhung der Abschreckungswirkung bei."¹ Schmid bezieht sich dabei auf die vor allem von Kritikern der LRTNF-Entscheidung der NATO geäußerte Befürchtung, die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen würden Präemptionszwänge aktivieren und damit auch Kriseninstabilität.²

Schmid geht davon aus, daß eine derartige präemptive Aktion wegen der "sofortigen unkontrollierbaren Eskalationsgefahr mit denkbaren politischen Kriegszielen der UdSSR unvereinbar" sei³, und daß eine sowjetische Offensivhandlung ohne präemptiven Schlag für die UdSSR das Risiko bedeuten würde, daß diese Systeme irgendwann noch eingesetzt würden.⁴ Schmid kommt deshalb zu der Auffassung, daß die von ihm als Hypothese bezeichnete Kritik, die neuen NATO-LRTNF würden Präemptionszwänge und damit Krisenstabilität aktivieren, nicht vernachlässigen solle, "daß eine solche Hypothese eine mögliche Erhöhung /⁻ Herv. i. Text, Verf. 7 der Abschreckungswirkung durch diese landgestützten Systeme von vornherein, daß heißt ohne eine solche Möglichkeit unvoreingenommen geprüft zu haben, ausschließt /⁻ Herv. i. Text, Verf. 7 und allein von der Prämisse ausgeht, daß die Abschreckung versagt hat und ein Konflikt bereits ausgebrochen ist".⁵

1 Schmid, Suggestive Beschwörung statt wissenschaftlicher Analyse, a.a.O., S. 97

2 Ebenda, S. 97

3 Ebenda, S. 97

4 Ebenda, S. 97

5 Ebenda, S. 97

Magenheimer hat jedoch angemerkt: "Die dementsprechende Gedankenfolge lautet, daß sich die Führung der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa im Falle eines Krieges mit dem Warschauer Pakt relativ früh entscheiden müßte, ob sie diese Waffen der Zerstörung preisgeben oder gegen die UdSSR einsetzen wolle. Im Falle der zweiten Alternative, dem Angriff gegen Ziele auf sowjetischem Boden, müsse man mit einem sowjetischen strategischen Gegenschlag gegen das Territorium der USA rechnen, womit das besagte Streben nach Regionalisierung letztlich gescheitert sei. Die Frage nach der Regionalisierung eines Kernwaffenkrieges ist somit mit extrem voneinanderabweichenden Aussagen belastet, die offenbar von Voraussetzungen ausgehen, die sich im Grundsätzlichen unterscheiden."¹

Nerlich forderte jedoch noch eine weitere Ergänzung und Absicherung westlicher landstationierter LRTNF. Es sei ebenso notwendig, so Nerlich, daß die USA über "hinreichend unverwundbare" strategische Waffen verfügten, die für den Einsatz gegen harte militärische Ziele geeignet seien.² Dies würde jedoch bedeuten, daß diese Waffen gegen verbunkerte Anlagen, gleich ob Raketen oder Kommandozentralen, vorgesehen sind. Nerlich begründet seine Forderung so: "Da begrenzte Einsatzoptionen für ICBM, die für eine strategische Flexibilität für europäische Eventualitäten notwendig wären, praktisch hinfällig werden, wenn die residualen ICBM-Kräfte dem Risiko eines sowjetischen Entwaffnungsschlages ausgesetzt sind, ist die ICBM-Verwundbarkeit für die nukleare Abschreckung in Europa noch wichtiger als für die USA selbst. Ohne eine solche Fähigkeit wächst in der Tat das Risiko eines nur regionalen nuklearen Konflikts, was die Abschreckungswirkung von TNF in Europa selbst vermindern und die Überlebensgefahren für Westeuropa erhöhen würde".³

1 Magenheimer, Heinz, Regionalisierung eines Nuklearkrieges in Europa?, in: apuzg, B 15-16/83, S. 24

2 Ebenda, S. 339

3 Ebenda, S. 339

Landgestützte Systeme, ob LRTNF oder ICBM werden aber immer verwundbarer, das Hauptproblem der Supermächte ist jedoch die größer werdende Verwundbarkeit ihrer ICBM. Die Bedeutung einer Unverwundbarkeit amerikanischer globalstrategischer Nuklearwaffen auch und gerade für die europäische Sicherheit ist in der deutschen Diskussion kaum behandelt worden. Joffe machte denn auch zu Recht im August 1981 deutlich, daß in der Diskussion um den Doppelbeschluß das ursprüngliche Problem, "das bereits vor / Herv. i. Text, Verf. 7 der SS-20-Stationierung erkannt worden war", und damit auch "das oberste Gebot der atomaren Abschreckung: die Unverwundbarkeit der eigenen Vergeltungswaffen zu erhalten", untergegangen sei. Dieses Problem der Verwundbarkeit, so Joffe, untergrabe die Abschreckungsfähigkeit des Westens "seit einem halben Jahrzehnt".¹ Denn die Erhöhung der Zielgenauigkeit und der Zerstörungswirkung nuklearer Waffen hat nach Ansicht vieler Wissenschaftler die beiderseitige Erstschlagfähigkeit der Supermächte erhöht, ihre Zweitschlagfähigkeit vermindert und damit die Gefahr einer präemptiven Überraschungsangriffs ("launch on warning") erhöht.

Forndran machte deshalb zu Recht darauf aufmerksam, daß die beiderseitige Fähigkeit zu dieser Form des Erstschlags zwar die Flexibilität in der Militärpolitik, zugleich aber auch die Instabilität in der Abschreckungspolitik erheblich erhöhen könnte. Seiner Einschätzung nach wäre es deshalb sinnvoller, auf die technische Entwicklung der letzten Jahre im Bereich der Kernwaffenpotentiale, die zwar Zielgenauigkeit und Zerstörungswirkung der Waffen gesteigert, die Sicherheit beider Seiten aber eher drastisch reduziert hätten, "mit einem vermehrten Schutz der Potentiale z. B. durch Beweglichkeit zu antworten, um nicht die Erstschlagfähigkeit zu erhöhen, sondern die Zweitschlagfähigkeit zu erhalten".² Rattinger ist allerdings der Auffassung, daß für den "Abschreckungszweck von Eskalation und Vergeltung" das strate-

1 Joffe, Soll Abschreckung wirken ..., a.a.O.

2 Forndran, SALT II ..., a.a.O., S. 56

1

gische Bomber- und U-Boot-Potential der USA durchaus ausreichend sei.¹ Diese Potentiale können nach Ansicht von Nerlich die Abschreckungswirkung landgestützter LRTNF in Europa jedoch nicht ausreichend erhöhen. "Für Europa", so Nerlich, hätten die USA zur Zeit ausschließlich einen Teil ihrer Minuteman verfügbar, da das Trident II-Programm stark verzögert worden sei.² Forndran bezweifelt in diesem Zusammenhang zwar, daß der von ihm geschilderte technologische Trend einem Angreifer militärische Chancen bieten könne, macht dann jedoch die Einschränkung: "Wie immer man diese im Augenblick umstrittene Frage beantworten mag, eine Folge dieser möglichen Entwicklung für die Bedeutung der Grauzonenwaffen ist nicht zu übersehen: Eine mangelhafte Glaubwürdigkeit westlicher counter-force-Abschreckung aufgrund sowjetischer counter-force-Erstschlagkapazität würde eventuell die Bedeutung der sowjetischen SS-20 erhöhen, da u. a. die westlichen Eskalationsmöglichkeiten reduziert würden und ein Rückgriff auf interkontinentale counter-force-Potentiale zum Schutz Europas nicht mehr möglich wäre."³

Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma sieht Nerlich in zusätzlichen, auf See zu stationierenden Marschflugkörpern, vor allem aber in der Schaffung unverwundbarer amerikanischer counter-force-Fähigkeiten für begrenzte Optionen für den Abschreckungsschutz Westeuropas. Ohne eine solche derartige Fähigkeit würde seiner Auffassung nach das Risiko eines nur regionalen nuklearen Konfliktes in Europa wachsen.

Die Einführung der (damals in den USA umstrittenen) amerikanischen MX-Raketen war deshalb nach Auffassung von Nerlich "eine unerläßliche Ergänzung bzw. Voraussetzung einer landgestützten LRTNF-Stationierung." Eine amerikanische Entschlossenheit, an diesem System festzuhalten, signalisiere

1 Rattinger, Strategieinterpretationen ..., a.a.O., S. 31; vgl. Bertram, Abschied von der Kraftmeierei ..., a.a.O.

2 Nerlich, Die Stationierung ..., a.a.O., S. 339

3 Forndran, Technologie und Stabilität ..., a.a.O., S. 487

deshalb nach Auffassung von Nerlich zugleich, daß die USA darauf vorbereitet bleiben wollten, "in einem europäischen Konflikt anders als nur mit in Europa stationierten nuklearen Mitteln reagieren zu können".¹

Dies kann so interpretiert werden, daß eine Koppelung dann wahrscheinlich wäre, wenn sowohl von europäischen als auch von amerikanischem Boden aus das Territorium der Sowjetunion mit begrenzten Schlägen glaubwürdig bedroht werde. Nerlich ist der Auffassung, daß heutzutage, d. h. "unter Bedingungen einer sowjetischen Erstschlagfähigkeit gegen Minuteman", der Abschreckungsschutz amerikanischer globalstrategischer SIOP-Kräfte nicht mehr ausreichend sei, und daß die Beschränkungen auf eben diese Kräfte es "zunehmend schwieriger" werden lassen würden, "strategische Verknüpfungen von SIOP-Kräften mit NATO-Erfordernissen zu erhalten bzw. zu schaffen. Mit anderen Worten, eine solche Beschränkung würde für die Sowjetunion das Risiko zunehmend kalkulierbarer und westliche nukleare Reaktionen zunehmend kontrollierbarer machen".² Hier zeigen sich bereits die Berührungspunkte in der Beurteilung der westlichen LRTNF-Entscheidung bei Nerlich und Weizsäcker.

Unter den von Nerlich genannten Bedingungen, habe die Stationierung der landstationierten Systeme zur Folge, daß sich die Kalkulierbarkeit eines solchen Risikos durch die UdSSR erheblich verringere, und daß sich die UdSSR dann in einer Lage befände, in der sie "mindestens eine der beiden möglichen Reaktionsweisen für möglich halten muß". Für die Sowjetunion würde, so Nerlich "mindestens eine" der beiden möglichen Reaktionsweisen bedeuten, daß sie weder, wie in den letzten Jahren, hoffen könne, die amerikanischen strategischen Kräfte politisch von Westeuropa abzukoppeln, noch davon ausgehen könne, daß die präemptive Abdeckung "einer der beiden Bedrohungen" ausreiche.³

1 Nerlich, Die Stationierung ..., a.a.O., S. 339

2 Ebenda, S. 337/338

3 Ebenda, S. 338

Mit anderen Worten, die Sowjetunion könnte sich gezwungen sehen, sich in der Zielplanung zu "verzetteln" bzw. zu eskalieren. Die Folge derartiger Überlegungen war auf Seiten der Sowjetunion eine weitere Rüstung (SS-23/22).

Nerlich war offenbar der Ansicht, daß die mit neuen amerikanischen MX-Raketen verbundene Fähigkeit zur Eskalation im Sinne begrenzter Einsatzoptionen die Abschreckungswirkung der landstationierten LRTNF verstärken könne bzw. müsse, und umgekehrt. Nerlich ging offenbar davon aus, daß die Entwicklung zielgenauer und in der Waffenwirkung begrenzter Waffensysteme auf interkontinentalstrategischer und auf kontinentalstrategischer Ebene die Selbstabschreckung vor einem Einsatz verringert (und damit unter militärischen Gesichtspunkten sinnvoller gemacht habe), begrenzte Einsätze ermöglicht habe und damit allerdings auch die Gefahr eines auf Europa begrenzten nuklearen Konflikts vergrößern könne. Nerlich hob jedoch hervor: "Präemptive Schläge gegen LRTNF-Stellungen in der Nähe von westeuropäischen Bevölkerungszentren, die man politisch zu kontrollieren und wirtschaftlich zu nutzen hofft, sind von Entwaffnungsschlägen gegen Minuteman kategorial verschieden [Herv. i. Text, Verf.]." Damit sind nicht nur die Abschreckungswirkungen, sondern auch die Wahrscheinlichkeiten präemptiver Schläge sehr unterschiedlich."¹

Nerlich geht jedoch davon aus: "Hingegen ist die Zerstörung militärischer Ziele in amerikanischen Wüsten mit politischen Zielen im Falle eines Krieges nicht unvereinbar."² In diesen Wüsten sind die von Nerlich für verwundbar eingestuften Minuteman-Raketen in Silos stationiert. Wüsten sind nun allerdings ebensowenig Ballungszentren wie die hohe See, im Gegensatz zum Territorium der westeuropäischen NATO-Staaten. Ein Entwaffnungsschlag gegen diese Silos, so Nerlich weiter, würde jedoch aus sowjetischer Sicht eine entscheidende Schadensbegrenzung darstellen, sofern dadurch amerikanische Vergel-

1 Ebenda, S. 340

2 Ebenda, S. 340, Anm. 6

tungsmöglichkeiten tatsächlich dramatisch reduziert werden würden. Nerlich geht jedoch davon aus, daß, solange amerikanische ICBM verwundbar seien wie im Falle der Minuteman, auch bei ihnen die Gefahr präemptiver sowjetischer Schläge bestehe.¹

Bei der MX-Entscheidung ging es nach Ansicht von Nerlich deshalb darum, "eine hinreichend unverwundbare Komponente [Herv. i. Text, Verf.] der strategischen Streitkräfte verfügbar zu haben." Nerlich ging dann aber davon aus: "Die Landstationierung ist per se für die mit der MX beabsichtigte Abschreckungswirkung völlig unerheblich. Es gibt im übrigen gute Gründe dafür, diese Komponente der strategischen Kräfte der USA ausschließlich mit dem Trident II-Programm zu verwirklichen, was allerdings mit der getroffenen Entscheidung für die MX politisch nicht mehr zur Disposition steht."² Genau dies hat sich jedoch seitdem geändert, denn die USA sind mittlerweile daran gegangen, eben dieses Trident II-Programm zu verwirklichen.

Und dies offenbar nicht ohne Grund. Denn wenn, so Nerlich, gute Gründe dafür vorlägen, die Abschreckungswirkung der neuen amerikanischen strategischen Systeme durch die Stationierung auf Trident-U-Booten "ausschließlich" zu verwirklichen, wieso hätte dann die Landstationierung von MX-Raketen für deren Abschreckungswirkung unerheblich sein können? Die Tatsache, daß sie in Wüsten, und nicht in Ballungszentren untergebracht werden, wäre demnach nicht entscheidend. Denn dies würde allenfalls den Kollateralschaden reduzieren, aber eben nicht unbedingt ihre Verwundbarkeit; deshalb auch die - inzwischen aufgegebenen Pläne, die MX in unterirdischen "Verschiebehäfen" zu stationieren.

Denn da die älteren Minuteman-Raketen der USA, die in Einzel-silos zu Lande stationiert werden sollten und auch werden,

1 Ebenda, S. 340, Anm. 6

2 Ebenda, S. 340/341

gegenüber einem möglichen sowjetischen Erstschlag zunehmend verwundbar werden, und da, wie Bertram und Forndran deutlich machten, der Trend zur Verwundbarkeit landstationierter Systeme offenbar weitergeht, mußte sich die Frage stellen, welche Aufgaben demnach neue MX-Raketen übernehmen könnten, die ebenfalls in Silos und damit zu Lande stationiert werden sollten.

Gerade die Verwundbarkeit der Minuteman, so Wettig, "könnte die amerikanische Führung unter Umständen dazu veranlassen, ihr bedrohtes Kernwaffenpotential, das bis jetzt die einzige zur Bekämpfung militärischer Potentiale zuverlässig geeignete nukleare Komponente darstellt, nicht vorzeitig zu gefährden und für die Extremsituation des globalstrategischen Schlagabtauschs aufzusparen".¹ Doch auch die neue MX-Rakete soll ja gerade gegen militärische Punktziele einsetzbar sein. Was hätte sich demnach an den von Wettig geäußerten Bedenken Substantielles gegenüber zu landstationierten und demnach ebenfalls verwundbaren MX-Raketen geändert? Nerlich hat darauf hingewiesen, daß ohne die Komplementärwirkung der MX bei landstationierten LRTNF die Gefahr eines auf Europa begrenzten Krieges bestehen würde. Aufgrund seiner o. a. Beurteilung der Minuteman-Verwundbarkeit kommt Wettig zu dem Schluß, und zwar unter Berücksichtigung der Thesen Weizsäckers: "Die kriegsverhütende Abschreckung in Europa allein auf diese Konterungsoption [— der amerikanischen Landraketen, Verf. —] gründen zu wollen, mag nicht hinreichend sicher erscheinen. An dieser Stelle dürfte der rationale Kern von Einschätzungen wie der Carl Friedrich von Weizsäckers liegen, daß die Westeuropäer nicht mehr mit dem globalstrategischen Abschreckungsschutz der USA rechnen könnten."²

Dies aber, so Rittberger, "grundsätzliche Dilemma der nuklearen Abschreckung gibt einen objektiven Anreiz - für beide Supermächte -, die nukleare Erstschlagfähigkeit zu erwerben,

1 Wettig, Der Wandel der Rahmenbedingungen ..., a.a.O., S. 24

2 Ebenda, S. 24

um dem Glaubwürdigkeitsdilemma zu entinnen".¹ Dem soll jedoch nicht nur die LRTNF-Rüstung der NATO, sondern auch das Trident II-Programm der USA abhelfen.

Die Bedenken gegen eine Landstationierung amerikanischer LRTNF in Europa konnten in der wissenschaftlichen Diskussion jedoch auf letztendlich überzeugende Weise nicht gelöst werden, insbesondere, was ihren Zusammenhang mit den globalstrategischen Systemen der USA angeht. Zweifel an der Stabilität der Abschreckung und an den der Abschreckungstheorie zugrundeliegenden Prämissen bleiben somit auch weiterhin nicht unbegründet. An eben dieser Problematik entzündete sich denn auch die Kritik nicht nur der kritischen Friedensforscher. Durch die technologische Entwicklung, die immer mehr auf militärisch einsetzbare Nuklearwaffen zielt, wird häufig befürchtet, im Gegensatz zu den von den Befürwortern einer Landstationierung der LRTNF erhofften Kopplung westeuropäischer und amerikanischer Sicherheit durch die Schaffung eines präemptiven Bedarfs, den die UdSSR bei einer Entscheidung für einen Krieg berücksichtigen müßte, die Auslösung eines "Weltkriegs wider Willen"², eine "'Modernisierung' gegen Sicherheit"³, "das martialische Denken"⁴ oder, wie Senghaas formulierte, "Clausewitz redivivus"⁵. Senghaas dazu: "Damit / durch die technologische Entwicklung, Verf. / hat die Lehre vom abgestuften Gebrauch der Gewalt ein sich ausdifferenzierendes materielles (waffentechnologisches) Fundament erhalten. Und damit scheinen für diejenigen, die solche Entwicklungen vorantreiben, Kriege / Herv. i. Text, Verf. / tatsächlich wieder riskierbar / Herv. i. Text, Verf. / zu

1 Rittberger, Volker, Europäische Sicherheit und die Neubewertung der Kernwaffen in und für Europa, in: apuzg, B 15/84, S. 15

2 Lutz, Weltkrieg ..., a.a.O.

3 Mechttersheimer, "Modernisierung" gegen Sicherheit ..., a.a.O., S. 59

4 Czempiel, Ernst-Otto, Das martialische Denken. Rüstungskontrolle und Konfliktsteuerung, in: Frankfurter Hefte, 8/1982, S. 27

5 Senghaas, Einleitung zur Neuauflage 1981, a.a.O., S. 19

sein, sollte die Abschreckung versagen."¹ Senghaas geht hier allerdings wiederum von dem Fall aus, daß Abschreckung bereits versagt habe. Die Befürworter der westlichen Landstationierung von LRTNF machen hingegen geltend, daß nur, wenn sich auch die NATO diesem technologischen Trend stelle, Abschreckung eben nicht versagen werde, da in diesem Fall die Chancen der Gegenseite jedenfalls nicht größer als die der NATO seien, da durch eine Landstationierung der Kollateralschaden bei einer Ausschaltung dieser Systeme derart anwachse, daß zwar die Waffenwirkung bei der einzelnen Waffe immer mehr begrenzt werden könne, ihre Streuung über ganz Westeuropa diese Fähigkeit jedoch politisch wieder aufhebe und angesichts der Zweifel an einer Beherrschbarkeit von Eskalationskontrolle einem Gegner die Aussichtslosigkeit eines im übrigen auch nur theoretisch riskierbaren Krieges in Europa verdeutliche.

1 Ebenda, S. 17

Fazit

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung der wissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland um die im NATO-Doppelbeschluß vorgesehene Stationierung neuer westlicher LRTNF sind bereits am Ende der einzelnen Kapitel bzw. der jeweiligen Teilkapitel dargestellt worden. Sie sollen an dieser Stelle zusammengefaßt, ergänzt und kurz erläutert werden.

Die Hauptschwerpunkte dieser Diskussion waren erstens die Analyse des Kräfteverhältnisses in Europa, zweitens die Diskussion um die Auswirkungen neuer LRTNF auf das Kräfteverhältnis und drittens die Diskussion um die Auswirkungen der neuen, insbesondere der NATO-LRTNF, auf die Glaubwürdigkeit der Doktrin der "flexiblen Erwidern". Dabei hat sich gezeigt: Nicht nur aufgrund des positionellen Ansatzes, trifft es eher den Kern der Sache, von der Diskussion der Wissenschaftler als von "der wissenschaftlichen Diskussion" zu sprechen, einer Diskussion, die nicht nur in Fachzeitschriften und Monographien, sondern gerade auch in Wochenzeitschriften und preiswerten Taschenbuchausgaben mit hoher Auflage geführt wurde.

1. Zur Diskussion um das Kräfteverhältnis in Europa

- Die Unterschiede in den verschiedenen Kräftevergleichen ergeben sich bereits dadurch, daß das numerische Kräfteverhältnis bei den "eurostrategischen" Waffensystemen in Ost und West umstritten ist und zum Teil auch sein muß. Weitergehende qualitative Bewertungen des Kräfteverhältnisses bauen aber auf numerischen Vergleichen auf, so daß sich unterschiedliche numerische Berechnungen auch qualitativ auswirken. Nicht zuletzt deshalb hat sich die Bestandsaufnahme auf die Diskussion des numerischen Kräfteverhältnisses erstreckt; dies war aber auch aus politischen Gründen (nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft) der Fall.

- Es hat sich gezeigt, daß nahezu alle Wissenschaftler darin übereinstimmen, daß die Kenntnis des zahlenmäßigen Umfangs der Potentiale nur einen Faktor bei der Beurteilung des bestehenden Kräfteverhältnisses abgeben kann, geschweige denn bei der Beurteilung von Sinn oder Unsinn des Doppelbeschlusses, und d. h. auch seines Rüstungsteils.
- Von einigen Wissenschaftlern wird allerdings bereits die numerische Gegenüberstellung der Potentiale und die Neuberechnung des Kräfteverhältnisses als ein Mittel dafür angesehen, Notwendigkeit und Sinn der NATO-LRTNF-Entscheidung zu überprüfen! Hierbei handelt es sich allerdings um eine relativ kleine Minderheit. Die angestellten Kräftevergleiche in der wissenschaftlichen Diskussion sind gerade auch deshalb von Bedeutung gewesen, weil sie politisch wirken sollten, zum anderen aber auch, weil offizielle Kräftevergleiche eine Grundlage für die zur Zeit der Diskussion von westlicher Seite angestrebten Verhandlungen abgeben.
- Schwierigkeiten bei der Berechnung des Kräfteverhältnisses machen die pauschale Unterteilung der TNF, das Fehlen einer präzisen Definition von LRTNF, die Asymmetrie der Potentiale in West und Ost und die geringe Vergleichbarkeit unterschiedlicher Waffensysteme, deren Zahlen zudem weitgehend der Geheimhaltung unterliegen.
- Die Anlegung jeweils unterschiedlicher Ein- und Abgrenzungskriterien und deren nicht immer konsequente Zugrundelegung hat in der wissenschaftlichen Diskussion unmittelbare und erschwerende Auswirkungen auf die Berechnung des Kräfteverhältnisses gehabt. Dabei zeigte sich, daß eine Diskussion auf dieser Ebene auch politische und wissenschaftliche Meinungsunterschiede verdecken konnte, wenn nicht sollte.
- Strittig waren insbesondere und vor allem die Einbeziehung der SACEUR assignierten 400 amerikanischen strategischen Poseidon-SLBMs, die im SALT II-Vertrag bei der Festlegung

globalstrategischer Parität einbezogen wurden, die Anzahl der einzubeziehenden nuklearfähigen Flugzeuge in Ost und West, aber auch die Zählweise von MRV-Sprengköpfen wie MIRV-Sprengköpfen, deren Unterschiede desöfteren negiert wurden.

- Bei den aufgemachten Kräftevergleichen handelt es sich häufig um sog. "eurostrategische" Vergleiche, d. h. man begnügte sich gerade auf Seiten der Kritiker des Beschlusses immer wieder damit, die im globalstrategischen Bereich erzielte Parität mit dem isolierten Hinweis auf die Überlegenheit der Amerikaner hinsichtlich der Sprengkopffzahlen ihrer strategischen Systeme zu relativieren, daraus dann eine allgemeine Überlegenheit der USA abzuleiten und eben dies dann als Beleg dafür anzuführen, daß eine kontinentalstrategische "Nachrüstung" unnötig sei, da die SS-20 von dem postulierten "überlegenen amerikanischen Potential bei den Sprengköpfen" bereits kompensiert werde. Die weitergehende Untersuchung, inwiefern dies für die NATO unter den Bedingungen globalstrategischer Parität Vorteile bedeuten könne, wurde allerdings nicht erklärt. Nicht nur Befürworter des Doppelbeschlusses hielten diese These denn auch für schlichtweg falsch.
- Die besonderen Auswirkungen des in seiner Gesamtheit zu sehenden globalstrategischen Kräfteverhältnisses auf die europäische Sicherheit wurden in vielen Kräftevergleichen oft nur am Rande berücksichtigt. Dies galt auch hinsichtlich der Veränderungen bei den globalstrategischen Systemen und ihrer Auswirkungen auf die kontinentalstrategische Ebene.
- Die Diskussion um das Kräfteverhältnis in Europa wurde in weiten Teilen zu einer Diskussion der vom IISS in der Military Balance herausgegebenen Kräftevergleiche, die die "Datenbank" für nahezu alle Vergleiche abgab. Dies gilt in besonderem Maße für die umstrittene MB 1979/80.
- Die Mehrheit der Wissenschaftler geht von einer konventio-

nellen und kontinentalstrategischen zahlenmäßigen Unterlegenheit der NATO in Europa aus, und auch davon, daß angesichts erreichter Parität im globalstrategischen Bereich die amerikanische Überlegenheit bei den Sprengkopffzahlen kaum noch von Bedeutung für das europäische Kräfteverhältnis sei, da gerade die Sprengkopffzahl nur einen Parameter für die Feststellung relativer Stärke abgeben könne.

2. Zur Diskussion um die neuen kontinentalstrategischen Systeme

- In der wissenschaftlichen Diskussion über die modernen sowjetischen Waffensysteme interessierte vor allem die SS-20-Mittelstreckenrakete, der sog. Backfire-Bomber demgegenüber kaum.
- Die Einschätzung der Auswirkungen der Stationierung der sowjetischen und der geplanten Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme zeigte aber auch, daß die Bedeutung dieser Systeme nicht ohne Bezug zu strategischen und politisch-psychologischen Faktoren und Rahmenbedingungen beurteilt werden konnte. Was die sowjetischen SS-20 angeht, so spielte die Auseinandersetzung um die quantitativen Veränderungen des sowjetischen Mittelstreckenpotentials zwar eine wichtige Rolle in der wissenschaftlichen Diskussion, als entscheidende Neuerung wurde von nahezu allen Wissenschaftlern jedoch die qualitative Veränderung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials durch die SS-20 hervorgehoben, unabhängig davon, ob sie die sowjetische Rüstung für gerechtfertigt hielten oder nicht.
- Die Zahlenschwankungen hinsichtlich bereits stationierter SS-20 ergaben sich zum Teil auch daraus, daß die offiziellen Angaben angesichts voranschreitender SS-20-Dislozierung aktualisiert, zum Teil auch revidiert wurden bzw. werden mußten. In diesem Zusammenhang war gerade auch umstritten, in welchem Umfang und gegebenenfalls wie lange ältere

sowjetische Mittelstreckenraketen durch die SS-20 ersetzt wurden, wieviele SS-20 gegen Westeuropa gerichtet seien und wieviele SS-20 sowohl Europa als auch Asien abdecken könnten.

- Die eigentlichen qualitativen Neuerungen durch die Einführung der sowjetischen SS-20 werden von den Wissenschaftlern vor allem in ihrer Mobilität und in ihrer Zielgenauigkeit bei reduzierter Sprengkraft gesehen (allerdings mit unterschiedlicher Präferenz). Daraus wurde die Möglichkeit der SS-20 zum präziseren und begrenzbaren militärischen Einsatz abgeleitet. Eine demzufolge geringere Selbstabschreckung vor ihrem Einsatz und die große Unverwundbarkeit angesichts der Weite des sowjetischen Territoriums wurde hervorgehoben. Diese qualitativen Eigenschaften der SS-20 waren kaum umstritten. Umstritten waren die daraus abzuleitenden Folgerungen, insbesondere hinsichtlich einer westlichen LRTNF-Rüstung, wie sie im Doppelbeschluß vorgesehen wurde.
- Von den Befürwortern, aber auch von Kritikern der Nachrüstung (Senghaas), wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß auch ohne die Stationierung der sowjetischen SS-20 eine Einführung neuer TNF-Systeme aus strategieimmanenten Gründen "unabweisbar" geworden wäre, da die TNF der NATO veraltet seien und der Strategie der flexiblen Erwidern nicht (mehr) entsprächen. Lediglich die Reichweitensteigerung der NATO-TNF sei durch die Einführung der SS-20 angesichts globalstrategischer Parität notwendig geworden.
- Die wissenschaftliche Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß wurde vor allem als Diskussion um die Nachrüstungskomponente des Beschlusses geführt. Da der Doppelbeschluß vor allem als "Nachrüstungsbeschluß" oder als "Rüstungsbeschluß" interpretiert wurde, wurde weniger nach der Bedrohung des Westens durch die neuen sowjetischen SS-20 gefragt, sondern danach, ob es für die NATO sinnvoll sei, auf diese Bedrohung mit der Einführung kontinentalstrategischer west-

licher Systeme in Europa zu antworten.

- Kritiker des Beschlusses warnten vor einem Wettrüsten, und einige machen auf die Modernisierungs- und Erweiterungsprogramme des französischen und britischen Nuklearpotentials aufmerksam, die ihrer Meinung nach eines Tages das Kräfteverhältnis in Europa derartig zugunsten der NATO verändern würden, ungeachtet der Besonderheit dieser Potentiale. Befürworter des Beschlusses verwiesen auf die unterschiedliche Bedeutung und die andersartigen Aufgaben dieser Potentiale und darauf, daß diese Programme erst in einigen Jahren wirksam würden. Im übrigen wurden die westlichen Modernisierungsmaßnahmen vor allem im Hinblick auf die Zielgenauigkeit neuer LRTNF befürwortet.
- Der Grund für die Modernisierungsmaßnahmen der NATO wurde von der Mehrheit der Wissenschaftler mit der Notwendigkeit einer Steigerung bzw. einer Wiederherstellung ihrer Fähigkeiten und Mittel zur kontrollierten selektiven und flexiblen Eskalation begründet. Die Diskussion zeigte ebenfalls, daß die westlichen Systeme nicht der Ausschaltung von SS-20-Raketen dienen sollen und auch nicht dienen können und deshalb keine Erstschlagskapazität darstellen. Der Grund liegt nach weitverbreiteter Meinung in der geringen Zahl der westlichen Systeme und in der Unverwundbarkeit der SS-20.

3. Zur Diskussion um die Bedeutung der neuen Waffensysteme für die NATO-Strategie

- Zwei Aufgaben der geplanten Stationierung westlicher Systeme wurden besonders hervorgehoben, je nach Einschätzung stärker die Möglichkeit der NATO, durch sie die Verwundbarkeit ihrer TNF zu reduzieren oder die Möglichkeit, deren Zielgenauigkeit bei begrenzter Schadenswirkung zu erhöhen und somit ihre Fähigkeit zur kontrollierten Eskalation zu steigern. Die letztgenannte Beurteilung fand nicht nur die größere Zustimmung der meisten Wissenschaftler, sie wurde auch schlüssiger begründet und kam auch den von der nuklearen Planungsgruppe an die neuen Systeme gestell-

ten Forderungen recht nahe.

- Gerade im Rahmen der strategie-kritischen Diskussion um die neuen LRTNF zeigte sich, daß eine eurostrategische Parität von der NATO nicht angestrebt wurde. Als entscheidender Grund für die Einführung wurden die qualitativen und auch die quantitativen Veränderungen des konventionellen und des nuklearen Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion angegeben, sowie die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf das Gesamtkräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt und damit auf die Abschreckung.
- Die Diskussion hat gezeigt, daß die Gleichgewichtsproblematik nur im Zusammenhang mit ihrem politisch-strategischen Bezugsrahmen und damit auch mit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion und ihrer Probleme diskutiert werden kann. Dies war in der wissenschaftlichen Diskussion in unterschiedlichem Ausmaß auch der Fall.
- Der Zusammenhang zwischen Gleichgewichtsproblematik, Abschreckungswirkung und sowjetischer Militärstrategie wurde demgegenüber nur von einigen wenigen Wissenschaftlern erörtert.
- In der strategiekritischen Diskussion von Bedeutung war vor allem die vielfach und kontrovers diskutierte Frage nach den Auswirkungen neuer westlicher LRTNF auf die sog. Abkopplungsproblematik bzw. auf die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie, insbesondere was den möglichen Einsatz zentraler amerikanischer Systeme in einem europäischen Konflikt angeht. Die Notwendigkeit einer Bereitschaft der Amerikaner, ihre globalstrategischen Systeme weiter für die Sicherheit Europas bereit zu halten, und gegebenenfalls auch einzusetzen, wurde dabei immer wieder eindringlich hervorgehoben.
- Die Diskussion um die neuen NATO-LRTNF drehte sich im Grunde um die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie unter veränderten Bedingungen. Hinter dieser Diskussion stand und steht noch eine umfassende Strategiedebatte inner-

halb der NATO (darauf hat insbesondere Schubert hingewiesen).

- Die Bestandsaufnahme der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß und die Einführung moderner amerikanischer Mittelstreckenwaffen ist von dieser Strategiedebatte nicht zu trennen.
- Die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Abschreckung beinhaltet, wie sich gezeigt hat, immer auch politische und psychologische Faktoren und Probleme.
- Hinter den Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der Abschreckungstheorie stehen die Erkenntnis und die Sorge, daß die Sicherheit aufhört, wenn die Abschreckung versagt. Dies gilt angesichts ihrer geostrategischen Lage aber im besonderen Maß für die Europäer.
- Für den Fall, daß auf die amerikanische Abschreckung kein Verlaß mehr sei, bergen neue landstationierte LRTNF in Europa nach Ansicht einiger Wissenschaftler die mögliche Gefahr eines regional begrenzbaren Konflikts, begrenzt auf Europa.
- Die Verwundbarkeit landstationierter LRTNF ist vergleichsweise größer als die seegestützter Systeme. Dies wurde in der wissenschaftlichen Diskussion schlüssig begründet. Eine große Zahl von Wissenschaftlern betont deshalb, daß das Kriterium Unverwundbarkeit bei der Entscheidung über neue westliche LRTNF keine angemessene Berücksichtigung erfahren habe.
- Über die Aufgaben, die die westlichen Systeme im Rahmen der NATO-Strategie erfüllen sollen, herrschte ebenfalls weitgehend Einigkeit. Die Folgerungen, ob die westlichen Systeme diese ihnen zugedachten Aufgaben auch erfüllen können, fallen allerdings recht unterschiedlich aus. Dies führte auch dazu, daß die Frage der Stationierung - zu Lande oder zur See - und die Bedeutung der Verwundbarkeit dieser Systeme intensiv erörtert wurde.

- Die Verwundbarkeit westlicher landstationierter Systeme wurde im Zusammenhang mit der Zielgenauigkeit und geringen Flugzeit von SS-20 und Pershing II-XR hervorgehoben. Eine Verstärkung der Präemptionsneigung ihrer Besitzer wurde allerdings im Falle internationaler Krisen hervorgehoben. Gerade in diesem Zusammenhang wird sie - allerdings nicht durchgängig - eher negativ eingeschätzt. Befürworter der westlichen LRTNF-Entscheidung heben allerdings die mit der Landstationierung verbundene Schaffung eines präemptiven Bedarfs als vorteilhaft hervor, da diese Waffen zum einen die Sowjetunion erstmals wieder vom europäischen Boden aus direkt bedrohen können und andererseits durch die Dislozierung in den westeuropäischen Staaten der Eskalationszwang zu groß wäre, als das sich die Sowjetunion die Ausschaltung dieser Systeme als begrenzt vorstellen könne.
- Unterschiedliche Beurteilungen der westlichen LRTNF ergaben sich daraus, daß einerseits die Bedeutung dieser Systeme für die Abschreckung einer gegnerischen Kriegsentcheidung betont wird, während andererseits eine Gefährdung Westeuropas für den Fall hervorgehoben wurde, daß die Abschreckung (und damit auch die Abschreckung der NATO-LRTNF) bereits versagt habe.
- In der deutschen wissenschaftlichen Diskussion sind vor allem drei Richtungen zu unterscheiden: Neben den Gegnern jeglicher westlicher Nachrüstung im kontinentalstrategischen Bereich (Lutz, Müller, Rodejohann, Tiedtke, u.a.) argumentieren andere Wissenschaftler gegen eine Landstationierung und favorisieren zuweilen eine Seestationierung (so Weizsäcker, Brauch und mit Abstrichen auch Mechttersheimer), während eine dritte Gruppe eine Landstationierung mehr oder weniger für erforderlich hält (Stratmann, Herrmann, Ruehl und auch Nerlich und Wettig). Alle drei "Grundrichtungen" werden von ihren verschiedenen Vertretern jedoch in unterschiedlicher Weise akzentuiert und insbesondere die zweite und dritte Gruppe argumentieren vorwiegend strategiekritisch bzw. strategieimmanent.

- Eine Landstationierung wurde vor allem damit begründet, nur so sei das Risiko eines Angriffs für die Sowjetunion so hochzuschrauben, daß eine sowjetische Führung ihn für unvereinbar mit ihren politischen Zielsetzungen ansehen müßte.
- Um dies zu erreichen, geht eine Anzahl Wissenschaftler von der Notwendigkeit eines schnellen Einsatzes der westlichen LRTNF aus, der angesichts ihrer Verwundbarkeit für erreichbar gehalten wird. Die Ziele sind Eskalation und Kopplung mit dem amerikanischen strategischen Potential im Zeichen globalstrategischer Parität. Bei dieser Einschätzung handelt es sich allerdings nicht um die Einschätzung der Mehrheit der Wissenschaftler, wonach Abschreckung und Kopplung gerade auf diese Weise erreicht werden solle bzw. könne.
- Die Erhöhung der Zielgenauigkeit und die präzisere Zerstörungswirkung nuklearer Waffen hat nach Ansicht vieler Wissenschaftler vor allem die beiderseitige Erstschlagfähigkeit erhöht und die Unverwundbarkeit generell vermindert. Die Kalkulierbarkeit des Risikos eines solchen Erstschlags gegen die neuen LRTNF der NATO in Europa muß nach Auffassung von Nerlich allerdings durch einen Verbund dieser landgestützten Systeme mit zusätzlichen interkontinentalstrategischen MX-Raketen, seegestützten Marschflugkörpern sowie durch eine Luftbeweglichkeit landstationierter Systeme und eine hohe Zahl der Stationierungsländer ausgeglichen werden. Stichwort: Der präemptive Bedarf soll bzw. muß weiter erhöht werden, damit Abschreckung stabil bleiben soll.

In der Diskussion um den Modernisierungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979 schien die Problematik der sogenannten "nuklearen Schwelle" ausgeklammert zu sein. Wie die Untersuchung der Diskussion jedoch gezeigt hat, könnte es sich hierbei möglicherweise/wahrscheinlich um die "'Soll'-Bruchstelle" der derzeitigen strategischen und politischen Konzeption der NATO handeln, und dies weniger aus innenpoliti-

schen, als aus technologischen, geostrategischen und -politischen Gründen. Die wissenschaftliche Diskussion um die Seestationierung und die Diskussion um die möglichen oder wahrscheinlichen Auswirkungen verwundbarer landgestützter LRTNF ließen dies bereits erkennen. Eindrucksvoll wirkte in diesem Zusammenhang die Begründung der Notwendigkeit weiterer, von Nerlich für notwendig gehaltenen, Rüstungsmaßnahmen der NATO, insbesondere der USA. Hier sollte jedoch noch genauer geprüft werden, ob und inwiefern das auf der interkontinentalstrategischen Ebene bewährte Mittel einer "Triadisierung" nuklearer Potentiale durch see-, land- und luftgestützte Komponenten auch auf der kontinentalstrategischen Ebene sinnvoll ist, welche Auswirkungen ein solcher Schritt für die Sicherheit Westeuropas haben könnte, und ob auf diese Weise dazu beigetragen werden kann, die Sicherheit der NATO zu erhalten oder zu erhöhen.

Krell hat allerdings darauf verwiesen: "Der heutige Stand der Nuklearrüstung mit seiner Übersättigung und quantitativen wie qualitativen Auffächerung kaum noch vorstellbarer Zerstörungsmittel macht zwischen Ost und West einen rational kalkulierten militärischen Angriff oder die aussichtsreiche politische Erpressung mit Nuklearwaffen extrem unwahrscheinlich. Es gibt ein elastisches und belastbares Gleichgewicht, unabhängig von Ungleichgewichten und Asymmetrien in Teilbereichen."¹ Er kam deshalb abschließend zu dem Ergebnis: "Eine Stationierung von 464 landgestützten Marschflugkörpern und von 108 Pershing II-Raketen in Westeuropa ist sicherheitspolitisch weder sinnvoll noch notwendig. Es ist eine andere Frage, ob der bedingungslose Verzicht ohne sowjetische Gegenleistung innen- und bündnispolitisch durchgesetzt werden kann."²

1 Krell, Arbeitspapier Nr. 8/1981 ..., a.a.O., S. 18

2 Ebenda, S. 19

Der Schwerpunkt einer Analyse des Sinns der LRTNF-Rüstung der UdSSR und der NATO kann, dies hat die Diskussion gezeigt, nicht bei Kräftevergleichsanalysen liegen. Autoren, die dies versuchten, erging es wie Don Quixote beim Kampf mit Windmühlenflügeln, wenn sie daran gingen, eine von offizieller Seite u. a. aufgestellte These einer "Raketenlücke" wissenschaftlich zu widerlegen, um dann nach "gewonnenem" Kampf frohlockend zu verkünden, eine Raketenlücke bestehe nicht. Derartige Analysen wurden denn auch von vielen Wissenschaftlern eher als politische denn als wissenschaftliche Herausforderung angesehen.

Dies sollte beispielsweise die Auseinandersetzung Stratzmanns mit Lutz (auf die dieser recht zurückhaltend reagierte¹) zeigen, dies zeigte erst recht die Reaktion von Herrmann, die Kurt J. Klein mit den Worten kommentierte: "Wenn sich die Redaktion J der Beiträge zur Konfliktforschung, Verf. 7 (...) entschloß, die Kritik René Herrmanns an zwei Büchern des Friedensforschers Dieter S. Lutz zu publizieren, dann war hierfür die Tatsache ausschlaggebend, daß die Arbeiten von Lutz selbst ein Stück Konfliktrealität sind. Unter diesem Gesichtspunkt handelt es sich um einen exemplarischen Fall von Konfliktanalyse."² Eine ähnliche Einschätzung zeigte die Replik von Günther Schmid auf Mechttersheimer.³

Klein gab die Meinung vieler Strategieexperten wieder, als er erklärte, "daß weite Bereiche der Friedensforschung ideologisch beladen sind und nicht wenige Wissenschaftler in der Friedensforschung einen Ersatz für Sicherheitspolitik sehen".⁴

1 Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, a.a.O., S. 25, Anm. 11

2 Klein, Kurt J., Das Elend ideologiegebundener Friedensforschung. Anmerkungen zu René Herrmanns ironischer "Kritik einer Kritik", in: Beiträge, 1/1980, S. 133

3 Schmid, Suggestive Beschwörung statt wissenschaftlicher Analyse, a.a.O., S. 94 - 99

4 Klein, Das Elend ideologiegebundener ..., a.a.O., S. 133

Klein ging soweit, zu erklären: "Ideologen sehen die Welt so, wie sie sich die Welt wünschen, und nicht, wie sie in Wirklichkeit ist. Diese Haltung ist seit Jahren bei einigen Friedensforschern festzustellen, bei denen das gegen die westliche Verteidigungspolitik gerichtete Arbeitsergebnis bereits festliegt, ehe die Arbeit überhaupt begonnen wurde. Widerspricht die Wirklichkeit der ideologischen Prämisse: um so schlimmer für die Wirklichkeit. Ein beliebter Tummelplatz für derartig Engagierte ist der militärische Kräftevergleich zwischen Nato und Warschauer Pakt."¹

Krell verwies ebenfalls auf die "Kontroverse über das Kräfteverhältnis bei den Mittelstreckenwaffen. Man findet auf beiden Seiten der Diskussion gelegentlich den Vorwurf, die andere Seite manipulierte ihre Daten, man selbst dagegen präsentiere eine 'objektive' Darstellung. Nach meiner Auffassung muß man mit dem Manipulationsvorwurf vorsichtig umgehen. Die Diskussion ist solange unfruchtbar, solange nicht deutlich ausgewiesen wird, nach welchen Kriterien man die Waffen zählt. Gegen alle mir bekannten Darstellungen lassen sich Einwände machen, auch die kritischen Untersuchungen enthalten zum Teil gravierende Fehler und problematische Einschätzungen".²

Krell sprach 1982 von denen, "die wir uns als Friedensforscher bezeichnen".³ Die Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO zeigte, daß von "der Friedensforschung" nicht gesprochen werden kann, aber, wenn man an die Beiträge von Lutz und Senghaas denkt, auch nicht von "der kritischen Friedensforschung". Inwieweit der reformerische und revolutionäre Elan der frühen Siebziger Jahre heute noch für jeden

1 Ebenda, S. 133

2 Krell, Gert, "Es gibt einen Feind, der bedrohlicher ist, als eine Feindschaft zwischen Ost und West". Wortlaut der Rede von Dr. Krell zum 87. Deutschen Katholikentag, in: der zivildienst, 10/1982, S. 5

3 Ebenda, S. 5

kritischen Friedensforscher gilt, dies ist in dieser Arbeit offen geblieben. Es war auch nicht das Ziel dieser Arbeit, dies zu ergründen, denn sie ist eben keine Arbeit über theoretische Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Entwicklungen innerhalb von "kritischer Friedensforschung".

Michael Banks wies jedenfalls schon 1969 darauf hin: "Wo die Strategie ihre Aufmerksamkeit weiterhin beständig auf Sicherheit und Verteidigung richtet und die Internationalen Beziehungen fortfahren, in ihren Bereich alle erklärenden Lehrsätze aufzunehmen, die alle und jedes Phänomen der Weltpolitik betreffen, verläßt die Friedensforschung deren Wege."¹

Wie die wissenschaftliche Diskussion um die LRTNF-Entscheidung der NATO zeigte, gilt dies heute offenbar für eine kleinere Anzahl von Friedensforschern. Karl Kaiser, sicherlich kein Vertreter kritischer Friedensforschung, hatte bereits 1970 darauf aufmerksam gemacht: "Gerade die langfristige Friedensforschung ist der Gefahr ausgesetzt, einem dogmatischen Denken in Alternativen /Herv. i. Text, Verf. 7/ zu verfallen. Hiermit ist die Neigung gemeint, sich ausschließlich der Erarbeitung alternativer Modelle menschlichen oder institutionellen Verhaltens zu widmen und hierbei deren Relevanz für das heutige Überleben oder für die Umsetzung in eine realistische Übergangsstrategie zu vernachlässigen."² Im Juni 1982 hat denn auch Gert Krell der beispielsweise von Senghaas aufgestellte Forderung an kriti-

1 Banks, Michael, "Der Zusammenhang zwischen der Lehre der Internationalen Beziehungen, der Friedensforschung und Strategischen Studien", in: Kaiser, Karl, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Hannover 1970, S. 263

2 Kaiser, Karl, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Hannover 1970, S. 65

sche Friedensforschung, diese müsse gegebenenfalls konfliktaktivierend sein und dürfe sich nicht auf das Abbiegen von Konflikten beschränken, entgegenhalten: "Das erste Ziel jeder Friedenspolitik muß die Verringerung der Kriegsgefahr sein, nicht die Abrüstung. Abrüstung ist nur dann sinnvoll, wenn sie nachweisbar zur Verringerung der Kriegsgefahr beiträgt. Die Verringerung der Kriegsgefahr erfordert ein Gesamtkonzept der Konfliktregelung, in dem die Abrüstung nur einen Teilaspekt ausmacht."¹

Stratmann hat aus der Diskussion um die NATO-Strategie und die LRTNF-Entscheidung der NATO vom 12. Dezember 1979 allerdings den Schluß gezogen: "Der militärischen Beratung fällt die Aufgabe zu, die mit den erforderlichen Entscheidungen der politischen Führung jeweils verbundenen operativen Risiken und Konsequenzen zu klären. Eine derartige, explizite und kontroverse Politisierung [Herv. i. Text, Verf. 7 der militärstrategischen Lagebeurteilung dürfte das wirksamste Mittel gegen die bisherige Verdrängung militärstrategischer Bewertungskriterien oder deren verdeckte Politisierung darstellen."² Er machte ferner darauf aufmerksam: "Eine wichtige, in der westlichen Strategiedebatte bisher vernachlässigte Aufgabe liegt deshalb darin, zu klären, inwieweit Bewertungen der militärstrategischen Lage und darauf aufbauende Einschätzungen der Bedrohung jeweils als bedingte Aussagen [Herv. i. Text, Verf. 7 zu verstehen sind, deren Validität die Gültigkeit spezifischer subjektiver Annahmen voraussetzt. Nur eine derart offene Fragestellung kann die Gefahren falscher Gewißheit und abstrakter Verallgemeinerung vermeiden."³ Wie wichtig dieser Hinweis auf die Subjektivität von für gültig gehaltenen Annahmen ist, kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Denn: In der wissenschaftlichen Dis-

1 Krell, "Es gibt einen Feind ...", a.a.O., S. 7

2 Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, ..., a.a.O., S. 25

3 Ebenda, S. 24

kussion herrschte nicht gerade Klarheit darüber, welchen Veränderungen die Abschreckungstheorie unterworfen ist. So ging Senghaas beispielsweise davon aus, "Abschreckung durch sichere Selbstvernichtung" werde durch "das klassische Abschreckungsprinzip Abschreckung durch unsichere Erfolgchancen" ersetzt. Demgegenüber hob Afheldt hervor, daß Umgekehrte sei der Fall, an die Stelle der klassischen Abschreckung durch unsichere Erfolgsaussichten sei die Abschreckung durch sichere Selbstvernichtung getreten.[†]

Baer-Kaupert gelangte somit im Juni 1984 zu Recht zu dem Schluß: "Der wesentliche Hintergrund der Verwirrung ist, daß geklärt werden muß, ob der Krieg nur dadurch verhindert wird, daß der Gegner davon ausgehen muß, daß der Verteidiger in der Lage ist, einen Krieg zu führen (Kriegsführungsfähigkeit), oder ob es genügt, das Risiko auf die Fähigkeit der gegenseitigen Vernichtung (kalkulierbar oder unkalkulierbar) zu begrenzen. Damit hängt noch die Frage zusammen, wie es dem Gegner unmöglich gemacht wird, die praktischen und ethischen Hemmungen des Verteidigers, die Auseinandersetzung nuklear zu führen (Erstgebrauch im Gegensatz zum Erstschlag), durch ein Erpressungsmanöver auszunutzen."²

Und Gert Krell stellte die, wie er hervorhob, "entscheidende Frage", ob man sich "durch eine ständige Weiterentwicklung und 'Verfeinerung' von Optionen dem grundlegenden Dilemma überhaupt entziehen kann und ob man es dadurch nicht verschlimmert. Nicht daß durch mehr Flexibilität der Nukleareinsatz unbedingt wahrscheinlicher werden müßte, wie häufig

¹ Vlg. dazu in dieser Arbeit S. 192/193 und S. 192, Anm. 2

² Baer-Kaupert, Friedrich-Wilhelm, Der Frieden und das nukleare Paradoxon. Das Dilemma in der Diskussion um die europäische Sicherheitspolitik, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 12, S. 360

unterstellt wird; das ist bloße Spekulation. Aber die Rüstungsdynamik und die wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen werden dadurch stimuliert oder jedenfalls immer wieder bestätigt."¹

Pfeiler hat in seiner Untersuchung der strategischen Doktrin der Abschreckung als politischem Problem denn auch hervorgehoben: "Zwar geht man in Moskau davon aus, daß die USA im Falle eines Konfliktes kämpfen würden. Doch die ganze weit-ausgedehnte westliche Debatte über Glaubwürdigkeit der Abschreckung gegenüber der UdSSR gilt als schlichtweg unglaublich. (...) Was Westeuropa angeht, so konstatiert man eine seit Mitte der sechziger Jahre abnehmende Glaubwürdigkeit des amerikanischen Engagements. Die Verletzlichkeit des US-Territoriums habe die Interessenlage verändert und damit die Glaubwürdigkeit des Commitments reduziert. Keine Doktrinmodifikation könne das mehr ändern und auch nicht die neuen Dislozierungsprogramme eurostrategischer Waffen. (...)

Auch alle westlichen Versuche, durch erhöhte Flexibilität die eigenen Optionen zu vermehren, werden als gesteigerte Ungewißheit wahrgenommen. Beides zusammen hat dazu geführt, daß die sowjetische Seite diese wachsende Ungewißheit in ein Gefühl zunehmender Unsicherheit transponiert hat."²

Die Diskussion um die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie im Zusammenhang mit der NATO-Rüstung im LRTNF-Bereich bewegt sich somit auf unsicherem Boden. Für die Westeuropäer aber gilt: Die Eskalationsgefahr zum strategischen Kernwaffenkrieg muß für die Supermächte in Europa vorhanden sein. Nur so kann dort ein begrenzter Krieg vermeidbar bleiben. Die Abschreckungskraft des zentralen strategischen Nuklearpotentials in Bezug auf die Sicherheit der Westeuropäer mag zwar geringer geworden sein. Die Bedeutung eigenständiger, wenn auch kleiner, nationaler Nuklearpotentiale und insbe-

1 Krell, Plädoyer ..., a.a.O., S. 79

2 Pfeiler, Die strategische Doktrin der Abschreckung ..., a.a.O., S. 331/332

sondere auch die Bedeutung präzisionsgelenkter konventioneller Munition (oder: "intelligenter" Abwehrwaffen) mag gestiegen sein. Dies kann aber aus heutiger Sicht den Verlust der amerikanischen strategischen Dominanz weder rückgängig machen noch vollständig aufwiegen. Insbesondere die Verwirklichung des SDI-Projekts würde ja die Bedeutung kleiner nationaler Nuklearpotentiale verringern, wie würde sie sich demnach auf die Bedeutung des kleinen amerikanischen LRTNF-Potentials in Europa auswirken? Dies ist eine entscheidende Frage, die zur Zeit noch offen ist.

Gerade das sogenannte "Fenster der Verwundbarkeit", diese Bedrohung besonders wichtiger Teile des landgestützten amerikanischen ICBM-Potentials, ist offenbar nur schwer und wenn, dann auch nur mit großem Aufwand zu "schließen". Dies gilt nicht nur, weil genügend zielsichere und ausreichende amerikanische Trident II-SLBM für begrenzte und selektive Einsätze noch nicht in größerem Umfang zur Verfügung stehen. Nicht allein deshalb sollten jedoch präemptive Vorteile, die in Krisenzeiten destabilisierend wirken könnten, und die insbesondere von den ballistischen Mittel- und Kurzstreckentraketen mit kurzer Flug- und damit auch Vorwarnzeit gerade in Europa ausgehen könnten, vermindert, und nicht wie offenbar durch die SS-20 und die Pershing II-XR vergrößert werden. Denn solange es den Ost-West-Konflikt und die Teilung Europas gibt, wird die Rüstung weitergehen.

Daß die Berücksichtigung der sowjetischen Militärstrategie in der Diskussion offenbar relativ gering war, soll hier nur am Rande vermerkt werden.

Da das Konfliktpotential zwischen den beiden Bündnissystemen sobald nicht verschwinden wird, wird es immer wieder auch zu Krisen zwischen diesen Bündnissen kommen können. Das Entstehen derartiger Krisen und der Fortschritt der Waffentechnologie dürfen jedoch den Primat der Politik auch und gerade im Atomzeitalter nicht aushöhlen. Pfeiler hat deshalb abschließend darauf hingewiesen, "daß wir nicht eine bessere Abschreckung, sondern eine umfassendere Politik brauchen,

eine Politik, die Abschreckung als ein / Herv. i. Text, Verf. 7 Mittel einschließt, mit dem man neben anderen (Entspannung, Kriegsführungsfähigkeit, Geld, Technologie, Vertrauensbildung, Ideologien u. a.) Konfliktprozesse beeinflussen kann".¹ Nicht nur die militärische Führung, sondern gerade auch bereits das strategische Denken und Planen muß daher unter dem Primat der Politik stehen. Sicherheitspolitik ist deshalb mehr als die in "Denkfabriken" oft betriebene militärstrategische Suche nach dem "Stein der Weisen". In der Sicherheitspolitik muß daher die Betonung auf "Politik" liegen; und dies gilt erst recht für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, die aufgrund ihrer geopolitischen Lage besonders exponiert ist.

¹ Ebenda, S. 341

Literaturverzeichnis

1. Dokumente und amtliche Darstellungen

ASPEKTE der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses. Eine Veröffentlichung der Bundesregierung, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Koblenz, Juni 1981

BROWN, Harold, Jahresbericht des US-Verteidigungsministers vom 29. Januar 1980 (Auszüge), in: EA, 35. Jg., 1980, H. 16, S. D 446 - D 475

DERS., Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers, Harald Brown, an die Verteidigungsminister anderer NATO-Mitgliedstaaten vom 8. August 1980 zur Erläuterung der amerikanischen Nuklearstrategie, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 16, S. D 475/476

BUNDESMINISTERIUM für Forschung und Technologie (Hrsg.), BMFT-Mitteilungen, Nr. 10/1981

BUNDY, McGeorge, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: EA. 37. Jg., 1982, H. 7. S. 183 - 198

CORTIER, Peter, SALT-II und die deutschen Sicherheitsinteressen, in: Europäische Wehrkunde, 28. Jg., 1979, H. 10, S. 487 - 489

DERS., Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen und Rüstungskontrolle, in: Die neue Gesellschaft, 27. Jg., 1980, H. 11, S. 946 - 952

DERS., Zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland nach dem Doppelbeschluß der NATO, in: Die Neue Gesellschaft, 28. Jg., 1981, H. 7, S. 618 - 621

DEUTSCHER Bundeswehr-Verband (Hrsg.), Sicherheit und Gesellschaft. Ein Projekt zur politischen Bildung, Bd. 1 - 6, Bonn 1980

DIE GRUNDLAGENFORSCHUNG, Institut für strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie (Hrsg.), Wien, Februar 1979

DIE SOWJETISCHE RÜSTUNG. Pentagon-Papier zur sowjetischen Rüstung. Das Pentagon öffnet sein Geheimarchiv, München 1981

DOKUMENTE zur westeuropäischen Sicherheitspolitik. Die Tagungen der Bündnisgremien im Herbst 1981, in: EA, 37. Jg., 1982, H. 5, S. D 131 - D 156

DOKUMENTE zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen, in: EA, 37. Jg., 1982, H. 8, S. D 201 - 220

DOKUMENTE zur internationalen Sicherheit (II). Die Stationierung der ersten amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und der Abbruch der Verhandlungen, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 4, S. D 83 - D 116

EMPFEHLUNGEN und Entschliefungen der Nordatlantischen Versammlung auf ihrer 25. Tagung in Ottawa vom 22. bis zum 27. Oktober 1979. Empfehlung Nr. 70 über europagebundene Nuklearstreitkräfte, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 25 - D 28

ES GEHT UM UNSERE SICHERHEIT. Bündnis-Verteidigung-Rüstungskontrolle, Auswärtiges Amt (Hrsg.), Coburg Mai 1981

GENSCHER, Hans-Dietrich, Rede auf der NATO-Frühjahrstagung der Außenminister vom 30. und 31. Mai 1979 in Den Haag; Wortlaut der Rede in: Die Welt, 7. Juli 1979

DERS., Unsere Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik!, in: Verheugen, Günter (Hrsg.), Das Wichtigste ist der Frieden, Baden-Baden 1980

DERS., Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter? Namensartikel des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vom 2. Dezember 1983, in: EA, 38. Jg., 1983, H. 24, S. D 689 - D 694

HAASE, Horst, Internationale Sicherheitspolitik und die Strategiediskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 9, S. 279 - 286

HEYDEN, Günter, Friedliche Koexistenz, in: Klaus, Georg und Manfred Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1975, Bd. 1, S. 435 - 436

DERS., Friedensforschung, in: Klaus, Georg und Manfred Buhr (Hrsg.), S. 432 - 435

HOFFMANN, Hubertus und Rolf Steinrücke, Rüstung und Abrüstung im Euronuklearen Bereich - Die Mitwirkungsmöglichkeiten der europäischen Staaten an den SALT III-Verhandlungen, Bonn April/Mai 1979

KAISER, Karl, Georg Leber, Alois Mertes und Franz-Joseph Schulze, Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens. Stellungnahme zu einem amerikanischen Vorschlag über den Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen, in EA, 37. Jg., 1982, H. 12, S. 357 - 368

KLAUS, Georg, und Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1975, 2 Bde.

KOMMUNIKES vom 11. und 15.06.1976, in: EA, 31. Jg., 1976, H. 19, S. D 531 - D 533 und S. D 534/535

KOMMUNIQUE über die 26. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag am 13. und 14. November 1979, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 28 - D 30

KOMMUNIQUE über die Ministertagung der Euro-Gruppe in der NATO in Brüssel am 10. Dezember 1979, in: EA, 35. Jg. 1980, H. 2, S. D 31 - D 32

KOMMUNIQUE über eine Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts in Brüssel am 12. Dezember 1979, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 35 - D 37

KOMMUNIQUE über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel am 13. und 14. Dezember 1979, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 2, S. D 38 - D 43

MATERIAL FÜR DIE PRESSE. Bundeskanzler Helmut Schmidt gab der FRANKFURTER RUNDSCHAU für die Ausgabe vom 30. Juni 1981 nachstehendes Interview, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bonn, den 29. Juni 1981, S. 1 - 14

MARX, Werner, Dokumentation. Das militärpolitische Ost-West-Verhältnis. - Zahlen und Anmerkungen - (Manuskript), Bonn, den 27. August 1981

MERTES, Alois, Abschreckung sichtbar machen. Ein Plädoyer für landgestützte Mittelstreckenraketen, in: Die Zeit, 19. Juni 1981

FRIEDEN UND FREIHEIT. Die Argumente der CDU zur aktuellen Friedensdiskussion, CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bonn 1981

SCHEER, Hermann, "Landgestützte Raketen gehören nach Alaska". Ein Plädoyer für die Stationierung der Systeme auf See, in: Die Zeit, 29. Mai 1981

SCHMIDT, Helmut, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1961

STREITKRÄFTE 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, München 1980

STREITKRÄFTE 1980/81. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, München 1981

STREITKRÄFTE 1981/82. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, München 1982

STREITKRÄFTE 1982/83. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, München 1983

STREITKRÄFTE 1983/84. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, München 1984

SIPRI Rüstungsjahrbuch '80/81, Reinbek 1980

SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, Reinbek 1981

SCHMÜCKLE, Gerd, Treibsatz der Strategie. Die dominierende Rolle der Technik im Atomzeitalter, in: Rheinischer Merkur, 14. November 1980

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1982, Der Bundesminister des Inneren (Hrsg.), Bonn, April 1983

VOIGT, Karsten D., Das Risiko eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa. Zur Diskussion über die westliche Militärdoktrin und den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979, in: EA, 37. Jg., 1982, H. 6, S. 151 - 160

WEISSBUCH 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Bonn 1979

WEISSBUCH 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Bonn 1983

WEISSBUCH 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Bonn 1985

WIENER ABKOMMEN vom 18. Juni 1979 über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen, mit allen zugehörigen Dokumenten, in: EA, 34. Jg., 1979, H. 15, S. D 368 - D 394

2. Monographien, Sammelwerke und Lexika

ADOMEIT, Hannes und Christoph Royen, Die sowjetische Argumentation zur Modernisierung des in Europa stationierten nuklearen Potentials der NATO, Ebenhausen 1979

AFHELDT, Horst, Friedenspolitik mit militärischen Mitteln in den neunziger Jahren, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 639 - 656

ALBRECHT, Ulrich u. a., Gegen den Alarmismus!, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten um abzurüsten? ..., a.a.O., S. 107 - 145

APPELL für ein nukleares Waffenmoratorium, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten um abzurüsten? ..., a.a.O., S. 68 - 73

BANKS, Michael, Der Zusammenhang zwischen der Lehre der Internationalen Beziehungen, der Friedensforschung und den Strategischen Studien (1969), in: Kaiser, Karl, Friedensforschung ..., a.a.O., S. 255 - 267

BAUDISSIN, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Kooperative Rüstungssteuerung. Sicherheitspolitik und Strategische Stabilität, Baden-Baden 1981

BAUDISSIN, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Kooperative Rüstungssteuerung in Europa, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 445 - 478

BAUDISSIN, Wolf Graf von, Die NATO als Organisationsrahmen westdeutscher Sicherheitspolitik, in: Schwarz, Hans Peter (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik ..., a.a.O., S. 497 - 504

BAUDISSIN, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Der NATO-Doppelbeschluß und aktuelle Sicherheitspolitik, IFSH-Forschungsberichte, 1981, H. 21

BAUDISSIN, Wolf Graf von, Sicherheit für Europa - Perspektiven der 80er Jahre, IFSH-Diskussionsbeiträge, 1980, H. 18

BERGSDORF, Wolfgang, Politik und Sprache, München 1978

BERTRAM, Christoph, Sicherheit in einer sich ändernden Welt, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 17 - 24

BERTRAM, Christoph, Neue Ansätze der Rüstungskontrolle, in: Geissler, Heiner (Hrsg.), Sicherheit für unsere Freiheit ... a.a.O., S. 93 - 96

BITTORF, Wilhelm (Hrsg.), Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher, Reinbek 1981

BRAUCH, Hans Günter, Aktionsbericht zum internationalen Appell für ein nukleares Waffenmoratorium, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten..., a.a.O., S. 73 - 77

BRAUCH, Hans Günter, Entspannungspolitik in Europa oder neuer Kalter Krieg?, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten ..., a.a.O., S. 146 - 160

BREDTHAUER, Karl D. und Klaus Mannhardt (Hrsg.), Es geht ums Überlegen, Köln 1981

BUCH, Heinrich, Die Rolle der Bundesrepublik bei SALT - Mitspieler oder Zuschauer?, in: Haftendorn, Helga (Hrsg.), Verwaltete Außenpolitik ..., a.a.O. S. 115 - 136

CLAUSEWITZ, Carl von, Vom Kriege, Leck/Schleswig 1978 (Tb. Ausg.)

DEUTSCHE Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), DGFK-Jahrbuch 1979/80, Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1980

DEUTSCHE Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), DGFK-Jahrbuch 1982/83. Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld, Baden-Baden 1983

DIE NEUE FRIEDENSBEWEGUNG. Analysen aus der Friedensforschung, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), mit Unterstützung der Berghof Stiftung für Konfliktforschung (Hrsg.), Frankfurt/Main 1982

DORNER, Klaus, Abrüstung durch Nachrüstung? Hypothesen und Dokumente zu einer (über-) lebenswichtigen Frage, Aachen 1980

ERKLÄRUNG zur Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.), Kritische Friedensforschung ..., a.a.O., S. 416 - 419

FLECHTHEIM, Ossigp K., u. a., Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt/Main 1980

FORNDRAN, Erhard, Die Dynamik des gegenwärtigen Rüstungsprozesses, in: Kaiser, Karl und Markus Kreis (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 143 - 158

FORNDRAN, Erhard, Ist Rüstungskontrolle noch relevant: - Rüstungskontrolle als Instrument der Sicherheitspolitik, in: Forndran, Erhard und Paul J. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle ..., a.a.O., S. 3 - 24

FORNDRAN, Erhard und Paul J. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979

FORNDRAN, Erhard, Technologie und Stabilität - Das Beispiel der Grauzonenwaffen, in: DGFK-Jahrbuch 1979 ..., a.a.O., S. 479 - 502

FREI, Daniel und Peter Gaupp, Das Konzept "Sicherheit" - Theoretische Aspekte, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 3 - 16

FRIEDEN in Deutschland. Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann, in: Pestalozzi, Hans A. u. a. (Hrsg.), München 1982

FRIEDRICHS, Jürgen, Methoden empirischer Sozialforschung, Reinbeck b. Hamburg 1977

FOLLENBACH, Josef und Eberhard Schulz (Hrsg.), Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi, Wien, München 1980

FUNKE, Manfred (Hrsg.), Friedensforschung - Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn 1975

FUNKE, Manfred, Tatbestand Gewalt - Lernziel Frieden (Einleitung), in: FUNKE, Manfred (Hrsg.), Friedensforschung ..., a.a.O., S. 9 - 22

GALTUNG, Johan, Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: FUNKE, Manfred (Hrsg.), Friedensforschung ..., a.a.O., S. 99 - 132

GEIERHAS, Wolfgang, Das Kräfteverhältnis. Die neue Globalstrategie der Sowjetunion, Lüneburg 1980

GEISSLER, Heiner (Hrsg.), Sicherheit für unsere Freiheit, Bonn 1978

GRÄBNER, Justus, Der NATO-Doppelbeschuß: Modernisierungsplan und Rüstungssteuerungsangebot für die "eurostrategischen" Waffen, in: Baudissin, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Kooperative Rüstungssteuerung ..., a.a.O., S. 107 - 127

GUHA, Anton-Andreas, Thesen zur Kritik der Sicherheitspolitik und des Brüsseler Beschlusses, in: Sicherheitspolitik contra ..., a.a.O., S. 18 - 28

GUHA, Anton-Andreas, Der Tod in der Grauzone, Frankfurt/Main 1980

HAFTENDORN, Helga, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung - Die Außenpolitik der BRD 1955 - 1973, Düsseldorf 1974

HAFTENDORN, Helga u. a. (Hrsg.), Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978

HAFTENDORN, Helga u. a., Strukturproblem des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der Bundesrepublik Deutschland, in: Haftendorn, Helga u. a. (Hrsg.), Verwaltete Außenpolitik ..., a.a.O., S. 279 - 284

HAFTENDORN, Helga, Verflechtungen und Interdependenz als Strukturbedingungen westdeutscher Außenpolitik, in: Haftendorn, Helga u. a. (Hrsg.), Verwaltete Außenpolitik ..., a.a.O., S. 15 - 38

HAHSLACH, Karl-Heinz und Manfred Opel, Lexikon Grauzone. Stichworte, Dokumente und Fachbegriffe, Gütersloh 1981

HOFFMANN, Hubertus, Atomkrieg - Atomfrieden. Technik, Strategie, Abrüstung, München 1980

KADE, Gerhard und Gunnar Mathiesen (Hrsg.), "Nachrüsten", "Vorrüsten" oder Abrüsten. Die sowjetischen Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, Köln 1980

KAISER, Karl, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970

KAISER, Karl und Karl Markus Kreis (Hrsg.), Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Frankfurt/Main 1977

KISSINGER, Henry A., Kernwaffen und Auswärtige Politik, München, Wien 1974

KOHL, Helmut (Hrsg.), Der neue Realismus. Außenpolitik nach Iran und Afghanistan, Düsseldorf 1980

KOPPE, Karlheinz, Zur Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) und der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 883 - 908

KRELL, Gert, Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffensystem, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 323 - 356

KRELL, Gert und Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung, Baden-Baden 1980

KRELL, Gert, Plädoyer für Rüstungskontrolle. Zur Kontrolle um die "Nachrüstung", Forschungsbericht aus der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) 3, Frankfurt/Main 1981

KRELL, Gert, Rüstung - Wettlauf zum Tode? Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Arbeitspapier Nr. 8, Frankfurt/Main 1981

KRELL, Gert, Vorbemerkung: Zur Problematik des Vergleichs militärischer Kräfte, in: DGFK-Jahresbericht 1979/80 ..., a.a.O., S. 321 - 322

KRELL, Gert und Peter Schlotter, Zur Diskussion über die taktischen Nuklearwaffen in Europa. Analyse und Dokumentation, HSFK-Forschungsbericht 2, Frankfurt/Main 1977

LEITENBERG, Milton, Die taktischen Nuklearwaffen großer Reichweite der NATO und der WVO, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten ..., a.a.O., S. 28 - 53

LEGRAND, Hans-Josef, Friedensbewegungen in der Bundesrepublik 1980 - 1982. Entstehung, Programmatik, Aktionen, Bonn 1984

LEHMBRUCH, Gerhard, Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967

LOBKEMEIER, Eckhard, PD-59 und LRTNF-Modernisierung: Militärstrategische und sicherheitspolitische Implikationen der Erweiterten Abschreckung für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981

LUTZ, Dieter S., Militär, Rüstung, Sicherheit Bd. 1. - Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamische und bürokratische Strukturen, Baden-Baden 1979

LUTZ, Dieter S., Das militärische Kräfteverhältnis bei den euronuklearen Waffensystemen, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 357 - 400

LUTZ, Dieter S., Das militärische Kräfteverhältnis bei den konventionellen Streitkräften (ohne Marine), in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 401 - 424

LUTZ, Dieter S., Von der Krise in die Gefahr?, in: Baudissin, Wolf Graf von und Dieter S. Lutz, Der NATO-Doppelbeschluß ..., a.a.O., S. 2 - 50

LUTZ, Dieter S., Wieviel an Vernichtungskapazität ist genug? Ein Worst-Case-Szenario gegen West-Europa, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten ..., a.a.O., S. 78 - 93

LUTZ, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik am Scheideweg?, Bonn 1982

LUTZ, Ernst, Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980

MAHNCKE, Dieter, Friedensforschung, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), Handbuch Internationale Politik, Opladen 1980, S. 128 - 135

MANCKE, Dieter, Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Systemwandel und Systemkonservierung, in: Schwarz, Klaus-Dieter, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 447 - 468

MECHTERSHEIMER, Alfred, "Modernisierung" gegen Sicherheit. Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik Deutschland, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten ..., a.a.O., S. 54 - 70

MECHTERSHEIMER, Alfred (Hrsg.), Nachrüstern? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß, Reinbek b. Hamburg 1981

MEYERS, Reinhard, Die Lehre von den internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick, Düsseldorf 1977

MÖLLER, Erwin, Nachrüstung und Rüstungswettlauf, Tübingen 1980

MÖLLER, Erwin, Paradoxe Logik. Die Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung und ihre Prämissen, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), ..., a.a.O., S. 161 - 173

MÖLLER, Martin, Die Theorie der kooperativen Rüstungssteuerung, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 151 - 170

MUTZ, Reinhard, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD. Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München/Wien 1978

NERLICH, Uwe, Nukleare Abschreckung in Europa - Einige Probleme der Verbesserung der NATO-Fähigkeiten, in: Schwarz, Klaus Dieter, Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 421 - 434

PFEILER, Wolfgang, Die strategische Doktrin der Abschreckung als politisches Problem. Eine empirische Untersuchung zum sowjetischen Verständnis der NATO-Konzeptionen, Mach. Schr. Bonn 1981

RAPPOPORT, Anatol, Über die Anwendbarkeit der Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.), Kritischer Friedensforschung ..., a.a.O., S. 396 - 415

RODEJOHANN, J. und S. Tiedtke, Für ein Einsatzverbot von Atomwaffen oder: Warum ein östlicher Vorschlag zur Rüstungskontrolle den Interessen der NATO an Kriegsverhinderung dienen kann, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten ..., a.a.O., S. 174 - 179

ROPERS, Norbert, Entspannungspolitik in Europa 1979/80: Überblick und Zusammenfassung, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 835 - 882

ROSENKRANZ, Erhard, Der politische Stellenwert des militärischen Gleichgewichts, in: Kaiser, Karl und Karl Markus Kreis (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 273 - 294

ROYEN, Christoph, Die sowjetische Koexistenz gegenüber West-europa. Voraussetzungen, Ziele, Dilemmata, Baden-Baden 1978

RUEHL, Lothar, Die Begrenzung der strategischen Rüstungen: SALT, in: Forndran, Erhard und Paul J. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle ..., a.a.O., S. 161 - 192

SCHLAGA, Rüdiger (Hrsg.), Bücher über den Frieden, Augsburg 1982

SCHLOTTER, Peter und Stephan Tiedtke, Die sowjetische Rüstungskontrollinitiative vom Oktober 1979 - eine verpaßte Chance?, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten ..., a.a.O., S. 180 - 193

SCHMID, Günther, Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die "Nachrüstung", München 1982

SCHMID, Hermann, Friedensforschung und Politik, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.), Kritische ..., a.a.O., S. 25 - 54

SCHUBERT, Klaus von, Sicherheitsvorstellungen und Militärstrategien im Ost-West-Konflikt, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80 ..., a.a.O., S. 279 - 320

SCHUBERT, Klaus von (Hrsg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 - 1977, 2 Bde., Bonn 1977

SCHULZ, Eberhard, Ergebnisse und Schlußfolgerungen, in: Josef Füllenbach und Eberhard Schulz (Hrsg.), Entspannung ..., a.a.O., S. 356 - 365

SCHWARZ, Hans-Peter, Grundgegebenheiten und Konzepte west-deutscher Sicherheitspolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Handbuch ..., a.a.O., S. 479 - 496

SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München, Zürich 1975

SCHWARZ, Hans-Peter, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985

SCHWARZ, Klaus-Dieter, Amerikanische Militärstrategie 1945 - 1978. Eine Analyse zum außen- und innenpolitischen Problem strategischer Politik, in: Schwarz, Klaus-Dieter, (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen ..., a.a.O.

SCHWARZ, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef-Erpel 1978, 2. Ausg.

SCHWARZ, Klaus-Dieter, Sowjetische Militärstrategie von 1945 - 1978, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik ..., a.a.O., S. 373 - 396

SEIDEL, Peter, Die Diskussion um den Doppelbeschuß.
Eine Zwischenbilanz, München 1982

SENGHAAS, Dieter, Kompositionsproblem in der Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.), Kritische Friedensforschung ..., a.a.O., S. 313 - 361

SENGHAAS, Dieter (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt/Main 1972

SENGHAAS, Dieter u.a., MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?, in: Funke, Manfred (Hrsg.), Friedensforschung ..., a.a.O., S. 247 - 284

SENGHAAS, Dieter, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt am Main 1981

SOJWJETUNION 1980/81. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), München/Wien 1981

STRATMANN, K.-Peter, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1978

STRATMANN, K.-Peter, Probleme der Bewertung der militärischen Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Europa, Ebenhausen 1978

STRATMANN, K.-Peter, Vom Autismus kritischer Friedensforschung. Zur Kritik der Kritik, in: Funke, Manfred (Hrsg.), Friedensforschung ..., a.a.O., S. 397 - 424

STUDIENGRUPPE Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage. Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise, Reinbek b. Hamburg 1980

WETTER, Gustav A., Sowjetideologie heute, Bd. 1, Frankfurt/Main 1962

WETTIG, Gerhard, Konflikt und Kooperation zwischen Ost und West. Entspannung in Theorie und Praxis. Außen- und sicherheitspolitische Analyse, Bonn 1981

WURZBACH, Peter-Kurt, Die Atomschwelle heben, Koblenz 1983

3. Aufsätze und Artikel

AFHELDT, Horst, Kernwaffenkrieg - begrenzt auf Europa? Die russischen Mittelstrecken-Raketen SS 20 als Indiz für den Trend zur militärischen Instrumentalisierung von Kernwaffen, in: Befreiung, 1981, Nr. 22/23, S. 73 - 96

ALTMEPPEEN, Johannes, Einige Aspekte der Debatte über nukleare Mittelstreckenraketen, in: Die neue Gesellschaft, 26. Jg., 1979, H. 10, S. 859 - 889

BAER-KAUPERT, Friedrich-Wilhelm, Der Frieden und das nukleare Paradoxon. Das Dilemma in der Diskussion um die europäische Sicherheitspolitik, in: EA, 39. Jg., 1984, H. 12, S. 355 - 364

BERTRAM, Christoph, Abkehr vom Perfektionismus. London setzt neue Schwerpunkte bei den Waffensystemen, in: Die Zeit, 10. Juli 1981

BERTRAM, Christoph, Abschied von der Kraftmeierei. Washingtons neues Militärprogramm: ein Schritt in die richtige Richtung, in: Die Zeit, 9. Oktober 1981

BERTRAM, Christoph, Der Kampf um den Konsens. Atomare Abschreckung: Die politische Führung muß den Bürger mit Sachargumenten überzeugen, in: Die Zeit, 15. Januar 1982

BERTRAM, Christoph, Ringen um Raketen. Wie soll der Westen auf den sowjetischen Vorsprung antworten?, in: Die Zeit, 7. Dezember 1979

BERTRAM, Christoph, Wehklagen hilft nicht weiter. Europa braucht Selbstbewußtsein und Gelassenheit im Umgang mit Amerika, in: Die Zeit, 21. August 1981

BLACKABY, Frank, SIPRI-Jahrbuch 1983, Die jüngsten Entwicklungen in Rüstung und Abrüstung, in: Beiträge, 3/1983, S. 5 - 17

BÖTTCHER, Winfried, Auf der Suche nach neuen Wegen, in: Osteuropa, 32. Jg., 1982, H. 10, S. 834 - 841

BOMSDORF, Falk, Sicherheitsinteressen Westeuropa in den SALT-II-Anhörungen. Ein dokumentarischer Bericht über die Beratung des Vertragswerks im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats, in: Europa Archiv (EA), 35. Jg., 1980, H. 2, S. 49 - 62

BOMSDORFF, Falk, Zur Senatsdebatte über SALT II in den USA, in: apuzg, B. 37/79, S. 19 - 33

BRAUCH, Hans Günter, Mittelstreckenraketen und Rüstungskontrolloptionen, in: Die Neue Gesellschaft, 26. Jg., 1979, H. 10, S. 910 - 915

BRAUCH, Hans Günter, Ist ein euronuklearer Rüstungswettlauf noch abzuwenden; Zu den Nachrüstungsempfehlungen einiger Reagan-Berater, in: Frankfurter Hefte, 36. Jg., 1981, H. 5, S. 2 - 7

BRAUCH, Hans Günter, Einseitige abrüstungspolitische Vorabmaßnahmen. Die Möglichkeiten der Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte 2/1981, S. 2 - 6

BRAUCH, Hans Günter, Vertrauensbildende Maßnahmen. Element einer neuen Rüstungskontroll- und Abrüstungsstrategie, in: apuzg, B 19/82, S. 22 - 38

BRAUCH, Hans Günter, Mittelfristige Perspektiven für eine Denuklearisierung Mitteleuropas, in: Frankfurter Hefte 4/1983, S. 13 - 19

BRUNS, Wilhelm, Über Abrüstung zum Frieden. Anmerkungen zur neueren Abrüstungsliteratur, in: neue politische Literatur, 1981, H. 2, S. 213 - 225

BUSE, Michael und Siegfried Pabst, Politische Wissenschaft und politische Praxis, in: apuzg, B 39/77, S. 3 - 14

CZEMPIEL, Ernst Otto, Die Macht am Rhein. Versuchungen und Verweisungen deutscher Außenpolitik, in: Frankfurter Hefte 8/1981, S. 15 - 23

CZEMPIEL, Ernst Otto, Nachrüstung und Systemwandel. Ein Beitrag zur Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO, in: apuzg, B 5/82, S. 22 - 46

CZEMPIEL, Ernst Otto, Das martialische Denken. Rüstungskontrolle und Konfliktsteuerung, in: Frankfurter Hefte 8/1982, S. 27 - 31

CZEMPIEL, Ernst Otto, Risikofreie Induktion als Friedensstrategie. Anmerkungen zum Beitrag von Daniel Frei in B 15 - 16/83, in: apuzg, B 35/83, S. 36 - 38

DANWITZ, Thomas von, Mittelstreckenwaffen und Sicherheit Europas, in: AP, 33. Jg., 1982, H. 2, S. 194 - 203

FLUME, Horst, Das Kräfteverhältnis NATO - Warschauer Pakt, in: Wehrtechnik, 1981, H. 9, S. 20 - 32

FORNDRAN, Erhard, SALT II und die internationale Sicherheit, in: Gegenwartskunde, 29. Jg., 1980, H. 1, S. 47 - 59

GÜRTEMAKER, Manfred, Zurück zur Entspannung!, in: Osteuropa, 32. Jg., 1982, H. 11, S. 936 - 939

GUHA, Anton-Andreas, Das Gespenst des Kalten Krieges taucht wieder auf. Die Bebatte über Grauzonenwaffen verlangt sich zu einer Diskussion über Raketenlücken, in: Frankfurter Rundschau, 19. Dezember 1979

FRIEDEL, Alois, Carl von Clausewitz und die Auswirkungen seiner Theorie vom Kriege. Gedanken zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages am 1. Juni 1980, in: apuzg, B 22/80, S. 34 - 45

HAFTENDORN, Helga, Krise des internationalen Nuklearsystems, Nuklearpolitik im Widerstreit politischer, ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen, in: apuzg, B 5/79, S. 3 - 27

HAFTENDORN, Helga, Bundesrepublik Deutschland, in: apuzg, B 43/83, S. 3 - 15

HEISENBERG, Wolfgang, Strategische Rüstungsentwicklung und Rüstungskontrolle in den USA, in: apuzg, B 2/84, S. 16 - 29

HEISENBERG, Wolfgang, Sicherheitspolitische Probleme im deutsch-amerikanischen Verhältnis, in: apuzg, B 41/82, S. 3 - 18

HERRMANN, René, Zum Problem der Beschaffung von "long-range Theater Nuclear Forces" und der Aufgaben des nuklearen Dispositivs der NATO, in: Beiträge, 4/1979, S. 5 - 36

HERRMANN, René, Muß die Sowjetunion nachrüsten? Die Kritik einer Kritik, in: Beiträge, 1/1980, S. 135 - 158

HERRMANN, René, ABM in den achtziger Jahren. Technische Möglichkeiten und strategische Zwänge, in: apuzg, B 15-16/83, S. 31 - 45

HOFFMANN, Hubertus, Wollen die Amerikaner einen Atomkrieg auf Europa beschränken?, in: Europa, 32. Jg., 1981, H. 11, S. 9 - 12

JANSSEN, Karl-Heinz, Aufstand für den Frieden, Das Fernziel ist die waffenlose Welt, in: Die Zeit, 29. Mai 1981

JOFFE, Josef, Soll Abschreckung wirken. ... bedarf es eines Gleichgewichts der Unverwundbarkeit - Skeptische Bemerkungen zum Verhandlungsteil des Nato-Doppelbeschlusses, in: Die Zeit, 7. August 1981

JOFFE, Josef, Vertrag gegen den Untergang. Wie atomare Vernichtungswaffen kontrolliert werden sollen, in: Die Zeit, 18. Mai 1979

JOFFE, Josef, Von der Nachrüstung zur Null-Rüstung. Die Geschichte des "Doppelbeschlusses": Innenpolitik war wichtiger als Militärstrategie, in: Die Zeit, 27. November 1981

KAISER, Karl, Angst ist nicht die Grundlage heutiger Sicherheitspolitik. Frieden wollen, aber Unsicherheit schaffen oder: Wie blind darf man sein? - Professor Karl Kaiser antwortet auf die Thesen von Oskar Lafontaine, in: Frankfurter Rundschau, 10. Oktober 1981

KAISER, Karl, Der Vorschlag eines "Einfrierens" der Kernwaffenrüstung, in: EY, 39. Jg., 1984, H. 23, S. 695 - 702

KALTEFLEITER, Werner, Der systemische Konflikt in den internationalen Beziehungen der Gegenwart, in: apuzg, B 41/82, S. 19 - 29

KLEIN, Kurt J., Das Elend ideologiegebundener Friedensforschung, Anmerkungen zu René Herrmanns ironischer "Kritik einer Kritik", in: Beiträge, 1/1980, S. 133/134

KRELL, Gert, "Entspannung" oder "Eindämmung"? Zur Strategie der Friedenssicherung im Ost-West-Konflikt, in: Frankfurter Hefte 9/1980, S. 11 - 17

KRELL, Gert, Arbeitspapier Nr. 8/1981, 19. Deutscher Evangelischer Kirchentag 17. - 21. Juni 1981 in Hamburg, Frankfurt/Main 1981

KRELL, Gert, "Es gibt einen Feind, der bedrohlicher ist, als eine Feindschaft zwischen Ost und West". Wortlaut der Rede von Dr. Krell zum 87. Deutschen Katholikentag, in: der zivildienst, 10/1982, S. 3- 5

LAPINS, Wulf-W. und Gottfried Linn, Aspekte eines militärischen Kräftevergleichs zwischen Nato und Warschauer Pakt, in: Beiträge 2/1983, S. 99 - 119

LEONHARD, Wolfgang, UdSSR und Doppelbeschluß, in: Wirtschaftswoche, 10. Juli 1981, S. 9

LESERBRIEFÉ in "Die Zeit", 6. November 1981

LEWIS, Kevin N., Nukleare Mittelstreckenraketen, in: Spektrum der Wissenschaft, 1981, H. 2, S. 53 - 65

LINK, Werner, Entspannungspolitik - Bewährungsprobe westlicher Zusammenarbeit, in: apuzg, B 37/79, S. 3 - 18

LINK, Werner, Eine gewisse Distanz ist erforderlich. Die Bedeutung der Forschung und die Schwierigkeiten der Vermittlung, in: Das Parlament, 1. Oktober 1977

LOBKEMEIER, Eckhard, Zwischenbilanz der INF-Verhandlungen, in: apuzg, B 28-29/83, S. 15 - 31

LOBKEMEIER, Eckhard, Replik, in: apuzg, B 31/83, S. 35-- 37

LODERS, Carl H., Ideologie und Machtdenken in der sowjetischen Außenpolitik, in: apuzg, B 37/81, S. 3 - 38

LOHRS, Georg u. a., Kritischer Rationalismus und politische Praxis, in: apuzg, B 2/77, S. 23 - 35

LUTZ, Dieter S., Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1979, H. 12, S. 1529 - 1530

LUTZ, Dieter S., Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren, in: apuzg, B 3/81, S. 23 - 38

LUTZ, Dieter S., Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche, in: PVS, 23. Jg., 1982, H. 1, S. 6 - 26

LUTZ, Dieter S., Sicherheitspolitische Alternativen für die Bundesrepublik Deutschland? Rechtsfragen zur Souveränität der Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, 2/1983, S. 15 - 23

LUTZ, Dieter S., Zur Rechtswidrigkeit atomarer Massenvernichtungsmittel, in: Frankfurter Hefte, 6/1983, S. 15 - 22

LUTZ, Dieter S., Sind erstschlagsfähige Nuklearwaffen verfassungswidrig?, in: Frankfurter Hefte, 9/1983, S. 17 - 28

LUTZ, Dieter S., "Sternenkrieg", Weltraumrecht und Rüstungssteuerung, in: apuzg, B 48/84, S. 31 - 44

LAUK, Kurt J., Kernwaffen und eine Diplomatie der Friedenssicherung. Die Notwendigkeit nuklearer Absicherung der Bundesrepublik Deutschland, in: Beiträge, 7/1977, S. 117 - 136

MAGENHEIMER, Heinz, Regionalisierung eines Nuklearkrieges in Europa?, in: apuzg, B 15-16/83, S. 24 - 30

MAZZOLA, Guerino, Weltraumblitz im Mikrochip. Bei der Abwehr des nuklearen Elektroschocks aus dem Kosmos steht die Schweiz in vorderster Front, in: Die Zeit, 1. Januar 1982

MECHTERSHEIMER, Alfred, Hat SALT III noch eine Chance?, in: apuzg, B 41/80, S. 3 - 25

MECHTERSHEIMER, Alfred, Der sowjetische Moratoriumsvorschlag: Propaganda oder letzte Chance?, in: Frankfurter Hefte, 36. Jg., 1981, H. 4, S. 2/3

MÜLLER, Erwin, Apels Erzählungen. Das Bundesverteidigungsministerium begründet den "Nachrüstung"-Beschuß, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 25. Jg., 1980, H. 11, S. 1328 - 1342

MÜLLER, Erwin, Aspekte der Riskiopolitik. Zur Ideologie der "Nachrüstung" und ihren logischen Paradoxien, (Manuskript), / 1981 _7

MÜLLER, Erwin, "Nach"-Rüstung und Rüstungswettlauf. Zum NATO-Beschluß über neue eurostrategische Mittelstreckensysteme, in: Verein für Friedenspädagogik (Hrsg.), Argumente Nr. 3, Februar 1980

NERLICH, Uwe, Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa. Zur Begründung der Einführung landgestützter LRTNF, in: Europäische Wehrkunde 8/81, S. 337 - 346

NERLICH, Uwe, Der Übergang von SALT II zu SALT III: Implikationen für die Nuklearpolitik der Atlantischen Allianz, in: Europäische Wehrkunde, 28. Jg., 1979, H. 7, S. 324 - 330

PFEILER, Wolfgang, Thesen zur sowjetischen Militärdoktrin (Manuskript), Bonn Oktober 1981, S. 1 - 3

PFEILER, Wolfgang, Durch militärische Parität zur politischen Überlegenheit. Die sowjetische Sicht des Kräfteverhältnisses, in: Beiträge, 1/1982, S. 67 - 82

PICKERT, Herwig, Neue Waffentechnologien, Waffenarten und Kampfmittel, in: apuzg, B 11/79, S. 3 - 22

PICKERT, Herwig, Satellitenabwehr, in: apuzg, B 41/80, S. 27 - 37

POTYKA, Christian, Strategiekritik als Sisyphusarbeit. Zur Kunst des Überlebens im Abschreckungszeitalter, in: apuzg, B 13/77, S. 3 - 18

RATTINGER, Hans, Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollrezepte. Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß, in: apuzg, B 28/81, S. 21 - 37

RAVEN, Wolfram von, Gefahr aus der Grauen Zone. Umrüstung und Nachrüstung der Kernwaffen, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 9. Jg., 1979, H. 1, S. 27 - 45

REICH, Friedhelm / Pseudonym 7 SS-20 - Eine Datenanalyse, in: Wehrtechnik 8/1979, S. 14 - 18

RIKLIN, Alois, Audiatur et altera pars. Dreifache militärische Lagebeurteilung, in: apuzg, B 3/81, S. 3 - 22

RISSE-KAPPEN, Thomas "Fahrplan zur Abrüstung"? Zur Doppelbeschluß-Politik der Bundesrepublik Deutschland bis 1983, in: apuzg, B 14-15/85, S. 35 - 46

RITTBERGER, Volker, Europäische Sicherheit und die Neubewertung der Kernwaffen in und für Europa, in: apuzg, B 15/84, S. 13 - 26

RUEHL, Lothar, Ein Beschluß ohne Spitzfindigkeiten. Amerikaner fordern klare Nato-Entscheidung über Mittelstreckenwaffen, in: Die Zeit, 16. November 1979

RUEHL, Lothar, Im Schatten der roten Raketen. Salt-Bilanz vor der Moskaureise des US-Außenministers, in: Die Zeit, 9. März 1979

RUEHL, Lothar, Die Lücke wächst. In Europa droht die atomare Überlegenheit der Sowjetunion, in: Die Zeit 20. Juli 1979

RUEHL, Lothar, Das SALT-II-Abkommen und die europäischen Interessen, in: EA, 34. Jg., 1979, H. 15, S. 461 - 472

RUEHL, Lothar, Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, in: EA, 35. Jg. 1980, H. 4, S. 99 - 110

RUEHL, Lothar, Moskau müßte seine Raketenrüstung stoppen. Wie man Verhandlungen zwischen Ost und West erleichtern könnte, in: Die Zeit, 13. Juni 1980

RUEHL, Lothar, So schlecht steht die Nato gar nicht da. Bei den eurostrategischen Waffen ließe sich eine Balance erreichen, in: Die Zeit, 11. Juli 1980

RUEHL, Lothar, Das Verhandlungsangebot der NATO an die Sowjetunion. Suche nach einem Gleichgewicht bei den "eurostrategischen" Waffen, in: EA, 35. Jg., 1980, H. 7, S. 215 - 226

RUEHL, Lothar, Absage an die alte Abschreckung. Präsident Carters neue Richtlinie, in: Die Zeit, 15. August 1980

SCHEUCH, Erwin K., "Verantwortung für den Frieden", Das Prestige der Wissenschaften darf nicht mißbraucht werden, in: Beiträge, 2/1983, S. 165 - 170

SCHMID, Günther, Suggestive Beschwörung statt wissenschaftlicher Analyse, in: Beiträge, 1/1983, S. 94 - 99

SCHMIDT, Manfred, Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West, in: apuzg, B 28/81, S. 3 - 19

SCHUBERT, Klaus von, Bedingungen des Überlebens. Sicherheitspolitik und politische Moral zwischen Militärstrategie und Waffentechnik, in: apuzg, B 10/80, S. 3 - 36

SCHUBERT, Klaus von, Die Europäer sitzen auf einem gefüllten Pulverfaß. Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1947 - 1979, in: Frankfurter Rundschau, 22. August 1979

SENGHAAS, Dieter, Auch ohne die drohende SS 20 hätte die NATO umgerüstet. In einem sicherheitspolitischen Beitrag für die Gustav-Heinemann-Initiative untersucht Dieter Senghaas die Chancen für erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen, in: Frankfurter Rundschau, 21. Juli 1981

SENGHAAS, Dieter, Rückblick und Ausblick auf Abschreckungspolitik, in: apuzg, B 38/83, S. 28 - 38

SOMMER, Theo, Noch funktioniert das Gleichgewicht des Schreckens. Das nuklearstrategische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten, in: Die Zeit, 17. April 1981

SOMMER, Theo, Und nun: die Raketengespräche. Bonn hat noch kein Konzept, in: Die Zeit, 25. September 1981

SCHULTE, Ludwig, Der Einfluß von Präzisionswaffen auf das strategische Denken, in: apuzg, B 2/84, S. 30 - 38

SCHWARZ, Hans-Peter, Entspannungspause, in: apuzg, B 50/82, S. 27 - 38

STRATMANN, K.-Peter, Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis. Zweifelhafte Bewertungen als Folge der Anwendung unterschiedlicher Kriterien, in: EA, 36. Jg., 1981, H. 13, S. 387 - 398

STRATMANN, K.-Peter, Schwächen der NATO-Verteidigung und Angriffs-Optionen des Warschauer Pakts, in: apuzg, B 37/77, S. 18 - 29

VERSHBOV, Alexander R., Die Cruise Missile und ihre Folgen, in: apuzg, B 13/77, S. 19 - 25

WEIZSÄCKER, Carl Friedrich von, Gefahren der Rüstung in den achtziger Jahren. Europa und das Raketengleichgewicht, in: Die Zeit, 16. November 1979

WEIZSÄCKER, Carl Friedrich von, Mit Krieg muß wieder gerechnet werden, in: Rheinischer Merkur, 2. Mai 1980

WEIZSÄCKER, Carl Friedrich von, Abschreckung - nur eine Atempause?, in: Die Zeit, 26. März 1982

WETTE, Wolfram, Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation, B 7/74, S. 3 - 29

WETTIG, Gerhard, Das Abschreckungskonzept als Theorie der Friedenssicherung. Darstellung, Analyse, Kritik, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BOIS), 8/1979

WETTIG, Gerhard, Das Ringen zwischen Ost und West um Sicherheit. SALT, MBFR und die Optionen der westlichen Politik, in: apuzg, B 26/79, S. 20 - 38

WETTIG, Gerhard, Entspannung und Sicherheit. Konzeptuelle Überlegungen an einer kritischen Wegemarke, in: apuzg, B 11/80, S. 18 - 32

WETTIG, Gerhard, Die Mittelstreckenproblematik aus sowjetischer Sicht, in: Osteuropa, 30. Jg., 1980, H. 3, S. 189 - 201

WETTIG, Gerhard, Einvernehmen über eurostrategische Rüstung?, in: AP, 31. Jg., 1980, H. 4, S. 347 - 357

WETTIG, Gerhard, Die Sowjetunion und die eurostrategische Problematik, in: Politische Vierteljahresschrift, 21. Jg., 1980, H. 4, S. 346 - 362

WETTIG, Gerhard, Die USA, die UdSSR und das Problem der Rüstungskontrolle, in: apuzg, B 48/80, S. 13 - 29

WETTIG, Gerhard, Der Wandel der Rahmenbedingungen für Sicherheitsvereinbarungen in Europa, in: apuzg, B 26/81, S. 3 - 28

WETTIG, Gerhard, Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln Juli 1981

WETTIG, Gerhard, Die sicherheitspolitische Debatte in Europa, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln September 1981

WETTIG, Gerhard, Die Abschreckungspolitik in sowjetischer Sicht, in: Europäische Wehrkunde, 31. Jg., 1982, H. 1, S. 11 - 14

WETTIG, Gerhard, Psychoanalyse, Friedensbewegung und Sicherheitspolitik, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 38/1983

WETTIG, Gerhard, Das Problem des militärischen Gleichgewichts, in: AP, 33. Jg., 1982, H. 4, S. 337 - 345

WETTIG, Gerhard, Notwendiges zum euro-strategischen Problem, in: Osteuropa, 32. Jg., 1982, H. 11, S. 929 - 935

WETTIG, Gerhard, Möglichkeiten der Friedenssicherung und der Rüstungsbeschränkung, in: Osteuropa, 32. Jg., 1982, H. 10, S. 821 - 833

WETTIG, Gerhard, Die sowjetischen INF-Daten kritisch beleuchtet, in: AP, 34. Jg., 1983, H. 1, S. 31 - 44

WETTIG, Gerhard, Die Abschreckungsdebatte in psychoanalytischer Sicht. Ein notwendiger Beitrag zur Diskussion, in: Beiträge, 3/1984, S. 25 - 50

WETTIG, Gerhard, Sicherheitspartnerschaft oder Sicherheitsgegnerschaft? Bilanz aus Anlaß der Vertagung des Madrider KSZE-Folgetreffens, in: apuzg, B 19/82, S. 3 - 14

WETTIG, Gerhard, Kommentar, in: apuzg, B 31/83, S. 33 - 35

WETTIG, Gerhard, Die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion, in: apuzg, B 35/83, S. 19 - 35

WOLF, Dieter O. A., Die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen, in: apuzg, B 18/79, S. 29 - 45

WOYKE, Wichard, Von der "Politik der Entspannung" zur "wirklichen Entspannung", in: apuzg, B 41/82, S. 31 - 46

Abkürzungsverzeichnis

ADM	Atomic Demolition Munition (Atomare Sperrmittel, z. B. Minen)
AP	Außenpolitik
apuzg	aus politik und zeitgeschichte, beilage zur wochenzeitung das parlament
Beiträge	Beiträge zur Konfliktforschung
CM	Cruise Missile (Marschflugkörper)
DPC	Defense Planning Committee (Verteidigungs-Planungsausschuß der NATO)
EA	Europa-Archiv, Zeitschrift für Internationale Politik
FBS	Forward Based Systems (vorne stationierte Waffensysteme)
FH	Frankfurter Hefte
HLG	High Level Group (Hochrangige Beratungsgruppe für TNF- Modernisierung der NATO)
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile (Interkontinentalrakete)
IISS	The International Institute for Strategic Studies (Internationales Institut für Strategische Studien, London)
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces (Mittelstreckenraketen)
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile (Ballistische Rakete mit mittlerer Reichweite)
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammen- arbeit in Europa
LRINF	Long-Range Intermediate Nuclear Forces (Mittelstreckenraketen größerer Reichweite von 1.000 bis 5.500 km)
LRTNF	Long-Range Theater Nuclear Forces (TNF großer Reichweite über 1.000 km)
LTDP	Long Term Defense Programme Langfristiges Verteidigungsprogramm der NATO

MB	The Military Balance (Kräftevergleichsanalyse, hrsg. vom IISS)
MBFR	Mutual Balance Force Reductions (Konferenz über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen in Europa)
MIRV	Multiple Independently Targetable Re-Entry Vehicle (Mehrfach unabhängig programmierbarer Wiedereintrittskörper)
MRBM	Medium-Range Ballistic Missile (Ballistische Mittelstreckenrakete)
MRTNF	Medium-Range Theater Nuclear Forces (TNF mittlerer Reichweite von 100 bis 1.000 km)
MRV	Multiple Re-Entry Vehicle (Mehrfach-Wiedereintrittskörper, dessen Sprengköpfe nicht unabhängig voneinander zielprogrammierbar sind)
NPG	Nuclear Planning Group (Nukleare Planungsgruppe der NATO)
OE	Osteuropa
PGM	Precision Guided Munition (Präzisionsgelenkte Munition)
PVS	Politische Vierteljahresschrift
SAC	Strategic Air Command (Strategisches Bomberkommando der USA)
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe (Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa)
SALT	Strategic Arms Limitations Talks (Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen)
SG	Special Group on Arms Control and Related Matters (Sondergruppe der NATO für Rüstungskontrolle)
SIOP	Single Integrated Operational Plan (Integriert einheitlicher Operationsplan für die Interkontinentalraketen der USA)
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute (Internationales Friedensforschungsinstitut Stockholm)

SLBM	Sea-Launched Ballistic Missile (Seegestützte ballistische Rakete)
SNF	Short-Range Nuclear Forces (Nuklearstreitkräfte kurzer Reichweite bis 150 km)
SRINF	Short-Range Intermediate Nuclear Forces (Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite von 150 bis 1.000 km)
SRTNF	Short-Range Theater Nuclear Forces (TNF kurzer Reichweite bis 100 km)
START	Strategic Arms Reduction Talks (Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen)
TNF	Theater Nuclear Forces (Nuklearkräfte in und für Europa)
WP	Warschauer Pakt
WVO	Warschauer Vertrags-Organisation = WP

Erklärung des Verfassers

Hiermit erkläre ich, daß ich die vorliegende
Dissertation selbständig verfaßt und - außer
den angegebenen - keine weiteren Hilfsmittel
verwendet habe.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read "Det. Seier". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Bonn, 14. Januar 1987

